

Axel Montenbruck

Demokratiepolitik – Selbstkonzept und Reformen

Relative Krise der relativen Demokratie?

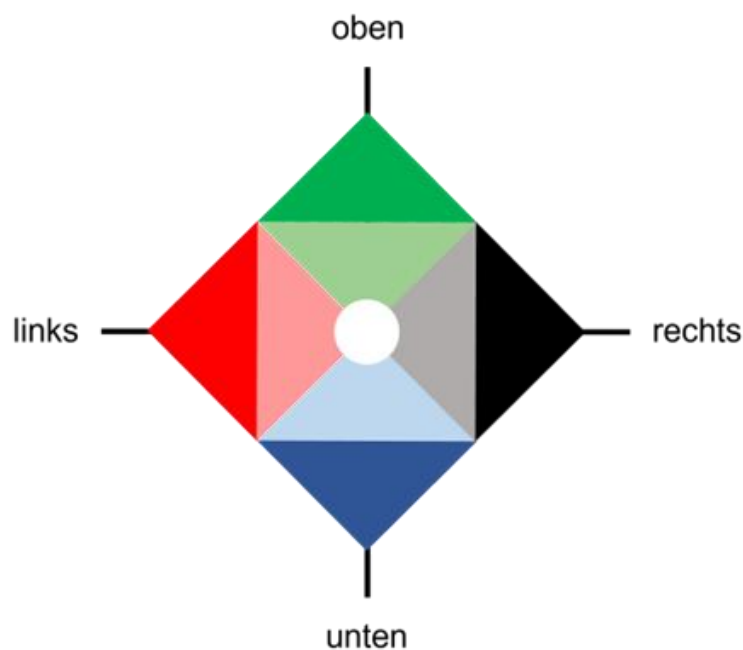


Abb. „Kartografie der Demokratie“, S.113

veröffentlicht im Open Access der Freien Universität Berlin, 2023

Online: ISBN 978-3-96110-449-9

Print: ISBN 978-3-96110-450-5

Axel Montenbruck, Dr. iur. habil. (Straf- und Strafverfahrensrecht, Rechtsphilosophie, Rechtsanthropologie), Professor am Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin.

Einschlägige Bücher:

Strafrechtsphilosophie, 2010/2013

Axel Montenbruck, *Strafrechtsphilosophie (1995-2010). Vergeltung, Strafzeit, Sündenbock, Menschenrechtsstrafe, Naturrecht*, ergänzt um *Einleitung der Übersetzerin Yan Xie* und um *Mein Vorverständnis: China und der Westen*, Chinesische Übersetzung von Yan Xie, zugleich 3. Auflage, zweisprachig 2013, 134 S., XII, 180 S., Freie Universität Berlin, Open Access (auch gedruckt)

Zivilisation, 2010

Axel Montenbruck, *Zivilisation. Eine Rechtsanthropologie. Staat und Mensch, Gewalt und Recht, Kultur und Natur*, 2. Auflage 2010, 494 S., Freie Universität Berlin, Open Access (auch gedruckt)

Western Anthropology, 2010

Axel Montenbruck, *Western Anthropology. Democracy and Dehumanization*, 2nd edition 2010, pp. 81, Freie Universität Berlin, Open Access (auch gedruckt)

Zivilreligion I, Grundlegung, 2015

Axel Montenbruck, *Demokratischer Präambel-Humanismus. Westliche Zivilreligion und universelle Triade "Natur, Seele und Vernunft"*, 5. erneut erheblich erweiterte Auflage, 2015, 658 S. - Schriftenreihe Zivilreligion. Eine Rechtsphilosophie als Kulturphilosophie, Band I - Grundlegung, Freie Universität Berlin, Open Access (auch gedruckt), ISBN 978-3-944675-27-5.

Zivilreligion II, Grundelemente, 2016

Axel Montenbruck, *Zivile Versöhnung. Ver-Sühnen und Mediation, Strafe und Geständnis, Gerechtigkeit und Humanität aus juristischen Perspektiven*, 5. erweiterte Auflage, 2016, 639 S. - Schriftenreihe Zivilreligion. Eine Rechtsphilosophie als Kulturphilosophie II – Grundelemente, Freie Universität Berlin, Open Access (auch gedruckt), ISBN 978-3-946234-50-0.

Zivilreligion III, Normativer Überbau, 2016

Axel Montenbruck, *Weltliche Zivilreligion. Idee und Diskussion, Ethik und Recht*, 3., erneut erheblich erweiterte Auflage, 2016, 924 S. - Schriftenreihe Zivilreligion. Eine Rechtsphilosophie als Kulturphilosophie, Band III - Normativer Überbau, Freie Universität Berlin, Open Access (auch gedruckt), ISBN 978-3-946234-45-6.

Zivilreligion IV, Ganzheitlicher Überbau, 2014/18

Axel Montenbruck, *Mittelwelt und Drei-Drittel-Mensch. Sozialreale Dehumanisierung und Zivilisierung als synthetischer Pragmatismus*, 3. erneut erheblich erweiterte Auflage, 2014, 472 S. - Schriftenreihe Zivilreligion. Eine Rechtsphilosophie als Kulturphilosophie, Band IV - Ganzheitlicher Überbau, Freie Universität Berlin, Open Access (auch gedruckt, 2018), ISBN 978-3-944675-20-6.

Menschenwürde-Idee – Liberalismus, 2016

Axel Montenbruck, *Menschenwürde-Idee und Liberalismus – zwei westliche Glaubensrichtungen*, 3. Auflage, 2016, 315 S., Freie Universität Berlin, Open Access (auch gedruckt), ISBN 978-3-946234-56-2.

Deutsche Straftheorie, 2020

Axel Montenbruck, *Deutsche Straftheorie I-IV, Lehrbuch in vier Teilen*, 4. überarbeitete und erheblich erweiterte Aufl., 2020, 920 S., Freie Universität Berlin, Open Access (auch gedruckt), ISBN Online: 978-3-96110-231-0, ISBN Print: 978-3-96110-242-6

Naturethik I, 2021

Axel Montenbruck, *Universelle Natur- und Schwarmethik. Physikalische Naturgesetze und systemische Gerechtigkeit, Information und Reflexion, universelle Schwarmvernunft und spieltheoretische Strategie, Physizismus und Kulturalismus*, 2021, 358 S. - Schriftenreihe: Natur und Recht, Politik, Ethik, Band I, Open Access der Freien Universität Berlin, ISBN Online: 978-3-96110-371-3, ISBN Print: 978-3-96110-372-0

Naturethik II, 2021

Axel Montenbruck, *Biologische Natur- und Spielethik. Wirbeltier-Instinkte und Säugetierhormone, Befreiung des aufrechten Kind-Primaten und des energetischen Feuer-Menschen, egalitäres Kind-Rollenspiel und hoheitliches Übereltern-Recht*, 2021, 405 S. - Schriftenreihe: Natur und Recht, Politik, Ethik, Band II, Open Access der Freien Universität Berlin, ISBN Online: 978-3-96110-373-7, ISBN Print: 978-3-96110-374-4

Naturethik III, 2021

Axel Montenbruck, *Naturalistische Kriminologie und Pönologie. Natürlichkeit und Nutzen von Verbrechen und Strafe, Kooperation und Strafspieltheorie, Theaterprozesse und Tat-Erinnerungen, Status- und Glückstäter, Freeze-Vollzug und Feminisierung*, 2021, 481 S. - Schriftenreihe: Natur und Recht, Politik, Ethik, Band III, Open Access der Freien Universität Berlin, ISBN Online: 978-3-96110-375-1, ISBN Print: 978-3-96110-376-8

Inhaltsverzeichnis

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	4
<i>Vorwort</i>	7
<i>Erstes Kapitel: Dynamische westliche Demokratie</i>	9
I. Westliche Demokratie: Ideal und Struktur	10
II. Westliche Demokratie im Werden: ständige relative Krise und ewige Fundamentalopposition, unvollkommene Souveränität, Nachkriegs- und Globalisierungstraumata, Folgerungen für das Selbstkonzept und EU-Ebene eines Staatenschwarms	15
III. Alternativen zur Demokratie und realer Demokratieindex; globale Dialektik von Demokratie und Autokratie, als Wettbewerb und als jeweilige Bedrohung	21
IV. Reale Standardgefahr von rechtspopulistisch-konservativen Koalitionen: Westliche Beispiele und CDU/CSU mit AfD	25
V. Nutzen des Klimawandels zur Reorganisation; rituell-gefühlige Auflockerung des Selbstkonzepts von Nationalstaaten	28
VI. „Freiheit, Gleichheit und Solidarität“ als Credo-Werte der westlichen Demokratie und rückwärts gelesen als Autokratie-Grundsätze; Machtdynamik: Mitte-Neigung, Fundamentalopposition und demokratischer Balanceakt, drei Druck- und Sogrichtungen der Opposition; Ausblick: Gewaltenteilung, Schwarmwissen und politische Reformvernunft	31
<i>Zweites Kapitel: Demokratiepolitische Imperative</i>	39
I. Erkenne Dich und Dein Selbst! Achte die Angebote Deiner gegenwärtigen Naturwissenschaften, verbinde Natur und Kultur! Wisse um die Selbstorganisation und Individualität aller Systeme, ihren Drang zur zunehmenden Komplexität (Emergenz) und zum internen Ausgleich (Homöostase)! Kooperiere mit Kooperationswilligen! Und nutze den Zugewinn der Weisheit des Schwarms der Freien, Gleichen und Nächsten!	40
II. Bedenke zugleich das Gesetz der Gruppenbildung zwischen Freien, Gleichen und Nächsten! Beachte: Bildung, Kommunikation und Nähe in Städten schafft Schwärme, auf dem weiten Lande agieren Raub-Rudel mit einer Hackschutzordnung! Mobilität und Digitales erlauben neue Schwärme! Sei offen, die emergente Welt ist keine geschlossene Mechanik!	48
III. Schätze die Informations-Dialektik der forensischen Vernunft! Nutze und ertrage mit der Demokratie Vielfalt und blicke auf das autokratische Gegenkonzept! Halte Deine und die demokratische Mitte im Zweifel flüssig! Flüssigkeit führt zur Gerechtigkeit des langsamen Ausgleichens und begründet das Rechtswesen!	52

IV. Wisse um unsere Erregungsrhetorik und um unsere Framing- und Neutralisationstechniken! Beachte die unvermeidliche „Déformation professionnelle“, auch der Abgeordneten und Amtsträger!	58
V. Achte Trotzhaltungen und den Freiheitsdrang von Jugendlichen, die erst nach Gleichen und Nächsten suchen! Kontroll-Aversionen eröffnen Freiräume! Begnüge Dich auch deshalb mit einer Zweidrittel-Mitte-Demokratie!	63
VI. Bekenne Dich zu den beiden dialektischen Schwarm-Normen der deutschen Verfassung: Art. 1 und 20 i.V.m. 79 III GG und suche die „praktische Konkordanz“! Erfühle und feiere die „verfassungskulturelle Identität“ auf den lokalen Versammlungsplätzen!	67
VII. Erkenne die praktische Schwarm-Vernunft von Staatenbündnissen der Gleichen und Nächsten! Erkenne die soziale Vernunft von Einzel-Paarungen! Erkenne den alten Sinn und die demokratische Unvernunft des Denkens in Familienverbänden! Verschaffe Eltern, Kindern und deren langfristigen Denken eine faire politische Repräsentanz!	74
VIII. Achte nicht informierte Demokraten! Übertreibe nicht Deine Botschaften und Vernetzungen; Du läufst Gefahr, die Gruppe zu verlieren! Bedenke den Nutzen des Populismus und die städtische Vernunft der Gleichbehandlung des Landes!	83
IX. Kurze Rück- und Selbstbesinnung	87
<i>Drittes Kapitel: Naturbezogene demokratiepolitische Thesen</i>	90
I. Kriminelle Art autoritärer Machtergreifung; selbstkritisches Selbstbild und unsere Gefühle; Reckwitz' ausgedünnte Mittelklasse; Nationalpopulismus-These vom biopsychologischen Fluchtinstinkt in Krisenzeiten und der notwendigen Neutralisierung vor Ort durch passende Narrative	91
II. „Herkunft“ und „Heimat“: politisch und verfassungsrechtlich, genetisch und kindlich, denkmethodisch und naturwissenschaftlich; Body-and-Mind-Gebot der Verschränkung von Land und Stadt; Rechtspopulismus als Eroberung der Stadt durch das Land	99
III. Kartografie der demokratischen Mitte: Vier-Viertel-Grundhaltungsstatik (nach Zürn); Kreuz-Achsen-Symmetrie: rechts-links, oben-unten; „doppeltes Kreuz-Mitte-Quadrat“; Symmetrie von Mittemacht und Summe der vier Extreme; komplementäre Dynamik der sozialrealen Besiedelung	108
IV. Konträres Krisenverhalten; zusätzliche personale und auch elternähnliche biopolare Vertrauenswahlen; Seitenansicht auf Autokratie-Pyramide und dreidimensionales Haus-Burg-Konzept; Fazit	116
<i>Viertes Kapitel: Demokratiepolitische Reformvorschläge</i>	122
I. Relative Demokratie I: Gegen Personenkult und Machtmissbrauch: regelmäßiger Amtswechsel nach zehn Jahren auf Bundesebene (gegen Decker) und als logischer EU-	

Demokratiegrundsatz. Gegen undurchsichtiges Berufspolitiker-Establishment: Ergänzung und Kontrolle durch ausgeloste politische Schöffenämter in parlamentarischen Ausschüssen	123
II. Relative Demokratie II: Gegen Kindervernachlässigung, gegen verzerrte Alterspyramide und gegen männerlastige rechtsnationale Wählerbasis: Erweiterung der Mitte durch demokratisches Kinderwahlrecht und dessen gegenwärtige demokratiepolitische Bewertung; verschiedene praktische Lösungen mit und unterhalb einer Verfassungsänderung; Ausblick: Änderung des Gesellschaftsklimas	133
III. Jugend-Mobilisierung: durch Jugenddigitalisierung, durch Akademiker-Lesepaten und Buddykonzepte, durch örtliche Herkunftsachtung. Erweiterung der Vielfalt: durch neues Einbürgerungsgesetz und Kultivierung durch zweisprachige Schulen	145
IV. Erweiterung der Vielfalt: anti-autokratische Verfassungsreform mit Option der Doppelbesetzung von Höchstämtern (w/m/d)	150
V. Provinz, Widerstand und Anspruch auf Ehrenämter; Ausbau der Ehrenämter für Personen ohne Fürsorgepflichten; demokratische Bedenken gegen ein allgemeines soziales Pflichtjahr (Bundespräsident <i>Steinmeier</i>), aber in Verbindung mit Beamtenstatus und hohen Erbschaften	154
VI. Ernsthafte Bekämpfung bundespolitischer Eliten-Korruption und längere Übergangszeiten; Bürgerrechte: <i>Filderstadt</i>-Bürger-Modell; Bundeswahl als Hohlpflicht	158
VII. Alte und neue Riten: Lokal-nationale Bundes-Feiern und staatliches Bekenntnis zu Art. 1 und 20 GG, kommunale und richterliche Verfassungsbelehrungen, auch durch Lehrkräfte; aktive Streit moderierende Medienarbeit des <i>Bundestagspräsidiums</i>; Grundmodell der Selbst-Zivilisation des Menschen	163
<i>Namensverzeichnis</i>	170
<i>Literaturverzeichnis</i>	172

Vorwort

1. Was vermag ein Rechtsphilosoph und Rechtsanthropologe der Politik und ihrer Wissenschaft zusätzlich zu bieten? Es sind das Recht, die Anthropologie und ein frisches, aber abwägendes staatsbürgerliches Selbstdenken.

Die Schrift „Demokratiepolitik: Selbstkonzept und Reformen“ bietet zugespitzte Thesen und konkrete Reformvorschläge. Sie wendet sich an politisch Interessierte. Sie ist eng mit der umfangreichen wissenschaftlichen Schrift „Politische Demokratie“ verbunden.¹ Wer die nachfolgenden Thesen und Vorschläge wissenschaftlich weiter untermauert sehen möchte, der kann in deren rund 550 Textseiten nachblättern.

Von außen betrachtet handelt es sich um eine *Kurz- und Praxisfassung*, mit langen Auszügen aus deren viertem Teilband. Intern ist sie parallel zu ihr entstanden und hat jene erheblich beeinflusst. Die Nebenarbeit an dieser Schrift hat geholfen, die Aussagen der Hauptschrift für die Praxis zu testen und die eigenen Antworten zuzuspitzen.

„Relative Krise“ meint einerseits die latente Dauergefahr einer jeden Demokratie, in eine Autokratie umzuschlagen. Andererseits existiert in Deutschland noch keine akute Krise, weil dazu die dagegen eingerichteten Institutionen und Abwehnormen als brüchig erscheinen müssten. Gleichwohl sind die erregten Krisenrufe politisch sinnvoll, weil sie der Vorbeugung dienen, den politischen Fokus verändern und Reformen anstoßen.

„Relative Demokratie“ bedeutet, dass wir auf den zweiten Blick nicht über eine „vollständige Bürger-Demokratie“ verfügen:

Konservative Langzeitkanzler sind heute undemokratisch und bilden derzeit ein gefährliches Beispiel. Hinzu tritt eine Art von Parteienkartell, das mit den staatlichen Institutionen langsam verwächst.

Zudem sind Kinder Staatsbürger und würdige Menschen. Sie werden jedoch in der gesamten westlichen Welt „bloß als demokratiepolitische Objekte“ behandelt. Eigentum können sie hingegen rechtswirksam schon mit der Geburt erlangen. Es klafft also, auch im deutschen Bundestag, eine beachtliche Repräsentanzlücke. Davon profitiert der männerlastige Rechtspopulismus. „Sorgende Eltern mit Kindern“ werden zudem bei Wahlen in ungerechter Weise doppelt gefordert.

¹ [Axel Montenbruck, Politische Demokratie - zwischen gefühligem Populismus und ethischem Humanismus, zwischen Schwarmintelligenz und Hackschutzordnung, zwischen Systemerhalt und Disruption, zwischen Land und Stadt; Wesen und Reform der Mitte, 2023, 599 S., - Schriftenreihe: Natur und Recht, Politik, Ethik, Band IV, Open Access der Freien Universität Berlin, ISBN Online: 978-3-96110-447-5, ISBN Print: 978-3-9.](#)

Auch zeigen sich die westlichen Gesellschaften derzeit egoistischer als es mit einer parlamentarischen Repräsentanz der Kinder zu erwarten wäre.

Daher ist zunächst erwägen, eine dritte „Kinderkammer“ einzurichten, die die Sorgeberechtigten jeweils gesondert mit wählen. Mit zunächst nur beratender Stimme ließe sich das Kammerkonzept ohne Änderung des Grundgesetzes erproben. Den schnellen ersten Einstieg könnte ein unter Eltern etc. ausgeloster „Bürgerrat“ für Kinderinteressen bilden.

Auch habe ich etliche der insgesamt rund ein Dutzend „Demokratiepolitischen Reformvorschläge“ mit Blick auf die Praxis vertieft.

Die Reihe der „Imperative an uns selbst“ war um weitere Aufforderungen zu ergänzen. Solche Imperative ergeben sich aus der demokratischen Grundidee der humanen Fähigkeit zur Selbstbeherrschung.

Den Abschnitt „Kartografie der Mitte-Demokratie“, mit drei Abbildungen, habe ich mit einbezogen, ebenso den Abschnitt „Herkunft und Heimat“.

Das Inhaltsverzeichnis soll zugleich als Thesenliste dienen.

Diese Version endgültig ausarbeiten, hat allerdings Zeit gekostet. Neues ist zudem eingefügt, so dass die Veröffentlichung nicht gleichzeitig mit dem Hauptwerk erfolgen konnte.

Für das mühevollen Lektorat danke ich Frau Ass. iur. Susanne Dembour von Herzen! Herr Syndikusanwalt Maximilian Montenbruck hat mich auch bei dieser Schrift mit viel Geduld informationstechnisch unterstützt.

Axel Montenbruck, Berlin im Juli 2023

Erstes Kapitel: Dynamische westliche Demokratie

I. Westliche Demokratie: Ideal und Struktur

„*Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.*“, lautet Art. 20 II 1 des Grundgesetzes (GG). „Demokratie“ bezieht sich also dem Wortsinne nach auf den Bereich des *Staates* und auf die Ausübung von *Gewalt*. Beide Eigenschaften verbindet sie mit der Autokratie, ihrer mächtigen Gegenspielerin.

Wenn AfD-Wähler erklären, es gebe keine Demokratie mehr in Deutschland, so heißt dies: Sie wollen vor allem ihren persönlichen Gruppen-Anteil an der „Staatsmacht“ und blenden die Bedeutung der zivilen Bürgerrechte aus.

Die Demokratie im westlichen Sinne gründet sich vorrangig auf der „*Freiheit*“, und zwar zunächst „*vom Staat*“ und danach erst „*zum eigenen Staat*“ (liberale Demokratie). Die *Privatautonomie* des Bürgermenschen bildet den Ausgangspunkt. Er kann und er darf das Eigene selbstständig regeln (Individualismus statt Kollektivismus). Insoweit ist er sein eigener *Gesetzgeber* (autonom). Nur wer sich *selbst zu zügeln* vermag, der vermag sich gemeinsam mit Gleichen und Nächsten kollektiv selbst zu beherrschen. Nur deshalb kann er auch gemeinsam mit anderen „gleichen und nächsten Freien“ seine Gemeinschaft selbst organisieren (Prinzip der Selbstorganisation).

So stehen die Menschen- und Grundrechte der Art. 1 ff. GG vor Art. 20 GG. Sie erklären uns das Wesen *des bürgerlichen Menschen* (Status civilis).

Ferner folgt in Art. 20 II 2 GG der Nachsatz zur Staatsmacht: „*Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.*“ (repräsentative Demokratie mit Gewaltenteilung).

Dieser *autonome* männliche, weibliche oder diverse Bürger ist fähig und klug beraten, gemeinsam mit anderen, und zwar hocharbeitsteilig und zum allseitigen Nutzen zu handeln. Ihm gehe es *nicht* vorrangig um die Staatsmacht, sondern um *einverständliche Kooperation* und den hohen *Zugewinn durch die Arbeitsteilung*. Sie will er ebenfalls geachtet und gesichert wissen.

Die Demokratie ist, weil ihre Mitglieder ständig nach Kooperation suchen, auch *tolerant*. Sie ist nach ihrem Selbstkonzept bereit und gehalten, sich im Rahmen der Religions- und Meinungsfreiheit mit anderen Ansichten auseinanderzusetzen, auch mit dem einseitigen nationalen Rechtspopulismus.

Aus der *sozialen* Gegenseit stellt die *Bürgerschaft* des Bürgers jedoch nur eine *zugeteilte Rolle* dar. In ihr tritt das Kollektiv der Staatsgesellschaft als Akteur auf. Diese Rollen kann der Staat einem Bürger auch aberkennen und den Einwanderern verweigern.

- Deshalb stützt sich der Mensch für sein liberales Selbstbild *staatsfern* vorrangig auf die *Freiheits-, Würde- und Vernunft-Konzeption*, die er auch in den suprastaatlichen „Allgemeinen Menschenrechten“ verankert hat.
- Er ist der *Homo sapiens mit seiner Geburt* und als Mensch. Die Präambel der französischen „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ von 1789 legt demgemäß feierlich die „*natürlichen, unveräußerlichen und heiligen Rechte der Menschen*“ dar. Ihr berühmter Art 1 lautet: „*Die Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten. Soziale Unterschiede dürfen nur mit gemeinem Nutzen begründet werden.*“
- Zugleich heißt es jedoch in Art. 3 auch: „*Der Ursprung jeder Souveränität ruht letztlich in der Nation. Keine Körperschaften, kein Individuum können eine Gewalt ausüben, die nicht ausdrücklich von ihr ausgeht*“. Die *Dialektik* von allgemeinen Menschenrechten und nationalem Gewaltmonopol, von Idee und Macht, von Geist und Körper etc. ist schon hier offenkundig.
- Aber es gilt auch die Idee der Demokratie; denn Art 6 beginnt mit dem Satz: „*Das Gesetz ist der Ausdruck des allgemeinen Willens. Alle Bürger haben das Recht, persönlich oder durch ihre Vertreter an seiner Formung mitzuwirken.*“
- So ergibt sich eine *Triade* von Paarungen: „Mensch und Bürger“, „Nation und Staatsgewalt“ sowie „Gesetz und Recht“. Dreifaltigkeiten bilden bekanntlich die einfachste Form von *Komplexität*. Sie lassen sich auch nach jeder der drei Elementen hin auflösen, so dass eine Reihung entsteht. Wir beginnen unser westliches Credo mit der Freiheit des Menschen und Bürgers.

Die eigene Freiheit begreift der Bürgermensch also zunächst schlicht als semireligiöses Dogma und heiligt sie (*Fiktion* der Willensfreiheit). Er kann und wird dazu aber auf das gewaltige Werk seiner vielen Zivilisationen verweisen. Dieses Werk hat der Mensch als Schöpfer (christlich als *imago dei*, Ebenbild Gottes) mit seinem Wissen, seiner Technik und seiner Kunst selbst geschaffen. Er hat diese „eigenen Schöpfungen“ deshalb auch, zunächst einmal, vor sich selbst zu verantworten.

Seine „willkürliche Freiheit“ schränkt der kluge Freie zudem, individuell und danach auch kollektiv, *selbst* ein, und zwar für die Politik *arbeitsteilig* auch mithilfe von *politischen Dienstleistern*.

- Er *balanciert* mit ihrer Hilfe ständig das große Gewicht seiner „individuellen Freiheit“ aus, er nimmt ihr die „Willkürlichkeit“.
- Dazu verwendet er das *gemeinsame Gegengewicht* von „gerechter Gleichheit“ und „empathischer Solidarität“.

- Er entwickelt und nutzt den Rechts- und Ordnungsstaat und den Sozial- und Schutzstaat.
- Die akuten „Volksstimmungen“ lässt er vorwiegend, aber nicht ausschließlich, in ein faires *forensisches Verfahren* übergehen.

Das „Ausbalancieren“ bildet die Hauptaufgabe der „demokratischen Politik“. Sie bedient sich dabei der politischen Vernunftidee der öffentlichen Dialektik.

Die Politik bildet dazu ein Subsystem. Sie organisiert alltäglich die Vielfalt von Interessen und Ideen, die Aktionen der Institutionen und der Netzwerke und sie *vermittelt* zwischen ihnen. Politik „*bezeichnet jegliche Art der Einflussnahme und Gestaltung sowie die Durchsetzung von Forderungen und Zielen, sei es in privaten oder öffentlichen Bereichen.*“²

In der Demokratie betreibt die „Politik der gewählten Politiker“ die Selbstorganisation im Auftrage des Schwarm-Volkes der Wahlbürger zum Zwecke der bürgerlichen Selbstbeherrschung. Die Abgeordneten agieren dabei als *selbstständige* Dienstleister, weil auch sie autonome Menschen sind.

Deshalb geht es für das Verständnis der politischen Demokratie um die *Rahmenbedingungen*, die die Demokratie „als Demokratie“ für die Politik der Politiker setzt.

- Die „Idee der Demokratie“ ist vor allem durch die *vernünftige Mitte* definiert, die es politisch auszuhandeln gilt. Deren Entscheidungen sind bis auf Weiteres duldsam zu ertragen. Den Ort der öffentlichen Mitte bildet das Markt-Forum als *Versammlungsplatz*. Ihn schützte die Stadtburg, die Polis, heute der Staat.
- Die ideelle Mitte einer Demokratie ist im „*Dazwischen*“ angesiedelt. Die lebendige Demokratie bewegt sich „*zwischen gefühligem Populismus und ethischem Humanismus, zwischen Schwarmintelligenz und Hackschutzordnung, zwischen Systemerhalt und Disruption, zwischen Land und Stadt*“.
- Der lebendige Kern der Mitte ist mit dem „Selbst“, das sich automatisch aus jeder Art von „Selbstorganisation“ ergibt, zu umschreiben. Er steckt im Mitte-Prinzip des Ausgleichens, der *Homöostase*. Als Empfindung und Erlebnis ist es je nach Sichtweise: die *Identität*, die *Seele* oder die *Kultur*.

Die Punkt-Mitte dieses Kerns aber hat keinen *eigenen* Namen, wie auch der Punkt keinen eigenen Raum einnimmt. Der Mittelpunkt verfügt nur, aber immerhin, über den *gleichen* Abstand zu allen Extremen. *Innerhalb seines Systems* bezeichnet diese Art der Mitte den Punkt mit der *größtmöglichen*

² Schubert/Klein, Politik, Politiklexikon, 2021, oder: <https://www.bpb.de/kurzknapp/lexika/politiklexikon/18019/politik/> (13. 10. 22).

Entscheidungsfreiheit. Dorthin sollten sich also die freien Demokraten bewegen oder gedanklich versetzen.

Die demokratiepolitische Vernunft³ verdichtet sich auf dem Forum, sie beginnt jedoch früher.

- Sie setzt mit dem *Pendeln* zwischen den Extremen ein und sucht dann erst nach der Synthese im Sinne eines Konsenses. Sie beruht also auf dem Konzept der *platonischen* Dialektik.⁴ Soweit kein Konsens zu erreichen ist, ist der verbleibende Dissens tolerant und resilient zu ertragen.
- Das dazu nötige Abwägen und Aushandeln wird für alle Bürger sichtbar auf dem parlamentarischen Forum in Ritualen *nachinszeniert*. Dort wird das Vernunft-Prinzip der *Dialektik* verwendet, das es erlaubt, immer auch die *andere Seite* zu betrachten, sich also ein vollständiges Bild zu verschaffen, das es erleichtert, danach eine Synthese zu finden.
- Ohne *Opposition* gibt es also keine Demokratie und die Parteien dürfen kein verdecktes Kartell bilden und heimlich mit den staatlichen Institutionen verschmelzen.

Zur Klugheit zählt auch das Verfassungsprinzip der *Gewaltenteilung*. Es nutzt einerseits die Vorteile der vertrauensvollen Arbeitsteilung, betreibt andererseits wechselseitige Kontrolle und wirkt zugleich dem Umschlagen in eine Autokratie entgegen.

Es beginnt damit, dass jeder Wahlbürger an Wahlen teilnimmt oder zumindest nehmen kann. Er hat teil an der Verteilung der Staatsmacht für eine Legislaturperiode, und zwar an Politiker aus der Mitte seiner Bürgerschaft. Bei

³ Vorländer, Grundzüge, 04.05.2017, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/248544/grundzuege-der-athenischen-demokratie/>, Leitsatz: „Die antike griechische Polisdemokratie ruft mit ihrem hohen Grad an bürgerlicher Beteiligung Bewunderung, aber auch Kritik hervor. Die politische Theorie antiker Denker wie Platon und Aristoteles gilt als wegweisend für die Entwicklung der modernen Demokratie...“, aus der Einleitung: „Gemäß dem Wortsinn des griechischen *ta politika*, "das, was die Stadt angeht", war "Politik" die Angelegenheit des Bürgers in der Polis.“

⁴ Ursprünglich meint Dialektik den Verbund von breiter *Analyse* und vereinheitlichender *Synthese* in der Rede. Platon, *Sophist* (Apelt), 1985, 253 b 9 – e 2: „Das Trennen nach Gattungen (*to kata genê diarheisthai*), dass man weder denselben Begriff (*eidos*) für einen anderen, noch einen anderen für denselben halte, wollen wir nicht sagen, dies gehöre sich für die dialektische Wissenschaft (*dialekikê epistêmê*)? – Das wollen wir sagen. – Wer also dieses gehörig zu tun versteht, der wird eine Idee (*idea*) durch viele einzeln voneinander gesonderte nach allen Seiten auseinandergebreitet genau bemerken, und viele voneinander verschiedene von einer äußerlich umfasste und wiederum eine durch viele Ganze hindurch in einem zusammen geknüpfte, und endlich viele gänzlich voneinander abgesonderte (*dihorismenas*). Dies heißt dann, inwiefern jedes in Gemeinschaft treten kann und inwiefern nicht, der Art nach zu unterscheiden wissen“.

Wahlen treten die Bürger sichtbar als Schwarm auf und nutzen das evolutionär so erfolgreiche Konzept der Schwarmintelligenz (Wisdom of the crowd).

Ihnen bleibt ohnehin grob die *Hälfte der Macht* für die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Diese Selbstmächtigkeit sichert ihnen in der Demokratie das *bürgerliche* oder Privatrecht: im Haus, in der Nachbarschaft und auf dem Markt.

Jeder Mensch und jeder Wahlbürger gilt uns als vernünftig, weil er sich selbst beherrschen kann. Er gilt uns in der Demokratie als „im Willen frei“. Ohne diese Vorstellung gäbe es keine Demokratie. Das ist der uns *bewusste* Kern unseres westlichen *Selbstkonzeptes*.

Aber die klugen Demokraten sind immer auch selbstkritisch. Zu denken heißt für sie, immer auch zu zweifeln. „*Ich denke (kritisch), also bin ich*“.⁵ Deshalb blicken sie von sich aus auf alternative Konzepte und erleben auf dem Forum auch die kurzfristigen Angebote und Verlockungen *undemokratischer Oppositionsparteien* und Bewegungen.

Die klugen Praktiker müssen also abwägen. Dafür müssen sie Alternativen und ihre Vertreter kennen und erleben. Sie sind in diesem Sinne

- „Spieler mit mehr oder weniger starken Grundhaltungen“ auf der Suche nach „Macht und Nutzen“.

Spieler gelten uns als „frei“. So sind Abgeordnete nur ihrem Gewissen (oder ihrem Selbstkonzept) unterworfen, Art. 38 GG. Sie könnten auch anders handeln. Sie repräsentieren insoweit uns als ihre Wähler. Aus unserem Schwarm-Geist am Wahltag formen sie eine „Kanzler“- oder „Minister“-Präsidentenregierung. Dem jeweiligen Wort nach sind dies „hohe Verwalter“, also „Diener des Volkes“.

Zum Ausgleich einer solchen nur repräsentativen und mittelbaren Demokratie bieten etliche Demokratien *zusätzlich* die Direktwahl von Präsidenten als „verfassungsmäßige Wahlkönige auf Zeit“ an, die zugleich auch militärische Oberbefehlshaber sind. Sie müssen ihrem Wahlvolk direkt antworten. Deshalb müssen sie populistische Wünsche unmittelbar aufgreifen und zivilisieren.

Mit „westlicher Demokratie“ ist also nicht eine unmittelbare Stadt-Demokratie wie im antiken Athen gemeint, sondern eine Großgesellschaft, die insgesamt und auch für die Politik auf *hohe Arbeitsteilung* setzt. Zudem schafft sie *künstliche mediale* Nähe, sodass sie, wie auf einem öffentlichen städtischen Forum oder Marktplatz, ständigen Informationsaustausch betreiben und bieten kann.

- Die westliche Demokratie zeigt sich insgesamt als *angewandte Individualethik*.

⁵ Descartes (Buchenau), Prinzipien, 1641/1992, I, 7; Schäfer, R., Zweifel, 2006: „Zweifel und Sein: der Ursprung des modernen Selbstbewusstseins in Descartes' cogito“. - Auch aus historischer Sicht ist also Wissenschaft stets „offen“.

- Sie fußt zudem bewusst auf dem *Naturrecht*.
- Organisatorisch und als *Struktur* bedient sie sich zumeist *unbewusst* des evolutionär erprobten Ansatzes der *Schwarmvernunft*; sie spiegelt zudem die Modelle der *Spieltheorie* und verwendet als Überbau das Konzept der *Systemtheorie*.
- Zudem vermögen die Menschen *aktiv* mit diesen Idealen und Strukturen zu spielen, einzeln und kollektiv.

Damit sind das Ideal und die Struktur unseres westlichen demokratischen Selbstkonzeptes umrissen.

II. Westliche Demokratie im Werden: ständige relative Krise und ewige Fundamentalopposition, unvollkommene Souveränität, Nachkriegs- und Globalisierungstraumata, Folgerungen für das Selbstkonzept und EU-Ebene eines Staatenschwarms

1. *Ständige relative Krise und ewige Fundamentalopposition*. Gefragt wird gegenwärtig, ob die Demokratie sich in einer akuten Krise befindet.

Die Antwort ist abwägend. Ja, es besteht eine „relative Krise“, und zwar zudem diejenige einer „relativen Demokratie“.

Eine *latente Dauerkrise* gibt es, wenngleich in Wellen, für jede Demokratie (wie auch für jede Autokratie), weil sich nach dem Grundsatz von „Druck und Gegendruck“ *immer* auch eine „disruptive Fundamentalopposition“ herausbildet, die selbst an die Macht will. Diese Einsicht umschreibt schon einmal die Ausgangslage.

Dafür stehen die *extremen* und *gewaltbereiten* politischen Gruppen (Parteien, Bewegungen, Lager). Der Verfassungsschutzbericht trennt in *Rechtsextremismus*, *Linksextremismus* und *religiösen Extremismus* (derzeit als islamischer Terrorismus). Auch ein *urliberaler Anarchismus* ist dazu zu rechnen, der faktisch aber zur Herrschaft von Kleingruppen und Kommunen führt oder auf der Gegenseite die Auflösung in einem (über-) natürlichen Ganzen erstrebt.

Derzeit wächst die Wählerschaft des *Rechtsnationalismus* im Verbund mit der ewigen *Fundamental-Opposition* an (relevant als AfD). Diese Paarung führt, einmal demokratisch gewählt und damit an der Macht, zur zumindest schleichenden Wahlautokratie (Ungarn, Türkei). Außerdem bringt sie die Gefahr einer plötzlichen Machtergreifung mit sich.⁶

⁶ USA (Trump, Trumpisten, er selbst ist inzwischen abgewählt, Teaparty), Türkei (Erdogan, AKP), Ungarn (Orbán, Fidesz, 2022 wiedergewählt), Polen (Kaczynski, PiS), zudem UK (Brexit, Farage, Johnson zurückgetreten), Frankreich (Le Pen, Rassemblement National.), Niederlande (Wilders, Partij voor de Vrijheid), Österreich (FPÖ, früher Strache, Liste Kurz,

Damit ist auf die Rolle der Opposition zu blicken.

- Es gibt *zwei Stufen* von Opposition, die *demokratische* Opposition und die *Fundamentalopposition*, und zwar letztere mit dem Angebot der systemischen „Alternative“ der Autokratie oder der Anarchie. Vorrang hat in der Demokratie jedoch die demokratische Opposition.
- Bilden aber die demokratischen Alt-Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP) und inzwischen auch „Die Grünen“ ein „*Parteienkartell der Koalitionsfähigen*“ und verwachsen sie zudem überall mit den *staatlichen Institutionen*, so erscheinen sie zumindest aus der Ferne als eine Einheit.
- Sie werden für viele unsichere Bürger als Teil eines *undurchsichtig* erscheinenden *undemokratischen* „Deep state“ wahrgenommen. Der (an sich notwendige) Einfluss von Wirtschaftsführern, Gewerkschaften und Kirchen etc.) tritt hinzu. Die autokratische „Alternative“ der Einfachheit des *guten Hirten* erscheint den demokratisch ungeübten Mitmenschen immer attraktiver. Allerdings trachten ihre Führer, einmal an der Macht, danach, den „Deep Staat“ zu belassen und mit eigenen Kader-Mitgliedern zu übernehmen.
- Mit einem „gefühlten“ Kartell von Alt-Parteien verliert die Demokratie allerdings selbst einen Teil ihres Freiheitswesens. Verdeckte Kartelle haben diese Eigenheit. Es fehlt das *herrschaftskritische* Gegengewicht, das in Deutschland zuvor die Grünen anboten.
- Nach dem Prinzip von Druck und Gegendruck produziert also ein verdecktes Staatsparteienkartell das Anwachsen einer *Fundamentalopposition* gegen das gegenwärtige Staatssystem.
- Ihr Angebot wird für die unsicheren Bürger, zumal in Zeiten *wirtschaftlicher Stagnation*, zum neuen Ausdruck der doppelten „Freiheit vom Staat und zu einem neuen Staat“.
- Im antiken Athen wurden die wichtigen Ämter übrigens teils ausgelost.

So lautet die erste Entscheidungsfrage der demokratischen Wähler:

- Wollen wir dieses *System behalten und reformieren* oder trotzig das Umkippen der Demokratie in eine Wahlautokratie riskieren?
- Im zweiten Schritt erst können sie eine demokratische Partei mit einer *bestimmten Grundhaltung* und die daraus folgenden möglichen gesetzlichen Reformen wählen.

Kurz ist inzwischen zurückgetreten), Italien (Fratelli d'Italia, Meloni; Lega Nord, Salvini), Schweiz (Blocher), Dänemark (Dänische Volkspartei, Dahl), Schweden (Schwedendemokraten; Åkesson), Finnland (Basisfinnen); Deutschland (AfD, Gauland, Höcke, Pegida, inzwischen auch Teile der Querdenker-Bewegung), zudem etwa Indien (Modi, Hindu-nationalistische Volkspartei), Brasilien (ehemals Bolsonaro, rechtskonservative Sozial-Liberale Partei), Israel (Netanjahu mit extrem nationalen Parteien) etc.

2. **Unvollkommene Souveränität.** Weniger beachtet wird auch, dass schon die Souveränität *der Nationalstaaten* nur ist eine relative ist. Schon damit erweist sich auch die *Volksherrschaft* nur als eine „relative“. Es erleiden zumindest alle Mittel- und Kleinstaaten einen

- *patriarchalischen* Überbau von Supermächten mit *imperialen Einflussphären* (USA und Staatenbund der EU einerseits sowie Russland und China andererseits).
- Auf diese *Bipolarität* reduziert, entsteht derzeit erneut eine dialektische West-Ost-Paarung, die zugleich jedoch auch einen stabilisierenden Charakter besitzt.

Für unser westliches Demokratie-Verständnis wird zudem unsere jüngere *Nachkriegsgeschichte* nur unvollständig beleuchtet. Sie wird nachträglich einseitig *idealisiert* und kann uns damit als Narrativ für eine gute alte Zeit dienen. So waren die „alten Demokratien Westeuropas“ im „Kalten Krieg“ nur *begrenzt frei und begrenzt demokratisch*.

USA und NATO herrschten zumindest faktisch mit. Vereinfacht hat insbesondere Westdeutschland sich zunächst nur „demokratisch selbst verwaltet“. Die sogenannte *West-Bindung* war *einseitig* und *dogmatisch*, aber notwendig, weil die Demokratie bis 1989 von und mit der *Ost-West-Spaltung* lebte.

3. **Nachkriegs- und Globalisierungstraumata.** Die westlichen Wahlbürger wiederum *unterwarfen* sich wegen der Dauerdrohung mit einem *Dritten Weltkrieg* fast blind (!) den *Ritualen des Systems Demokratie*, zumal es *anwachsenden Wohlstand* mit sich brachte.

Sie waren noch von zwei Weltkriegen *traumatisiert* und suchten Halt. Bei Post-Traumata-Folgen helfen hoch vereinfacht körperliche Nähe, die Integration der Lebensgeschichte und der Aufbau einer neuen Selbst-Anerkennung.⁷

Ihr „Selbstkonzept“ hatte Schäden erlitten. Es musste sich reorganisieren, und es blieben Narben. Sobald wir von einem „We the People“- oder einem „kollektiven Bewusstsein“ sprechen, liegt es nahe, auch das Unterbewusste und das Unbewusste zu „sozialisieren“. Da wir *auch* „soziale Wesen“ sind, definieren wir uns auch über die „soziale Identität“. Wir kennen und erleiden *gekränkten Nationalstolz* etc. Wir verinnerlichen und strahlen ihn auch nach außen ab. Bei kollektiven Schicksalsschlägen suchen wir kollektiven Trost und Gruppen-Gleichklang. Wir entwickeln verdeckende Narrative, die uns das *Überleben*

⁷ Siehe zur kollektiven Ausprägung den Überblick bei: Kühner, Trauma, 2008 („Trauma und kollektives Gedächtnis“, „4 Zwischenbilanz IV: »Kollektive Traumata« als Merkmale kollektiver Gedächtnisse“), siehe auch: <https://www.lpk-bw.de/sites/default/files/news/2018/kizilhan-trauma-kulturelle-aspekte-2018.pdf>, 8.

erleichtern und überschreiben alte Leiderfahrung nach und nach. Wir verändern uns, aber es bleibt darunter ein Teil unserer Trauma-Erinnerung.

Auch die Kinder-Generation der 68er war über ihre Eltern in das Weltkriegstrauma und in deren konservative Riten eingebunden. Auch wenn sie dagegen rebellierten, bestimmten die Eltern ihr festes westliches Weltbild weiter mit. Großeltern waren als Zeitzeugen, als Täter, Opfer und Mitläufer noch gegenwärtig.

Die USA wiederum überrollte in den Nachkriegsjahren nach 1950 die *Mc Carthy*-Ära mit ihrer Kommunistenjagd und ihren Verschwörungstheorien, die aber dafür auch das kriegsmüde Volk der USA für die außenpolitische Auseinandersetzung mit dem Weltkommunismus mobilisierte und ihm die Notwendigkeit der Militarisierung vor Augen führte. In den USA wurde ferner erst 1964 die Rassentrennung formal aufgehoben. Die Idee von der Überlegenheit der weißen Rasse (abgemildert: WASP, *White Anglo-Saxon Protestant*) beeinflusst auch gegenwärtig noch die Republikanischen Partei und vor allem ihre *Trump*-Wähler.

Die Wende 1989 bescherte dem gesamten europäischen Westen das Glück der *Befreiung* vom übermächtigen Druck der Ost-West-Spaltung. Der Ökonomismus blühte auf. Dafür aber brachte dies für EU-Europa die Aufgabe mit sich, die *traumatisierten Ost-Block-Menschen* zu integrieren. Alte autokratische Ost-Riten mussten (erneut) umgewandelt werden.

Es folgte die *Entnationalisierung* durch die *Globalisierung* mit einem Welt-Netz von Verkehrs- und WWW-Kommunikationsströmen seit den 90ern, jenseits der eigene Nationalstaaten. Sie boten neue Freiheiten und stellen eine neue Herausforderung dar, aber sorgten auch den Grund für Verlustängste.

Die Finanzkrise 2007/8 belegte wiederum die Notwendigkeit von „Regulierungen“. Die Globalisierung führte zudem um und seit 2015 zu einem großen Migrationsschub, dem auch die USA ausgesetzt sind. Auch für die Migrationsströme ist eine „Regulation“ nötig.

- Die *Wahlfreiheit* der Wähler in den westlichen Nationalstaaten ist also machtpolitisch und emotional begrenzt. Insofern kann es zumindest für kleine und *mittelgroße* Staaten des Westens nur eine „relative Demokratie“ geben.
- Die Großmacht USA empfindet ein internes Verlust-Traumata der Deindustrialisierung (im Rust-Belt) und muss allgemein mit dem Druck umgehen, ihre ökonomische und militärische Vorherrschaft aufrechtzuerhalten und die Mehrheit der Wähler daran teilhaben zu lassen.
- Für die *imperialen Welt- und UN-Vetomächte* gilt zudem, dass auch sie nicht frei zu herrschen vermögen. USA, China und Russland müssen um die große *Schwarm-Masse* der Klein- und Mittelstaaten mit „Zuckerbrot und

Peitsche“ ringen. Sie trifft in Anlehnung an *Hegel* die Zwangslage, mit der Dialektik von „Herr und Knecht“ umzugehen, die beide aufeinander bezogen sind.

Der kurze Blick in die jüngere Geschichte der westlichen Demokratien, gemeint sind die Nationalstaaten, belegt also bereits die Arten und den Umfang der *Relativität der Freiheit und Gleichheit* der demokratischen Selbstbestimmung ihrer Staatsbürger und die anstehenden sozialen *Herausforderungen*.

4. **Folgerungen für das Selbstkonzept.** Die Folgerung lautet:

- Vor diesem Hintergrund bedarf es neben dem demokratischen Stolz auf das Erreichte auch der demokratischen Demut, sich geduldig im Alltag mit der Realität zu beschäftigen.
- Nötig sind die ständige Überprüfung unserer „Selbstkonzepte“ und dazu passende „Reformen“.
- Verfestigten sich aber die alte Mitte und deren altes demokratisches Selbstverständnis, so entsteht als Reaktion auf deren *Herrschaftsdruck* ein energetischer Gegendruck. Die *Fliehkräfte* werden größer.

Diese Einsichten sind an sich banal. Denn jedes System, vor allem ein biologisches, muss sich ständig selbst regulieren, um vor allem Anstöße von außen und Störungen im Innern auszugleichen (Homöostase).

- Ebenso stellt jedes System nur ein Subsystem dar, es ist stets in *Metasysteme* eingebunden, die es *mitbeherrschen*.

Mit den ständigen eigenen *leichten* und *selbst kontrollierten Reformen* sorgt jedes demokratische System dafür, möglichst lange nicht im wilden (chaotischen) Strudel aufgelöst oder disruptiv zerrieben zu werden. „Evolution statt Revolution“ lautet sein Konzept.

Die politische Demokratie bietet für dieses Ziel immerhin das strukturelle Angebot an, und zwar durch

- die *täglichen* öffentlichen Medien-Foren (mit energetischen Erregungsreizen),
- durch *mittelfristige* Wahlperioden (mit der Wahl von parteiischen Grundhaltungen) und
- durch einen *langfristigen* Verwaltungs- und Beamtenapparat (als Institutionen- und Struktur-Skelett).

Gegenwärtig besteht, so lautet die These,

- zwar eine *erhöhte Krisenlage* aus der Sicht der gewohnten alten westlichen Demokratie. Die Idee und die Macht der Nationalstaaten sind einerseits aufgelockert, bilden aber dennoch die maßgeblichen Lebens- und Schutzgemeinschaften.

- Auch sind die heutigen Wähler *politischer* und insofern auch *demokratischer* geworden. Sie unterwerfen sich *nicht mehr fast blind* und rituell im gleichen Maße dem Regel-System wie vor der Wende und vor dem World-Wide-Web.
- Wähler sind, auch durch die Medien, erregter und wählen weniger häufig blind systemkonform, sondern zeigen sich mit trotziger Fundamentalopposition. Diese bietet ihnen die Freiheit „von“ dem alten elitären System des kalten *Verstandes* an und führt sie auf den Weg „zur“ einfachen autokratischen Alternative eines semireligiösen Guten-Vater-Hirten.

5. *EU-Ebene eines Staatenschwarms*. Mit EU-Europa erleben die imperialen Großmächte zudem das Anwachsen eines dritten *nicht-imperialen Misch-Konstrukts* eines erfolgreichen *Bundes demokratischer Staaten*. Dessen Mitglieder haben ihre Souveränität selbst beschränkt, um aus dem europäischen *Staaten-Schwarm* einen deutlich erhöhten ökonomischen Nutzen zu ziehen. Den *räuberischen Neigungen* von imperialen Großmächten setzen sie ihre Schwarm-Masse und Offenheit entgegen. Sie bieten die Verlockungen von friedlicher Kooperation und drohen Tit-for-Tat mit Kooperationssanktionen bei unfairen Praktiken.

- Es handelt sich um eine Art der *Staaten-Demokratie, die auf der höheren suprastaatlichen EU-Ebene zusätzliche quasi-imperiale Selbstbestimmungsmacht einbringt* und die EU-Souveränität gegenüber den militärischen Großmächten aufbaut.
- Deshalb haben die *Wähler* in den EU-Mitgliedsstaaten auch die Freiheit, zu entscheiden, ob und welches Maß an EU-Europa sie sich leisten wollen oder mit Blick auf die Weltlage besser wollen sollten.

So gilt es für die EU-europäischen Staaten, auf beiden Ebenen eine *neue Mitte* zu finden, die den *Verstand* mit dem *Gefühl* zusammenführt und dazu am besten das umfassendere Konzept der *aristotelischen Vernunft* wählt. Denn der Mensch ist nach ihm *auch* ein Naturwesen.

- Kollektive Traumata, etwa von *Ostblock-Nachbar-Staaten*, müssen wir in Europa offen als „die unseren“ *annehmen*. Wir müssen sie in Westeuropa mit viel Geduld und Nähe, eventuell über eine gesamte *Generation*, mit neuer gemeinsamer Erfahrung *überschreiben*.
- Dazu sollten wir *europäische Veränderungsriten* anbieten und die schon vorhandenen *Freundschaftsverträge* als solche pflegen. Auch uns im alten Westeuropa hilft die rituelle Verstärkung von „Solidarität“. Wir haben zudem eine *Nachkriegszeit* im kollektiven Gepäck, die wir offenbar gern verdrängen, wenn wir unsere Demokratie feiern.

Ob wir uns *gegenwärtig* in einer *akuten* „Krise der Demokratie“ befinden, ist offen. Deshalb ist es auch sachgerecht, bei der bloßen Frage danach stehen zu bleiben.

- Die westlichen Demokratien sind jedenfalls *gegenwärtig* dabei, sich *maßgeblich zu verändern*,
- aber sie könnten sich auch *noch demokratischer* ausprägen.

Ob die demokratischen Kräfte den nötigen „Zuwachs an Demokratie“ mit Reformen erzielen oder doch mit erregtem Übermut und gleichzeitigen Verlustgefühlen eher in Wahlautokratien „systemisch umkippen“, muss sich zeigen.

Die Antwort auf die vereinfachte, aber häufig gestellte Frage nach der „Krise der Demokratie“ hängt also, später einmal zurückblickend, vom Ergebnis ab.

Gegenwärtig könnten wir vorsichtig und zunächst einmal mit Blick auf unsere sozialreale jüngste *Democratiegeschichte* und im Hinblick auf die *imperialen Supermächte* von einer „relativen Krise der relativen Demokratie“ sprechen.

III. Alternativen zur Demokratie und realer Demokratieindex; globale Dialektik von Demokratie und Autokratie, als Wettbewerb und als jeweilige Bedrohung

1. *Alternativen zur Demokratie und realer Demokratieindex*. Im Gegensatz zu den Demokratien hält sich in den *Autokratien* ein „räuberisches Rudel“ nach dem *Viehzucht-Modell der angeblich Guten Vater-Hirten*, die Herden als eigene und will sie vor *fremden Räubern* schützen. An die Stelle des Bildes von der Freiheit des einzelnen Menschen tritt in den Autokratien die Macht des Einheits-Kollektivs, angeführt und kontrolliert durch die Hirten.

Die ständige Gefahr des Umkippens der Demokratie in eine Autokratie besteht darin, dass vor allem immobile Menschen (gerade auf dem Land) eher dazu neigen, freiwillig besonders starke (Strongman-⁸) Hirten zu wählen und damit die Voraussetzungen für eine Umwandlung in eine Wahlautokratie zu schaffen, bewusst oder unbewusst (*Orban* in Ungarn, *Erdogan* in der Türkei, *Trumpismus* in den USA). Umgekehrt fürchten die Autokratien die Demokratiebewegungen der städtischen Jugend (Arabischer Frühling, iranische Frauenbewegung, Hongkong-Widerstand und Chinesisches Dokument Nr. 9).

Wer allerdings die westliche Leitidee der Freiheit und mit ihr die politischen Willensfreiheit

⁸ <https://www.populismstudies.org/Vocabulary/strong-leader-strongman/> (2. 5. 23).

- aus religiösen Gründen
- wegen ideologisch-politischer Bekenntnisse oder
- aus naturwissenschaftlichen Gesichtspunkten

ablehnt, der sollte wenigstens die sozialrealen politischen Alternativen zur Kenntnis nehmen: *Autokratie* und *Anarchie*.

So belegt der Demokratieindex der privaten *Economist Intelligence Unit*⁹ für unser westliches Demokratieverständnis für 2022 Folgendes:

“almost half of the world’s population live in a democracy of some sort (45.3%). Only 8% reside in a “full democracy”, compared with 8.9% in 2015, before the US was demoted from a “full democracy” to a “flawed democracy” in 2016.

More than one-third of the world’s population live under authoritarian rule (36.9%), with a large share of them being in China and Russia.”

Ausgeübt werden auch sie durch *menschliche Stellvertreter*, seien sie Theokraten, wie im Iran, Generalsekretäre einer sozialistischen Einheitspartei, wie in China, oder Führer in einem Blut-und-Boden Nationalfaschismus. Ein strenger naturwissenschaftlicher Determinismus endet im Fatalismus und Nihilismus und nimmt die heutigen Naturwissenschaften nicht ernst.

Zudem gibt es „Wahlautokraten“ mit ausgeschalteter Opposition, wie in Russland, und „Militär-Putschisten“, wie in Myanmar (Burma). Alle eint die Vorstellung, im Sinne „eines höheren Wohls“ Gewalt und Furcht einsetzen zu dürfen. Zu diesem höheren Wohl zählt auch der Erhalt ihrer Macht.

Fehlt es an einem funktionierenden Staat (Failed state), dann herrscht ein Gemenge von Warlords, Clanchefs, globalen Unternehmen, Hilfsorganisationen und Resten von Staatlichkeit.

Wer sich weigert, überhaupt politisch zu denken, muss auf den klugen Schwarm hoffen oder damit rechnen, dass Gute Hirten es für ihn übernehmen.

Die Alternative lautet also

- herrsche entweder klug selbst und mit der Hilfe von Repräsentanten, sodass Du Dich arbeitsteilig vorrangig um das Deine und um Deine Gleichen und Nächsten kümmern kannst
- oder lasse Dich wie ein Kind mit Willkür von einem Guten Über-Vater beherrschen, der auch in das Private eindringen und Dich als Besitz der Familie betrachten wird.

⁹ https://www.economist.com/graphic-detail/2022/02/09/a-new-low-for-global-democracy?fsrc=core-app-economist?utm_medium=social-media.content.np&utm_source=twitter&utm_campaign=editorial-social&utm_content=discovery.content. Nachfolgendes zusammenfassendes Zitat aus: <https://www.protagon.gr/wp-content/uploads/2023/02/Democracy-Index-2022-final.pdf>.

Diese Wahl hast Du aber nicht mehr, wenn Dein Staat einmal durch Gute Hirten beherrscht wird. Sie werden Deine Vernunft unterdrücken.

2. Globale Dialektik von Demokratie und Autokratie, als Wettbewerb und als jeweilige Bedrohung. Die Diktatur aber war und ist evolutionär betrachtet offenbar ein erfolgreiches politisches Staats- oder Clankonzept. Sie beruht auf dem alten und erfolgreichen Modell der *sesshaften patriarchalischen Familie*.

Diktaturen formen ihre Menschen von außen „nach ihrem Bilde“. Dazu stören sie ständig deren privat-soziale Selbstorganisation und bewirken bewusst Traumatisierungen durch Opferakte.

Insofern gibt es einen weltweiten Wettbewerb:

- Vorrang der Führung durch dialektische Menschen-Vernunft oder Vorrang der Führung durch hierarchische Dogmen-Gewalt.
- Vernünftig ist die Kooperation im Frieden, notwendig ist kollektive Gewalt im Krieg.

Das bedeutet auch, dass

- beide Regierungsformen sich *latent* in einer ständigen Krise befinden.

So gehört das Leben mit der Alternative der Tyranis zur Demokratie. Insofern ist die „Krise“ in jedem demokratischen Herrschaftssystem mit enthalten.

Verfassungsrecht gibt es auch nur, weil wir in Gestalt unserer die Gründungsväter und -mütter allgemein mit dem *Verfassungsbruch* rechnen.

Die gegenwärtige Bedrohung durch eine rechtsnationale Wahlautokratie ist *derzeit* nur „relativ“ konkret. Wäre sie akut, so würden die Normen des Staatsschutzrechts greifen, würde der Verfassungsschutz in anderer Form warnen und ein Parteienverbot für die AfD in Betracht kommen. Noch handelt es sich um eine vorrangig politische Diskussion.

Sie erweist sich deshalb auch als notwendig, weil die Alternative dazu nach 16 Jahren *Merkel* offenbar wieder lautet: Weiter so, seid „gute Schafe“, wir schaffen das schon! Das sind Akte von oben nach unten. Die politische Gegenbewegung, etwa der AfD, agiert exakt umgekehrt: Seid nur ständig empört, seid nur „ständig bockig“: Eure Vertreter regeln das schon für Euch - von unten nach oben, ohne Rücksicht auf Verluste.

Es war und ist die Wahl und das Verhalten *Trumps* in den USA, die eine anhaltenden Warnung an die westliche Welt ausgesendet hat. Sein „disruptives“ Agieren hat EU-Europa aufgerüttelt.

Damit hat er, wie jede Disruption, zugleich den positiven Effekt bewirkt, tatsächlich wieder über das eigene Selbstbild, über die Verkrustung der politischen Eliten und allgemeinen über die Evolution der westlichen Demokratie nachzudenken.

Dazu sind im Vorwege die USA und EU-Europa noch einmal getrennt zu würdigen.

Das angloamerikanische Machtdenken ist liberaler, amoralischer und militärischer austariert als das auf Werte und Handel gegründete EU-Vertragskonzept, das teilsouveräne Nationalstaaten mit einem EU-Austrittsrecht verbindet.

Ferner hat sich das Bild vom *Außendruck* der großen Autokratien China und Russland gewandelt. Dieser Druck ist samt Ukraine-Krieg und Taiwan-Drohungen mit zu bedenken und mit zu fühlen. Zumindest kann er zu einer gesamtwestlichen Solidarisierung führen, und zwar auf der Ebene der EU und der wiederbelebten NATO. Die *Weltaufgabe*, den absehbaren Klimawandel abzuschwächen, verlangt zudem nach einer Kooperation auf der Ebene der Vereinten Nationen.

Seit 2022 befindet sich der Westen mit Russland in einem regionalen Krieg um die Demokratie in der Kiew-Ukraine (Maidan-Revolution 2014). Die *Putin*-Autokratie fürchtet das Übergreifen der Forderungen nach politischer Freiheit auf das belarussische Minsk (angebliche *Lukaschenko*-Wahl 2022) sowie auf die vor allem städtischen Dissidenten in Moskau und St. Petersburg.

Die nationalen Demokratien können und sollten, auch vor diesem Hintergrund, prüfen, über welche Selbstbilder sie verfügen und welche Arten von Reformen sich für sie in Reichweite befinden.

- Der Demokratieindex belegt, dass weltweit eine *konkurrierende Paarung* von Demokratien und Autokratien regiert.
- Beide fürchten wechselseitig den Sog der anderen Regierungsform und stacheln sich gegenseitig zu Evolutionen an. Man kann auch insofern von einem *dialektischen* Verhältnis auf der Ebene der Staaten sprechen.
- Diese Paarung kennt ihrerseits noch einmal die Alternative zum funktionierenden Nationalstaat den *anarchischen Failed State*.

Die UN lebt auf ihrer Staaten-Ebene ebenfalls *beide nationalstaatlichen Organisationsmodelle*. So verfügt sie über einen Sicherheitsrat mit fünf *dominierenden Vetomächten*, jede einzelne Macht kann wie ein *Autokrat* eine Entscheidung verhindern, und eine *staaten-demokratische Vollversammlung* der rund 200 Nationalstaaten als freie, gleiche und nächste Akteure.

IV. Reale Standardgefahr von rechtspopulistisch-konservativen Koalitionen: Westliche Beispiele und CDU/CSU mit AfD

1. Reale Standardgefahr von rechtspopulistisch-konservativen Koalitionen: Westliche Beispiele. Das einfache nationalpopulistische Narrativ lautet: Wir müssen die Kontrolle zurückerlangen und wollen wieder selbst groß sein! Der Ruf der Brexiteers lautet demgemäß: „Taking Back Control of Our Borders“. *Trump* fordert von den Wählern: „Make America Great Again“. Nationalpopulisten wenden sich also an diejenigen, die sich *ohnmächtig* fühlen und die *Verluste* spüren und an die *Labilen*, die sich von örtlichen Gruppen mitziehen lassen. Kontrolle und Größe beherrschen ihr Denken. Sie zielen damit auf autokratische Elemente und werden nur durch demokratische Gegenkräfte im Lot gehalten.

Rechtsnationale Populisten sprechen nicht über die Freiheitskosten und nicht über den hohen Nutzen von Kooperation. Sie blenden *vernünftige Argumente* überhaupt weitgehend aus. Sie setzen auf Angst, Wut und Träume. Sie leiden an der Einseitigkeit des Extremismus. Deshalb sind sie in einer Demokratie nur als Minderheit sinnvoll und tolerant zu ertragen. Als Mehrheit werden sie ein autokratisches System der „Kontrolle und Größe“ errichten.

Die westliche Mehrheits-Demokratie gründet sich zwar auch auf sinnstiftende Erzählungen, wie den großen westlichen Genesis-Mythos von der langsamen „Selbstaufklärung“ des einzelnen Menschen, aber sie verbindet mit diesem Narrativ sofort den Askese-Preis der „Selbstbeherrschung“. Sie fordert zudem „Selbstkritik“ und achtet *Fakten*. Ihr Ansatz ist, auch insoweit, dialektisch, ausgleichend und offen.

Wir haben unser demokratisches Selbstkonzept deshalb regelmäßig anzupassen. Zu den Fakten zählt die gegenwärtige Welle des scheinbar so undankbaren Nationalpopulismus. Deshalb ist zu fragen, ob die „abwägenden Vernunft“ der Mehrheit nicht *zu kalt und rational* betrieben wird. Die politische Elite der gewählten Repräsentanten ist in dieser Zeit somit klug beraten, die „*Vernunft der Gefühle*“ der Menschen in weit stärkerem Maße mit zu bedenken.

Die Standard-Gefahr besteht für die westlichen Demokratien im Abschluss rechtspopulistisch-konservativer Koalitionen, wie bei den Republikanern in den USA, die beides verbinden (früher *Trump*), in Israel (*Netanjahu*), Italien (*Meloni*), Schweden (Schwedenpartei), Finnland (Basisfinnen) oder Indien (*Modi*). Die Frage lautet stets, wie rechtsextrem die Regierung tatsächlich auftritt und welche Änderungen am Verfassungssystem, vor allem dem *Rechtsstaatskonzept*, sie vornehmen will, etwa nach dem EU-Modell von Polen oder Ungarn.

2. Reale Standardgefahr von rechtspopulistisch-konservativen Koalitionen: CDU/CSU mit AfD. Für Deutschland steht die Frage im Raum, ob eine *konservativ* ausgerichtete CDU/CSU-Opposition dem ständigen Koalitionsangebot der AfD widerstehen würde, wenn sich auf der Bundesebene eine rechte *Machtoption* böte, wie etwa derzeit im Bundesland Thüringen. Noch allerdings stehen die FDP, die Grünen und die SPD für Koalitionen zur Verfügung.

Auch belegen die Entwicklungen im westeuropäischen Ausland (etwa Frankreich, Italien), dass große *konservativ-christliche* Parteien zerfallen können. So entsteht *Platz* für neue Führer-Parteien. Die Politologie *Biebrich* spricht jüngst und für Westeuropa von der „*Krise des Konservatismus*“, der historisch lange Zeit der „*große Gegenspieler zum Liberalismus und der Demokratie*“ gewesen sei. Diese Zeitgeistwelle habe Deutschland allerdings noch nicht voll erfasst.¹⁰

In der Ausgangslage könnte die CDU/CSU meinen, den extremen Rechtsnationalismus der AfD unter Kontrolle halten und ihn in der Regierung als politikunfähig vorführen zu können. Sie könnte dann aber selbst in den Macht-Sog eines *wirtschaftsnahen Medienmanipulators* gelangen.

- Der ehemalige österreichische Kanzler *Kurz* hat immerhin von 2017 bis 2019 mit den rechtsnationalen FPÖ regiert. *Kurz* hat zudem zuvor seine eigene konservative ÖVP von einer Partei hin zu einer Art *Bewegung* als „Liste Stefan Kurz“ aufgelockert und zudem die Presse manipuliert.
- Ein neuer junger CSU-*Söder* könnte diesen Weg gehen¹¹ und gemeinsam mit *Kretschmers* Sachsen-CDU die Bundes-CDU mitziehen.¹²
- Nach seinem Rücktritt ist *Kurz* 2022 als Stratege in die Dienste des *Trump*-Unterstützers und Milliardärs *Peter Thiel* eingetreten. Damit hat sich *Thiel* einerseits zugleich auf Jahre den Zugriff auf interne europäische Netzwerke und die Kenntnis darüber gesichert, andererseits gelangt EU-europäisches Denken in die USA-Politik. Aber der Missbrauch durch den Trumpismus erweist sich als möglich.
- Auch befindet sich möglicherweise ein weißer Elefant bereits im Raum der deutschen Parteien: *Friedrich Merz*, der gegenwärtige CDU-Vorsitzende und Oppositionsführer war von 2015 bis 2020 Aufsichtsratsvorsitzender und Lobbyist von Black Rock Deutschland, einem der *größten Vermögensverwalter* der Welt. *Merz* ist Anwalt, solche Kontakte reißen

¹⁰ Biebricher, Mitte/Rechts, 2023, 13 ff. (bei Fn 9).

¹¹ <https://www.tagesspiegel.de/politik/soder-bedient-sich-aus-dem-werkzeugkasten-der-populisten-5395531.html> (15.04.2021).

¹² <https://www.sueddeutsche.de/meinung/cdu-afd-michael-kretschmer-friedrich-merz-sachsen-1.5523600> (07.02.2022).

nicht ab. Was geschieht, wenn der Black Rock-Vorsitzende *Larry Fink* seine wirtschaftlichen Vorteile nicht mehr nur in einer nachhaltigen Wirtschaft sieht? Er weiß jedenfalls eine langjährig von seiner Firma geförderte Führungskraft im Sattel des deutschen Oppositionsführers.

- Alles hängt also möglicherweise von der *persönlichen Ethik* des Politikers *Merz* und von der *Brandmauer-Ethik* der bundespolitisch dennoch so erfolgreichen Kanzlerpartei CDU/CSU ab. Am 23. 7. 23 spricht sich *Merz* für einen pragmatischen Umgang mit der AfD auf kommunaler Ebenen aus. Er verstößt damit gegen den Abgrenzungsbeschluss der CDU, löst heftige Kritik auch in der CDU aus und relativiert am selben Tag seine Aussagen.¹³

Die größte politische Gefahr besteht für Deutschland mittelfristig darin, dass die Migrationsströme vor allem von *jungen Männern* erheblich zunehmen, die gegenwärtige deutsche Ampelregierung *zerbricht* und eine *junge* CDU/CSU-Führung die nationalistische AfD, ähnlich wie schon in europäischen Nachbarstaaten (Österreich, Schweden, Italien, auch Israel) zur *Machterlangung* umwirbt. Sie erklärte damit, die AfD sei für konservative Mitte-Bürger wählbar. Diese Entscheidung, die dann geachtete und meist auch schon als Repräsentanten gewählte konservative Führer mit treffen würden, würde *in Deutschland* die große Mittelschicht verwirren und sie aufspalten.

- Eine solche Koalition würde vor allem den deutschen *Rechtsstaat* und die *Verwaltung* bedrohen. Sie würde alsbald die öffentlichrechtlichen *Medien* abbauen, die Schulbücher national ausrichten und den Boden für rechte „Fox-News“ bereiten.
- Ebenso würde eine solche Koalition damit anfangen, die deutsche *Geschichte* umzuschreiben. Generell würden verstärkt *rechtsnationale Experten* zu Sachverständigen ernannt und sie dazu mit der Führung der passenden *wissenschaftlichen Institute* betraut. Für *ambitionierte Aufsteiger* in diesen Bereichen würde es sich lohnen, rechtsnational aufzutreten. Sie würden zugleich nach „Gleichen und Nächsten“ suchen.
- Potenzielle junge konservative oder ordo-liberale Parteimitglieder, die vor allem etwas bewegen wollen, würden die sogenannte Ochsentour durch die Gliederungen der CDU/CSU-Verbände eher meiden und den schnellen Weg durch die AfD erwägen. Denn die alten Rechtsparteien erscheinen den jungen Politiker nur noch als reine Machtblöcke. Ihr *Selbstkonzept* würden sie nach und nach der AfD anpassen.

¹³ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/merz-afd-kommunen-100.html> (23.7.2023); <https://www.tagesschau.de/inland/merz-kritik-100.html> (24.7.23) <https://www.spiegel.de/politik/friedrich-merz-cdu-chef-relativiert-aussagen-zu-kooperation-mit-afd-a-a058a465-c4be-437a-b01b-467b44299e64> (24.7.23)

- Den nächsten Schritt zum Führerkult bildet entweder sofort eine *Wahlautokratie* (wie mit *Orban* in Ungarn) oder der Zwischenschritt zum *Präsidialsystem* (Türkei: *Erdogan*, Italien: von *Meloni* geplant). Jeder Präsident ist seinem Wahlvolk gegenüber *direkt* verantwortlich und setzt auf große *Wählerbewegungen* statt auf Parteien. Er hat zudem die *Exekutive* mit *Dekreten* in der Hand. Außerdem vertritt er, wie der Trumpimus in den USA nur eine demografische *Minderheit*. Deshalb greift rechtsnationale Verlustangst um sich. Es es müssen *Manipulationen* für eine Mehrheit sorgen.¹⁴ Sie fallen nach dem *Erdogan*-Beispiel von Wahl zu Wahl nimmer härter und sichtbarer aus.
- Die leidvolle Erfahrung mit einem Führer-Konzept prägte das Nachkriegsdeutschland. Es hat diesen Weg mit seinem *Parlamentarismus* und dem *Föderalismus* des Grundgesetzes ausdrücklich verbauen wollen. Abgeordnete wählen den Kanzler und auch einen gesonderten Bundespräsidenten. Außerdem hat es ein hoch kompetentes Bundesverfassungsgericht installiert, das sich dem deutschen Rechtsidealismus verpflichtet fühlt.
- Aber ein anwachsender Teil der Bevölkerung hat keinen *familiären Erziehungsbezug* zu diesem Teil der deutschen Geschichte und sieht sich, auch in den Neuen Ländern, selbst in einer eigenen Opfer-Täter-Mitläufer-Geschichte.

Die Führung der AfD und ihre Wähler gelten uns dennoch als würdige Menschen und Mitbürger. Menschen sind zudem geneigt, klares und dennoch wohlwollendes Verhalten zu spiegeln. Wir Demokraten sollten es deshalb auch ausstrahlen.

Am Ende steht die *systemische Kunst der Polis-Politik*. Sie besteht darin, ihr Selbst zu organisieren, indem sie die Macht in Parteien teilt und nicht in einer autokratischen Hand belässt, indem sie den alltäglichen Druck- und Machtausgleich als *offene Dialektik* organisiert und indem sie ihn zudem auf dem Forum mithilfe von spielerischen Prozessen sichtbar inszeniert.

V. Nutzen des Klimawandels zur Reorganisation; rituell-gefühlige Auflockerung des Selbstkonzepts von Nationalstaaten

1. *Nutzen des Klimawandels zur Reorganisation*. Derzeit gewinnt der Klimawandel an Bedeutung, den der Rechtspopulismus erfolgreich umspielt und den auch die demokratische Mitte der „alltäglichen Lebenswelt“ als „unsichtbarer Elefant im Raum“ verdrängt und der sie zugleich etwas „erstarren“ lässt.

¹⁴ Zibblatt/Levitski, Verzweiflung, WZB-Mitteilungen, Heft 172, 2021, 6 ff., 8.

Die größte *objektive* Bedrohung findet aber derzeit durch die Klima-Reaktion der Natur statt. Sie gilt es demokratie-politisch zu nutzen, um das Gewicht der Globalität sichtbar zu machen und sichtbar zu halten. Evolutionär bildet diese Disruption den Druck zum Umstieg in ein neues *Energiekonzept*.

Die derzeitige Kombination von langfristiger Klimakrise, aktueller Energieknappheit und Ukrainekrieg, dessen Dauer unübersichtlich ist, bietet eine gute Chance, die *Mitte über ihr Selbstkonzept* zu reorganisieren. Je nach Sichtweise als Analogie oder als naturalistische Mechanik gilt die alte politische Einsicht: „*Ein erhöhter Außendruck schafft Gegendruck als Solidarität nach innen*“. So vermag der Außendruck in der Technik hochenergetische Gase zu verflüssigen.

Die humane Re-Reaktion auf die bereits einsetzende Klimaveränderung verlangt nach umfassender und globaler *Vernunft*, also nach Wissen, Selbstverantwortung und Selbstorganisation, zumindest auch auf dieser Ebene. Aber die drei Grundarten der biologischen erfolgreichen Reaktionen auf existenzielle Gefahren lauten weiterhin: progressives „*Fight*“, regressives „*Flight*“ und verharrendes „*Freeze*“.

Die lärmende „Flucht“ in die Nächsten-Gemeinschaft der Leugner und Heilssucher, die eine mythische Heimat birgt, bildet eine Alternative, seit es Religionen gibt. Es handelt sich um eine humane *Überlebensstrategie*, die uns auf die Suche nach restkindlicher Geborgenheit treibt. *Wir alle* tragen einen solchen Antrieb in uns.

Die anderen beiden Subschwärme, die sich ständig neu bilden, derjenige der aktiven Fortschrittssuchenden und der der Menschen mit abwägender Resilienz, samt der Mitläufer, müssen besonders durchlässig sein. Das heißt, dass sich viele Mitläufer (der „uninformed agents“, die sich bestenfalls durch politische Medien und nur grob auf dem Laufenden halten) vom erlebten Vertrauen in die Funktion der Arbeitsteilung (Kooperationsprinzip) tragen lassen. Den Flüchtenden gilt es, eine warme „Heimat“ als emotionalen Rückzugsraum zu schaffen, der eine „innere Reorganisation“ erlaubt.

Diese drei Arten von reaktiven Subschwärmen werden bleiben. Nötig ist es, die jeweiligen „Energie-Wellen“ und mit ihnen die sie tragenden „Informationen“ *auszugleichen*,¹⁵ und zwar im *mittleren* Sinne der Homöostase, also eines (eigentlich hoch normativen) Fließgleichgewichts. Der Vorrang des Flüssigen bildet das physikalische Wesen des auch biologisch so erfolgreichen Aggregatzustandes der irdischen Biosphäre.

¹⁵ Dazu: Dittrich, concept, Eur. J. Phys. 2015, Vol. 36, Numb. 1, “*The concept of information in physics: an interdisciplinary topical lecture*”.

2. Rituell-gefühlige Auflockerung des Selbstkonzepts von Nationalstaaten. Eine weitere Anregung, der *Verhärtung der Mitte* entgegenzuwirken, lautet, zusätzlich und mit *deutlicherer* Betonung die *territoriale Vielfalt* zu verstärken. Denn jede Vielfalt verschafft dem einzelnen Demokraten ein Stück Freiheit, sich darin *individuell* einzupassen. Die Dialektik der Demokratie eröffnet den folgenden vereinfachten Dreierschritt:

- Die Idee des gefühligen Art. 20 GG-Nationalstaates gilt als wichtige und als UN-demokratische *staatliche Hauptausrichtung*.
- Ihrer „monolithischen Absolutheit“ setzt die Demokratie aber die rationale *Antithese* der „Vielfalt der Sub- und Metasysteme“ entgegen. Es sind Metasysteme, wie EU-Europa und die Vereinte Nationen, und Subsysteme, wie Bundesländer und Gemeinden, daneben Nebensysteme, wie Nachbarstaaten und ferne gleichwertige Staaten und Staatenbünde (Afrikanische Union, Union südamerikanischer Staaten, Vereinigung südostasiatischer Länder).
- Dazu setzt die Demokratie den dritten Schritt der *Synthese*. Sie „spielt“ in ihrer Mitte und auch nach außen mit diesen beiden Angeboten „der Einheit und der Vielfalt“.

Die Demokratie greift deshalb in ihrer klugen Politik die *gefühligen Elemente* des Nationalstaates auf, aber sie verwendet sie zusätzlich auch zur Symbolisierung der Vielfalt. Denn in der „Vernunft der Gefühle“ steckt die evolutionär-erprobte schnelle reiz-reflektive Erfahrung der Evolution.

Abwägendes Nachdenken kostet viel Zeit und verlangt nach Ruhe. Rituale und Synchronität schaffen und erhalten dagegen ein andauerndes kulturelles Schwarm-Empfinden. Die Verwendung der *Kombination* von Fahnen, Wappen und Hymnen bietet sich in öffentlichen Gebäuden an. Der europäische Pass ist ein Beispiel für EU-Europa.

Es gilt insofern, die lockere Art des europäischen Selbstkonzepts zu fördern, das aber vom allgemeinen Humanismus der UN-Charta *überwölbt* werden sollte.

Es hilft auch, die föderalen Unterregionen, wie Länder und Gemeinden, Schulen und Hochschulen, mit aufzulisten. Der *Kommunitarismus* verlangt auch seinen subsystemischen-rituellen Platz.

Das Land bildet jedenfalls auch aus und verliert seine „mobilen Kinder“. Das Standesamt befindet sich jedenfalls in Deutschland lebelang am selben Ort. Ein solcher Verbund von Herkunftsangaben individualisiert zugleich den Träger solcher „Abzeichen“.

Für die westlichen Demokratien bleibt die provokative, aber logisch-vernünftige Frage offen, *inwieweit sie* noch *offiziell* und in ihren *Verfassungen vorrangig* an

der alten *monolithischen* Idee des souveränen *Nationalstaates* öffentlich festhalten sollen.

Ihre Grundidee der *Gewaltenteilung* nötigt jede nationalstaatliche Demokratie eigentlich dazu, die *Absolutheit* der Souveränität des Nationalstaates infrage zu stellen und das Staats-element der ständigen politischen *Koalition mit anderen Staaten* als „gleichwertig“ mit zu betonen. Auch können ihre Menschen die Staaten wechseln.

Herrschaftspolitisch geht es zudem um

- die *aktive Machtteilung*, um in Bündnissen gemeinsam stärker zu sein und
- die *passive Anerkennung* von beschränkter Souveränität durch die Macht oder auch Übermacht der Nachbarn, meist als ein Verbund von beidem.

Normativ reduziert gilt:

- Die Idee der Souveränität von Nationalstaaten sollte sich in die normative Trinität von „*Freiheit, Gleichheit und Solidarität*“ einpassen.
- Der Akteur Nationalstaat ist danach nicht nur „frei“ und vor allem rechtlich „gleich“, er hat auch „solidarisch“ gegenüber dem ihn überwölbenden Meta-System, wie der EU, dem NATO-Westen oder der Vereinten Nationen, zu sein.

Das *biologische* Konzept des *Homo sapiens* vereint uns tatsächlich. Es führt uns auf den Gedanken der gleichen *Abstammung* zurück.

Es kann als Grundlage für ein gefühliges Eine-Welt-Modell dienen. Die rund 200 Nationalstaaten der UN bilden insoweit dann nur eine Art von UN-Föderalismus. Die Übersetzungssysteme der KI (oder AI) sorgen zudem alsbald für eine neue Art der privaten Kommunikation. Kriege sind für den *Homo sapiens* sowohl „disruptive Wettbewerbe“ als auch „amoralische Bürgerkriege“.

VI. „Freiheit, Gleichheit und Solidarität“ als Credo-Werte der westlichen Demokratie und rückwärts gelesen als Autokratie-Grundsätze; Machtdynamik: Mitte-Neigung, Fundamentalopposition und demokratischer Balanceakt, drei Druck- und Sogrichtungen der Opposition; Ausblick: Gewaltenteilung, Schwarmwissen und politische Reformvernunft

1. „*Freiheit, Gleichheit und Solidarität*“ als *Credo-Werte der westlichen Demokratie und rückwärts gelesen als Autokratie-Grundsätze*. Die westliche Demokratie lebt vom Vorrang der *Kooperation*, dem *Nutzen der individuellen Vielfalt* und von ihren Werten.

Ihre Hochkultur ist grob zu *zwei Dritteln* der hohen *Arbeitsteilung* und dem Zugewinn an *Wissen, Technik* und *Vernunft* geschuldet. Insofern bedient sich die

Demokratie des universellen Organisationsmusters des friedlichen Schwarms oder der Herde.

Mit dem letzten Drittel integriert und zivilisiert sie Komponenten des Raubes. Die wehrhafte und mitfühlenden Demokratie nutzt damit insgesamt das Modell des ausgewogenen Biotopes mit vielen „rollenhaften Populationen“.

Die Dialektik zeigt sich in vielfältiger Art. Politisch betrachtet, ergibt sie sich vereinfacht aus dem *Nutzen* der Opposition und dem geregelten Machtwechsel.

Wir sehen sie auch auf der *ideellen* Ebene in der Credo-Form einer weltlichen Ideentrinität

- der individuellen *Freiheit* (auch zur humanen Globalität),
- der empathischer *Solidarität* (innerhalb und für den Nationalstaat) und
- der gerechten *Gleichheitsidee* (hier als Ausgleichsprinzip der fairen rituellen Verfahren, mit dem Vorrang der kooperativen Tauschgerechtigkeit vor der sozialen Zuteilungsgerechtigkeit).

Dabei regiert die Freiheit (des Privaten zur Hälfte) und sie wird ausbalanciert durch das gemeinsame Gewicht der staatliche gesicherte Gleichheit und die soziale Solidarität. Deren realer Gegenpol zeigt sich wiederum in unserem Bewusstsein und unserem Empfinden,

- dass diese drei Ideale ständig real bedroht sind und
- dass *Evolution* mit ständigen leichten Veränderungen und gelegentlichen harten Disruptionen (wie Ost-West-Wendezeit, Finanzkrise, Migrationswelle, Pandemie, Ukrainekrieg, drohende Klimawende) einhergeht.

Wir nutzen und brauchen als Zwei-Drittel-Demokraten unsere Vereins-, Versammlungs-, Meinungs- und Glaubensfreiheit. Aber wir haben auch unsere Mitherrscher als solche zu achten und damit Toleranz zu üben.

Schließlich nutzen Autokratien genauer betrachtet *dieselben drei Credo-Elemente*, nur in gegenläufiger Reihenfolge und mit dementsprechender Einfärbung:

- Es dominiert die „aufopfernde Solidarität“ einer *Großeinheit* (nicht der empathischen Solidarität) und sie strahlt auch aus:
- So wird sie eingehegt durch die *Gleichheit der sozialen Pflichten* (nicht der Rechte) und durch die *kontrollierte Privatheit* und *gelenkte Marktfreiheit* (nicht Privatautonomie und demokratisch geregelte Marktfreiheit).
- Auch die autokratische Systeme müssen mit den realen „Störungen“ umgehen. Sie, und alle hybriden Zivilisationen dazwischen, müssen ständig *Politik* betreiben und ihre Normen anpassen, und sie ebenfalls ihr Credo entsprechend umfärben.

Für die Unterscheidung von Demokratie und Autokratie ist also die *vorrangige* Grundausrichtung entscheidend, und ausrichten kann man sich immer nur in *eine Richtung*. Je nach der Position sind es:

- ethisch: Freiheit *oder* Solidarität, sozial: Individuum *oder* Kollektiv, ökonomisch: Kooperation *oder* Protektion. Jeweils aber nur als *Vorrang*.

2. Machtdynamik: Mitte-Neigung, Fundamentalopposition und demokratischer Balanceakt. Die „Demokratie“ mag insgesamt als liberale Demokratie auftreten und ihren Bürgern die Bürgerrechte sichern, aber als Demokratie allein beinhaltet die Antwort auf die Frage nach der Ausübung der *Staatsmacht*. Deshalb folgt auch die demokratische Politik dem Konzept des *Ausgleichs von Kräften*. Man kann deshalb von einer *Macht-Mechanik* *oder auch moderner Machtdynamik* sprechen und das Wort im Sinne einer viel verwendeten *Metapher* nutzen. Man kann aber auch den Überbau des System-Modells verwenden, zu dem dann wiederum auch physikalische Systeme zählen. Das Konzept von der „Homöostase“, dem Drang zum ständigen inneren Ausgleich jedenfalls, passt auch für die Selbstorganisation der Systeme und damit auch des Systems demokratischer Staat.

Ein jedes solches Modell-System, das in einer *progressiven* oder auch *evolutionären Umwelt* lebt, muss sich „um sich kümmern“, deshalb hat es die *Neigung*, sich zum Selbsterhalt um eine *Mitte* zu drehen. Es beinhaltet eine *Mitte-Dynamik*. Deshalb bedarf eine Demokratie immer auch einer *oppositionellen Fliehkraft*.

Die ideale Mitte, lies: das politische Forum, verfügt dann und nur dann über die *Neutralität* infolge der *Äquidistanz* zu allen extremen Oppositionen. Zu viel *Gravitation* würde die Demokratie mit einem festen Kern erdrücken (im Sinne einer Autokratie), zu viel *Freiheitskräfte* würden sie auflösen (zur Anarchie).

Dieser Kernbereich der Mitte verfügt dann zwar über eine gewissen Druck der „Gravitationskräfte“ eine erhöhte Energie. Autokratien nutzen ihn. In der Demokratie wird diese Energie durch die *Vielfalt* von selbst turbulenten *Subsystemen breit* gestreut, organisiert und klug *moderiert*. Diese Aufgabe übernehmen die Konzepte der *Gewaltenteilung*, der „Checks-and-balances“, der Privatautonomie und das Informations- und Wahlrecht etc. Es besorgen die individuellen Politiker, die die Politik betreiben.

In der systemischen Dynamik einer westlichen Demokratie gibt es also *notwendigerweise* stets auch eine *Fundamentalopposition* - weg von der lockeren Demokratie des Schwarms hin zur festen Mitte einer Einheitsautokratie.

Sie steht zugleich für die gelebte Freiheit „*von diesem Staat*“. So können die Nächsten-Gruppen der *extrem-dogmatischen* Menschen statt auf den *Minimalkonsens der säkulare Verfassungen* zusetzen, ihre „politischen

Religionen“ (Kommunismus, Faschismus oder klassische Eroberungsreligion) dominant verfolgen. Sie werden sich dabei den Narrativen und den wissenden und allmächtigen Guten Hirten unterwerfen und sie wählen.

Sie verkörpert *als Minderheit* vereinfacht die Rebellen- oder Trotz-Negation zur derzeit herrschenden Art der Demokratie. In ihr staut sich derzeit die blinde Erregungsenergie auf, die einem *uniformen*, meist reaktiven *Wut-Gegendruck* und damit auch Wut-Stress entstammt. Diese Wut-Opposition zielt darauf, die ausgewogene innere Vielfalt der System-Strukturen *aufzubrechen* und gibt den Wütenden das Gefühl von kollektiver Selbstermächtigung. Kommt sie an die Macht so verbleibt am Ende eine *externe* Herrscher-Mitte, sie gebiert gern einen Sonnen-König, „l'état c'est moi“, „der Staat bin ich“. Dieses Ergebnis bedeutet zunächst auch, dass alle anderen Menschen vor dem Autokraten *gleich* sind. Jener vermag also auch Gerechtigkeit zu bieten. Allerdings ist es lediglich die Gleichheit der kleinen Schafe gegenüber dem großen Hirten.

- In der *repräsentativen Demokratie* findet ein gewisser Ausgleich zwischen beiden Modellen statt. In ihr wählt sich eine *Mitte-Mehrheit* von klugen Schafen eine repräsentative Gruppe von Hirten selbst. Sie lässt ihre Hirten für Grundsatzentscheidungen, die den rechten Weg betreffen, in ein rituelles Verfahren eintreten und zunächst öffentlich beraten.
- Diese Mehrheit unterwirft sich zudem freiwillig dem *Herrschaftskonzept* des Rechts (Rule of Law). Es gewährt „*gleiche Rechte für alle*“. In akuten Notlagen wird aber auch diese kluge Mehrheit nach strenger Führung rufen.
- Die gesamtwestliche Kombination von liberaler *und* repräsentativer Demokratie nutzt also klug die Vorzüge beider Konzepte, aber es teilt die Macht, kontrolliert die selbst gewählte exekutive Herrschaft und sichert vor allem dem Bürger seinen großen Spielraum der Privatautonomie.
- Die *Welfare-States*, zu denen die mittelgroßen kontinentaleuropäischen Staaten und auch Deutschland zählen, lassen den Staat auch noch weitgehend die *Fürsorge* des Guten Hirten übernehmen. Sie bieten also drittens auch eine *soziale Demokratie*. Damit erhöhen sie die Macht der *Exekutive*. Dafür aber setzen sie gegenüber den USA und GB durchweg auf geringeres Gewicht auf das *protektionistische Militär* und dessen Haushalt.

Damit werden die *strukturellen Kippunkte* sichtbar, die den Übergang in eine Wahlautokratie erlauben. Erkennbar wird aber auch, welcher *kluger Balanceakt* mit den kooperativen *Vorzügen* der westlichen Demokratie verbunden ist.

3. *Machtmechanik: drei Druck- und Sogrichtungen der Opposition.* Den Einstieg in das Umschlagen bildet die strukturelle Notwendigkeit von Opposition und ihren kreativen Fliehkräften. Offenbar existieren auf den zweiten Blick zumindest *drei Arten* von *herrschaftskritischer Opposition*, in gemäßiger Vorstufe wie in fundamentaler Art. Was ihr jeweiliges Ausmaß angeht, agieren

sie scheinbar wie kommunizierenden Röhren. Eine Art schaukelt sich jeweils auf und kämpft sich vor, weil die *Bedingungen* für sie günstig sind.

Alle drei Ansätze wenden sich *gegen die staatlichen Institutionen*. Sie sind alle auf *Veränderung* und gegen deren bloßen *Erhalt*, also gegen deren bloße „*Konservierung*“, ausgerichtet.

- Es ist der alte *städtische linksbürgerliche Idealismus* (Druck von „links“); er war lange in Europa als *Sozialdemokratie* stark und verfügt mit dem *Kommunismus* über eine autoritäre Seite. Dieser Position und ihrem progressiven Umverteilungsbestreben half die wachsende Wirtschaft.
- Hinzu tritt die *Emotionalität des ländlich-lokalen Stress- und Opfer-Nationalismus* (Druck von „unten“). Sie formt sich mit dem rechten Protektionsnationalismus. Seine extreme Seite greift Elemente des *völkischen Faschismus* auf und führt zur Wahllautokratie. Seine Macht wuchs mit dem Niedergang des fundamentalen Sozialismus und Kommunismus und der Stagnation der Wirtschaft. Der Druck geht in die Richtung einer Regression.
- Drittens zerrt „von oben“ eine grüne *Naturbewegung* (*Die Grünen, Greenpeace, Attac, WLF, BUND, Club of Rome, letzte Generation etc.*) die zu Ende gedacht zu einer Auflösung der Staaten führt. Sie beinhaltet die zum Teil *semireligiöse* Unterwerfung unter die „Natur“. Die Protestwelle der „letzten Generation“ zum Beispiel könnte sich auch zu einem rebellhaften *Öko-Terrorismus* verfestigen. Diese überstaatliche grüne Position befördert die fühlbare Klimakrise mit der Gefahr für die Diversität des Lebens.

Wer seinen *freien Willen* nur mit Demonstrationen und Kooperationsverweigerung durchsetzen will, agiert gemäßigt und demokratisch. Den Übergang bildet nötige Gewalt gegen Sachen. Wer am Ende tödliche Gewalt gegen Andersdenkende oder gegen Amtsträger und Herrscher einsetzt, wird zum Terroristen und zum heiligen *Dogmatiker*. Dogmatiker allerdings treten vielfach fremdbestimmt auf, wenn und weil sie blind fremder Weisheit folgen und Kritik, also geistige Opposition, nicht zulassen. Auch damit lösen sie sich vom Kernkonzept der Demokratie.

Dabei gilt zum einen auch die Erkenntnis: zum Konzept freien *Herrschaft*, und damit auch zur demokratischen Selbstherrschaft der Bürger, gehört die Fähigkeit zur Gewalt bis hin zur tödlichen Gewalt. Eine Gewaltmonopol des Staates setzt das Konzept der Gewalt, und zwar auch beim Bürgermenschen voraus. Die Tötungsdelikte und die Kriege beweisen es. Es gilt deshalb zum zweiten auch, sich insofern zumindest in der Regel und mit Regeln klug *selbstbeherrschen* zu können und zu müssen, individuell und kollektiv. Die Ausübung von *willkürlicher Gewalt* ist also ein *Ausdruck von Freiheit*. Allerdings ist es dessen kluge selektive Einschränkung anhand *eigener Normen* auch.

Beide Eigenschaften, der willkürliche Missbrauch und der vernünftige Gebrauch von Gewalt, benötigen einander. Ohne Unrecht gäbe es kein Rechtswesen. Anzuführen ist im Sinne von *Durkheim*¹⁶: ohne Leid entstünde keine karitative Mitleid, ohne Not keine Hilfsorganisationen, ohne Landbewirtschaftung keine Naturparks, ohne Krieg keine Armeen etc. Sie alle bezeugen das Ausmaß der Freiheit des Menschen, und zugleich seine Fähigkeit, grobe Störungen *auszugleichen* und dafür gesamte soziale Subsysteme und Institutionen vorzusehen. Ein *Übermaß* an Freiheit produziert Gesellschaft.

Die *Machtdynamik* arbeitet nicht nur mit *Druck*, sondern zugleich auch mit Erwartungen und also mit einem entsprechenden *Sog*.

- Es werden *Narrative* (Mythen, Religionen etc.) gesucht und zu unserer *Selbstbehauptung* verwendet. Es sind gesamte *Selbst-, Gesellschafts- und Weltbilder*.
- Sie erschaffen wir uns, um uns selbst, die Gesellschaft und die Welt zu begreifen und damit ihre ungeheure Komplexität zu „bannen“ und zudem eine bestimmten *Zukunftserwartung* zu beschreiben oder einer *Zukunftsangst* zu begegnen.

Die Einordnung als *Opposition* erfolgt hier aus der Sicht des *Staates*. Für ihn ist sein „Status“, also sein jeweiliger gegenwärtiger *Zustand*, maßgebend. Ein Staat setzt jeder Veränderung mit seiner Schwerkraft seinen Widerstand entgegen und *entschleunigt* sie damit. Damit erscheint die *konservative Grundhaltung* als den *Staat* tragend.

Diese Einordnung ist, zugegeben, einseitig und unterkomplex, weil sie nicht zugleich auf das Staatsvolk blickt, das sich mit jedem Tag verändert. Tatsächlich stellt zudem auch jedes Beharren in einer Umwelt, die sich mit jedem Tag „emergent“ verändert, einen Rückschritt, auch für den lebendigen Staat, dar. Ebenso führt der Verzicht auf eine nationalstaatliche Geschichte zu einem Verlust an Wissen und an interner kultureller Kommunikation. Das Ausblenden der Fortentwicklung der Solidarität würde den Verzicht auf Mitmenschlichkeit und Menschenrechte bedeuten und die Offenheit des Staates nach außen unverhältnismäßig einschränken. Auch gilt es mit dem Blick auf den „Menschen“ nunmehr die „Vernunft der Natur“ mitzubedenken, die auch er in sich trägt.

Dennoch, da die „Demokratie“ im Wortsinne sich vor allem auf die *Teilhabe an der Staatsmacht* ausrichtet und die Existenz der Bürgerrechte voraussetzt, erscheint die Einordnung der *Opposition* aus der Sicht des Staatssystems als vertretbar.

¹⁶ Durkheim (Schmidts), Arbeitsteilung, 1893/1988, 152 f., 160.

Insgesamt gehört also zum „Druck“ auf den Staat immer auch ein passender „Sog“. Beide motivieren „uns“.

Damit ist der Blick von den *sozialen* Strömungen weg auf die *einzelnen* Akteure hinzulenken.

- Nach dem Modell der freien Akteure „spielen“ wir mit existentem Druck und Sog, und zwar als *Autokraten* wie als *Demokraten*. Wir *lenken, verstärken oder widerstehen* Strömungen und *gleichen* Störungen *aus*. Darin besteht die Politik.
- Maßgebend für Art und Ausmaß unserer Freiheit zu „spielen“ ist unsere „Resilienz“, vereinfacht unsere Widerstandsfähigkeit, ein „inneres Veto“ gegen die Art und die Richtung von Druck und Sog einzulegen.
- Hinzu tritt unser derzeitiges aktives *Selbstkonzept*, also die andauernde Gestaltung des *Bildes* unseres Selbst, in unserer *Gegenwart*, unserer *Vergangenheit* und unserer möglichen *Zukunft*. Es bestimmt beim Handeln auch die unterbewusste Automatik unserer *ingeübten Moralität* und auch Art und Maß der *Abweichung* davon, etwa um stattdessen basis-biologischen Antrieben zu folgen etc.
- Je widersprüchlicher die Arten der Beweggründe sind, desto „freier“ sind wir, und schon deshalb, in unseren Entscheidungen. Dabei ist ein fiktives Standardmaß an staatsbürgerliche Resilienz vorausgesetzt und muss auch, vor allem in der Mitte, eingeübt sein.
- Aber ebenso bleiben *freie Nischen*, und sie bleiben von uns als Spielern nicht ungenutzt.

Mit dieser Skizze ist insgesamt das Grundmodell der politischen *Machtdynamik* umschrieben.

4. *Ausblick: Gewaltenteilung, Schwarmwissen und politische Reformvernunft.*

Auf Gewalt verzichten wir Mitte-Demokraten zwar nicht, aber wir teilen sie. In der *Gewaltenteilung* bis hinunter zu den Grundrechten aller Bürger und aller Menschen liegt unsere Stärke, aber auch unsere *Schwäche* gegenüber den imperialen autokratischen Großstaaten.

Wir gleichen diese Schwäche durch einen hohen Zugewinn an kreativem *Schwarm-Wissen und Schwarm-Technik* aus. Die allgemeine Schulbildung und die duale Handwerksausbildung stehen dafür. Um den Schwarm der „Gleichen und Nächsten“ zu schaffen und zu erhalten, setzen wir notwendigerweise zu „zwei Dritteln“ auf die Allgemeinheit der Bildung, der Information und der kreativen Unterhaltung.

Mit dem Kooperations-Zugewinn an Wissen und Technik gelingt es den westlichen Demokratien zugleich, die systemische *Dynamik* ihres Nationalstaates

zu entfalten, ihn zu lenken und ihn für kluge Werte- und nützliche Macht-Bündnisse offen zu halten.

Am Ende steht die *systemische Kunst der Polis-Politik*, mit *Wissen* und *Vernunft* ihr Selbst zu organisieren, indem sie die Macht in Parteien teilt und nicht in einer autokratischen Hand bündelt, indem sie den alltäglichen Druck- und Machtausgleich als *offene Dialektik* organisiert und ihn zudem auf dem Forum mithilfe von spielerischen Prozessen öffentlich inszeniert.

Ständige leichte Änderungen sind nötig, weil der Zeitenstrom fließt. Das ist ein guter allgemeiner Satz.

- Die Politik verlangt aber nach konkreten *Reformen*, die immer auch dem *alten Establishment* Schmerzen bereiten werden. Ohne Druck und Sog und dessen Lenkung geht es in der Politik nicht.
- Dafür steht der lange Marsch der *Frauen* durch die Politik und die Gesellschaft. Die *Einwanderer* bilden eine zweite Gruppe.
- Dennoch gilt es darüber hinaus noch, Fairness bei der Wahl walten zu lassen und auch die rund 20 % *Kinder* zur „repräsentieren“.¹⁷

Derzeit bedrängt uns, die wir uns in der politischen Mitte verorten, insbesondere eine starke noch unausgegorene nationalrechte Wut-und-Verlust-Opposition. Sie *nötigt* uns zu

- Selbstbesinnung und Mitgefühl sowie
- zu entsprechenden *Riten* und *Reformen*.

¹⁷ Siehe dazu grundsätzlich: Szukala, Repräsentationslücke, Budrich Journals, Politisches Lernen 1–2/17, 2017, 5 ff.

Zweites Kapitel: Demokratiepolitische Imperative

I. Erkenne Dich und Dein Selbst! Achte die Angebote Deiner gegenwärtigen Naturwissenschaften, verbinde Natur und Kultur! Wisse um die Selbstorganisation und Individualität aller Systeme, ihren Drang zur zunehmenden Komplexität (Emergenz) und zum internen Ausgleich (Homöostase)! Kooperiere mit Kooperationswilligen! Und nutze den Zugewinn der Weisheit des Schwarms der Freien, Gleichen und Nächsten!

1. Erkenne Dich und Dein Selbst!

Der Preis für Demokratie ist offenkundig. Er bedeutet, als Erwachsener selbst mündig zu sein und grundsätzlich auch für andere Bürger und Menschen politisch mitdenken zu können. Dass jeder Mensch dazu fähig ist, und auch inwieweit, besagt das biologische Konzept des Homo sapiens.

Kant erkennt unser Problem, das darin besteht, lieber in der warmen politischen Heimat verbleiben zu wollen und den alten Übereltern zu vertrauen. Er bietet uns deshalb den ersten Imperativ an:

„*Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!*“¹⁸

Die Alternative heißt, nichts selbst wissen zu wollen, alten Mythen streng zu glauben und sich fremder Oberherrschaft gehorsam zu unterwerfen. Wer sich seines Verstandes bedient, ist auch fähig, sich selbst und sein Selbst zu erkennen, Er geht setzt zugleich den Schritt, um sein Selbst und seine Selbstwirksamkeit bewusst zu empfinden.

Wer mündig ist, der vermag sich selbst und damit dann auch andere zu *beherrschen*. Wer sich selbst beherrscht, der gibt sich selbst Befehle. Er setzt auf innere „Imperative“, wie *Kant* sie anbietet.

Angelehnt an *Freud* ist es das kluge Über-Ich, das Gewissen, das das triebhafte „Es“ kanalisiert und das mithilfe, das beide umfassende „Ich“, das Selbst, zu formen. Insofern organisiert und gestaltet das Ich sich selbst. Diese Gesamt-Ich betreibt die „freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“, aber möglichst nur in der selbstregulierten sittlichen Weise, dass es von sich aus die anderen nicht verletzt und die Verfassungsnormen mit beachtet, vgl. Art. 2 I GG.

Die inneren Normen, die individuellen wie die kollektiven Imperative *nicht* immer einzuhalten, bildet einen Teil unserer *Freiheit*. Aber uns ihrer bewusst zu sein und sie auch regelmäßig einzuüben, gehört zur Klugheit und zu deren Praxis.

Es hilft aber auch, zu wissen, warum dem so ist. Dann vermögen wir mit diesem Wissen *politisch*, *ökonomisch* und *rechtlich* zu *spielen*, etwa indem wir mit anderen Akteuren *Koalitionen* bilden, zivile *Verträge* aushandeln oder *Gesetze*

¹⁸ Kant, Beantwortung, 1784, AA VII, 33 ff.; aufgegriffen etwa von: Foucault, Enlightenment, 1984, 32 ff.

verabschieden und zugleich auch für *Sicherheiten* oder ein *Gewaltmonopol* sorgen.

Schon die Genetik zeigt uns, genetisches Wissen ist Macht und Informationen formen uns. Die hohe humane Kunst besteht nun darin, Wissen in Zivilisationen zu sammeln und mit ihnen spielen zu können.

Das Prinzip der Arbeitsteilung erlaubt es uns zwar wiederum, auch diese Arbeit aufzuteilen.

Der einfache *Wahlbürger* muss nur über ein *Basiswissen* verfügen und darauf sein politisches Selbstkonzept aufbauen (können). Aber er sollte, wie alle anderen, über die *allgemeine Schulbildung* verfügen, also den *Zugang* zum Schriftwissen und zu den Schriftmedien haben. Mit seiner Hilfe erkennt er sich und er wagt es auch, sich selbst zu erkennen und zu bewusst zu beherrschen.

- Das Ich-Selbst organisiert sich zwar komplex, aber vereinfacht mit den drei bekannten Grundansätzen: der (individuellen und egoistischen) „Freiheit“, der (marktgerechten und zuteilenden) „Gleichheit“ und der (kollektiven und empathischen) „Solidarität“.
- Alle drei Elemente benötigen wir für unser Selbstverständnis, für das Leben in unseren privaten Wir-Netzwerken und auch für unser demokratisches Wir-System.

Unsere *Sprache* gibt uns sie bereits vor, und zwar deshalb, weil wir so sind.

So agieren wir als Ich-Personen mit jeder Bewegung frei und nutzen den Zugewinn der Kooperation mit anderen Ich-Personen oder wir leiden und fühlen auch mit anderen „Mitleid“. Zudem entstammen wir einer Wir-Familie und sind in eine Wir-Sprache, passiv und ohne unseren Willen, sozialisiert. Wir kommen, auch deshalb, ständig aus einer Vergangenheit, gehen mit jedem Schritt in eine unklare Zukunft und leben doch immer nur in einer sich wandelnden Gegenwart.

Um mit diesem dauerhaften Prozess in uns und in der Wir-Gesellschaft umgehen zu können, verfügen wir über *widerständische Stabilität*. Für sie sorgt unser Selbstbewusstsein, das auch unser Körpergefühl mit umfasst. Vereinfacht sind es „Glück und Schmerz“, mit denen wir unser „Ich-Selbst“ konkret erfahren. „Ich bin“ und „Wir sind“ oder auch „Ich lebe“ und „Wir leben“ in jedem Augenblick. Das setzen wir dem ständigen „Werden und Vergehen“ entgegen und wir müssen es „um unser selbst willen“ tun.

Die Idee der Gleichheit steht dabei in der Mitte und auch für die Mitte und kennzeichnet die Stabilität.

Diese drei politischen Positionen „Freiheit, Gleichheit und Solidarität“ trägt jeder Mensch in sich, deshalb und nur deshalb kann er sich auch selbst beherrschen. Er muss in der *Öffentlichkeit* für sich und *seine Netzwerke* ständig eine Mitte suchen und wird sich dazu auf Zeit eine *politische Grundhaltung* verschaffen, die er auch

ändern kann. Sie bildet er „von selbst“ aus, sobald er häufiger zu öffentlichen Diskussionen Stellung nimmt.

Demokratiapolitisch ergibt sich aus der Suche nach Gleichheit der uralte Ruf nach Gerechtigkeit, der in den Autokratien jede Revolte rechtfertigt.

Das genügt dem Wahlbürger als Basis.

Die vornehmste Aufgabe der demokratischen Politik, und ihrer Vertreter, besteht nun darin, ihr politisches Selbstbild feinsinnig zu *aktualisieren*. Das gilt insbesondere in politischen Krisenzeiten. Dazu sind einige Imperative an uns selbst als die mündigen Bildungs-Demokraten, und arbeitsteilig insbesondere für die politisch aktiven Mit-Bürger, herauszustellen.

2. Achte die Angebote Deiner gegenwärtigen Naturwissenschaften, verbinde Natur und Kultur! Wisse um die Selbstorganisation und Individualität aller Systeme, ihren Drang zur zunehmenden Komplexität (Emergenz) und zum internen Ausgleich (Homöostase)!

So lauten die zusätzlichen Imperative für die Bildungswilligen. Denn der Mensch ist zumindest auch ein Naturwesen, wie es schon *Aristoteles* vermerkt hat.

- Die Thermodynamik führt zur Emergenz, zur fortgesetzten Komplexität. Aus Gaswolken, die erkalten, entwickelt sich ein Sonnensystem. Einzelne Bäume formen einen Wald. Individuen verbinden sich zu einem Schwarm.
- Die Thermodynamik ergibt sich aus der Explosion (besser Inflation) nach dem Urknall-Modell der Makrophysik. Ihr versuchen alle Systeme mit ihrem So-Sein zu *widerstehen* und sich dem Umwelt-Strom ihrer Raum-Zeit anzupassen.
- Alle Einheiten aber sind zugleich auch in ihrer Umwelt, in Raum und Zeit individuell. Es gilt sogar, „Keine Schneeflocke gleicht einer anderen“. Andernfalls würden solche Systeme sich auflösen und sie wären auch nicht die Kinder einer Ursprungs-Singularität.
- Individualität und Komplexität von Systemen gehören also zusammen.
- Das gilt auch für alle humanen Gesellschaften und ebenso für uns als sich entwickelnde und alternde Individuen, und zwar auch ohne Selbstbewusstsein oder das Empfinden eines freien Willens.

Der Weg, der Auflösung zu widerstehen, heißt für jedes System, den Ausgleich anzustreben, die Homöostase, wir heiligen sie als Gerechtigkeit oder Gleichheit: *“Any system in dynamic equilibrium tends to reach a steady state, a balance that resists outside forces of change. When such a system is disturbed, built-in regulatory devices respond to the departures to establish a new balance; such a process is one of feedback control. All processes of integration and coordination*

of function, whether mediated by electrical circuits or by nervous and hormonal systems, are examples of homeostatic regulation."¹⁹

Solche Systeme bilden der Staat, aber auch der einzelne Mensch oder die Vereinten Nationen. Da alle Systeme auch individuell sind, lohnt sich insbesondere die Tausch-Kooperation mit den „Gleichen und Nächsten“.

- Alle *Systeme* betreiben Selbstorganisation, sie regulieren sich also selbst, und zwar auch ohne Selbstbewusstsein oder das Empfinden eines freien Willens („*homeostatic regulation*“).

In ihrer Funktion als harte Abgrenzung zum Tier bilden Vernunft und Menschenwürde allerdings ein mythisches Narrativ. Der Mensch ist aus naturalistischer Sicht ein *besonderes Informationswesen*, das als instinktarmer kindlicher Primat agiert. Er vermag in seiner eigenen symbolischen Geistes- und Sprachwelt mit gesamten Gedankengebäuden (Ideen) spielen und mit eigenen Regelwerken (Normen) zu formen.

Unser humanes Selbst umschreiben wir mit Worten wie Identität oder kollektiver Kultur und höchstpersönlicher Seele. Sind wir uns als Menschen des Selbst wenigstens zum Teil „bewusst“, mehr geht auch nicht, weil unser Körper und unser Gehirn fast alles von selbst erledigt, so verfügen wir über ein „Selbstkonzept“. In Rechtsform gegossen sind es auf der nationalen Ebene unsere Verfassungen. Bei einzelnen Menschen sprechen wir auch von ethischen Grundhaltungen.

Inwieweit diese Selbstkonzepte der Wirklichkeit entsprechen, liegt an uns, aber ein Element enthalten sie. Es ist das *Streben* nach Homöostase, vereinfacht unser Bedürfnis nach Ausgleich.

- Das jeweilige Selbstkonzept birgt also stets auch ein „normatives“ oder auch „idealistisches“ Element. Es nach innen, also subjektiv auf das innere Selbst und dessen Harmonie ausgerichtet.
- So kann unser Selbstkonzept auch nicht in vollem Umfange die objektive Wirklichkeit abdecken oder auch nur gänzlich die Sicht der anderen Menschen oder fremder Gruppen von Menschen auf uns.
- Wir leben also immer auch mit einer *unverwechselbaren Selbstverzerrung* (Bias), an der wir immer wieder formen. Das ist der Preis und das Wunder der Individualität.
- Wir können diese Verzerrung aber klug *ausgleichen*, indem wir von *uns abstrahieren*, uns als *Spielfiguren* (Agenten) in konkreten *experimentellen Spielwelten* erproben und auch dazu die komplexere *Weisheit des Schwarms* der Gleichen nutzen.

¹⁹ Britannica, The Editors of Encyclopaedia. "homeostasis". Encyclopedia Britannica, Invalid Date, <https://www.britannica.com/science/homeostasis>. Accessed 27 January 2023.

- Daraus leiten wir selbst „allgemeine Gesetze“ ab, also auch die Gesetze der Natur. Mit ihnen können wir uns besser selbst erkennen, weil, oder zumindest soweit, wir Produkte der universellen Natur sind.

Auch die anderen Menschen und Gruppen verfügen über ein Selbstkonzept und wir nehmen ihre Ansichten *mit* in unser Selbstbild auf, korrigieren das unsere. Denn sie stellen einerseits „*outside forces of change*“ dar, aber sie sind andererseits, wie anzufügen ist, auch potenzielle Partner für eine *nützliche Kooperation* etc.

Weitgehend stabil sind für uns schon einmal diese Rahmennormen:

- *die physikalischen* Gesetze der natürlichen Umwelt: neben der *Thermodynamik*, mit Emergenz und Entropie, auch *Newtons* Gesetze, insbesondere das dritte, von Druck und Gegendruck,
- *die Gesetze der biologischen Lebensbedürfnisse*: Entwicklung, Erhalt und Fortpflanzung,
- die besonders ausgeprägte *humane Fähigkeit* zum *Spielen mit Symbolen*, mit denen der Mensch sich gesamte künstliche Welten zu erschaffen vermag, vor allem seine durch Sprache tradierten *Ideen-Meme* und die, insbesondere durch die Erfindung der Schrift, die biologischen Informationsgene ergänzen sowie
- die Kunst, sie im Inneren zu bündeln, die zum „*Selbst*“ führt, und zwar als (kollektive) *Kultur* und als (individuelle) *Geist-Seele*. Sie liefert als Produkt die vage „systemische Einheit, als die *Identität*, in der eigenen hochkomplexen Vielfalt“.

In diesen *drei Welten*, der Physik, der Biologie und des Humanen, bewegen sich auch die aufgeklärten Demokraten und ihre Demokratien.

3. Kooperiere mit Kooperationswilligen! Und nutze den Zugewinn der Weisheit des Schwarms der Freien, Gleichen und Nächsten!

Der größte Nutzen ergibt sich aus der Kooperation; alle komplexeren Einheiten beruhen darauf.

- Den Nutzen berechnet und belegt die angewandte ökonomische Mathematik mit der *Spieltheorie*. Sie simuliert die erfolgreichen Strategien der Evolution. Der Politikwissenschaftler *Axelrod* hat sie maßgeblich ausgeformt.²⁰
- Der Tit-for-Tat-Grundsatz spiegelt die goldene „Wie-du-mir-so-ich-Dir“ Regel der Ethik und der klugen Politik.
- Sie steckt auch in der einfachen *Tausch-Gerechtigkeit*. Tausch und Arbeitsteilung bringen beiden Seiten einen *Zugewinn*.

²⁰ Axelrod, *Evolution*, 1984/2005, u. a. 99 ff.; Überblick bei: Newton, J., *game theory, Games*, 2018, 1 ff., hier: Introduction 1. 2.

- Ihre evolutionäre Effektivität hat die wertfreie Spieltheorie für das Zwei-Person-Spiel des berühmten Gefangenen-Dilemmas aufgezeigt, in dem die Spielprogramme zwischen Kooperation und Betrug wählen konnten.²¹ Hinzuzufügen ist eine gewisse *Generosität*, um sich nicht im negativen Tit-for-Tat des ständigen wechselseitigen Betrages zu verhasen.
- Alle Ansätze stützen sich also gegenseitig: Ökonomie und Biologie sowie Ethik, Politik und Recht.

Kooperation regiert unser soziales Leben. So heißt es in einer neueren Studie einleuchtend:

*“Humans routinely engage in many distinct interactions in parallel. Team members collaborate on several concurrent projects, and even whole nations interact with each other across a variety of issues, including trade, climate change and security... Our results suggest that previous studies tend to underestimate the human potential for reciprocity. When several interactions occur in parallel, people often learn to coordinate their behavior across games to maximize cooperation in each of them.”*²²

Raub und Betrug gibt es dennoch auch, und zwar in der Evolution vor allem durch listige Raubtiere. Solche Verhaltensstrategien setzen jedoch langfristig voraus, dass es dauerhaft lohnenswerte Beutegüter zu erlangen gibt. Die friedliche Kooperation der Beutetiere muss sich für diese also dennoch lohnen. Dies ist im Interesse von Räubern und Betrügnern.

Das heißt, ihre *Anzahl* und ihr *Einfluss* dürfen nicht Überhand nehmen. Deshalb werden sie Konkurrenten in ihren *Territorien* auch, soweit es geht, mit Gewalt und List verdrängen. Auf der substaatlichen Ebene ist dies das Handlungskonzept von Banden, Warlords und dem alten Landadel. Jedoch können und werden auch sie, wenn es sich anbietet, wieder mit Gleichen und Nächsten, ihren Peers, kooperieren.

Die Verallgemeinerung von der Tit-for-Tat-Zweiseitigkeit hin auf die Allseitigkeit unter Nachbarn bildet der zirkulär-örtliche Schwarm. Er bringt den hohen Gemeinwohl-Zugewinn durch die Kooperation hervor, an der alle „Markt“-Mitglieder teilhaben.

Die Mitglieder eines Schwarms, schon von Fischen oder Vögeln, sind dennoch *freie Agenten*, weil sie den Schwarm auch wechseln und neue Gruppen gründen

²¹ Alexander, Evolutionary Game Theory, Stanford Encyclopedia, 2021: “2.2 Specifying dynamics for the population... general form of the payoff matrix for the prisoner's dilemma: Cooperate-Defect”.

²² Donahue/Hauser/Nowak/Hilbe, cooperation, Nat. Commun. 2020, 11, 3885: “Evolving cooperation in multi channel games“, aus dem Abstract.

können. Es sind: „die Handlungs-Freien, die Tausch-Gleichen und die Nachbar-Nächsten“.

Für den Schwarm reichen es,

- als Agent stets nur die „Freiräume der jeweils engsten Nachbarn“ zu achten und sich an sie zu „assimilieren“.
- Es genügt dann, wenn sich die jeweiligen Nachbarn ebenso gegenüber ihren Nachbarn verhalten. Sie können diese, die dann nicht mehr ihre „Nächsten“ sind, aber auch wechseln zu anderen „Gleichen“.

Wichtig ist nur, dass sie sich an die Regel: „*Achte die jeweiligen Nachbarn und achte auf den jeweiligen Nachbarn*“ halten.

- Damit bildet jedes Individuum sein höchstpersönliches Netzwerk von wenigen überschaubaren Nachbarn. Dasselbe gilt für jeden Nachbarn.
- Die vielen kleinen Netzwerke vernetzen sich zu einem festen Gewebe, dem großen Schwarm.

Auf diese Weise organisiert sich ein Schwarm *ohne Zentrum* selbst, und zwar zu einer hoch komplexen Einheit. Sie bildet die Weisheit des Schwarms aus (Wisdom of the crowd), an der alle teilhaben, *ohne sie zu begreifen*. Es genügt zum Beispiel, wenn ein einzelnes Mitglied einen Feind erkennt oder saftige Weidefläche erblickt und seine engsten Nachbarn es bestätigen, um die Erregungswellen allen zu vermitteln. Nach außen imitiert der Schwarm einen großen Organismus.

Jedes Mitglied kommuniziert mit *informativen Wellensignalen* in hohem Maße mit seinen jeweils Nächsten. Eigene Erregungen sendet es ständig an seine unmittelbaren Nachbarn: „Ich bin hier, Du bist da“. Vertraute übliche Reize werden anders verarbeitet als plötzliche starke Erregungen.

Es ist das Modell der friedlichen Herde auf einer Wiese, die gelegentlich nach neuen Weideplätzen und ständig nach Raubtieren Ausschau halten muss. Schon *Aristoteles* erklärt: Der Mensch ist, wie auch „*jede Biene oder jedes andere Herdentier*“, ein Zoon politikon, wörtlich ein „politisches Tier“. Genauer noch:

„*Weshalb der Mensch in höherem Grad ein politisches Tier (politikon zôon) ist als jede Biene und jedes Herdentier, ist klar. Denn die Natur macht, wie wir sagen, nichts vergeblich und der Mensch verfügt als einziges Tier über eine Sprache*“ (logos).²³

Den Schwarm und die Herde spricht also wirkungsmächtig bereits *Aristoteles* an. Heute können wir mit empirischen Belegen erklären:

“*Collective sensing is an emergent phenomenon which enables individuals to estimate a hidden property of the environment through the observation of social*

²³ Aristoteles, Politik (Gigon), 2003, 1253a10.

interactions. Previous work on collective sensing shows that gregarious individuals obtain an evolutionary advantage by exploiting collective sensing when competing against solitary individuals."²⁴

Mehr noch: Die Grundlagen der Logos-Sprache gehen auf die Physik zurück. Es sind physikalische Informationen, die den energetischen Wellen aufsitzen, sie sind Teil der gesamten physikalischen und biologischen Welt. Sie zu „reflektieren“, indem wie sie ständig in uns *spiegeln*, führt am Ende zu unserer humanen Art der Reflexion.

Wer eine Sprache spricht, und das gilt auch für subhumane Lebewesen, der bildet mit den anderen einen „Sprachschwarm“.

Der Mensch ragt, jedenfalls aus seiner Sicht und mit der Selbsterfahrung seiner Schöpferkraft, heraus:

Er ist sich seiner Fähigkeit nicht nur in besonderem Maße „bewusst“. Er vermag mit Informationen zu „spielen“ und sich technische und geistige Sonderwelten zu erschaffen. Die Kulturanthropologen *Gebauer/Wulf* kennzeichnen die Spiele einsichtig als eine ‚zweite Welt‘, die auf eine ‚erste Welt‘ Bezug nähmen.²⁵ Das gilt erst recht für unsere Gedankengebäude.

Für den Menschen, der seine Wissenschaften hoch arbeitsteilig aufgefächert hat, ist festzuhalten, dass sich viele Ansätze gegenseitig stützen:

- Es sind die Hauptnormen der Ökonomie (Markt) und der Sozio-Biologie (Schwarm) sowie diejenigen der Ethik (Goldene Regel), der Politik (als Selbstorganisation) und des Rechts (als Gerechtigkeit) sowie das Metakonzept des widerständischen Systems (Homöostase).
- Für die demokratische Politik reicht es aber, die „Grundhaltung“ zu haben, die beiden dialektischen Elemente von „Freiheit“ und „Solidarität“ für sich und seine Nächsten ständig in einen „Ausgleich“ zu bringen. Schon daraus ergeben sich kleine demokratische Netzwerke und aus deren Vernetzung ein gesamter Schwarm.

²⁴ Benati, role, Swarm Intelligence, 2018, 267 ff., aus dem Abstract.

²⁵ Gebauer/Wulf, Spiel, 1998, „Spiel, Ritual, Geste. Mimetisches Handeln in der sozialen Welt“, 188.

II. Bedenke zugleich das Gesetz der Gruppenbildung zwischen Freien, Gleichen und Nächsten! Beachte: Bildung, Kommunikation und Nähe in Städten schafft Schwärme, auf dem weiten Lande agieren Raub-Rudel mit einer Hackschutzordnung! Mobilität und Digitales erlauben neue Schwärme! Sei offen, die emergente Welt ist keine geschlossene Mechanik!

1. Bedenke zugleich die Gesetze der Gruppenbildung zwischen Freien, Gleichen und Nächsten!

Im Schwarmkonzept steckt zugleich das evolutionär bedeutsame *spieltheoretische* Modell der selbstständigen *Gruppenbildung*, das ebenfalls *Axelrod* entwickelt hat. *Freien Agenten*, die sich verstreut, aber *fest* an einem Platz in einem *Großraum*, also einem *Biotop*, befinden, suchen nach dem hohen Nutzen der Kooperation. Sie verfügen als Individuen über unterschiedliche Eigenschaften. Deshalb wählen sie nach und nach diejenigen freien Agenten aus, die die *meisten gleichen Grundbedürfnisse* besitzen. Sie suchen zudem zunächst unter denjenigen Akteuren, die ihnen räumlich am *nächsten* sind. Infolge der ständigen Tausch-Kooperation *assimilieren* sie ihre Eigenschaften, indem sie die selten vorhandenen, also zum Tauschen weniger erwünschten Fähigkeiten, bei sich selbst abschwächen und die zum Tausch beliebten verstärken. Auf diese Weise bilden sie *Gruppenkulturen* aus und *schotten* sich von anderen ab.

Die Erklärung von *Axelrod* lautet “*the model was nothing but assimilation plus homophily: “Like gravity, it’s all pulling together, right? There’s nothing but attraction.”* Er sieht auf seinem Spielfeld: “*Local convergence can generate global polarization*“. So hätten sich offenbar die *europäischen Kulturen* ausgebildet.²⁶

Dabei weist sich die *Gleichheit* der Interessen als wichtiger als die *Nähe*.

- Die Demokratie nutzt *intern* im selben Sinne die Mechanik der Bildung eines solchen *Schwarms* der „Freien, Gleichen und Nächsten“, und zwar für die *örtliche Wahl der politischen Repräsentanten* und für das *gesamte zivile Leben*.
- So stellen die *Parteien*, von den Ortsverbänden bis zu den Parteien-Vereinigungen im EU-Parlament, *Subschwärme* der Gleichen und Nächsten dar. Weitgehend *sesshafte* „freie Agenten“ im Sinne von *Axelrod* bilden und formen sie ständig neu aus.

²⁶ Axelrod, dissemination, J. Conflict Resolut, 1997, 41, 203 ff., Beschreibung des Modells im Abstract; dazu auch: Dinkelberg/MacCarron/Maher/Quayle, Homophily, May 2021, Physica A., 578(4):126086: “*Homophily dynamics outweigh network topology in an extended Axelrod’s Cultural Dissemination Model*”, ohne die Hervorhebung.

- Aber sie *assimilieren* sich zugleich auch und erschaffen und pflegen eine Binnenkultur der *verstärkten Uniformierung*.

Der Unterschied zum Schwarm besteht darin, dass die Schwarmmitglieder weit weniger *lokal* verankert sind. Die Individuen sind *beweglicher* und vermögen ihre Nachbarn nach Bedarf zu wechseln. Zum Ausgleich aber müssen sie die Achtungsgesetze streng befolgen und uniformiert agieren.

Menschen vermögen beides. Sie leben heutzutage grundsätzlich an irgendeinem Ort, wechseln ihn jedoch auch. Für sie lassen sich also die beiden, sich gegenseitig stützenden und ohnehin verwandten *Konzepte vereinen*. Auf Dauer gespielt, erweisen sich beide als erfolgreich.

- Mit unseren *Gesetzen formen* wir uns künstliche Subschwärme der Gleichen, etwa der Verkehrsteilnehmer, der Grundeigentümer, Gewerbetreibende etc., und zwar weil und soweit sie *allgemein* und für alle *gleich* gelten.
- Deren Mitglieder profitieren vom Zugewinn eines jeden Schwarms, unter anderem von Vertrauen in das Verhalten der jeweiligen Nachbarn und dem Funktionieren des jeweiligen Subschwarms.

In Demokratien erschaffen die Repräsentanten des Wahlschwarms der Demokraten solche Gesetze, die wiederum selbst einen Großschwarm der Parlamentarier bilden, die sich ihrerseits in Subschwärme der Parteien untergliedern. Menschen vermögen sich zu „regulieren“, sie können also mit dem Schwarmkonzept spielen.

2. Beachte: Bildung, Kommunikation und Nähe in Städten schaffen Schwärme, auf dem weiten Lande agieren Raub-Rudel mit einer Hackschutzordnung! Mobilität und Digitales erlauben neue Schwärme!

Die biologische Evolution kennt zwei erfolgreiche Modelle der sozialen Selbstorganisation. Ihrer bedient sich auch der Mensch. Er spielt jedoch in seinen sozialrealen Zivilisationen kulturell mit ihnen. Es sind die friedliche Kooperation und der gewaltsamer Raub, Sammeln und Jagen.

In der *Demokratie* wählt sich die „Herde der Freien, Gleichen und Nächsten“ die „Guten Hirten“ auf Zeit. Sie kontrolliert sie mithilfe der Medien und bringt ihnen Solidaropfer „des Ihren“ in Form von Steuern etc. dar. In den Städten entsteht die für die Herden-Schwärme nötige *Nähe* zur ständigen Kommunikation und zur öffentlichen Kontrolle. Das Land dient der Produktion und muss Entfernungen überbrücken.

Mobilität und Kommunikation sind also gefordert; sie sorgen für Nähe und Austausch. Die *Gleichheit* wird durch die *allgemeine Schuldbildung* geschaffen. *Verkehrsstrukturen* bieten die kurzen Wege für Vernetzungen. Das digitale Netzwerk gehört auch dazu.

In der *Autokratie* hingegen erobern sich *Dynastien von Raubrudeln* ein *größeres Territorium* mit Herden.

Sie beherrschen sie nach dem Prinzip der Hack-Schutz-Ordnung mit Alfa-Tieren als Führungspersonen. Dafür bieten sie der Herde auch etwas, sie sind territorial, das heißt, sie verdrängen *andere Räuber* aus ihrem Gebiet, sodass die Herde vor *übermäßigen Opfern* geschützt ist. Mithilfe dieses Gewaltmonopols bilden die Raubrudel unter sich eine *Hackschutzordnung*, in die sie die *große Masse* der Herde *miteinbeziehen*, indem sie Verwalter und Soldaten aus ihr rekrutieren. Autokratiepolitisch führen sie dennoch die große Rest-Gesellschaft nach dem ländlichen Viehzuchtmodell. Sie schützen ihre Herde, lenken sie auf ihrem Territorium und nehmen sich dafür Tribute.

Anders geht die hoch kommunikative Polis-Stadt vor. Sie verfolgt das Höhlen- oder Nest-Modell. Sie baut enge Häusergruppen und hat gegenüber dem offenen Land Mauern errichtet. Sie bezahlt und organisiert, dank ihrer Bildung und ihres Wohlstandes, *aus ihrer Bürger-Mitte* eigene polizeiliche Wächter. Sie finanziert als *Staat* für externe Angriffe ein eigenes stehendes Heer mit Standorten auf dem Lande. Sie organisiert es von Hauptstädten aus, die selbst zumeist Metropolen sind.

Heutige „Wahlautokratien“ verhalten sich entgegengesetzt. Sie zielen, wie früher der bewaffnete Adel, vor allem auf das produktive Land. Denn diesem fehlen die *unmittelbare Nähe* einer hinreichend großen Zahl von Bürgern und damit auch die Fähigkeit zur Selbstbildung und zu hinreichendem Selbstschutz, der über lokale Bürgerwehren und Milizen hinausreicht und eine gesamte Landesverteidigung organisiert.

- Autokraten sind *territorial* und damit auch *imperial* ausgerichtet und haben auf dem Land und unter den Männern ihre größte Wähler-Basis.
- Die Landbevölkerung und deren Clans ähnlichen lokalen Subsysteme und Netzwerke verwenden (unbewusst) die an sich ökonomisch gemeinte Strategie des *Leader-Follower-Modells*, die hier jedoch auf das Gewaltmonopol ausgerichtet ist. Sind Partner *nicht in etwa gleich*, hier also gleich bewaffnet, so ist es *spieltheoretisch ertragreicher*, einem Gewalt-Monopolisten *zuzuliefern*, als den Aufwand zu betreiben, *aktive Gegenkräfte* zu entwickeln.²⁷

Der lockere Land-Schwarm zerfällt in *lokale* Einheiten, er entwickelt dort hoch informative Herden-Warn- und Fluchtinstinkte und rückt mit den Nächsten zusammen. Im Privaten lebt man hoch solidarisch.

²⁷ Hu/Fukushima, Multi-Leader-Follower Games, 2015, 1 ff. , 2. Cruz, Leader-Follower, 1978, 244 ff.: “Leader-Follower Strategies for Multilevel”, 244 f.; ausführlicher Montenbruck, Natur- und Schwarmethik, 2021, 7. Kap. III., 198 ff.

Auf diese Weise findet zugleich eine *Polarisierung*

- von hierarchisch organisierten Rudel-Räubern und
- den vielen Herden der Gleichen und Nächsten statt.
- Der Gewaltmonopolist ist wiederum von den Solidarleistungen als Produktion abhängig und sie von seinem Schutz gegenüber fremden Räubern. Deshalb ist auch für ihn ein ständiges politisches Auspendeln nötig.

Beide Grundmodelle haben sich in der Evolution als hoch erfolgreich erwiesen:

- der Vorrang des *kollektiven Schwarm-Wissens* der Freien, Gleichen und Nächsten auf recht *engem Sicht-Raum* und
- der Vorrang der bewaffneten Macht in einem größeren ländlichen Territorium.

Der Natur-Mensch ist bekanntlich, und auch insofern, ein *Generalist*. Er *sammelt* im Umkreis friedlich, *jagt* aber in großen Gebieten räuberisch und vertreibt Konkurrenten.

3. Sei offen, die emergente Welt ist keine geschlossene Mechanik!

Die Thesen lauteten:

- Wir Menschen verfeinern diese Grundmodelle, wir sind uns ihrer auch *bewusst*, aber wir haben sie nicht erfunden. Man kann diese demütige Erkenntnis gewiss semireligiös *leugnen*, man wird dann aber die *Naturwissenschaften* umdeuten müssen.
- Außerdem bleibt ein Trost: Wenn Methoden sich in der Evolution als erfolgreich erwiesen haben, dann kann die Natur sie auch, etwa vom klugen Menschen, zweimal erfinden lassen.

Aber vielleicht unterschätzen wir die Klugheit der Natur auch. Denn es gilt auch der Satz:

- Mit dem Naturwesen Mensch vermag die Natur über sich selbst und ihre eigenen Gesetze nachzudenken.

Suche also die pragmatische „Mitte“ und die Parallelitäten zwischen traditioneller politischer Kultur und den neuen Modellkonzepten der Spieltheorie, die nur langfristige kluge Strategien aufzeigen! Das Schwarm-Credo von „Freiheit, Gleichheit und Solidarität“ gehört dazu.

Auch gilt, weder die Physik, noch die Biologie verfügen derzeit über Universalgesetze, die alles erklären. Im Gegenteil, die Physik geht vom Prinzip der Emergenz, die Biologie von der Evolution aus, kurz von der *Offenheit* der *zunehmenden Komplexität*.

Sei also selbst offen!

Die Aufgabe, sich innerhalb eines unvollständigen Rahmens von aber ohnehin schon „emergenter“ Makrophysik und „evolutionärer“ Biologie zu bewegen, dort selbst denken, zu wählen und auch leiden zu müssen, bleibt also „dem Menschen“.

III. Schätze die Informations-Dialektik der forensischen Vernunft! Nutze und ertrage mit der Demokratie Vielfalt und blicke auf das autokratische Gegenkonzept! Halte Deine und die demokratische Mitte im Zweifel flüssig! Flüssigkeit führt zur Gerechtigkeit des langsamen Ausgleichens und begründet das Rechtswesen!

1. Schätze die Informations-Dialektik der forensischen Vernunft!

Damit ist auf die politische Klugheit des Homo sapiens zu blicken. Seit Anbeginn bildet sie sich an den *Versammlungsplätzen* der Hominiden aus.

Auf dem stets geschützten Versammlungsort, dem Forum oder Markt, tauschen Gruppen von Menschen aktuelle *Informationen* aus, greifen auf die Erinnerungen und Erfahrungen der Alten zurück und treffen kollektiv abgesicherte Entscheidungen. Dort unterhalten sie sich, um die Nähe auszuhalten und um Vertrauen aufzubauen.

Auf den Versammlungsplätzen pflegen wir *synchrone* und *symmetrischen* Tanz- und Kunstritten. In nahen Arenen üben und messen wir im Sport unsere Kräfte, und zwar in ritueller Weise. Auch *Sprechakte* beruhen auf der derselben Sprach-Symbolik, die von ähnlich bedürftigen Akteuren am gleichen Ort zur gleichen Zeit verwendet werden. Sie stellen im Verbund mit dem Empfangen fremder Worte eine tanzähnliche Art von Ritus dar, und unsere Körpersprache unterstützt sie.

Dort formen uns Informationen, indem wir sie „selbst“ und auf unsere Weise „reflektieren“. Jede, auch unsere humane *Informationsbasis* beruht auf dem Konzept der *energetischen Erregungswellen*. Sie werden von jedem Träger-System reflektiert und auf seine *individuelle* Weise verändert, also etwa anders formatiert. Auf diese Weise informiert der Träger über sich selbst und sein Wesen. Wellen arbeiten mit der Spannung zwischen zwei *extremen Polen* - wie auch unsere Gehirnströme.

Beide Grundmodelle haben sich in der Evolution als hoch erfolgreich erwiesen:

- der Vorrang des *kollektiven Schwarm-Wissens* der Freien, Gleichen und Nächsten auf recht *engem Sicht-Raum* und
- der Vorrang der bewaffneten Macht in einem größeren ländlichen Territorium.

- Die Nutzung derselben *Bipolarität* von Wellen „spiegelt“ folgerichtig auch unsere Art der *Dialektik*. Das „Dazwischen“ ist das, was wir erfassen wollen. So betrachtet spielen wir mit unseren „Dialogen“ auf dem Forum nur mit dem *Basiskonzept der Information*.
- Es ist das einfache Prinzip der *Wellen-Binarität*, der Negation, der Fundamentalopposition, die Veränderungen reiz-energetisch anstößt und uns zur Rechtfertigung des Alten zwingt.

So gibt es ohne die Opposition, also eine gegenteilige Position, kein „vollständiges“ *Rundum-Bild*, sondern nur eine einseitige und teilblinde Ansicht.

- Dialoge sind zudem langsam. Sie *verfremden* Erregungs-Emotionen mithilfe von Sprachsymbolen und *entschleunigen* sie. Sie *personalisieren* sie auch, weil wir dazu neigen, Wissen und Meinung mit einer Person zu verbinden. Es entsteht auf dem Forum eine Art von künstlicher Theaterwelt der Wissens- und Meinungsträger.
- Die schnellen gedankenlosen Alternativen sind dagegen schlichte Reiz-Reaktionen. Sie lauten: fight, flight, freeze. Sie *kosten* Energie und sind deshalb nur in Notfällen zum Überleben einzusetzen.

Einzelne Reiz-Informationen werden wie Waren am besten und schnellsten auf dem *geschützten Markt*, also dem Forum *ausgetauscht*, sie werden dort auch zweifelnd bewertet und so vielfach „reflektiert“.

Dort, auf dem Forum, treffen sich die *vielen* Gleichen und Nächsten. Dies führt mit dem Austauschen und Synchronisieren von Informationen zur *Schwarmart* der Demokratie. Zugleich *assimilieren* sich auch die Träger der Informationen und haben teil am „Wisdom of the crowd“. Das nützt dem alltäglichen Leben und *verschafft* uns Energie.

Der Austausch ist stets mit Erregung verbunden, es sind Sensationen, über die man sich am Versammlungsort austauscht. Jeder kann zu Ereignissen seine Meinung sagen und wird sie mit Erfahrungen und Narrativen verbinden.

Im Zweifel ist in mühsamer und interdisziplinärerer Weise nach der *praktischen Vernunft* der unsagbaren „Mitte“ zu suchen. Es hilft uns, die Klugheit des Schwarms, die auf einer hohen *Binnenreflexion* der vielen beruht, zu erlangen. Zwar können auch die vielen Mitte-Sucher des Schwarms einmal grob irren, das ist aber selten, weil sie sich mit praktischen Annäherungen bezogen auf *bestimmte Sachverhalte* begnügen. Zudem bleiben ihnen in der Gegenwart die Sicherheit der Gemeinschaft und für die Zukunft die evolutionäre Aussicht auf Erkenntnis des Irrtums.

„Die Extreme scheinen einander gegenüber zu stehen, weil die Mitte keinen Namen hat“, so lautet ein bekannter Satz des *Aristoteles*.²⁸ Ohne dessen Schriften wäre die gegenwärtige *praktische Philosophie* nicht dieselbe. Es ist also eigentlich die *Mitte*, die es über die Extreme zu suchen gilt.

Die Lehren des *Aristoteles* gehören zu unserem „*geistig-religiösen und sittlichen Erbe*“ (Präambel der EU-Grundrechtecharta). Sie sind also auch von *vorverfassungsrechtlichem* Gewicht und rücken die Frage nach unserer demokratischen *Identität* ins richtige Vernunft-Licht.

Vor allem reale oder angebliche Unwahrheiten oder auch Ungerechtigkeiten führen zum Streitfall. Entweder geht man seiner Wege, was zu Ansehensverlust und zum Verlust des Schutzes des Versammlungsortes führt, oder man unterwirft sich einem rituellen Verfahren. Dazu ist immer auch der Andere zu hören (Art. 103 I GG). Notfalls entscheidet die *kollektive Übermacht der Demokraten*. Sie sorgt für den Frieden auf dem Marktplatz, aber sie sucht zuvor nach der vernünftigen Mitte.

Die Mitte wiederum steckt auch in der Gerechtigkeit, die die Kenntnis der Wahrheit voraussetzt.

Der große deutsche Rechtsphilosoph und Staatsmann *Radbruch* erläutert die *Idee des Rechts* mithilfe der *Gerechtigkeit*. Er sucht zugleich über eine mittelalterliche Glosse die Rückbindung an das *römische Recht*, wenn er notiert:

„Die Idee des Rechts kann nun einmal keine andere sein als die Gerechtigkeit, *Est autem ius a iustitia, sicut a matre sua, ergo prius fuit iustitia quam ius, sagt die Glosse zu l. l. pr. D. 1. 1.*“²⁹

Auch das römische Recht zählt zum westlichen Erbe.

Heute steckt die Gerechtigkeit im Wort von der „Gleichheit“, die den Mittelteil des kontinentaleuropäischen *Credos* von „Freiheit, Gleichheit und Solidarität“ bildet.

Die Gleichheit bildet die formale Seite der Mitte.

Zudem muss die demokratische Politik sich fragen, inwieweit der demokratische *Gesetzgeber* frei sein soll, mit einer *parlamentarischen Mehrheit* gegen eine oppositionelle, auch gegen eine fundamental oppositionelle parlamentarische Minderheit zu entscheiden (Stichworte: Mehrheitsdiktatur, Entmündigung des Volkes). Auch er ist an die Vernunft des Achtens der Anderen gebunden.

Ein starkes gesondertes Verfahrens- und Politiksystem, verortet auf dem öffentlichen Forum, „vermittelt“, jedenfalls.

²⁸ Aristoteles, *Nikomachische Ethik* (Dirlmeier), 1999, 1125b.

²⁹ Radbruch, *Rechtsphilosophie*, 1932/2003, § 1, 34. Ulpian, *Digesten*, 1. Buch, 1. Titel, 1. Fragment.

Darin besteht die forensische Vernunft: Sie beruht auf der Dialektik der Vielen, die nach einer klugen Synthese suchen.

2. Nutze und ertrage mit der Demokratie Vielfalt und blicke auf das autokratische Gegenkonzept!

Je komplexer ein Gebilde ist, desto klüger kann es Informationen in sich aufnehmen und sie in sich reflektieren. Je massereicher wiederum eine „Einheit“ ist, desto größer ist ihr Gewicht. Neben der Vielfalt gibt es also immer die Macht der Einheit. Am effektivsten ist es also, „Information und Masse“ und auch „Vielfalt und Einheit“ dialektisch zu verbinden.

Das ist der Weg der liberalen Demokratien, die sich zu einer *Europäischen Union* und darüber hinaus zu einem *gesamtweltlichen „Staatenschwarm“* verbinden. Schwärme imitieren nach außen einen Großorganismus und gewähren nach innen Freiheit und Individualität.

Autokratien sind dagegen unwillig zur Komplexität. Sie ersetzen sie durch das Übergewicht der *Masse und deren Zentralität*. Sie überbetonen deshalb auch das dazu passende biologische Zwischen-System der „Population“, die sie mit mythischen Einheitsnarrativen zusammenhalten. Zur Informationsbeschaffung setzen sie auf Geheimdienste.

Die gegenwärtigen stoßartigen Volks-Emotionen des extremen Rechtspopulismus sollten die *Mitte-Demokraten* mit *Vielfalt* beantworten, gern auch emotional und betroffen, aber immer auch mit einem *abwägenden Innehalten*. Rechtsextreme Akteure und ihre Wähler sind Mit-Menschen mit Würde und als solche zu achten. Auch neigen Menschen dazu, das Verhalten ihrer Nachbarn nach dem Reziprozitätsprinzip zu spiegeln.

Die komplexere Demokratie nutzt zwar auch die nationalen und zentralistischen Ansätze, etwa mit Hymnen, Flaggen und Feiertagen, aber sie stuft sie herab als Mittel zum demokratischen Zweck. Es ist der dienende „*Nationalstaat*“, den die Demokraten organisieren und beherrschen.

Für die einfache körperliche Abwehr von räuberischer Machtergreifung hat der kluge Gesetzgeber schon lange gesorgt, denn *jeder Staat*, auch der autoritäre, *rechnet* mit Umsturzversuchen. Verfassungen halten mit Normen dagegen. Ein hinreichend organisierter Staat regelt den exekutiven Umgang mit Umsturzplänen und Revolten mit einem *Staatsschutz-Strafrecht* und er informiert sich über solche Gefahren mithilfe seines *Verfassungsschutzes*.

Die Demokratie bietet die „Vielfalt“ von kollektiven Subsystemen. Sie teilt *dieselbe Gewalt und Massekraft*, die die Autokratien *bündeln*, in außerordentlicher Buntheit auf:

- *horizontal* durch Exekutive, Legislative, Judikative, auch durch die Medien, zivile Großverbände etc.

- Gesicherte Macht steht jedem Menschen und jedem Bürger im Rahmen seiner Menschen- und Bürgerrechte zu. Insofern ist er frei und *autonom*, das heißt, er kann sich insoweit seine Regeln selbst geben und sein Selbst ausdrücken und deshalb mit anderen gemeinsam auch seine Gruppen mitbeherrschen, indem er sie bildet und erhält.
- *Vertikal* teilt sie sie durch die Aufgliederung in Gemeinde, Kreis, Bundesland, Bund, EU-Europa und Vereinte Nationen.
- Außerdem trennt die Demokratie noch einmal *hälftig*. Die eine Hälfte verbleibt im „autonomen“, privaten oder zivilen Raum, gesichert durch Menschen- und Bürgerrechte und nach dem Modell des Eigentums. Die andere Hälfte gehört zum Leviathan Staat mit seiner *Staatsquote* von rund 50 %. Doch er ist beherrscht und gezähmt von der Summe der Demokraten mit ihren Wahl-, Demonstrations- und Vereinsrechten sowie stellvertretend durch deren Abgeordnete, die Rechtsinstitutionen etc.

Disruptive Herrscher-Willkür ist dennoch auf allen (halb) autonomen Ebenen möglich. Selbst die einzelnen Straftäter verfügen über die Tatherrschaft. Diese Wirkung der Willkür der großen und der vielen kleinen Autokraten *entschleunigt* die Demokratie durch die Vernunft des kleinteiligen Rechts und durch die Methode der klugen *forensischen* Dialektik.

3. Halte Deine und die demokratische Mitte im Zweifel flüssig! Flüssigkeit führt zur Gerechtigkeit des langsamen Ausgleichens und begründet das Rechtswesen!

Nicht nur das rituelle Abwägen zeichnet die Demokratie aus, sondern auch das warme Mitfühlen als Element der Menschenrechte.

- Eine Demokratie zeigt sich *insgesamt* weder erregungs-heiß, noch erstarrungs-kalt. Sie kennt und nutzt in ihrer Vielfalt zwar beides, jedoch „reguliert“ sie die an sich notwendigen Wut- und Angst-Erregungen mit Rechten, etwa Demonstrations- und Streikrechten.
- Sie erwärmt umgekehrt die Orte sozialer Schicksalskälte mit Menschenwürde-Ansprüchen auf zuteilende Gerechtigkeit.
- An diese Art der „flüssigen Mitte“ ist gegenwärtig zu erinnern. Jede Kultur und jedes höchstpersönliche Selbstkonzept leben von ihr.

Das Flüssige zeigt sich im Austausch, als einem Verschieben von Energie, Masse und auch Informationen, und zwar zwischen beweglichen Akteuren. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie einerseits ohne *feste* Bindung sind, anders als „feste“ Stoffe, und sie sich andererseits dennoch in unmittelbarer *Nähe* zueinander befinden, anders als weitversprengte „gasförmige“ Moleküle.

Die große Mitte sorgt ihrerseits für *Dynamik*, weil in ihrer Raum-Zeit ein langsamer *Austausch* und auch *Ausgleich* möglich ist, und zwar auch der beiden

genannten sozial-ökonomischen Rollen, beziehungsweise der beiden politischen Haltungen.

Vertrauen gewinnt das Rechtssystem auf allen Stufen schon durch die „Legitimation durch Verfahren“ (Luhmann).³⁰

- Es ist der sich wiederholende inszenierte Ritus, der die Kraft einer alten Erfahrung in sich birgt, der den Menschen vom Alltag entfremdet und der ihn in eine heilige Kunstwelt führt.
- Dahinter steckt die kindliche Magiewelt des Als-Ob-Rollen-Spielens.

Gleichwohl gehören auch die *Extreme* zur Gesamtgesellschaft dazu, ohne sie gäbe es keine Mitte. Sie kneten auf ihre Weise die demokratische Mitte und halten sie auf diese Weise flüssig. Das mag man aus geisteswissenschaftlicher Sicht als Metapher akzeptieren. Die Naturwissenschaften werden darin aber mehr, und zwar die Grundlage für alle Arten der systemischen Regulation sehen.

Das Mittel der Selbstorganisation eines jeden Systems, also einer Zelle, eines Menschen, eines Staates oder eines belebten Planeten, ist die Selbst-Regulation im Sinne der Homöostase. Dafür gibt es die *langsamen Binnenströmungen*, die auf *energetische Störungen* reagieren. Ungleichheit wird *zum Teil* ausgeglichen und zugleich wird ein neues Selbst, ein neuer *ausgeglichener Zustand* geschaffen. Das Erreichen dieses Friedens- und Glückszustandes ist ein Ideal. Es ist dennoch anzustreben und mit *Anpassungen* verbunden, weil der „Erhalt im Kern“ nur auf diese Weise möglich ist.

Für die ideale Art Selbstregulation gibt es zwei Prinzipien, das „gerechte Recht“ mit der Grundidee der Wiedergutmachung, „*to right the wrongs*“ oder „*das Krumme soll grade gerichtet werden*“³¹ und die „respektvolle und empathische Humanität“ im Umgang von Mit-Menschen untereinander. Beides ist zum Teil real und im Übrigen nur symbolisch zu erreichen. Solche Akte „befriedigen“ dennoch unsere Erregungen in hinreichendem Maße.

Erregungen bedienen die emotionale Reiz-Seite der Tit-for-Tat-Ethik. So fügen sich *am Ende* das kalte „Wie du mir, so ich Dir-Recht“ und die herzerwärmende mitfühlende „Barmherzigkeit“ mit dem Kirchenlehrer *Thomas von Aquin* zusammen: „*Gerechtigkeit ohne Barmherzigkeit ist Grausamkeit; Barmherzigkeit ohne Gerechtigkeit ist die Mutter der Auflösung.*“³² Und sie verlangen wieder nach einer Mitte-Suche.

³⁰ Luhmann, Legitimation, 1983, etwa 87.

³¹ Kant, Metaphysik, 1797, AA, VI, 233 („*Das Rechte (rectum) wird als das Gerade theils dem Krümmen, theils dem Schiefen entgegen gesetzt.*“); zudem: Siep, Naturgesetz, 1993, 132 ff., 137; dazu auch: Klar, Moral, 2007, 119.

³² Thomas von Aquin (Pieper), Matthäus, 1270/2011, 5.2, Nr. 361.

- Das Strafrecht macht es konkret vor. Es betrachtet zunächst die verobjektivierte „Tat“ und danach erst den menschlichen „Täter“. Das *Strafgesetz* beschreibt Sachverhalte ohne Blick auf die Person und das *Gericht* erkennt auf die Tatschuld und bestraft anschließend würdige Menschen.
- Den Weg dorthin bildet ein längeres faires und menschenwürdiges *Verfahren*, das zugleich der *Abkühlung* der Emotionen dient, die inzwischen durch andere Emotionen überlagert werden. Dabei hilft dann auch das Vollstreckungsverfahren, also vereinfacht, die Jahre des Täters im Strafvollzug einerseits und andererseits, und human mitfühlend, die dortigen Angebote zu seiner Resozialisierung.

Es ist also das universelle systemische Prinzip der *Regulation*, das der Mensch auf seine Weise ausgebaut hat und in Demokratien mit idealistischen Begriffen, wie Gerechtigkeit in der Welt (Art. 1 II GG) und Gleichheit (Art. 3 I GG) heiligt und mit pragmatischen Forderung, wie faires Verfahren (Art. 6 I EMRK) oder mit der Rechtsstaatlichkeit (Art. 20 III GG) oder Rule of Law schützt und mit Geboten wie *pacta sunt servanda*, Verträge sind einzuhalten, im Zivilrecht ethisch absichert.

IV. Wisse um unsere Erregungsrhetorik und um unsere Framing- und Neutralisationstechniken! Beachte die unvermeidliche „Déformation professionnelle“, auch der Abgeordneten und Amtsträger!

1. Wisse um unsere Erregungsrhetorik und um unser Framing- und Neutralisationstechniken!

Auf dem Forum tritt sichtbar das „Subjektive“ zum „Klugen“ hinzu.

Es beginnt mit der *Erregung* über Sensationen, die starke Reize in uns auslösen. Diese Art der Erlebnisse lässt erst unser soziales Leben lebendig werden, weil sie alle Ordnungsriten zu unterlaufen oder umzuformen sucht. Wir „spielen“ mit ihnen.

So agieren wir Demokraten auf den öffentlichen Foren, und auch an den privaten Küchentischen, mit der scheinbaren Unvernunft von Erregungsrhetorik.³³ Sie verwenden wir, um unser Gegenüber oder einen gesamten Subschwarm von Gleichen und Nächsten aufmerksam zu machen, und zwar nicht nur auf die Sache, sondern auch auf uns als Subjekte, und damit auch auf unsere eigenen Interessen.

³³ Uhlmann, Rhetorik, 2019: „*Rhetorik und Wahrheit: Ein prekäres Verhältnis von Sokrates bis Trump*“; etwa 63 ff.: „Platons neue Rhetorik“, 253 ff.: „Rhetorik im 20. Jh. und heute“, sowie 277 ff.: „Rhetorik und Wahrheit als Aufgabe heute“.

„Ich sage etwas, also bin ich“ und „Löse ich Wirkung aus, so bin ich mächtig“. Aber: „Höre ich zu, so bin und werde ich klug“ und „Achte ich danach mit meinen Antworten andere“, so werden sie geneigt sein, es zu spiegeln. Am Ende setzt ein Schwarmgefühl ein.

Die Medien arbeiten zu Recht mit *Sensationen* (only bad news are good news), weil wir auf diese Reize anspringen. Wir sind schon als Schwarmwesen notwendigerweise mit den Nächsten und Gleichen „mitfühlend“ oder empathisch.

Wir *spiegeln* diese Ereignisse vor allem, sobald sie Gleiche und Nächste betreffen, in unserem Inneren. Dafür hat die Natur uns offenbar mit einfachen *Spiegelneuronen* ausgestattet.³⁴ Informationen zu spiegeln, heißt aber auch, sie selbst und das heißt, sie mit unserem Selbst zu reflektieren, also immer auch als *Subjekt* tätig zu werden.

Das ist biologisch zwingend, denn auf Lebensgefährliches müssen wir als Lebewesen achten und unsere Wachsamkeit immer wieder neu schärfen. Das gilt nur wenig abgeschwächt auch für unsere Gleichen und Nächsten.

- Negative Sensationen, die uns oder unsere Nächsten und Gleichen betreffen, sind überlebenswichtig.
- Dabei ist folgende einfache Rechnung zu bedenken. Wir können uns trotz aller *latenten* Lebensrisiken nicht einen *einzigsten* (!) wirklich lebensgefährlichen Augenblick *im gesamten Leben* erlauben.
- Das gilt auch für die Gewaltkriminalität oder Verkehrsunfälle. Bei einer einmaligen 50 %-Wahrscheinlichkeit hieße es statistisch, dass die Hälfte der Bevölkerung durch Gewaltakte oder bei Verkehrsunfällen sterben würde.
- Da diese Todesgefahren sich *selten* verwirklichen, ist es notwendig, dass wir *dennoch achtsam* bleiben, und zwar auch durch das über *Medien* vermittelte *Mitfühlen* mit anderen, die dieses Schicksal ereilt hat.

Dieses Wesen von „Sensationen“ gilt es zu bedenken.

2. Beachte die unvermeidliche „Déformation professionnelle“!

Gleichwohl können die Medien, also Nachrichtenübermittler, mit dieser Empathie, um Aufmerksamkeit zu erhalten, bewusst „spielen“ oder selbst passiv in den Sog

³⁴ Grundlegend unter dem Titel: „Empathie und Spiegelneurone. Die biologische Basis des Mitgefühls“: Rizzolatti/Sinigaglia, *Empathie*, 2006/2008, 144 ff.: „Nachahmung und Sprache“, 174 ff.: „Das Mitempfinden von Emotionen“. Zudem: Häusser, *Empathie*, 2012, 322 ff.: „Spiegelneurone sind Neurone, die bei der aktiven Durchführung einer spezifischen Handlung und bei der bloßen Wahrnehmung dieser Handlung gleichermaßen feuern. ... Die Entdeckung der Spiegelneurone trägt zu einem Verständnis von Empathie bei, das nicht auf Ein-Fühlen, sondern auf Mit-Fühlen basiert; auf Grundlage unmittelbarer Teilhabe kommt es zum Verständnis der Gefühlslage des Anderen.“ - Ausführlicher Montenbruck, *Natur- und Schwarmethik*, 2021, 71 ff., 3. Kap. I.

einer Erregungswelle geraten, an der sie teilnehmen müssen. Sie müssen für den Erhalt und die Entwicklung ihrer Subsysteme sorgen.

Stets sind es *Menschen* und sie wollen Aufmerksamkeit für sich und ihren Berufsstand, und zwar auch als Selbstzweck. Dabei blicken die Freien, Gleichen und Nächsten, auch diejenigen des *Medien*-Subschwarms, wiederum auf einander. So unterliegen sie einer „Déformation professionnelle“, man berichtet natürlich darüber, worüber andere berichtet haben.

Außerdem ergibt sie sich unvermeidbar aus der *Assimilation* beim Bilden von Gruppen der Gleichen und Nächsten im Sinne von *Axelrod*.

Ein derartig aktives (oder auch passives) kollektives „*Agenda setting*“³⁵ kann nur durch *Medienvielfalt* und auch dann nur zum Teil aufgefangen werden, denn: „*es bedeutet, einige Aspekte einer wahrgenommenen Realität auszuwählen und sie in einem Text so hervorzuheben, dass eine bestimmte Problemdefinition, kausale Interpretation, moralische Bewertung und / oder Handlungsempfehlung für den beschriebenen Gegenstand gefördert wird.*“³⁶ Dieser Akt schafft eine gewünschte und biologisch notwendige *Erregung*, gewünscht auch von den Konsumenten.

Als *Täter*, die wir alle selbst gelegentlich *gegen Regeln* verstoßen, und auch Medienleute gehören dazu, wenn wir ihnen ihre *Déformation professionnelle* vorwerfen, aktivieren wir unsere *Neutralisierungstechniken*.³⁷ Unsere Selbstrechtfertigungen lauten: Unsere Tat bilde eine berechnete Ausnahme, es sei nur ein Spiel gewesen, wir seien auch provoziert worden, das Opfer würde es verdienen, es sei ja niemand konkret geschädigt oder härter noch, die Tat diene einem höheren Ziel und ich bin auserwählt oder auch: Wir befinden uns in einer Art von Kriegs- oder sonstigen Notlage.

Diese Art der Rechtfertigung ist andererseits erfreulich, weil sie zeigt, dass wir trotz der Tat versuchen, die *ethische Seite unseres Selbstkonzeptes* aufrecht zu

³⁵ Vgl. Matthes, *Framing*, 2014, 9 ff. Schenk, *Medienwirkungsforschung*, 2007, u.a. 448; Brosius, *Agenda Setting* 2005, 125 ff.; siehe auch Marcinkowski, *Framing*, 2014, 7 ff., Einleitung zum Sammelband: „*Framing als politischer Prozess. Beiträge zum Deutungskampf in der politischen Kommunikation*“.

³⁶ “To frame is to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and / or treatment recommendation for the item described.”, Entman, *Framing*, 1993, 51 ff. , 51.

³⁷ Ausführlicher Montenbruck, *Natur- und Spielethik*, 2021, Kap. 12 I: „*Nächsten-Erwartungen, Rechtfertigungsbedürfnisse und Notgründe; Neutralisierungstechniken (Sykes/Matza, Thurmann); dehumanisierende Krieger- und ökonomische Spielerrollen; ideologische Säuberungen; Frame-Selection (Kroneberg); ethisches Gegenmodell: Würde-Objekt-Formel*“, 238 ff.

erhalten, um unser Selbstbild nicht korrigieren zu müssen. Wir erfinden lediglich Ausnahmegründe.

Gefährlich wird es, wenn Täter sich selbst *stigmatisieren*: Ja, ich bin ein Krimineller, und ja, ich halte mich nur an die Räuber-Rudel-Grundsätze von kriminellen Gruppen, oder auch, für mich gilt nur noch die heilige Ethik von Glaubenskämpfern oder von mythischen Vaterlandskriegern.

Wir sollten noch mehr über uns wissen: Wie das berühmte *Milgram-Folter-Experiment* nahelegt, sind wir offenbar unter Druck zu mehr als 60 % zu *blindem Gehorsam* fähig. Für einen „guten Zweck“ und unter „Aufsicht eines vertrauenswürdigen Alfa-Versuchsleiters“ sind wir bereit, anderen Menschen, die zu lügen scheinen, mit Stromschlägen lebensgefährlich zu foltern.

Aber weit weniger von uns folgen den ständigen Aufforderungen des Versuchsleiters dann, wenn ein *zweiter Versuchsleiter* eine andere Alternative anbietet. Eine *Opposition* vor Ort ist also auch dafür von Bedeutung, um uns zum *eigenen Nachdenken* zu bewegen und einen eigenen „Frame“ zu verwenden, der unserem Selbstkonzept entspricht.

Unsere Augen und unsere Beweglichkeit erlauben uns an sich, stets verschiedene „Blickwinkel“ einzunehmen. Verharren wir aber am Ort, so verfügen wir nur über einen *einzigsten Aspekt*; ebendort jedoch werden wir uns mit anderen Menschen austauschen und alsbald *örtliche Echokammern* bilden.

Echokammern bilden zugespitzte Beispiele für das allgemeinübliche „Law of Instruments“. Oder auch: „*Wenn man einen Hammer hat, tendiert man dazu, nach Nägeln zu suchen*“.³⁸

Das heißt, sich mit Vorliebe der eigenen Werkzeuge zu bedienen und deren Einsatz ständig anzustreben. Auch sucht man nach „Gleichen und Nächsten“, um diese Kunst zu verfeinern.

3. Beachte die unvermeidliche *Déformation professionnelle* der Abgeordneten und Amtsträger!

Für die Politik bedeutet dies unter anderem: Die *Gesetzgeber* verabschieden für jedes Problem gern Gesetze. Die Exekutive möchte vor allem nach ihrem Ermessen exekutieren. Die freie Wirtschaft will gern frei, das heißt unreguliert, agieren. Die Sozialverbände fordern Soziales, also zuteilende Gerechtigkeit.

Andererseits dürfen die immensen Vorzüge der *Arbeitsteilung* auch insofern nicht übersehen werden. Jeder Berufsstand ist auf seinem Gebiet besonders klug. Er erforscht und vertieft auch ständig seine Möglichkeiten.

Die vernünftige Antwort der Demokraten lautet: „Vielfalt und Gewaltenteilung“. Wir geben jedem Berufsstand ein Stück geregelter Freiheit, in dem er seine

³⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Law_of_the_Instrument. (13. 5. 23).

Subsysteme pflegen kann, und wir sorgen insgesamt für hinreichenden *Ausgleich*. Überprüft werden diese Subsysteme auf dem öffentlichen Forum und in dialektischer Weise auf der Suche nach einer Synthese.

Dieses demokratische Ausbalancieren ist jedoch in einer hocharbeitsteiligen „repräsentativen Demokratie“ für die Gruppe der Politiker nur bedingt möglich, denn ein wesentliches Forum bildet gerade das *Parlament der Gesetzgeber* und der *regierenden Minister*. Die mediale Öffentlichkeit wirkt immerhin mit Appellen an das *Selbstkonzept der Politiker*, auch helfen Strafnormen, aber das konkrete *politische Aushandeln* bleibt weitgehend verborgen.

„Abgeordnete schützen Abgeordnete“ und der Staat leidet mit seiner *Fürsorgepflicht* für seine Beamten an einer Deformation professionelle, etwa bei der Strafverfolgung von Amtsträgern. Zum einen vermag jeder einzelne Strafverfolger sich in deren Rolle einzufühlen. Man weiß auch um die grundsätzliche Bedeutung des *Anscheins der Integrität* von Amtsträgern für das System. Zudem will jede Organisation ihr Ansehen, hier dasjenige des Staates, nicht beschädigt sehen. Die Gewaltenteilung ist nicht umsonst eingeführt worden, sie hilft aber bei unterbewusst-persönlichen Motiven nur begrenzt.

- Also bedarf es einer *Ergänzung* der „repräsentativen Demokratie“ durch Elemente der „unmittelbaren Demokratie“.
- Sie gibt es auch, wie etwa für die bereits existierenden Möglichkeiten zur *Abwahl* von Bürgermeistern oder Landräten sowie bei Volksentscheiden zugunsten bestimmter Entscheidungen etc. auf der lokalen Ebene von Gemeinde, Kreis und der regionalen Ebene eines Landes.

Auf der *Bundesebene* drängen sich solche *populistischen* Abwahlen und Volksabstimmungen nicht auf. Denn diese würden bei geringer Wahlbeteiligung auch wieder nur die Vorschläge von ungewählten Aktivistengruppen bevorzugen. Sie würden die Komplexität der Frage und vor allem die Fernwirkung einer Entscheidung auf Hier-und-jetzt-Stimmungsbilder reduzieren.

Nur die *neutrale* und *überschaubare* Schweiz, die durch Berge, EU-Europa und den hohen Nutzen einer Maklerstellung geschützt ist, kann sich „direkte Demokratie“ erlauben. Dafür hält sie sich aus dem professionellen Ausgleichs-Spiel heraus, etwa von Stadt und Land oder der Mittel- und Großmächte untereinander.

Über andere Ergänzungen der „repräsentativen Demokratie“ ist dennoch nachzudenken. Denn ihre subsystemische *Professionalität und Effektivität* provoziert den Populismus, und zwar auch schon als einfache Trotzhaltung gegenüber gefühlten Entmündigungen. Zudem werden immer wieder Fälle für eine Deformation professionelle oder auch für politische „Schildbürgerstreiche“ auftauchen.

V. Achte Trotzhaltungen und den Freiheitsdrang von Jugendlichen, die erst nach Gleichen und Nächsten suchen! Kontroll-Aversionen eröffnen Freiräume! Begnüge Dich auch deshalb mit einer Zweidrittel-Mitte-Demokratie!

1. Achte Trotzhaltungen und den Freiheitsdrang von Jugendlichen, die erst nach Gleichen und Nächsten suchen! Kontroll-Aversionen eröffnen Freiräume!

Zudem müssen wir uns über den Nutzen des Trotzes, und damit auch über uns selbst, aufzuklären suchen und zugleich die *Minderheit der Trotzigen* achten. Die Widerständigen eröffnen uns auf *disruptive* Art neue Freiräume, wenn wir uns nur auf sie einlassen.

Auch dafür hat die Natur gesorgt.

Trotz als Verweigerung und Negation alter Riten gehört zur *Pubertät*.³⁹ Sie erlaubt es den Jugendlichen, sich von der Familie zu lösen. Sie bilden getrenntlebende lockere „Jugendbanden“, gehen auf die innere und vielfach auch auf eine reale *Wanderschaft*, um *neue Gruppen* von Gleichen und Nächsten zu finden.

Ortgebundene Kulturen halten dagegen und suche ihre Jugend mit Aufnahme-riten, bis zur frühen Heirat, im alten Raum zu behalten oder sie mit geordneten Handwerker-Wanderschaften oder Studienaufenthalten zu bändigen und über sie zugleich neue Informationen aufzusaugen.

Diese verwalten die *Jungerwachsenen* dann wiederum als „eigene“. Auch suchen sie sich statt der Eltern ältere Mentoren (Meister), mit denen sie ihre Kenntnisse einüben und für die Praxis fortentwickeln. Damit treten sie nach und nach in eine neue Untergruppe „der Gleichen und Nächsten im Beruf“ ein.

Das *demonstrative* und damit auch *symbolische Lehren* stellt eine besonders ausgeprägte Eigenheit des *Homo sapiens* dar.⁴⁰

Politisch aber behalten Jugendliche und auch Jungerwachsene ihren *Freiheitsdrang*. Er bedeutet: Altes zu negieren, als Freiheit „von“ Bindungen, und Neues zu suchen, als Freiheit „zu“ eigenen Bindungen. Das Ziel heißt in der Regel, einen *eigenen Erst-Status* zu erlangen. Man will und wird damit zugleich

³⁹ Schneider/Jacobi/Thyen, *Pubertät*, 2020, 71 ff., aus dem Abstract.

⁴⁰ Gärdenfors/Högberg, *Archaeology, Current Anthropology*, 2017, 188 ff., aus der "Conclusio": "The evidence for teaching by drawing attention or demonstration is, in nonhuman animals, so far meager. In contrast, the hominin line shows, already at 2.6 Mya, clear signs of intentional teaching". Aus dem Abstract: "Teaching is present in all human societies, while within other species it is very limited. Something happened during the evolution of *Homo sapiens* that also made us *Homo docens*—the teaching animal."

die Gesellschaft *erneuern* und *verändern*. Die Eltern-Generation hält dagegen. Für sie ist im Zweifel „Altes erprobt und zu bewahren“ und „Neues mit Machtverlust“ verbunden.

Aus beidem gilt es, die vernünftige Mitte zwischen Disruption und Erhalt auszuarbeiten.

- Jede demokratische Gesellschaft muss also für die Jungerwachsenen hinreichende *Einstiegschancen* vorhalten, und zwar vor allem in den staatlichen *Verwaltungs- und Militärapparat* und in größere und kleinere *zivile Unternehmen*.
- Denn dieser Status bedingt Teilhabe an der Macht im Kleinen und tägliche Unterwerfung unter das *Recht* und die *Riten* der Arbeitswelt.

Auch die „*Kontroll-Aversion*“ zählt zu den Trotzhaltungen im weiteren Sinne. In einer Studie heißt es: „*control averse behavior ... is stable across time and capable of differentiating between individuals, similar to a neural fingerprint.*“⁴¹

Dazu gehören die *erwachsenen Dissidenten*. Sie treten in den *Demokratien am Rande* der Mitte-Mehrheit als Meister auf und bieten vielfach Jugendlichen und labilen Menschen geschlossene „alternative“ Weltbilder an, ohne den mühsamen Weg der empirischen Wissenschaften zu gehen. Sie ermöglichen ihnen damit *immerhin* eine gesonderte *kollektive Identität der Gleichen und Nächsten*. Diese Randgruppe hält sie von dem Druck einer Sowohl-als-Auch-Komplexität frei. Aber am Anfang jeder Entwicklung steht immer eine neue „These“, bevor es über sie zum Dialog auf dem Forum kommt. Mit solchen Thesen versorgen die „Einseitigen“ die demokratische Mehrheitsgesellschaft.

Mit religiöser oder semireligiöser *Gewalt* verbunden gilt dies auch für die Gruppe der damaligen „Rote-Armee-Fraktion“ und ihre Sympathisanten und ebenso für den „Islamischen Staat“, die religiöse Schüler-Kämpfer-Kultur der Taliban oder auch für „rechtsnationale Milzen und Blut-und-Boden-Netzwerke“. Sie sind, soweit es geht, auszuhalten.

Sie wählen zwar den Weg der *Zwangs- und Räuberkulturen*, setzen einfache Framings- und Neutralisierungstechniken ein, aber es handelt sich aus westlicher Sicht um *würdige Menschen*, früher hieß es, um „beseelte Wesen“. Sie derart als „Nächste“ zu behandeln, eröffnet unter „gleich starken Akteuren“ zumindest die Tit-for-Tat-Chance, dass sie dieses Konzept bewusst oder auch unbewusst „reflektieren“ und sich Akte der partiellen Kooperation ergeben. Bei akuten Gefahren muss das selektierende Recht greifen.

2. *Begnüge Dich auch deshalb mit einer Zweidrittel-Mitte-Demokratie!*

⁴¹ Rudorf/Baumgartner et al., connectivity, Human Brain Mapping, 2018, 4857 ff., „Intrinsic connectivity networks underlying individual differences in control-averse behavior, Human Brain Mapping“, hier: aus „4. Conclusion“.

In den Autokratien sind die trotzigsten Dissidenten in der *städtischen Mitte* und dort im Untergrund tätig. Sie lehren von dort aus den Autokraten das Fürchten vor der westlichen Demokratie.

Trotzhaltungen bilden also zugleich eine Art von Rückversicherung. Die Trotzigsten verweigern den Autokraten den *Milgram-Gehorsam*. Sie trotzen der ständigen Einheitspropaganda und betonen als unterdrückte Opposition die demokratische Alternative.

- Für die nicht-extreme Sowohl-als-Auch-Mitte reicht, auch deshalb, vereinfacht eine *zivilisierte Zweidrittel-Mitte-Demokratie* aus.
- Für die *Summe* aller einseitigen Extremisten, von links und rechts, von oben und unten, oder auch noch weiter in Sekten-Minderheiten fragmentiert, verbleibt dann ein weiteres *Drittel*. Sie treiben die Evolution voran, unter anderem, indem sie mit autoritären Disruptionen (Revolutionen, Aufständen) drohen oder mit dem Beispiel von neuen friedlichen Umwelt-Kommunen etc. locken.
- Sie nötigen uns Mitte-Demokraten, ständig über die Mainstream-Politik in westlichen Demokratien nachzudenken. Dabei gehen alle westlichen Verfassungen von der *Erfahrung* von und der *Furcht* vor autoritärem Macht-Missbrauch aus und eröffnen Räume für friedliche Sub-Kulturen.
- Nach innen ist für den demokratisch ausgerichteten *Zwei-Drittel-Schwarm* erforderlich, dass er sich vor allem durch ein entsprechendes „Selbstbewusstsein“ definiert und seine „Selbstwirksamkeit“ spürt. Auch Teile der Ober- und vor allem Teile der Unterschicht definieren sich selbst dadurch, zu diesem mächtigen Hauptschwarm zu gehören. Schon wer sich *rituell* an die Regeln hält, fühlt sich als Teil der „Selbstorganisation“.
- Die Demokraten müssen jedoch zum Herrschen den Zugang zu Informationen haben. Die Demokratie wird deshalb auch von der Teilhabe an der *allgemeinen Schulbildung* getragen. Die Zwei-Drittel-Mitte wird auf dieser Grundlage nicht nur von außen bestimmt, sondern vor allem von ihrem demokratischen Selbstbewusstsein. Es ergibt sich aus der humanen Gabe, *bewusst abwägen* zu können und es auch zu wollen.

Autokraten setzen dagegen auf *Geheimwissen*. Sie übertragen das Abwägen auf die *Milgram-Priester* der Einheitspartei. Ihre *Volksmitte* lebt vom Konzept der solidarischen Fürsorge und der Frucht vor den Schutz-Herren. Sie definieren sich von innen über Teilnahme-Riten und Gründungsmythen und schotten sich im Privaten von der Herrschaft ab.

Autokratien fürchten die *städtische Mittelschicht*. Sie setzen auf eine *erweiterte ländliche Unterschicht* und auf die Abspaltung der rituellen Law-and-Order *Kleinbürger*. Sie verbannen die Gebildeten (*Maos Kulturrevolution*, *Pol Pots kambodschanischer Steinzeit-Kommunismus*, *Erdogans Verfolgung der Gülen-*

Schul-Bewegung, Orbans Universitätsregulierung). Sie müssen sich vor allem vor dem Mut der gebildeten *Stadtbürgerjugend* schützen.

Auch die Spieltheorie hilft, dies zu erklären. Das einfache *Hawk/Dove*-Modell gelangt zum Ergebnis, dass eine Gesellschaft auch noch dann *stabil* ist, wenn sie aus 80 % *kooperativen Tauben* besteht und aus 20 % räuberischen Falken.⁴² Zudem, so ist weiter zu folgern, greifen diese Falken auf diesem Territorium auch fremde Falken an und vertreiben sie.

Politisch gilt also, entweder halten sich die klugen Tauben die Falken oder sie unterwerfen sich ihnen und werden von ihnen beherrscht. Menschliche Zivilisationen sind offen; die subhumane Natur lässt beide Gruppen in einem Biotop, wie einem Tal, selbst nach einem Ausgleich suchen.

Diese *qualifizierte Mehrheit* hat auch der deutsche Verfassungsgeber für eine Verfassungsänderung gewählt. Danach bedarf es einer *Zwei-Drittel Mehrheit* von Bundestag und Bundesrat, Art. 78 III GG.

- Auch ist das letzte Drittel für das Selbstkonzept der Demokratie von Bedeutung. Es drückt Offenheit, Toleranz und die Fähigkeit zu Selbstkritik aus.
- Es bietet noch Platz für rechte und linke Systemkritiker, für die anarchisch-trotzigen Demokraten und für die Mitglieder streng-religiöser Sekten.
- Hinzukommen, um im Bild zu bleiben, die 20 % zivilisierten, aber zum Teil unzuverlässigen Falken, die wären sie nicht mit Schutz- und Verwaltungsämtern gut integriert, auch eine Falken-Autokratie unterstützen würden.

Im Kriegsfall erlaubt es ferner ein blinder Glaube an „Heimat, Familie und Identität“, auch, das Risiko einzugehen, das eigene Leben zu verlieren. Darauf setzen auch die nationalen Autokratien und pflegen diese Einheitshaltung.

Mehr noch:

- Mit der „repräsentativen Demokratie“, mit der Verwaltung und der Vorhaltung des Militärs etc., nutzt die westliche Demokratie auch *autoritäre Elemente*, die die Idee der „liberale Wahl-Demokratie“ mit ihren Vorzügen zu überwölben und beherrschen sucht.
- Machtpolitisch real ist eben deshalb die *Regression* in eine autoritäre „Hack-Schutz-Pflichten-Ordnung“ nach dem alten Modell der sesshaften Großfamilie so leicht möglich.
- Sorge Dich als demokratischer Politiker also vor allem um das *Selbstkonzept* (das Selbstbewusstsein und die Selbstwirksamkeit) der

⁴² Smith/Price, *Logic, Nature* 1973, 15 ff.; siehe auch https://en.wikipedia.org/wiki/Evolutionary_game_theory#Hawk_Dove (10. 4. 21). Aufgegriffen auch von Dawkins, *Gen*, 1989/2007, 83 ff. (mit einer Variation).

einfachen Schwarmmitglieder, um mit ihnen und in ihrem Auftrag eine starken Zwei-Drittel-Mitte-Demokratie im Allgemeinen zu erhalten, etwa mit *allgemeiner Schul- und Berufsausbildung*, und

- zudem um die Pflege *starker Berufe* mit besonderen Fähigkeiten im Konkreten. Dann wissen die berufstätigen Wähler auch die *Profession* und Effektivität der von ihnen abgeordneten Politiker zu schätzen und auch einzuschätzen.

VI. Bekenne Dich zu den beiden dialektischen Schwarm-Normen der deutschen Verfassung: Art. 1 und 20 i.V.m. 79 III GG und suche die „praktische Konkordanz“! Erfühle und feiere die „verfassungskulturelle Identität“ auf den lokalen Versammlungsplätzen!

1. Damit ist zu einem imperativen „Bekenntnis“ überzuwechseln, das die *deutsche* Verfassung uns anbietet. Es lässt sich aber auch den vorhergehenden vorrangig *naturalistischen* Erwägungen als Krone aufsetzen:

Bekenne Dich zu den beiden dialektischen Schwarm-Normen der deutschen Verfassung: Art. 1, 20, 79 III GG!

Diese deutsche Dialektik entstammt ihrerseits dem westlichen Idealismus und den Erklärungen der *allgemeinen Menschenrechte*. Dieses Ideengeflecht wendet sich zwar gegen das Konzept des *absoluten Fürsten-Staates*, aber seine Vertreter wollen den Staat selbst als mächtigen demokratischen Staat weiterführen.

- Dahinter verbirgt sich die städtische Bürger-Dialektik von *Individuum und Gemeinschaft*. Sie löst das einheitliche ländlich-patriarchale Clan-Familienprinzip ab und nutzt dank des Buchdrucks und seiner Nachfolger das allgemein-verfügbare globale Wissen. Also, habe Mut zu wissen (*sapere aude*)!
- Was beide Konzepte trennt, ist das *Credo*: Ich glaube an die Ich-Selbstbeherrschung im Wir-Schwarm oder ich glaube, wir benötigen den Guten Hirten, sein Sonderwissen und seine Hausgewalt.
- Die sozialrealen *Mischkonzepte* lauten: repräsentative Streit-Demokratie mit Armeen oder prunkvolle Wahlaulokratie mit Internierungslagern.

Für den Wir-Schwarm der *freien, gleichen und nächsten Menschen* gilt zunächst einmal die positive Seite des Do-ut-des-Marktes. Jeder Schwarm, auch ein menschlicher, begründet seine *weitgehende Selbstbindung* an die *Ethik der Tauschgerechtigkeit*, und zwar wegen des immensen Zugewinns durch Kooperation. Es gibt aber die *negative* Seite der *Tit-for-Tat-Logik*. Ein solcher Schwarm kann ein Mitglied an den Rand drängen und es faktisch *ausschließen*, indem er schlicht nicht mehr mit ihm kooperiert, und zwar dann und deshalb, weil

das Mitglied seinerseits *nicht* mehr mit seinen Nachbarn *kooperiert* und zudem die *Generosität des Schwarms* aufgebraucht ist. In der Natur trifft es Mitglieder, die *dauerhaft mutiert* sind oder beim Menschen solche, die ein dauerhaftes *betrügerisches oder gar räuberisches Verhalten* an den Tag legen. Wir Schwarm-Menschen greifen zu *verbannenden* Strafen (heute als langfristiges Einsperren statt Aussperren).

Sobald das Mitglied aber seinerseits *vorleistet*, sich also resozialisiert gibt, kann es wieder und zumindest nach und nach in die Schwarm-Gemeinschaft zurückkehren. Der einfache Schwarm vieler Fische oder Vögel ist seiner Konzeption nach, die auf *Kooperation* mit den Gleichen und Nächsten ausgerichtet ist, *nicht nachtragend*.

Wir Menschen sind komplexer. Wir vermögen uns zu *erinnern* und unsere Handlungen zu bewerten und unsere Erwartungen anhand schlechter Erfahrungen auszurichten. Zudem sind wir als Homo sapiens auch zum *gelegentlichen aggressiven Raub* und auch zur dauerhaften *Unterwerfung und Versklavung* von Artgenossen fähig. So muss auch jeder Bürger, der Markt und die Güter geschützt werden. Mit diesem Hauptzweck rechtfertigt der *liberal-demokratische Staat* sein *Gewaltmonopol*. Es schützt vor allen die Kooperation der Freien, Gleichen und Nächsten und sichert ihnen ihre *Grundrechtsstellung* als ebensolche. Auch bietet er eine Art von *Rückversicherung* für Notfälle. Aber mit dieser Gestalt erhält er auch einen *eigenen kollektiven Status*, den er seinerseits zu schützen hat.

Ein rechtsnationaler Populist, der innerhalb der deutschen Verfassung agiert oder zumindest in deren Grenzen argumentiert, kann sich auf die Idee des *Nationalstaates* in Art. 20 I GG stützen. Denn dessen beide Kernsätze lauten: „*Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.*“ Mit dem Wort Deutschland ist dessen besondere *Territorialität* beschrieben. Und Art. 20 II 1 GG erklärt: „*Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus*“, gemeint ist das *deutsche Volk*.

Ebenso nimmt der Amtseid von Bundespräsident und Kanzler (Art. 56, 65 GG) zunächst das „deutsche Volk“ in den Blick. Er bezieht sich danach erst auf das Grundgesetz und das sonstige Recht, um am Ende dann, wenngleich immerhin die universelle Idee der „Gerechtigkeit gegenüber jedermann“ aufzugreifen.

Er lautet: „*Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.*“

Umgekehrt muss der Populist ertragen, dass die Humanisten sich auf die Idee der *universellen Menschenwürde*, Art. 1 I GG, berufen können. Dessen erste Kernsätze lauten:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“⁴³

Das sie mit dem *Menschsein* verbunden ist gilt, sie *„kann keinem Menschen genommen werden. Verletzbar ist aber der Achtungsanspruch, der sich aus ihr ergibt.“⁴⁴*

Die beiden Leitideen des Art. 20 I, II 1 GG und des Art. 1 I GG erfahren zudem durch die beiden *nachfolgenden Absätze* eine außerordentliche Konkretisierung.

So blockiert Art. 20 II Satz 2 GG den Weg zu einer *autoritären Volksdemokratie* dadurch, dass er festschreibt, wie die Staatsgewalt auszuüben ist, nicht unmittelbar und volks-emotional, sondern vorrangig *mittelbar* durch Wahlen und *Gewaltenteilung*.

So heißt es insgesamt dort auch, aber nicht nur: *„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“* Das Grundgesetz bestimmt zudem sofort: *„Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“*

- Die demokratische Macht wird also in Deutschland durch verschiedene *rechtsförmige Verfahren* kanalisiert und kontrolliert.

Außerdem schreibt die deutsche Verfassung in Art. 1 II GG mit dem nachfolgenden Absatz ein *weltoffenes Bekenntnis* fest: *„Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“*

Dennoch erscheint es sinnvoll, die verfassungsrechtliche Komplexität der beiden Verfassungsnormen Art. 20 und 1 GG auf ihre ersten beiden Leitideen zu reduzieren.

⁴³ Siehe erneut, dazu und allgemein zur „Menschenwürde im internationalen Vergleich der Rechtsordnungen“: Kirste, Menschenwürde, 2009, 175 ff., 177; 180 ff. (Zur ERMK ohne expliziten Würdeschutz, und zunächst mit keinem Verbot der *Todesstrafe*, die der ERMK Gerichtshof, dann jedoch 1978 aus Art 3 EMRK: *ein Verbot von erniedrigender Bestrafung* durch eine „die Würde und die physische Integrität der Person verletzenden Behandlung“). Vgl auch: EGMRK; Urteil vom 13. 3. 2007, H:C gegen Deutschland Nr. 41559/06 Rz. 76 („... dass Gefangene unter Bedingungen inhaftiert werden, die *mit der Achtung der Menschenwürde vereinbar* sind“). (Hervorhebungen nicht in den Originalen), 185 f. (Zum internationalen Gerichtshof -IGH- ist mit Kirste insofern auf das Richtervotum von Richter Tanaka im Südafrika-Fall zu verweisen – Ethiopia v. South Africa; Liberia v. South Africa (Second Phase), Entscheidung vom 18. 6. 1966, ICJ Reports 46/47 (1966), 308, 312- „All human beings ...equal in their dignity as persons“).

⁴⁴ Zur Sicherungsverwahrung: BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 05. Februar 2004- 2 BvR 2029/01 -, Rn. 71; BVerfG 87, 209, 228. Ausführlich zum Luftsicherheitsgesetz: BVerfG 115, 118, 152 f.

Danach wird

- der *Populist* sich vorrangig auf die Idee des deutschen Nationalstaates stützen und
- der *Humanist* mit besonderem Nachdruck auf die universelle Idee der Menschenwürde verweisen.
- Die Mitte ergibt sich aus und über das „Sowohl als auch“, also über den pragmatischen und toleranten Umgang mit der Dialektik zwischen beiden.

In der Tat verbinden die Mütter und Väter des Grundgesetzes beide Artikel und heben sie auch noch über die anderen Normen in Art. 79 III GG mit den Worten: „Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche... die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.“

Sie verleihen ihnen damit die sogenannte „Ewigkeitsgarantie“ und sehen in dieser *Dialektik* den Kern unserer *Verfassungsidentität*.

2. Und suche die „praktische Konkordanz“!

Schon aus den alten Gründen der *aristotelischen Vernunft* ist die eigentliche *Mitte* zwischen beiden, der universellen Menschenwürde und der nationalen Volkssouveränität, zu finden, also auch zwischen edler *Idee* und körperlicher *Macht*.

Es geht um die „praktische Konkordanz“, das erläutert uns das deutsche Verfassungsrecht. Es meint mit den Worten des *Bundesverfassungsgerichts*:

„Kollidierende Grundrechtspositionen sind in ihrer Wechselwirkung zu erfassen und nach dem Grundsatz der praktischen Konkordanz so in Ausgleich zu bringen, dass sie für alle Beteiligten möglichst weitgehend wirksam werden.“⁴⁵

Gemeint ist das im Ergebnis so pragmatische Wirken in der alltäglichen „Lebenswelt“, so betont die praktische Philosophie.⁴⁶ Die Naturwissenschaften sprechen von *Homöostase*.

Das dialektische Credo ist also von höchster politischer Bedeutung. Es wirft uns Demokraten im zweiten Akt wiederum auf unsere eigene *Fähigkeit zur Selbstgestaltung* zurück.

3. Erfühle und feiere die „verfassungskulturelle Identität“ in lokalen Kleingruppen!

Beides und vor allem auch die „Mitte“ gehört zu unserer deutschen *Verfassungsidentität*. Gemeint ist die Identität, wie sie im Sinne der *Verfassung*

⁴⁵ BVerfG, Beschluss der 2. Kammer des Zweiten Senats vom 30. Januar 2020- 2 BvR 1005/18-, Rn. 1-50, 34, zudem Beschluss des Ersten Senats vom 6. November 2019- 1 BvR 16/13-, Rn. 76 m. w. N.

⁴⁶ Im Sinne einer *Kohärenztheorie*, in etwa wie Nida-Rümelin, *Vernunft*, 2012, 9 ff., 11f.

zu verstehen ist. Sie ist zwar nicht auf das populistische Bild vom „wahren Volk“ und „Heimat und Herkunft“ zu reduzieren, aber sie enthält auch deren Elemente.

„Identität bezeichnet Ideengehalte, mit denen sich ein Individuum oder ein Kollektiv (zum Beispiel Gruppe, Vereinigung, Nation, Staatszusammenschluss) identifiziert, um auf diese Weise die für seine Selbstbestimmung notwendige Gewissheit über das eigene Sein auch in Abgrenzung zum Sein Anderer und deren Selbstwahrung zu erhalten“, erklärt etwa der Staatsrechtler Kahl.⁴⁷

Das Sich-mit-etwas-Identifizieren bildet also einerseits einen *informativen* Akt des Individuums oder einer Gruppe. Es könnte also auch eine im *Konkreten* andere Form wählen, die es für existenziell, substanziell oder *wesentlich* hält. Andererseits kommt das Individuum nicht umhin,

- eine *systemische Gruppen-Rückbindung* zu fühlen, etwa als Landesbürger mit einer Landessprache.
- Deren Gruppenangebote wird er in der Regel als teilautonomer Agent *zu den Seinen* umwandeln, sie also spiegeln und sie sich anpassend *aneignen*.
- Sein sozialer Status, die Vielfalt und Art seiner privaten und beruflichen Netzwerke und auch sein gegenwärtiges höchstes Ich-, Wir- und Weltkonzept helfen ihm dabei.

So gilt: Die beiden Identitäten, diejenige eines jeden *Individuums* und einer jeweiligen Hauptlebens- und Schutz-*Gemeinschaft* bilden zwei dialektische Pole. Sie sind „als solche“ zunächst einmal zu achten, etwa als das Ein-Subjekt-Sein. Besser ist von einem Selbstsubjekt zu sprechen, das zunächst einmal sich selbst und damit seinem Selbst unterworfen ist. Im nächsten Schritt gilt es, beiden eigene Lebensräume zuzuerkennen. Vereinfacht sind es die *liberalen* Menschen- und Grundrechte gegenüber dem Staat und die *sozialen* Eingriffsrechte der Staaten gegenüber dem Einzelnen.

Das weitere Subsystem des Rechtswesens tritt hinzu. Zu ihm gehört auch die Gesetzgebung durch gewählte Abgeordnete. Es überwölbt und verbindet beides. Denn das universelle Prinzip der *Selbst-Regulation* steckt wiederum in allen Systemen und damit auch jedem humanen Individuum und in jeder humanen Gemeinschaft. Deshalb *bekennen* wir uns auch und über den Nationalstaat hinaus zu den „*Menschenrechten*“ und „*der Gerechtigkeit in der Welt*“.

Über Identitäten verfügen alle *einzelnen Menschen* und *alle Kollektive*. Mehr noch, alle einzelnen Menschen gehören auch *verschiedenen Gruppen* an, können sie *wechseln* und gründen *eigene Netzwerke*, die sich immer wieder ändern. Alle einzelnen Menschen und alle menschlichen Gruppen verfügen zudem über

⁴⁷ Aus der Sicht des Staatsrechts und für die „Sprache als Kultur- und Rechtsgut“: Kahl, Sprache, 2006, 386 ff., 393: „Identität als Schlüsselbegriff“.

höchsteigene Formen der Kommunikation und Kooperation als Sprachen und Riten, kurz über eigene Kulturen und Subkulturen.

Damit tritt der verwandte Begriff der „Kultur“ ins Licht. Er ist mit *Häberle*, einem Staatsrechtler, der sich insbesondere mit den Phänomenen der Kultur beschäftigt, zu erläutern. Danach gilt:

„Kultur als jenes komplexe Ganze, das Kenntnis, Glauben, Kunst, Moral, Gesetz, Sitten und andere Fähigkeiten und Gewohnheiten, die sich der Mensch als Mitglied der Gesellschaft erworben hat, einschließt.“⁴⁸

Die Eigenschaft einer Kultur ist es, eine Gemeinschaft zu formen, und zwar sie durch *Informationen* zu etwas Besonderem und damit zu einem individuellen System mit einer osmotischen Außenhaut zu gestalten.

Wichtig ist also ihre jeweilige „Verfasstheit“. In allen demokratischen Staaten regeln dies die geschriebenen oder auch ungeschriebenen Verfassungen.

Mithilfe von Informationskulturen erreichen es die Gruppen, ihre Mitglieder zu halten und sie an sich zu *binden*, die Staaten also auch ihre Staatsbürger. Andererseits sind es immer die *einzelnen Mitglieder* (oder gesamte Subkulturen und deren Mitglieder), die die Kulturen tragen und die mit sich selbst auch ihre Kulturen ständig verändern.

Kulturen schaffen Identitäten, sie bilden unser „kollektives Selbst“. Aber nach dem westlichen liberalen Schwarmkonzept sind es die individuellen Akteure, welche die Kulturen von innen schaffen und erhalten. Sie werden zwar als Kinder in Kulturen hineingeboren, wandern aber als Jungerwachsene. Dort, wo sie sich niederlassen, prägen sie ihre soziale Umwelt nachdrücklich mit.

Jede Information verändert uns. Informationen, auch schlichte Reize, formen uns individuell und damit auch unser Schwarm-Kollektiv.

Auch wird jeder einzelne Mensch beim Nachdenken darüber wissen und fühlen, dass er heute nicht derselbe ist wie vor zehn Jahren und noch nicht einmal exakt derselbe Mensch wie gestern.

In diesem lebenslangen Prozess der „freien Entfaltung seiner Persönlichkeit“ dennoch „Selbst“ zu sein und seine „Identität zu suchen und zu fühlen“, als *Einzelner* wie als *Gemeinschaft*, meint eine *Einheit in einer Vielfalt herzustellen*, und zwar meist *auf Zeit* und meist *auf einen Raum* bezogen.

Es geht erneut um die Mitte-Suche, etwa in der Spannung von körperlicher Ich-Einheit und sozialer Rollenvielfalt.

Auf eine verstaatliche Lebensgemeinschaft bezogen heißt es zum Beispiel auch,

⁴⁸ Häberle, Verfassungslehre, 1982, 2 ff.

- zu *viel (humanistische) Vielfalt* löst die Identität einer Verfassungsgemeinschaft auf
- und ein zu viel an (populistischer) Einheit würgt sie zu Tode.

Zeit und Raum verändern die Art der Identität und die Veränderungen verlangen nach systemischer Nachjustierung. Die *Suche* nach Identität bedeutet zudem, dass es sich eigentlich um einen *mittelfristig* gut erkennbaren *Prozess* des Werdens und Vergehens im *Kleinen* handelt.

Der Blick in die eigene Vergangenheit schafft dabei Stabilität für die Gegenwart, vor allem dann, wenn wir selbst und bewusst daraus Lehren ziehen.

Die „*deutsche*“ Identität beruht dabei auf den besonders markanten jüngeren *Erfahrungen*, solchen, die dem Grundgesetz von 1949 mit zugrunde liegen. So erklärt das *Bundesverfassungsgericht* für den Sondertatbestand der Volksverhetzung gemäß § 130 Abs. 3 Alternative 3, Abs. 5 StGB:

„Hinsichtlich des formellen Erfordernisses der Allgemeinheit meinungsbeschränkender Gesetze erkennt das Bundesverfassungsgericht allerdings eine Ausnahme für Gesetze an, die auf die Verhinderung einer propagandistischen Affirmation der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft zwischen den Jahren 1933 und 1945 zielen.“

Und das Gericht fügt an: *„Es trägt damit der identitätsprägenden Bedeutung der deutschen Geschichte Rechnung und lässt diese in das Verständnis des Grundgesetzes einfließen.“*⁴⁹

Zur geschichtlichen Seite der Identität und dem Wesen der Verfassung gehört danach also auch und negativ die aktive Abkehr von der *Gewalt- und Willkürherrschaft zwischen den Jahren 1933 und 1945*.

Mit dieser kollektiven Erfahrung sind diese beiden Leitideen der deutschen Verfassung eingefärbt, Menschenwürde im Gesamtsinne des Art. 1 GG und der Staat im Gesamtsinne des Art. 20 GG. Sie begründet einerseits einen Teil unseres Nachkriegs-Gründungsmythos, andererseits sind die Daten dazu aber geschichtlich belegt und das gefühlige Gründungsnarrativ ist immer wieder mit Vernunft wissenschaftlich aufzuarbeiten. Nur auf diesem Wege ist seine *informative Wirkung* beizubehalten. Die Geschichte des Grundgesetzes ist dann Gegenstand der *aktuellen* Reflexion und der Umgang mit ihr *bestätigt* zugleich das Wesen der wissenschaftlichen Vernunft.

Diese „Informationen“ über unsere deutsche Staatsidentität sind empirisch belegbar. Einzelne parteipolitische *Deutungen* lassen sich daran messen.

⁴⁹ BVerfG, Beschluss der 3. Kammer des Ersten Senats vom 22. Juni 2018 - 1 BvR 2083/15 -, Rn. 1-35, 16.

Mit rituellen Feiern und freien Tagen verfestigen wir unsere *kollektive Identität*, indem wir auf dem Forum unsere Gleichen und Nächsten treffen und dazu *Worte* aus unserer Sprache und öffentliche *Orte* aus unserer Heimat wählen.

„Rhythmen und Synchronität“ sorgen für die *Gleichheit von Erregungen* für ihr *Aufschaukeln*.

Störrische Gleichgültigkeit, aktiver Veto-Trotz und *politische Opposition* sorgen wiederum für den Ausgleich im Sinne von Interferenzen. Sie schaffen den Platz für freies Nachdenken.

Klug ist es, das *Zusammenspiel* von kollektivem Gefühl, seiner Negation und der nachfolgenden abwägenden Vernunft auszuhalten. Demokratiepoltisch verdichten und ordnen wir kollektive Erregungen. Wir verwenden Rollenspiele auf dem Forum und verfremden unsere Gefühle auf diese Weise zugleich.

- Deshalb sollten wir das dialektische Verbund-Konzept von Art. 1 und Art. 20 GG feiern.
- Ebenso sollten wir darüber auch nachdenken, zumal an derartigen Feiertagen, und darüber diese Art des Denkens zugleich einüben.

„Freiheit, Gleichheit und Solidarität“ lautet unser dreifaltiges westliches Credo, und zwar in dieser Reihung. Jeder einzelne Mensch kann und sollte diese Trinität noch einmal für sich gewichten und für bestimmte Situationen durchspielen.

VII. Erkenne die praktische Schwarm-Vernunft von Staatenbündnissen der Gleichen und Nächsten! Erkenne die soziale Vernunft von Einzel-Paarungen! Erkenne den alten Sinn und die demokratische Unvernunft des Denkens in Familienverbänden! Verschaffe Eltern, Kindern und deren langfristigem Denken eine faire politische Repräsentanz!

1. Erkenne die praktische Schwarm-Vernunft von Staatenbündnissen der Gleichen und Nächsten!

Die an sich monolithisch-räumliche Nationalstaatsidee ist nicht nur regional und lokal aufgegliedert. *Überwölbt* und aufgebrochen wird sie durch die „Super-Schwarm-Vernunft“ von Nachbarschafts-Bündnissen von *Gleichen und Nächsten*.

Bündnisse zwischen Staaten bilden Schwärme, solange ein *Austritt* aus ihnen möglich ist. Sie sind im Kern von *kooperativer* Art, und zwar auch dann, wenn sie zum Teil auch der Nutzen-Logik der *Leader-Follower-Strategie* folgen, wie etwa den USA in der NATO. Denn auch nach diesem Konzept bringt die Summe der vielen arbeitsteilig agierenden Zulieferer, die unter sich gleiche und nächste Mittel- oder Kleinstaaten sind, zumindest einen „halben“ Anteil ein. Zudem werden sie auch von anderen „Marktführern“ umworben.

Die überwölbende Vernunft der Bündnisse bestehen aus der Sicht des Westens

- im geistigen Verbund der *gesamtwestlichen Kultur* der Individualität und der Freiheitsrechte des Menschen, umgesetzt ist sie
- im Welt-Konstrukt der *Vereinten Nationen* und deren Charta,
- im realen militär-politischen Staatenbündnis der *NATO* (to keep USA in, Russia out and Germany down) und
- im kontinentalen Staatenbund des *EU-Europas*, mit nationalstaatlicher Vielfalt.

Auf diese Weise wird einerseits die *Freiheit* des Einzelnen *gegenüber dem Nationalstaat* erhöht. Andererseits stärken verschiedene und verschiedenartige Bündnisse die machtreale Souveränität der *einzelnen* mittleren und kleineren Nationalstaaten, die anderenfalls wieder zu *Satellitenstaaten* degenerieren würden.

Allerdings ist nachzufragen. Mit den Worten des Populismusforschers Jörke „*drängt sich mittlerweile die Frage auf, ob nicht ein Grad an Supranationalisierung erreicht ist, der die nationalen Demokratien aushöhlt, ohne dass sie auf europäischer Ebene kompensiert werden könnte.*“⁵⁰

Aber auch hier gilt es, mit dem nationalpolitischen Druck einzelner Staaten in Brüssel *eine flexible Mitte* auszuhandeln und zugleich den politischen Streit *auszuhalten*. Toleranz oder Resilienz ist eine Eigenschaft der Sowohl-als-Auch-Mitte. Offen bleibt dabei zum Beispiel, ob nicht doch die sozialstaatlichen Elemente auf der europäischen Ebene weiter zu stärken sind, etwa dadurch, dass zunächst zumindest symbolische „Strukturhilfen“ für bestimmte nationale *Sozialversicherungssysteme* gewährt werden.

Auch für EU-Europa gilt grundsätzlich, dass der Status quo „im Zweifel“ aufrechtzuerhalten und er ansonsten nur immer *leicht* zu reformieren ist. Assimilation meint Fortentwicklung.

Ein *Staatenbund*, der in vielen Bereichen weiter zusammenwachsen will, wie etwa mit einer Bankenunion, bildet immer noch ein anderes System als ein *Bundesstaat*, der über eine eigene Armee verfügt und der die Außenpolitik als *alleiniger Souverän* bestimmt.

- In einem Bundesstaat würde die Schwarmintelligenz der EU-Völker und deren so *kluge Vielfalt* verloren gehen. Die Europäische Union würde sich, bislang ohne Not, zum mächtigen „Superorganismus“, zu einem EU-Leviathan wandeln.
- Dies würde die „*Demokratie der derzeit 27 europäischen Staaten*“ aufgeben und mit ihr den Zwang, sich ständig um den inneren Ausgleich zu bemühen und den Dissens tolerant und resilient auszuhalten.

⁵⁰ Jörke, Größe, 2019, 12.

Ein „*Bundesstaat Europa*“ würde konkret die *Weltpolitik* und vor allem die *westliche Arbeitsteilung* mit den USA verändern.

- Die Europäische Union sollte deshalb den gegenwärtigen *mittleren* Status zwischen einem Gesamtstaat und einem losen Staatenbund beibehalten und ihn regelmäßig aushandeln.
- Nur so bleibt Europa vorrangig ein Friedens- und Wirtschaftsprojekt. Es bietet die Vielfalt.
- Ein europäischer Bundesstaat mit vollem Gewaltmonopol würde zwangsläufig zur *Militärmacht*. Er würde den Westen spalten und in unnötige Konkurrenz zu den USA treten (müssen).
- EU-Europa würde seine gegenwärtige Identität und auch sein *Beispiel für die Welt* als die große „friedliche Handelsmacht der vielen Nachbarstaaten“ verlieren.

Aber wiederum gilt auch, dass ohne den *Außendruck* der Wirtschaftskonkurrenz mit dem autoritären China und mit der Atommacht des aggressiven NATO-Nachbarn Russland das derzeitige EU-Europa dazu neigen würde, sich in einen *lockeren EWG-Verbund* von Nationalstaaten *aufzulösen*. Es sind die „*Hier-sind-wir-Erregungsinformationen*“, die von China und Russland ausgehen und die bei uns einen gleichstarken Reaktionsreiz auslösen.

2. *Erkenne die soziale Vernunft von Paarungen!*

Nach *außen* hilft dem einzelnen *Menschen* wie den *Staaten* ein enges Netzwerk der Gleichen unter den räumlich Nächsten. Nach innen stabilisieren uns Paarungen.

Dieser Imperativ gilt für Staaten wie für Individuen. Wir neigen zu *Paarbindungen*. Denn unser Urmodell des Austausches beruht auf dem Konzept einer *Zweierbeziehung*. Selbst die *biologisch* so erfolgreiche Zweigeschlechtlichkeit, die insbesondere Kinder erschafft, beruht darauf. In jeder unserer Zellen sind Gen-Informationen zudem in eine stabilere DNA-*Doppelhelix* eingeschrieben. Daneben verfügen wir selbst in unseren Zellen noch über eine *zweite* Mitochondrien-DNA, die für die Produktion von Energie sorgt. Derartige selbstständige Einzeller mit internen Paarungen sind unsere Urahnen etc.

Paarungen sind zudem das Grundkonzept für jede einzelne *Tit-for-Tat*-Kooperation. Mit zunehmendem Vertrauen können sich diese Bindungen verfestigen, Partner sich *assimilieren* und dadurch das Vertrauen wiederum steigern.

Die Paarungen können allerdings *wechseln* und sich auf unsere *jeweiligen* und dann jeweils *wenigen Schwarm-Nachbarn* beziehen. Die jeweilige Nähe ist aber von Bedeutung. Sie ist bei Staaten mit ihrem Staatsgebiet, anders als bei Menschen, vorgegeben.

Der größten europäischen Mittelmacht, Deutschland, das zudem geografisch in der Mitte EU-Europas angesiedelt ist, erlauben solche Bündnisse, sich nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der Wende 1989 *allseitig* offen zu halten sowie zur Handelsmacht aufzusteigen und sich zum natürlichen Verkehrskreuz in Europa auszuformen.

Überdies bildet Deutschland mit *Frankreich* eine *dialektische Veto-Paarung*. Paare können sich zuvor absprechen; sie *üben* intern schon einmal den Dialog sowie das Aushalten und Abmildern von Differenzen.

Für Deutschland und Frankreich steht unter anderem der ständige Dialog von *präsidialem Zentralstaat* und *föderaler Parlamentsdemokratie*. Er stabilisiert die europäische Staaten-Schwarmgesellschaft der souveränen Gleichen und Nächsten. Paarbindungen *stabilisieren* jede Art der Organisation.⁵¹

So erklären *Allen et al.* zunächst: “*Understanding evolutionary game dynamics in structured populations is difficult. Precise results have been absent for a long time, but have recently emerged for special structures where all individuals have the same number of neighbors.*”

Das führt zu einem Schwarmmuster.

Zudem betonen sie: “*Here we provide, surprisingly, a general formula for weak selection that applies to any graph or social network. Our method uses coalescent theory and relies on calculating the meeting times of random walks. We can now evaluate large numbers of diverse and heterogeneous population structures for their propensity to favor cooperation. We can also study how small changes in population structure---graph surgery---affect evolutionary outcomes.*

Ihr Grundmodell für eine weiche Selektion lautet: “*We find that cooperation flourishes most in societies that are based on strong pairwise ties.*”

Es ist die *simple Reflexion* und *Assimilation*, auf den Menschen übertragen der *Dialog* der beiden Partner und deren ständige Suche nach Konsens, die andauernd zum *Überdenken* und der *Relativierung* der eigenen Position führt.

Dieser Vorgang lässt eine Paarung auch dadurch so stark werden, weil sie *emotionale* Sofortreaktionen mit Blick auf den Partner abmildert. Die Aktionen

⁵¹ Allen/Lippner/Chen/Fotouhi/Momeni/Yau/Nowak, dynamics, Nature, 2017, 227 ff., („Evolutionary dynamics on any population structure“); aus dem Abstract. Zudem: <https://facultyopinions.com/prime/727458279> (4. 2. 21), “...under the assumption of weak selection, the authors give a simple formula for favouring cooperation over defection in terms of the expected coalescence times of random walkers on the graph from the ends of 1-, 2- and 3-step random walks. They extend the results to arbitrary 2x2 matrix games. They conclude that graphs in which there are strong pairwise links tend to favour cooperation and state that this is an argument for the importance of stable partnerships in cooperative societies!”.

und Reaktionen sind zumindest auf „mittelfristige Vernunft“ und auf arbeitsteiliges Vertrauen ausgerichtet. Sie werden vom *Respekt* getragen.

Feste Paarungen spielen gleichsam das Zwei-Personen-Tit-for-Tat-Spiel, bei dem sich beide innerhalb eines größeren Schwarms auf Kooperation einigen.

Das gilt in einer Gruppe und erst recht in *Alfa-Führungs-Paarungen*. Sie nehmen sich gegenseitig nach dem Macht-Modell von Checks-and-balances den Anspruch auf Hegemonie, halten aber beide mit dem Angebot ihrer gemeinsamen Übermacht die Gruppe zusammen. Sie und alle anderen nutzen dann den Kooperationszugewinn des Schwarms. Zudem erlangt die Paarung gemeinsam eine Veto-Rolle und hindert emotionale Einzelkämpfer daran, die Gruppe aufzulösen.

Paarungen, die zumindest in wichtigen Fragen gemeinsam als Akteure auftreten, haben nach dem sesshaften *Axelrod*-Konzept ferner ein gemeinsames Interesse überhaupt am *Prinzip von Paarungen*.

Wir Menschen kennen dieses Modell: Die idealen Eltern-Paare müssen „praktische Konkordanz“ demonstrieren, also in vielen konkreten Fragen „übereinstimmen“ und zudem zeigen, dass auch sie ihren Dissens resilient auszuhalten vermögen.

Der Vorzug für die Demokratie der vielen *einzelnen* Menschen und Bürger besteht darin, dass nach dem *Elternpaar-Modell* die Freunde der Paare und ihre Kinder die *Spannungen* miterleben und sie die *Freiheit* erhalten, sich diesem oder jenem Elternteil zuneigen zu können.

- Gelingt beides bei benachbarten Staaten, so sind sie stärker und klüger als ein einzelner *Autokrat*. Dennoch „führen“ sie nicht. Sie *stabilisieren* wie Deutschland und Frankreich die *Meinungsbildung* nur. Diese findet innerhalb des gesamten gerade noch überschaubaren *EU-Staaten-Schwarm* statt, der auch andere *Subschwärme* kennt, wie die Staaten im Norden, im Süden, den neuen Osten oder alten Westen.
- Alfa-Paare können auch, wie es für Deutschland und Frankreich heißt, den „Motor“ bilden. Aber auf den Zugewinn der Schwarmvernunft aller Mitglieder sollten sie nicht verzichten.
- Das Paarungs-Konzept bietet vermutlich auch eine Erklärung für den Insel-Brexit von Großbritannien. Es fehlte an der *festen Bindung* an zumindest einen europäischen Lieblings-Nachbarn. Es gibt zudem die Großmachtradition der „Splendid Isolation“ und den kulturellen Sog zur Paarung mit der transatlantischen Übermacht der USA, das „Special Relationship“.

Unsere westliche und vor allem die EU-europäische Grundhaltung wird dabei *optimistisch* sein, nicht nur weil wir generell als Lebewesen optimistisch zu sein

haben, sondern weil wir im Westen an den „Do-ut-des“-Nutzen der Bündnis-Kooperation und die demokratische Schwarmethik „glauben“.

Das Gegenteil, der Kooperationsverzicht und die Verherrlichung von Alleinherrscherkulten, würde die beziehungsschädlichen *Signale* des ständigen Misstrauens aussenden und das ohnehin notwendige vorsorgliche Wettrüsten einseitig befördern.

Der Reflex, aktive Informationssignale anderer Akteure zu spiegeln, etwa das freundliche Lächeln oder die demütige Verbeugung, erzeugt eine entsprechende Spiralwirkung. Dies mildert Erregungen und schafft Vertrauen. Es ist wichtig, vor allem gegenüber räumlich Nächsten. Zur Sicherheit jedoch gilt es, globale militärische Staaten-Bündnisse, wie die NATO, als große Quasi-Akteure vorzuhalten.

3. Erkenne den alten Sinn und die demokratische Unvernunft des Denkens in Familienverbänden!

Wir sind grundsätzlich spielerisch frei, andere Menschen als „Nicht- (Mit-) Menschen zu *fingieren* und sie zu versklaven. Das galt in der Antike durchgehend, und zwar im demokratischen Athen ebenso wie im bürgerrechtlichen Rom.

- Ebenso können wir auch heute Fremden die Bürgerrechte verleihen und Sklaven mit den allgemeinen Menschenrechten zu Freien erklären und Sklaverei verbieten.
- Alle Menschen, zumindest alle Männer, hatten und haben in diesen Kulturen dennoch immerhin das *Potential* zum Mitbürger, aber auch das Potenzial nach Gefangenschaft in den Sklavenstatus zu fallen.
- Das ausdrückliche Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit in Art. 4 I EMRK und Art 5 I EU-Grundrechtecharta spiegelt diese Gefahr.
- Frauen und Kinder, die nicht waffenfähig waren, galten zudem lange noch als schutz- und sorgebedürftige Mitglieder des „eigenen“ Haushaltes.

Dieses antike Sklaven- und Frauen-Konzept stammt aus den *Clan*-Zeiten. Die *Haushaltsvorstände* und die *anerkannten Krieger* waren die Akteure, die anderen fungierten vereinfacht nur als Spielfiguren.

Im europäischen Mittelalter waren es die kollektiven ländlichen Familienverbände, die Großfamilien und Wirtschaftseinheiten mit Leibeigenen. Die freie agrarische Familie war ein *Unternehmen*, an das Land gebunden und relative ungeschützt oder sie musste sich fremden „Raub-Adel“ unterwerfen. Das war und ist ihr alter kollektiver Sinn. Diesen beiden Modellen setzte die ummauerte hochmittelalterliche Stadt ihr individualistisches Konzept entgegen. Aus Hörigen wurden Freie, „Stadtluft macht frei“. Doch das volle Bürgerrecht „zur“ politischen Mitbestimmung war den Kaufleuten und Handwerksmeistern

vorbehalten, es war noch nicht mit der Art der Freiheit „von“ Knechtschaft verbunden.

Die Freiheit der Freien beinhaltet danach nur eine von der Großfamilie oder der Stadt *zugeteilte* Rolle, die auch *aberkannt* werden kann (Anerkennungslehre statt Achtungslehre).⁵²

Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, die es zu achten gilt, ergibt sich dagegen aus seinem individuellen Seelen-Wesen. Der brandenburgische Naturrechtler und Humanist *Pufendorf* hat die „Unantastbarkeit der Menschenwürde“ einsichtig aus dem *Seelenbegriff* abgeleitet und diesen mit der *Vernunft* verbunden.

Pufendorf erklärt:⁵³ „Der Mensch ist von höchster Würde, weil er eine Seele hat, die ausgezeichnet ist durch das Licht des Verstandes, durch die Fähigkeit, die Dinge zu beurteilen und sich frei zu entscheiden, und die sich in vielen Künsten auskennt.“

- In den heutigen Demokratien und Hochkulturen Kontinentaleuropas zählt vereinfacht die *Vernunft* oder der Verstand der Einzelnen im Sinne von *Pufendorf* also mehr als die Fähigkeit, eine Familie zu schützen.
- Der größere *Schwarm-Nutzen* wechselt vereinfacht vom Vorrang des lokalen Schutzes zum Vorrang der globalen Kooperation und Kommunikation, auf die die Verbände der spätmittelalterlichen *Fernhandelsstädte* setzen.
- Stadtrepubliken der Handelsherren und Zunftmeister organisierten sich selbst. Sie bedurften der Verwaltung mit Schrift und Zahl nach innen, eines Kreditwesens nach außen und der Regulation durch Recht und Obergerichte. Die christlichen Klöster verloren ihre Funktion. Der Weg zur Renaissance, die Wiedergeburt der Stadt-Antike (Athen und Rom) fand in Oberitalien statt.

So regiert uns nunmehr das Selbstbild vom ausgebildeten und vor allem schulgebildeten Einzelnen, der selbst Bücher lesen, mit Nächsten und Gleichen an Produkten arbeiten kann und der mit ihnen Ideen und Techniken „auf engem Raum“ auszutauschen vermag.

Damit wird der Schwarm zumindest in *Friedenszeiten* umgestellt, und zwar von der Gruppe der aktiven Alfa-Familienväter auf jeden beseelten, weil *mit Vernunft begabten Menschen*. So ist jeder (und jede) als Homo sapiens klug und sieht sich nicht nur als eine *Grundrechtsperson*, sondern erweist sich aus biologischer Sicht auch als ein *Genträger* des jeweiligen Geschlechts.

⁵² Aus der Sicht des Verf.: Montenbruck, Strafrecht III, 2020, Kap. 1 IV: „Rechtslehre: Achtungslehre (Kant), Anerkennungslehre (Fichte, Hegel)“, 550 ff.

⁵³ Pufendorf (Böhling), De jure naturae, 1672/1998, Buch II, Kap. 1, § 5.

- Um diese Bedeutung der *Vernunft* muss die *Zwei-Drittel-Mehrheit* der Demokraten wissen.

Wählt die „Mehrheit der Mitte“ nicht langfristig klug, so gönnt sie sich den *unvernünftigen Freiheitsluxus* der kurzfristigen emotionalen Befriedigung, sich „trotzig und wütend“ zu verhalten und zudem die Ängstlichen unter den Nächsten mitzuziehen.

Hinzu kommt ohnehin, dass *streng religiöse Menschen* darin geübt sind, sich höheren Mächten und deren Vertretern auf Erden blind zu *unterwerfen*, und dass auch *Jugendbande* sich generell noch nicht hinreichend eng mit einer bestimmten „Elterngesellschaft“ verbunden fühlen.

Die Straf- und Erziehungslager der Autokraten, die sich gegen eine schleichende Machtergreifung durch Abweichler (Dissidenten) richten, können danach *jeden treffen*, der weiterhin „trotzig und wütend“ ist. Die Angst aber und die willkürliche Gewalt regiert alle und selbst die Kader.

Nur eine Gesellschaft der Gleichen und Nächsten, deren Mehrheit so mutig ist „zu wissen“, wird ein dialektisches Demokratiesystem erhalten und aushalten können.

Dafür muss sie aber auch für alle Menschen und Bürger das Angebot der allgemeinen Schulbildung vorhalten. Dieses muss die geistes- und *naturwissenschaftliche Aufklärung* und ihre *Offenheit* vermitteln und einüben, aber auch zugleich den gelegentlichen Widerspruch dagegen akzeptieren, der von den Strenggläubigen und den immobilen Jungen zu erwarten ist.

Sie muss auch die *Verantwortung* für die *eigenen technischen Schöpfungen* übernehmen, also *Eigenverantwortung*.

Den anderen Menschen eröffnet sich der erprobte einfachere Weg der *Hack-Schutz-Ordnung*, verbunden mit der Beutejagd.

- Offenbar gibt es unter den Staaten der Welt neben den *Demokratien* immer auch *Autokratien*.
- Der Demokratieindex belegt zudem die vielen *hybriden Zwischenstufen*.

Darum wissen auch die westlichen Demokratien. Sie sorgen mit Waffen und Armeen vor und beteiligen sich ihrerseits, zumeist auf ökonomische Weise, an der Beutejagd. Aber Waffen und Soldaten verlocken immer auch dazu, sie, wenn möglich, „imperialistisch“ einzusetzen. Eine demokratische Großmacht, wie die USA, definiert sich immer auch über diesen Status.

Dennoch ist es uns möglich, sozialreale Demokratien und ebensolche Autokratien hinreichend zu trennen.

- Es gibt offenbar einen *Kipppunkt*, etwa die Verlängerung der Wählbarkeit, das Wegsperrern von Oppositionsführern und die Verdrängung der Vernunft.

Wir Menschen hegen dazu passend, und zwar auch als gebildete Demokraten, zwei Seelen in unserer Brust: die kindliche Unvernunft der Suche nach *schneller Befriedigung* und die trotzig Ablehnung von Pflichten einerseits sowie andererseits die Gabe zur vernünftigen Askese zugunsten einer *langfristigen Belohnung* und das Face-to-Face-Mitfühlen mit anderen Menschen.

4. Verschaffe Eltern, Kindern und deren langfristigem Denken eine faire politische Repräsentanz!

Vernunft heißt im Sinne von *Kant* auch, die langfristigen Folgen zu beachten. Zu ergänzen ist, dass dies sowohl rational, als auch emotional meint. Das Setzen auf das Langfristige ist, schon biologisch, eher die übliche Aufgabe einer *Eltern-Generation*. Sie zieht die Kinder groß. *Kinder* wiederum sind uns würdige Menschen, aber verfügen über keine politische Repräsentanz.

Damit trifft die Eltern die Doppellast, für sich und für die Kinder politisch eintreten zu müssen. Die anderen Demokraten wiederum, die keine Sorgepflichten tragen, verfügen über weit mehr Mußezeit, um nebenher mit Hobbys zu spielen und auch politisch tätig zu werden.

- Die bislang *untergewichtete* politische Repräsentanz der Kindererziehenden müssen wir also stärken, wollen wir die *Langfristigkeit* mit „elterlicher Vernunft“ fördern.
- Konkret ist zu folgern, dass es vor allem das politische Gewicht und das Ansehen der *Sorgeberechtigten* zu verbessern gilt, vielfach also *dasjenige der Mütter* und ihrer *Kinder*.
- Die Demokratie beruht schon dem Wort nach zur Hälfte auf dem Element der Herrschaft. Deshalb muss sie die *politische Macht* an alle Bürger *gleichmäßig* verteilen. Es ist also auch formal „unfair“, nicht dafür zu sorgen.

Wer diese einfachen Folgerungen als Wähler oder als Politiker ablehnt, der gefährdet die *Demokratie*. Er unterschätzt unsere *Emotionen* und überschätzt unsere *private Vernunft*. Die *Jungen* neigen zu Recht dazu, etwas zu riskieren. Die vor allem *männlichen Großeltern* tendieren dazu, politisch zu spielen, ihr persönliches Ansehen zu mehren und sich patriarchalisch zu geben. Es fehlt an der klugen *ausgeglichenen* Mischung.

- Diese strukturelle Schieflage (bias) zulasten der *Kinderziehenden* schwächt *die Mitte* und begünstigt den rechtsnationalen Populismus und sein altes Grundkonzept des kriegerischen Stammes.
- Dagegen hilft uns die einfache *formal-blinde* Ordnungsregel der „*Gleichheit unter den Nächsten*“.

Zumindest insofern ist gegenwärtig nur von einer „*relativen Demokratie*“ zu sprechen.

Selbstkritisch ist einzuräumen, dass uns erst der erstarkte Rechtspopulismus nötigt oder nötigen könnte, unsere eigenen konservativen Beharrungskräfte zu überwinden und darüber auf der *realpolitischen* Ebene nachzudenken. Dazu werden wir dann unsererseits *Unfairness-Erregungen* auslösen und sie zugleich rational begründen.

Drohende Disruption führt häufig zu kluger Evolution.

VIII. Achte nicht informierte Demokraten! Übertreibe nicht Deine Botschaften und Vernetzungen; Du läufst Gefahr, die Gruppe zu verlieren! Bedenke den Nutzen des Populismus und die städtische Vernunft der Gleichbehandlung des Landes!

1. Achte nicht informierte Demokraten!

„Ein mündiger Mensch muss für die Dinge, die er tut, einstehen, er muss dafür die Verantwortung übernehmen.“ „Die Demokratie braucht mündige Bürger und Bürgerinnen, die sich interessieren und engagieren, die bereit sind, politisch im Staat mitzuwirken“, lässt die Bundesanstalt für politische Bildung erklären.⁵⁴

Beides ist gewiss richtig. Wer wählt oder auch wer nicht wählt, muss für das Ergebnis einstehen (oder auswandern). Auch braucht die Demokratie politisch aktive Bürger. Aber schon mit ihrer Aussage assoziiert die Bundeanstalt, dass *keinesfalls alle* gleichwohl „mündigen Bürger“ auch politisch interessiert sind.

Die breite Mehrheit der Bevölkerung ist vermutlich politisch passiv, und das ist auch gut so.

Es können nicht alle Politiker sein. Denn Politiker streben nach politischer Macht. Sie bauen eine interne Clan- oder auch „Tribe“-Hackschutzordnung mit Alfa-Tieren an der Spitze auf. Sie leben als Insider auch von *Geheimwissen*. Sie unterliegen der *Déformation professionnelle*.

Zur liberalen „repräsentativen Demokratie“, die auf hohe *Arbeitsteilung* in allen Lebensbereichen und auch auf die *Professionalisierung* der Politik setzt, gehört das demokratische Recht, nur ein *passiver* oder *uninformierter Mitläufer* im Sinne der Schwarmtheorie sein zu können.

- Diese Gruppe muss sogar die Mehrheit bilden.
- Denn Passivität gehört zum biologischen Konzept des Schwarmnutzens. „*Uninformed individuals promote democratic consensus in animal groups.*“⁵⁵

⁵⁴ Toyka-Seid/Schneider, Mündigkeit, bpb-Politik-Lexikon, (5. 1. 23).

⁵⁵ Couzin et al., Uninformed individuals, Science, 2011, 1578 ff., aus dem Abstract.

Schon die Vorstellung, dass alle Menschen politisch hochaktiv sind und dadurch andere Aufgabe vernachlässigen, spricht dafür. Das weitere Argumentum ad absurdum gegen die Idee, dass alle Demokraten als „mündige Bürger“ auch Politiker sein müssten, lautet: Eine Gruppe, die nur aus hochaktiven und vernetzten Politikern bestünde, wäre ständigen Rangordnungskämpfen ausgesetzt und würde vor allem *Sklaven* und *Söldner* für die übrigen Tätigkeiten benötigen. Sie könnten unter sich allenfalls eine Art von *teil-aristokratischer* Senatoren-Demokratie aufbauen.

Dagegen verlangt die Schwarm-Kooperation der Freien, Gleichen und Nächsten „freie Agenten“ und die „Gleichwertigkeit aller Agenten“ (hier der Menschen oder der Bürger). Die „Nähe“ ist dann ein territorialer Faktor, der zu abgegrenzten Biotopen und Kulturen führt. Exakt dies geben die demokratischen Verfassungen vor.

Politik im Schwarm ist danach vorrangig *eine Dienstleistung* für den Schwarm, wie andere Berufe auch. Die Mehrheit der Bürgermenschen geht anderen Professionen nach. „Mitläufer“ stärken den Schwarm. Sie müssen nur sprachfähig und kommunikativ geübt sein, sich mit „ihren höchstpersönlichen Nächsten“ zu vernetzen, deren biologische *Basis-Erregungen* aufzunehmen und weiterzugeben. Zu den Basiserregungen gehört insbesondere das Erkennen von *Nutzen* und von *Gefahren*.

Schon die *Staaten bildenden Bienenschwärme*, die *Aristoteles* erwähnt, kennen verschiedene *soziale Berufsrollen*, die sich unter anderem mit dem Altern ändern. Sie bilden ihrerseits feste Subschwärme. Neu ist für das Naturwesen Mensch nur, dass und in welchem hohen Maße er von genetisch festgelegten Rollen *teilbefreit* ist, er mit solchen Rollen *spielen* und sie auch nach Bedarf fortentwickeln kann. Jedoch sind die Grundbedürfnisse, die er zu befrieden hat, auch für ihn biologisch vorgegeben, vereinfacht Stoffwechsel, Fortpflanzung und Gefahrenabwehr. Ebenso lebt er in einer bestimmten physikalischen Umwelt.

Dass die Mehrheit sich vorrangig um ihre *höchstpersönlichen Nächsten* kümmert und dass sie alle fernen Menschen oder Bürger als *Gleiche* und *potenzielle Nächste* schätzt, bildet die Grundlage für die Schwarm-Demokratie.

Achte also kommunikativ mündige, aber politisch nicht aktive Demokraten, vor allen solche die andere systemrelevante Rollen einnehmen!

2. Übertreibe nicht Deine Botschaften und Vernetzungen; Du läufst Gefahr, die Gruppe zu verlieren!

Meijzer/Mäs untersuchten auf der Grundlage von *Axelrods* einfachem Gesetz der Gruppenbildung („assimilation plus homophily“) den Einfluss von künstlichen „Social Bots“. Sie prüften, in welcher Form sie für die politische Mitte der Demokratie tatsächlich gefährlich sind.

Sie weisen einleuchtend auf die politische Gefahr von *moderat angelegten* Informationen hin.

*“Highly active and well-connected bots, in contrast, may have a strong impact on their direct contacts, but these contacts grow too dissimilar from their network neighbors to further spread the bot’s content.”*⁵⁶

Eine rechtsextreme Nationalpartei muss sich also auf der sichtbaren Bundesebene möglichst *moderat-konservativ* geben, um die potenziellen Wähler nicht von sich zu entfremden. Sie muss aber auch versuchen, die Gesellschaft zu spalten und Wähler von Minderheitsteilen der Mitte aus dieser herauszudrücken, wie etwa eine hauptstädtische Elite: Sie gehören nicht mehr zu *Unseresgleichen*.

Axelrods Gesetze der Gruppenbildung sind also zu beachten, nicht zuletzt, weil auch die Synapsen in unserem so besonders komplexen Gehirn nach denselben Sender- und Empfänger-Prinzipien Botschaften verarbeiten, sie mit ihnen wachsen und verkümmern und sie auch Verbände der „Gleichen und Nächsten“ etc. aufbauen.

Im nächsten Schritt folgt daraus auch der Imperativ: Übertreibe nicht Deine Botschaften und Vernetzungen; Du läufst Gefahr, die Gruppe zu verlieren! Mit jeder *Unmäßigkeit* störst Du und Du gehörst nicht mehr (ganz) zu den „Gleichen“. Auf diese Weise wirken im Schwarm mechanische Selbstreinigungskräfte.

Die *hochaktiven Mitglieder*, in der repräsentativen Demokratie also die Politiker und deren Netzwerke, müssen also darauf achten, sich nicht von den einfachen Demokraten zu entfernen. Sie müssen ihr Selbstkonzept anpassen und sich selbst „moderieren“ oder auf die lokale Macht von *engen Nachbarschaftsgruppen* setzen.

Die rechtsnationalen Bewegungen setzen auf beides. Die demokratische Mehrheit wird mit beiden Sozialtechniken dagegenhalten. Vor allem aber kann sie das Instrument des *Meidens*, also der einfachen Tit-for-Tat-Nichtkooperation einsetzen.

Es dürften zudem die der einfachen Trotzreaktion gegenüber den Eltern ähnlichen Rechthaber und Volkserzieher sein, die ständige und überlaut wiederholte Propaganda-Botschaften auslösen. Im Schwarm folgt aus zu kräftigen Reizen der

⁵⁶ Keijzer/Mäs. strength, Soc. Netw. Media 2021, Volume 21, January 2021 , aus dem Abstract. Aus der “Introduction”, ohne die Hervorhebungen: “In an agent-based model, researchers build an artificial world and make assumptions about the behavior of individual actors (called “agents”) and how they interact with their environment. In particular, agent-based models make it possible to study the *complexity arising when agents respond to each other, and chains of reaction lead to complicated phenomena that would have remained hidden without a formal analysis of the model.*”

Verzicht auf zu enge Kooperation mit den Sendern. In autoritären Staaten führt harte Propaganda zur Abschottung des öffentlichen vom privaten Leben.

Politische Bildung in Demokratien sollte also vorrangig *Sowohl-als-auch-Angebote* unterbreiten und auch den Verzicht auf politische Aktivität als Bürgerrecht anerkennen. Das ist die rationale Seite.

Emotional kennt und fördert jeder Staat die „kollektive erhöhte Erregung“ von rituellen Fest- und Feiertagen. An ihnen werden die demokratischen Staaten sich, also die Demokratie, ihre Herkunft, ihre Vielfalt und ihre Menschenrechte etc. gesondert vom Alltag feiern.

3. Bedenke den Nutzen des Populismus und die städtische Vernunft von der Gleichbehandlung des Landes!

Wir benötigen den erregten Populismus und wir nutzen ihn. Er ist Teil unserer Demokratie. Deshalb müssen wir uns auch zu seiner *zivilen Form* offen bekennen.

- *Allgemein* findet er in Riten, wie Nationalfeiertagen, Nationalhymnen und Nationalfahnen, seinen Ausdruck; er ist auf diese Weise auch *aufzufangen* und zu *veredeln*.
- *Nationale Sportwettkämpfe* treten dabei an die Stelle der Kriege.
- Umgekehrt gründet sich jeder national geführte Angriffs- oder Verteidigungskrieg auf eine Art von nationalstolzem Populismus. Er muss also auch in Friedenszeiten latent abrufbar sein und ist insofern auch, etwa in *bewaffneten Streitkräften*, zu pflegen.
- Auch ein gemäßigter ökonomischer *Protektionismus* bedient sich des Populismus.

Insoweit wird der Populismus nicht nur in die *Mitte* gezogen. Er bildet auch einen *wesentlichen Teil* von ihr.

Aus der Sicht der demokratischen Mitte heraus ist es also wichtig, den Populismus sowohl ideell-rational, als auch mit Mit-Gefühl zu *verstehen*.

- Die westlichen Demokratien *entstammen* aus naturalistisch-systemischer Sicht und trotz der französischen oder amerikanischen Freiheitserklärungen, *nicht vorrangig einer freien Entscheidung* der (damals männlichen) Staatsbürger, sondern sie beruhen weitgehend auf einer längeren *historischen Entwicklung*.
- Sie dürfte eng mit dem technisch aufwendigen Termitenhügel der geschützten *Stadt*, der hocharbeitsteiligen *Bildung* ihrer Stadt-Bürger sowie mit *Wissenschaft* und *Buchdruck* zusammenhängen.
- Allerdings *bestätigen* die westlichen Wahlbürger in den Demokratien *freiwillig* regelmäßig, aber nicht ausnahmslos, dass sie mit ihrem System der Demokratie und dessen Fortwicklung *einverstanden* sind. Sie könnten, wie der Homo sapiens seit jeher, auswandern und die Gruppe wechseln.

Folglich muss die westliche Demokratie als Hochkultur zunächst einmal ihre besonderen Wissensinstitute pflegen (Hochschulen, Forschungsgesellschaften) und sie dann als Angebote auf *alle Staatsbürger* erstrecken.

Das folgt aus der *kantschen* Ethik der *Verallgemeinerung*, die auch nur dem *Organisationsmuster* des Schwarms entspricht. Es ist die Klugheit des *Gleichheitsgrundsatzes* des *Aristoteles*, der den Oberbegriff für seine bürgerliche Gerechtigkeitslehre bildet. Die Gerechtigkeit trennt er danach erst in ihre besonderen Formen der wechselseitigen und der zuteilenden Gerechtigkeit auf.

Zur realen Umsetzung ihres eigenen, auch verfassungsrechtlich abgesicherten *Gleichbehandlungsanspruchs*, der über die *Gerechtigkeit* ebenfalls zur Verfassungsidentität zählt, und auch zur politischen Abwehr des aggressiven westlichen Trotz-Populismus, sind eine Reihe von meist schon bekannten Maßnahmen zu treffen:

- der Anschluss des Landes an die Großstädte,
- die Verbreiterung der Bildung und den Austausch von Stadt und Land,
- Streitkräfte sind zu pflegen und bürgerlich zu zivilisieren, etwa auch als Heimatschutzverbände.
- Es gilt aber auch, den nationalen Populismus als *eine* mögliche und für ein staatliches System nützliche menschliche Grundhaltung zu akzeptieren und für den Krieg vorzuhalten.

Der Kern der Kommunikation im humanen Schwarm mit den Nächsten und Gleichen besteht nicht nur in Worten. Wir reflektieren auch konkret die *Körpersprache* der jeweiligen Nachbarn.

Bilder und Haltungen bestimmen uns. Vor allem aber „spüren“ wir die Arten von *Erregungen*, die rhythmisch-synchronen und die arrhythmisch-asynchronen.

IX. Kurze Rück- und Selbstbesinnung

1. Hier ist innezuhalten, es ist Selbstbesinnung zu suchen und erneut an den weisen Alten zu erinnern: Im Sinne von *Aristoteles* sind wir, unter anderem, auch staatenbildende *Schwarm-* und *Herdentiere*.

Mit der Sprache im Sinne von *Logos* oder mit den tradierten *Ideen-Memen* eröffnen sich für den Homo sapiens nur *zusätzliche zivilisatorische* Möglichkeiten. Der Mensch vermag mit den Angeboten der Natur zu spielen, und zwar unter anderem durch die *theaterähnliche* und rituelle *forensische Art des*

Ausgleichens (der Homöostase). Wir nennen es politische Vernunft, überhöhen es mit dem „Logos“ und setzen auf Öffentlichkeit.⁵⁷

Jedoch die mutmaßliche *Mehrheit* bilden die an aktueller Politik eher *uninteressierten*, aber gleichwohl mündigen Bürger. Sie folgen ruhigeren und mächtigeren *Tiefenströmungen*. Würden sie ihr Verhalten rationalisieren, so würden sie erkennen, dass sie für die aktuelle Politik dem klugen *Leader-Follower-Prinzip* gehorchen und zugleich die erregten Oberflächen-Wellen beruhigen.

Ihnen genügt, dass sie bei Wahlen bestimmte politische Dienstleister als ihre Repräsentanten beauftragen können oder zumindest das Recht auf ihre Auswahl besitzen. Dafür aber nehmen diese Wähler andere als *eigene Aufgaben* wahr und sorgen sich um das kleine höchstpersönliche Netzwerk ihrer Gleichen und Nächsten.

Derart gelesen bildet die *vertrauensvolle Arbeitsteilung*, also die Kooperation, die eigentliche Grundlage der westlichen Demokratien. Sie wird ergänzt durch *Gewaltenteilung* und *öffentliche Kontrolle*. Auch für die Kontrolle gibt es Dienstleister, wie die Medien. Sie lösen mit ihren Sensationen an der Oberfläche der Gesellschaft politische Erregungen aus, die dort die mündigen Zuschauer am rituellen Theater erfassen. Schlechtes Theater spiegeln sie, es stimmt sie missmutig und sie übertragen es auf ihre Nächsten und Gleichen. Es dringt dann langsam in die Tiefe. Entscheidend ist aber, dass das „System Bürger-Staat“ hält und es fühlbar lebt. Das heißt für den einzelnen Bürger und Menschen vor allem: ein freiheitliches Mit-Erleben, ein passives Pflicht-Erfahren und ein politisches Teilhaben an der „Selbstorganisation der Staats- und der Privatgesellschaft“, und zwar in dessen jeweiligen sozialen und realen Umweltbedingungen.

2. Die *Struktur* der Demokratie bildet das einfache Organisationsmuster des Schwarms und das Nutzen seiner emergenten Weisheit. Die Demokratie ist im Kern eine *offene Wissens-, Technik- und Kommunikationskultur*. Mit dem Selbstkonzept der Menschenrechte, der Ökonomie der Globalisierung und den UN-Hilfsprojekten schotten sich die Demokratien bewusst nicht vom Rest der Welt ab.

Die westliche Welt weiß aber, dass viele Staaten sich autokratisch organisieren und auf Zwang setzen. Ob diese Staaten, zumal diejenigen, die sich gegenüber einer *Hochkultur* unterlegen fühlen, es sogar müssen, um sich zu behaupten, darüber wäre nachzudenken. So leben auch die Demokratien in und mit einer *dialektisch* organisierten Welt.

⁵⁷ Siehe Bormann, F., Vernunft, 2010, 71 ff.: „Was verlangt die "öffentliche Vernunft"? Überlegungen zu einem Grundlagenstreit innerhalb des Liberalismus“.

Jedenfalls sorgen die Autokratien als Nachbarn und Wettbewerber für Disruptionen und Bedrohungsszenarien. Mit ihnen treiben sie die *Evolution* in den Demokratien ständig voran.

So können die hochkomplexen und offenen Demokratien in Phasen des zu großen Fortschritts kippen, sich zu einfachen Wahlautokratien ohne Gewaltenteilung und Medienfreiheit umformen und sich auf deren Protektionsangebote hin ausrichten. Umgekehrt können Autokratien sich wandeln und als neue junge Nachwende-Demokratien in die große Gemeinschaft der westlichen Demokratie eintreten. Dann müssen sie sich mit ihrer politischen Jugend auseinandersetzen und diese wird sich trotzig an den etwas verkrusteten Altdemokratien reiben.

Drittes Kapitel: Naturbezogene demokratiepolitische Thesen

I. Kriminelle Art autoritärer Machtergreifung; selbstkritisches Selbstbild und unsere Gefühle; Reckwitz' ausgedünnte Mittelklasse; Nationalpopulismus-These vom bio-psychologischen Fluchtinstinkt in Krisenzeiten und der notwendigen Neutralisierung vor Ort durch passende Narrative

Den Ausgangspunkt bildet unsere gut begründete Erregung über die Krise der Demokratie. „*Demokratie weltweit unter Druck: Zahl der autoritären Regierungen steigt weiter*“, lautet eine Meldung der *Bertelsmann Stiftung* im Februar 2022.⁵⁸

Ob es sich aber im Westen um eine tatsächliche Krise handelt oder nur um den Ausdruck einer *erhöhten politischen Mitwirkung, also den Ruf nach mehr Demokratie*, ist offen. Das Ergebnis wird sich zeigen. Jedenfalls sind wir im Westen ohnehin *krisenerprobt*. Wir verdrängen die Erinnerung an Krisen aber gern dann, wenn wir sie bewältigt haben, weil wir den Zustand ständiger Erregung nicht ertragen wollen und können.

1. ***Kriminelle Art autoritärer Machtergreifung***. Mit den Worten des Princeton-Politologen *Jan-Werner Müller* in einer neueren Schrift „*Democracy Rules*“ droht die Übernahme des demokratischen Staates, wenn er erklärt:

“*Broadly speaking, the authoritarian-populist art of governance is based on nationalism (often with racist overtones), on hijacking the state for partisan loyalists, and, less obviously, on weaponizing the economy to secure political power: a combination of culture war, patronage, and mass clientelism.*”⁵⁹

Aus *biologischer* Sicht handelt es sich um das altbekannte Organisationsmuster des *Raubes*. Es geht zumeist um die Beherrschung eines *Territoriums* und dessen *Ressourcen*.

Zudem beinhaltet das „*hijacking*“ alle drei Handlungsweisen, mit denen wir *allgemein-kriminelles* Verhalten beschreiben: Die Machtergreifung findet statt durch *Gewalt*, mit *List* und durch *Treubruch*.

Nach der erfolgreichen Machtergreifung verwendet die „*authoritarian-populist art of governance*“ das humane Viehzuchtmodell, das den „Guten

⁵⁸ https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle_meldungen/2022/februar/demokratie-weltweit-unter-druck (28. 2. 2022). Auszug, ohne die Hervorhebungen: „Erstmals seit 2004 verzeichnet unser Transformationsindex (BTI) mehr autokratische als demokratische Staaten. Von 137 untersuchten Ländern sind nur noch 67 Demokratien, die Zahl der Autokratien steigt auf 70. ... *Sieben Staaten*, die noch vor zwei Jahren als „defekte Demokratien“ galten, sind im BTI 2022 zudem zu *Autokratien* abgestiegen.“

⁵⁹ Müller, J.-W., *Rules*, 2022, unter: “1. FAKE DEMOCRACY: Everybody Has Their Reasons”.

Hirten“ verspricht und sofort mit der „Zucht“ beginnt. Die Presse wird gleichgeschaltet, Oppositionelle werden als „schwarze Schafe“ mit Haftstrafen „selektiert“.

Rechtsnationale Schutz-Hirten drücken dem „einfachen Volk“ zudem ein *überkünstliches* nationales Menschenbild auf. Es beruht nicht nur auch, sondern *vorrangig* auf dem Stolz auf die Zugehörigkeit zu einer besonderen semireligiösen Ethnie (lies: Spezies), die ihrerseits zumeist mit der (territorialen) *Sesshaftigkeit* verbunden ist.

Es ist die Idee der Wiederkehr des „*Faschismus*“, wie der britische Autor *Paul Mason* es unbefangen nennt und es aus deutscher Sicht zuspitzt, wobei er auf die demokratische Wahl und die nachfolgende Machtergreifung *Hitlers* verweist und zugleich den geschichtlichen Hintergrund zeigt.⁶⁰

Ist die politische Gewalt, eben deshalb, nicht mehr „ausbalanciert“ (durch „checks and balances“, durch die Institutionen der Gewaltenteilung und Medienfreiheit, durch die Rechtsstaatlichkeit etc.), so kann jede Demokratie in eine Autokratie umkippen.

Diese Gefahr ist also real, aber sie existiert seit es Demokratien und Republiken (in Athen und Rom) gibt. Dennoch, falls wir als Demokraten nicht hinreichend *sensibel* für *erste Anzeichen* sind, kann uns eine plötzliche oder eine schleichende Machtergreifung eines Guten Hirten und seines Gefolges überraschen.

- Deshalb ist es sachgerecht, uns zu *erregen*. Wir müssen dazu ständig auf den anwachsenden westlichen Rechtsnationalismus und seine Folgen verweisen. Er weckt seinerseits trotzig Emotionen und gestattet kindliche Übermachtfantasien. Zumindest die Reaktion weckt und politisiert uns. Zuvor hatten wir die Gefahr nur verdrängt und „neutralisiert“.
- Vermutlich aber schlummern solche Neigungen in uns allen, wir überwinden sie nur. Das Ausmaß der Aufregung legt nahe, dass wir also in Wirklichkeit auch *mit uns selbst* kämpfen. Es handelt sich um eine *allgemein-menschliche* Neigung. Sie kann, wie einfache Kriminalität, die Oberhand in unserem *Selbstkonzept* gewinnen und uns zu einer Out-Law-Ethik führen.

Die *unfaire* Wiederwahl *Erdogans* in der Türkei am 28. 5. 2023 belegt, dass zudem *wenige Prozent* der Stimmen eine Stichwahl entscheiden und auch, dass es einen *Amtsbonus* gibt. Dasselbe dokumentierte zuvor auch die *faire* Stichwahl in Frankreich 2022 zwischen *Macron* und *Le Pen*.

⁶⁰ Mason, *Faschismus*, 2022, 9: „Die Faschisten sind zurück- aber warum“, analytisch mit vielen Beispielen aus autoritären Gesellschaften, China, Brasilien, Indien etc. - Jedoch ohne klare Antwort auf die ebenfalls gestellte Frage, wie man ihn stoppt.

Inhaltlich standen jeweils die beiden uralten „Konzepte und Träume“ zur Wahl, die lauten: Geben wir den Vorrang „der gefühligen „Sicherheit und der kollektiven Größe“ oder der „mutigen eigenen Freiheit und den Vielfaltchancen“.

2. **Selbstkritisches Selbstbild und unsere Gefühle.** Neugier und Angst halten sich in etwa die Waage. Diese Dialektik ist alt und ihr Ursprung ist verständlich.

In der Höhle (lies der Stadt) sind wir eher mutig, sammeln dort Wissen und entwerfen Utopien, unter anderem diejenige der weitgehenden Selbstverantwortung. Dabei übersehen wir in den Geisteswissenschaften gern die Gesetze der äußeren Natur, lies der Biologie, der Chemie und der Physik, die darüber hinaus von der *Selbstorganisation* aller Systeme ausgehen.

- In aller Evolution, und damit auch in jedem System stecken *individuelle Freiheit, regulativer Ausgleich* und *kollektive Solidarität*. Das sollte uns auch argumentativ wichtig sein, weil es zu einer Art von universeller *Natur-Ethik* führt.
- Nur vermag der Mensch damit *zusätzlich* und *intern* bewusst zu *spielen*. Extern versorgt er sich zudem mit *zusätzlicher* Energie, mit der er aktiv seine zivilisatorische Evolution vorantreibt.
- Beides hebt den Homo sapiens heraus.

Auf dem offenen Feld der freien Natur (lies dem Land) sind wir eher vorsichtig und fühlen uns den fremden Mächten der Natur unterworfen. Wir suchen deshalb nach einem semireligiösen Führer. Dabei übersehen wir gern, dass die Systeme der Natur sich eigene Gesetze geschaffen haben, die wir mehr und mehr „selbst“ erkennen könnten und dort mit Ackerbau und Viehzucht auch schon lange nutzen.

Mit dem System des territorialen Nationalstaates betonen wir „schutzräumliche Sicherheit und den inneren Status der jeweiligen Gegenwart“. Er selbst ist als Verwaltungsinstitution ein Gehäuse und gleichsam neutral. So fordert sein Vakuum von uns, den Bewohnern, eine politische *Ausrichtung*. Wir können *passiv* vorrangig auf den uniformierten Schutz vor „fremden Mächten“ setzen und dem elitären Rudel der Schützer „solidarisch“ folgen. Oder wir können den Staat vorrangig mit der Weisheit des Schwarms beleben, dazu die „Gewalt“ und die „Mitarbeit“ unter uns und auf alle Bürger-Menschen gleichmäßig verteilen und uns als freie Individuen achten.

Letzteres ist der Weg der Demokratie. Für unser *demokratisches Selbstkonzept* ist dennoch zu bedenken,

- dass die Gesamtbetrachtung ergibt, dass beide Herrschaftsarten, Demokratie und Autokratie *nebeneinander* leben und dass sie auch in *Konkurrenz* zu einander stehen.

- Sie nutzen also „dem Menschen“ und treiben auf diese Weise *unsere Evolution* voran.
- Mutmaßlich regiert uns Hominiden seit der Beherrschung des Feuers die Trennung von *Innen- und Außenwelt* in besonderem Maße. Es prägt uns die Alternativität von der Vorherrschaft der friedlichen *Höhle*, der kommunikativen Sammler und der Dominanz der räuberischen Jäger, die im *Lande* räuberisch jagen und ihr Jagdgebiet auch zu verteidigen bereit sind, gegenüber Raubtieren und Nachbarn.
- Zum kritischen Selbstbild gehört auch, dass die Demokratie heute eine von der Höhlen-Stadt geprägte *Hochkultur* darstellt, die auf dem Anwachsen des Wissens und der Technik beruht.

Das heißt zum einen auch, jede *Stagnation* und jede *Abstiegsgefahr* versetzt Teile ihrer großen Mittelschicht, vor allem die vielen *Mitläufer*, in „Unsicherheit“.

Umgekehrt erzwingen die westlichen Wissens- und-Technik-Kulturen für *andere Staaten* eine *ökonomische „Leader/Follower“-Lage*. In ihr ist es für weniger entwickelten Staaten kurz- und mittelfristig günstiger, den Hochkulturen Rohstoffe zuzuliefern als eigene Entwicklungen voranzutreiben. Das *schmälert* das Selbstbewusstsein der betreffenden Staatsbürger, es stärkt den Wunsch nach lokalen Führern, es eröffnet das Konzept von Heimatschutz-Milizen und behindert den Aufbau eigener Großindustrien.

Selbstzweifel sind also angebracht, aber sie gehören zur Aufklärung und treiben uns ständig voran.

Nötig ist es also, dem Prinzip der *Selbstregulation* folgend, das uns vor Revolten schützt, nach einem *Ausgleich* mit allen „würdigen Menschen“ zu suchen.

- Die individual-ethische Antwort besteht im Großen immerhin in den *Allgemeinen Menschenrechten* und den UN-Hilfsprogrammen etc. Im Kleinen bietet die Demokratie die nationalen Bürgerrechte und die Daseinsvorsorge in Notfällen. Sie kennt auch das lokale Gleichstellungsgebot. Die Ansätze entstammen jeweils dem Gleichheitsgebot, das wiederum seit *Aristoteles* den Kern der *Gerechtigkeit* bildet.
- Die gegenwärtige *Klimakrise* ist dennoch der westlichen Industrialisierung zu verdanken. Auch dies sagt uns unsere eigene Vernunft der Aufklärung.
- Vereinfacht droht uns die *Übermacht* der irdischen *Natur*, die lange geduldig war, mit ihrer *Selbst-Regulation*, die jeder groben Störung nachfolgt.

Rationale Zweifel reichen aber allein nicht aus.

Die heutige *postmoderne Aufklärung* muss unsere *Gefühle* mit einbeziehen oder aber ertragen, dass plötzlich aufbrechende Gefühle, wie Angst und Wut, ungesteuert die Oberhand gewinnen.

Mit *Camus*: Die Revolte „*ist ein Gemeinplatz, die den ersten Wert auf allen Menschen gründet: Ich empöre mich, also sind wir!*“⁶¹

Eine Revolte beinhaltet zunächst einmal vor allem Zerstörung oder Disruption. Sie verbinden wir zwar auch mit dem kindlichen Traum, ein neues Paradies im Diesseits errichten zu können, aber die gegenwärtige Belohnung besteht im einfachen *Glücksgefühl* der *Machtausübung*, und zwar in der Erregungsmacht eines *Schwarms*, der die öffentliche Straße erobert, der tabuisierte Themen mit einfachen Parolen besetzt und der von neu-alter Großmacht träumt.

Rechtsnationalismus verspricht Gruppengefühl und Macht, Überhöhung und schnelle Befriedigung. Diesem Wir-Gruppen-Wesen der Empörung⁶² steht der vom Alltag abgehobene akademische Muße-Satz von *Descartes* gegenüber: „*Ich denke (kritisch), also bin ich*“.

Mit beidem umzugehen und auch dafür die Mitte zu finden, lautet die Aufgabe der *Demokratiepolitik*.

Gegner der Empörten sind folgerichtig die *Verstandes-* und *Wirtschafts-*Eliten-Netzwerke des sogenannten politisch-ökonomischen „*Establishments*“.

So werden in Umbruchzeiten von einem Teil der immobilen Bevölkerung *verstärkt* fürsorgliche Über-Eltern gesucht und auch Sündenböcke, wie das kalte Establishment, gefunden. Wärmende Narrative von einer heilen Welt sollen helfen. Es ist das ängstliche, defensiv-aggressive Trotzkind *in uns allen*,⁶³ das bei Unsicherheit und Angst in *größerer Zahl* „Gute Hirten“ wählt. Sie spiegeln mit ihrer Person zugleich unsere eigenen kindlichen *Übermachtsfantasien*, mit denen wir den Verbund von *Trotz* und *Frustrationen* spielerisch abzuleiten vermögen.

- Der gefühlige Populismus beschwört deshalb eher die *Stammesethik* des Lokalen. In den USA und in Deutschland sind es vor allem ländliche Bundesstaaten, die als Hochburgen gelten.

⁶¹ Camus, Mensch, 1951/1969: „Der Mensch in der Revolte“, 21.

⁶² Zu diesem Stichwort siehe aus der Politologie auch Mayer, R., Empörung, 2019, 245 ff.: „*Empörung als Bildungsproblem oder als -impuls?*“ - im Zweifel beides.

⁶³ So der Familientherapeut: Bradshaw, Kind, 1990/2018, , 23 ff. „Wie das verletzte Kind in uns unser Leben bestimmt“, sowie kulturell: 335 ff., „Das Kind als universelles Symbol der Erneuerung und Verwandlung“ und auch 353 ff: „Das göttliche Kind als Imago Dei“. Siehe auch ARD 6. 6. 23: <https://www.ardmediathek.de/video/visite/das-innere-kind-wie-uns-kritik-saetze-spaeter-noch>

belasten/ndr/Y3JpZDovL25kci5kZS81YTM2MWE0OC03ZTY5LTRY5LTRYjUtYTV#hNy1mOTEyNGU3MDYwNGU.

- In diesem Sinne ist Jugoslawien zerfallen und die Tschechoslowakei ebenfalls. Großbritannien ist aus dem EU-Verbund ausgeschieden und Schottland zeigt Abspaltungstendenzen.

Die *gesamte* Staatsmacht in einem Bundesstaat kann deshalb nur erringen und erhalten, wer sie aufteilen kann, wer also bereit ist, *Macht zu teilen*. Das vermögen Autokraten jedoch nicht. Sie benötigen eine mythische Einheit.

So bietet der (vereinfachte) deutsche dreistufigen *Föderalismus* (Bund, Land, Gemeinde) schon ein gutes strukturelles Angebot, um auch den lokalen *Populismus* zu bedienen. Private gemeinnützige Vereine und privatrechtliche Unternehmen helfen ebenfalls. Geschützte Grundrechte und kollektive Altersversicherungen sichern jedem Bürger sein Stück Autonomie.

Auf diese Weise kann, unter anderem, der populistische Dauerruf nach einer neuen Gerechtigkeit und nach neuer Elite kanalisiert und sublimiert, kurz: zivilisiert werden. Er bewirkt in diesem Fall einen *zusätzlichen Demokratisierungsschub*.

Es bleibt aber auch das verlockende *Glücksgefühl der Straßen-Macht* über andere. Wir sind auch Gefühlswesen. Inszenierte Sportspiele und Pop-Konzerte, aber auch Helferrollen, wie bei der freiwilligen Feuerwehr oder bei karitativen Organisationen, bieten dafür schon lange einen Ausgleich. An öffentlicher Unterhaltung nehmen wir alle gern Anteil und suchen die Gesellschaft in privaten Netzwerken, in denen wir uns privat unterstützen.

3. ***Reckwitz' ausgedünnte Mittelklasse.*** Aus *soziologischer* Sicht spricht Reckwitz von einer spätmodernen Dreiklassen-Gesellschaft: „*neue Mittelklasse, alte Mittelklasse, prekäre Klasse*“.

„*Danach wird die nivellierte Mittelstandsgesellschaft der Nachkriegsjahrzehnte durch das Aufkommen der postindustriellen Ökonomie, der Bildungsexpansion und des Wertewandels von einer Drei-Klassen-Gesellschaft abgelöst.*“

Reckwitz geht darüber hinaus. In seiner Schrift „*Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*“, 2019, weist er „*auf die gleichzeitige Aufstiegs- und Abstiegsdynamiken hin, die besonders die alte Mittelklasse sowohl nach oben, als auch nach unten hin ausdünnen.*“ Als politisch brisant betrachtet er besonders die größer werdende Differenz zwischen neuer und alter Mittelklasse, die auch ein Auseinanderdriften von Bildungsgewinnern und -verlierern sowie von großstädtischen und ländlichen Milieus sei.

Er nennt drei mögliche Zukunftsszenarien: „*ein weiteres Schwinden der alten Mitte, eine Prekarisierung großer Bevölkerungsteile oder eine Stabilisierung nach oben hin zu einer neuen Mittelstandsgesellschaft.*“⁶⁴

4. Rechtspopulismus-These vom bio-psychologischen Fluchtinstinkt in Krisenzeiten und der notwendigen Neutralisierung vor Ort durch passende Narrative. Die zugepitzten Thesen lauten deshalb, ein wenig abgewandelt:

- Die *zunehmende Autokratisierung* von westlichen Staaten findet in einer *Aufstiegs-Krise* statt. Stagnation verbreitet Unsicherheit und Verlustängste⁶⁵. Es fehlt, umgekehrt, an der *inneren Stablisierung durch Wirtschaftsdynamik*.
- Die autoritäre Zeitgeistwelle entstammt aus naturalistischer Sicht dem *naturklugen bio-psychologischen Fluchtinstinkt* in die *Geborgenheit der sesshaften Gruppe*.

Dazu gehören die folgenden im Kern bekannten humanpsychologischen Erwägungen:

- Unsere Kriseninstinkte führen an sich entweder zur Flucht oder zum wütenden Gegenangriff. Wir sind zwar an unsere *Orte gebunden*. Wir vermögen aber mit der Kraft „unseres kreativen Geistes“ zu fliehen. Deshalb wenden wir uns *nach innen* und fingieren dort „unter uns“ eine *alternative Gegenwart*.
- Wir betreiben eine *semireligiöse Sinn- und Haltsuche* und schaffen damit, und das ist der effektive Sinn, die *Einheit* eines mächtigen gefühligen *Abwehrschwarms*. Dessen Panikgrundlage entstammt vereinfacht vorrangig dem limbischen Existenzsystems unseres Gehirns.
- Diese Abwehrhaltung führt zu passenden Narrativen der *einfachen Negation*. Aus dem Nicht-sein-Dürfen“, folgt die *Fantasie des Nicht-so-Seins*“ oder aber „Es ist das Böse und es sind die Bösen, die exorziert werden können“.
- Es setzt also eine *Verteufelung* ein, die mit einer *Dehumanisierung* von Herrschern, auch von frei gewählten, und mit der *Herabwürdigung* von anerkannten menschlichen Institutionen verbunden ist.
- In gefühlten Krisen wirkt in uns zunächst die unbewusste *Psychologie der Abwehr des Bösen*. Mit ihr organisieren wir uns psychisch selbst. Es greifen

⁶⁴ Reckwitz, Ende, 2019, 63 ff. Zitate samt Einordnung aus: https://de.wikipedia.org/wiki/Das_End_e_der_Illusionen (29. 4. 23).

⁶⁵ Münkler, Mitte, 2010, 71. Zudem: Nachtwey, Abstiegsgesellschaft, 2016, Einleitung: „*Aus der Gesellschaft des Aufstiegs ist eine Gesellschaft des Abstiegs, der Prekarität, der Polarisierung geworden...*“

unbemerkt die sogenannten *Neutralisationstechniken*⁶⁶, die die Vernunft eines ruhigen Nachdenkens *überdecken*. Es fehlt uns an der inneren Ruhe und dem Grundvertrauen. Wir können dann nicht mehr anders.

- Wir suchen uns in Krisen deshalb neue Gleiche und Nächste. Wir werden wie in vielen *klassischen Religionen kindlich* und suchen die „Guten Hirten“. Der Option des Rückfalls in die Kind-Konzeption steckt nach dem Modell „des Kindes in uns“ *in uns allen*, vor allem übrigens im Verbund mit kindlichen Traumatisierungen.

Der gefühlige politische Rechtspopulismus gedeiht in dieser unserer Psycho-Welt.

- So hilft es dem nationalen Rechtspopulisten auch, sich zusätzlich unter den moralischen Deckmantel der Kirchen und auch deren alter Familienidee zu begeben (der katholischen Kirche in Polen, der evangelikalen Glaubengemeinschaften in den USA, des Islams in der Türkei, des orthodoxen Judentums in Israel, der russisch-orthodoxen Kirche in Russland, zum Hinduismus als „ewige Religion“ in Indien, der geförderten „chinesischen Volksreligion“ in China).
- Die Rückkehr zur *religionsgestützten Familienidee* verspricht Schutz in der Not und *entindividualisiert* den Einzelnen. Wir vermögen in der Gruppe die Verantwortung auf Andere und geheime Mächte im Sinne von „Anti-Eltern“ verschieben. Der Einzelne selbst *entledigt* sich seiner Mitverantwortung und ist nicht mehr an das städtische Selbstdenken gebunden. Diese Konzepte sind altbekannt, sie waren auch lange erfolgreich und sind in uns angelegt.
- Es ist die Dialektik zwischen gefühliger kindlicher Suche nach der Erinnerung an Geborgenheit und die Härte der ökonomischen und rechtlichen Planung von Erwachsenen für sich und die eigenen Kinder.
- Die Demokratie muss also mit einem *beachtlichen Anteil* an „demokratischen Kindern“ leben, vor allen in gefühlten Krisenzeiten. Wir dürfen sie auch nicht unsererseits verteufeln, auch nicht, wenn sie private Gewalt einsetzen, dann gilt das allgemeine humane Recht. Diesen Anteil gilt es jedoch mit demokratiepolitischer Vernunft einzuhegen.

Deshalb ist auf den Rechtspopulismus *nicht* vorrangig mit *humanvernünftigen* Argumenten zu antworten, sondern mit *Mitgefühl*, mit dem *Erlebnis* von *politischem Konsens*, mit *Sporterlebnissen* und nicht zuletzt mit *zivilreligiösen Verfassungs-Riten und Gründungs-Feiern*.

⁶⁶ Dazu Bung/Bayer, Neutralisierung, ZIS 5/2021, 332 ff., „*Neutralisierung, Angstabwehr, Konspirationsnarrative. Zu einer Kriminologie des Verschwörungsglaubens*“, 337 bezüglich kollektiver Narrative: „Hier geht es dann darum, die Mechanismen der Abwehr mit einer Psychologie sozialer Gruppen und deren spezifischer Dynamiken in Verbindung zu bringen“.

So haben sich, weil der Homo sapiens zumindest im Schwarm klug ist, solche Riten aus der Gemeinschaft *schon lange* herausentwickelt. Der gewählte Homo politicus sollte sie aber noch *gezielter* und *bewusster* einsetzen, und zwar nicht nur nach dem autoritären Motto von „Brot und Spielen“, sondern vor allem als buntes *Angebot* zur „Selbstentfaltung“ und zur „Gruppenvielfalt“.

- Der Politiker sollte sich zudem als „Dienstleister auf Zeit“ begreifen. Es ist auch dessen höchstpersönliche *Binnenethik*, die das Ausmaß der Gefahr des Umkippens in eine Wahlaokratie bestimmt.
- Es gilt zudem die „bürgerliche Religion“ zu stärken, d.h. den Glauben an unsere westlichen Werte.

II. „Herkunft“ und „Heimat“: politisch und verfassungsrechtlich, genetisch und kindlich, denkmethodisch und naturwissenschaftlich; Body-and-Mind-Gebot der Verschränkung von Land und Stadt; Rechtspopulismus als Eroberung der Stadt durch das Land

Demokratiopolitisch sollen die nachfolgenden Aussagen dazu dienen, mit dem Rechtspopulismus vernünftig umzugehen. Es geht vor allem um die sozialreale Bedeutung von „Herkunft und Heimat“ und die Logik der Spaltung von „Land und Stadt“.

1. „Herkunft“ und „Heimat“: politisch und verfassungsrechtlich.

Die beiden ersten Thesen lauten:

„Herkunft“ und „Heimat“ werden noch nicht hinreichend geachtet und, auch damit, die derzeit unvermeidbare „Land-Stadt-Spaltung“ noch nicht ausreichend verarbeitet.

Die politische Pflichtaufgabe besteht darin, nicht nur abwägend zu denken, sondern auch Erregungen ernsthaft mitzufühlen.

So besteht die Gefahr, dass die Demokratie *unvernünftigerweise* Ideen und Konzepte unbeachtet lässt, weil der Faschismus sie zu heiligen Dogmen erhoben hat, wie „Blut und Boden“ oder heute abgeschwächt und in rechtspopulistischer Sichtweise „Herkunft und Heimat“.

Die Idee der Demokratie darf sich nicht selbst zum politischen Kampfbegriff urbaner Intellektueller degradieren lassen, und zwar gerade deshalb, weil sie ihre eigene „Herkunft und Heimat“ aus dem Konzept der Polis-Stadt bezieht. Das Bedenken „der Anderen“ gehört ebenso zur dialektischen Vernunft wie das Mitfühlen-Wollen mit ihnen, und zwar weil der überwölbende gemeinsame Nenner das „Menschsein“ ist, etwa im Sinne der Allgemeinen UN-Menschenrechte. Aber außerdem sind wir alle „nationale Demokraten“ im Sinne

der Staatsbürgerschaft. An diese Spannung müssen wir uns erinnern und sie aushalten.

Auch gibt es offenbar eine Gruppenmechanik. „Assimilation plus Homophilie“, Anpassung und Attraktion unter Gleichen, lautet das Gesetz der Gruppenbildung. Mit ihm hat der bekannte US-Politologe *Axelrod* die Entstehung von *lokalen Kulturen mathematisch* nachmodelliert, die dann zu einer *Polarisierung im Globalen* führt. Das gelte zudem umso eher, je mehr *unterschiedliche Eigenschaften* die einzelnen „freien“ Agenten aufwiesen.

Das jeweilige lokale Gebiet wird von einfachen *räumlichen* Reichweiten-Grenzen bestimmt, aber damit auch von „*transportation, mass media, and information technology* und dem Ausmaß der „*interaktions*“.⁶⁷ An den jeweiligen Grenzen werden die Kontakte zu den Nachbarn immer dünner, weil sich die Mitglieder jeder Gruppe anders mit „Ihresgleichen assimiliert“ und sie damit andere Eigenschaften und Blickwinkel entwickelt haben. Ihre Flaggen, Wappentiere und Festriten sind andere. *Evolutionsbiologisch* hat sich diese Mechanik, die auf dem Zugewinnprinzip der *Kooperation* beruht, als vorteilhaft erweisen. Biologisch ist es das Zellenkonzept der Aufteilung in autopoietische Kompartimente.

Daraus ergibt sich dann auch die große *Abspaltung der Stadt* vom Land.

Aus allem folgt:

- Die Bedeutung sowohl des *Föderalismus*, als auch der globalen *Kommunikation* und *Arbeitsteilung* und vor allem *der Art der Repräsentation* besteht auch darin, dass Wähler sich in ihren Abgeordneten, zwar nicht nur, aber auch *spiegeln* können müssen.
- Die „Assimilation und die Gleichheit“ lassen sich inzwischen ebenfalls auf das Gebiet der gesamten UN-Erde erstrecken. Sie muss dennoch mit den Unterschieden der *Groß-Kulturen* umgehen, die sich als *Folge der Globalität* zunehmend *kontinental* als „Gleiche und Nächste“ assimilieren werden. Vereinfacht, und je nach ihrer Selbstorganisation, sind es auf der Nordhalbkugel der demokratische Westen, die Autokratien des Ostens, der Halbkontinent Indien, die ASEAN-Staaten, die Union südamerikanischer Staaten, die Afrikanische Union etc.

Dieselbe Mechanik gilt auch für die *politischen Parteien* oder den Aufbau von Kommunikations-Netzwerken als *Echo-Kammern*.

- *Kennt* er die einfachen Gruppen-Gesetze und vor allem, *achtet* er sie „als solche“, so kann der kluge Mensch mit ihnen nicht nur machtpolitisch, sondern auch fair und human spielen.

⁶⁷ Axelrod, dissemination, J. Conflict Resolut, 1997, 41, 203 ff., 216, 219, 224.

Die Ideen von „Herkunft und Heimat“ ergeben auch deshalb einen Sinn. Wir verwenden sie zu Recht im Lebensalltag. Selbst wenn Herkunftsideen, wie das hoch umstrittene Wort „Rasse“⁶⁸, nur einen Mythos beschreiben, müssen wir mit ihnen umgehen. Denn Mythen sind seit jeher Gegenstand von Narrativen. Aber sie können auch *anders* erzählt werden.

So ist nicht nur über die *Folgen* nachzudenken, sondern auch unser gegenwärtiges *Fakten-Wissen* mit einzubeziehen.

In Art. 2 III GG heißt es:

*„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“, Art. 3 III GG, vgl. auch Art. 21 GRCh und Art. 14 EMRK.*⁶⁹

Damit wird zugleich auch ein Bezugsnetz von „*Herkunft und Heimat*“ umschrieben. „Heimat und Herkunft“ werden also häufig zur Diskriminierung eingesetzt. Real gibt es sie offenbar, was bei der „Rasse“ zweifelhaft ist, sie dürfen jedoch nicht missbraucht werden, und diese Gefahr droht. So findet zu Recht eine *Rückbesinnung* auf das mit diesen Worten Gemeinte statt, das mit dem „Staatsgebiet“ und der „Staatsangehörigkeit“ zusammen hängt. So behält die Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP seit 2021 den geänderten Titel des „*Ministeriums für Inneres*“ bei, den schon die Vorgängerregierung aus CDU/CSU und SPD um den Zusatz „*und für Heimat*“ ergänzt hat. Die USA betreiben in ähnlicher Weise „*Homeland security*“.

Auch die Bundeswehr setzt auf den neuen „*Heimatschutz*“: „*Dein Jahr für Deutschland*“ erhältst du im *Freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz*“.⁷⁰

2. „*Herkunft*“ und „*Heimat*“: *genetisch und kindlich*. Beide Begriffe „Herkunft“ und „Heimat“ beschreiben eine Art von „Abstammung“. Sie sind also eng mit der alten Idee von der „Blut und Boden“-Abstammung verwandt.

⁶⁸ <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/504216/rasse/> (31.10. 22).

⁶⁹ Artikel 21 der EU-Grundrechtecharta lautet ähnlich, ohne die Hervorhebungen: „Nichtdiskriminierung (1) Diskriminierungen, insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der *ethnischen oder sozialen Herkunft*, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, *der Geburt*, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, sind verboten.“

⁷⁰ <https://www.bundeswehrkarriere.de/deinjahr fuer deutschland> (25. 8. 22).

Abstammung meint gemäß einer allerdings älteren Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts: „die natürliche biologische Beziehung eines Menschen zu seinen Vorfahren“.⁷¹

Das Wort Abstammung assoziiert die Existenz einer Art von Stamm, der aber nunmehr *nicht* mehr der Stamm im Sinne einer genetisch nicht begründbaren Blutsgemeinschaft sein kann. Denn bezogen auf das Blut, also genetisch, wäre nur der engste Rahmen der Kin-Verwandtschaft miteinander verwandt. Vereinfacht ist die Geburt der *Eltern-* allenfalls *Großelternfamilie* an einem Ort und schon sie ist wegen der üblichen *Fremdheirat* kaum noch gegeben. Die Kinder sind beim Fremdheiraten überhaupt nur zur Hälfte miteinander verwandt. In ihrer *Individualität* liegt ihre Stärke.

Genetisch relevant ist nur die globale Eigenschaft, ein „Homo sapiens“, d.h. ein Mensch zu sein.

Der Rückbezug auf nationale und ethnische Blut-Abstammung geht also genetisch weitgehend fehl. Er stellt eine mythische Fiktion dar. Gemeint wird vermutlich vor allem die „Herkunft“ und mit dem *Bundesverfassungsgericht* die von „Vorfahren hergeleitete soziale Verwurzelung“.⁷²

Zu erwägen ist, ob es sich in der Gegenwart zudem nicht nur vorrangig um die überformte *Erinnerung* an eine alte *gewachsene Binnenkultur* einer *örtlich-ländlichen* Gemeinschaft handelt oder abgeschwächt auch eine urbane Nachbarschaft (Neighborhood) gemeint ist.

So beschreibt der *Deutschlandfunk* den Heimatbegriff in einem Feature. Er gehe aus „von Ernst Blochs berühmtem Satz von der Heimat, die uns in der Kindheit scheint – und in der noch niemand wirklich war.“ Komplexer beschreibt Bloch selbst den Begriff der Heimat: „Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfasst und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen als die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat.“⁷³

Mit dem Doppelwort von seiner „Heimat und Herkunft“ ist somit vor allem die *Kindheit eines Menschen* gemeint. Das heißt, für den *wahlfähigen Erwachsenen* handelt es sich um die „*gegenwärtige Erinnerung*“ an eine Zeit, die etwa „*eine Generation*“ zurückliegt.

⁷¹ BVerfG 9, 124, 128.

⁷² BVerfGE 9, 124 (Leitsatz).

⁷³ <https://www.deutschlandfunk.de/heimat-als-utopie-heimat-der-offene-begriff-100.html> (vom 3. 10 19). Bloch, Prinzip Hoffnung, 1985, Schlusssatz, 1628.

Diese Art der „Herkunft und Heimat“ existiert danach in der heutigen *Gegenwart nicht mehr* in der alten Form. Alle anderen Kinder sind inzwischen erwachsen, die Eltern sind Großeltern, etc. Die *Politiker der Kindheit* sind nicht mehr im Amt, neue Kinder und ihre Moden bestimmen die alten Gemeindegelände.

Aber Herkunft und Heimat gehören dennoch *auch* zur „Geschichte eines Menschen“.

3. „Herkunft“ und „Heimat“: denkmethodisch und naturwissenschaftlich. Solche Heimats- und Herkunftserinnerungen sind somit stark vom *Prozess* der passiven *Alterung* und der aktiven Verarbeitung der eigenen Kindheit eingefärbt.

Außerdem *dienen* sie dem gegenwärtigen Selbstbild. Sie erfüllen einen aktuellen Zweck. So unterstützen sie die Organisation des „eigenen Selbst“ und das eines „gruppen-politischen Selbst“. Die heute aktivierten Erinnerungen sind also auch immer von „teleologischer Art“.

Dies wird besonders deutlich, wenn der Bezug zu „Heimat und Herkunft“ politisch umgemünzt wird, um das „wahre Volk“ zu beschreiben.

Die *Basisfakten* zur eigenen Geschichte kann der Mensch hingegen bei Bedarf *empirisch* ermitteln und sie mit sich verbinden. Gleichzeitig wird er auch die Ziele für die Zukunft konstruieren. Er kann sie in nostalgischer Weise als *Utopie einer Vergangenheit* fingieren und dabei verdängen, dass sie in dieser Weise nicht existiert hat.

Es stellt ein *zyklisches* Zurück-Zu-Denken dar, das die „gute alte Zeit“ und das „gute alte Recht“ mit den idealen „guten Eltern-Hirten“ verbindet.

Die Erkenntnisse der Gegenwart hingegen und die daraus folgenden Erwartungen werden mit unsern Fokus- und Framing-Techniken *geblockt*.

Dennoch bleibt, dass kein Mensch und keine Kultur ohne ihre eigene Geschichte auskommt und diese immer auch auf Gründungsmythen aufbaut.

Als maßgebend erweist sich für alle extremen Positionen die *blinde Einseitigkeit*, die ihrerseits die Panik einer kleinen politischen Herde signalisiert.

Aus der Vernunftssicht gilt es, nach *Vielfalt* zu suchen und darin die *Mitte* zu finden. Für die Vielfalt, statt ideologischer Einfalt der sogenannten „politischen Religionen“, steht uns der erprobte Kanon der inzwischen auch juristischen *Methodenlehre* zur Verfügung.⁷⁴

⁷⁴ Savigny, System, 1840, Bd. I, 216: Er leitet seinen Kanon ein mit dem Satz: (1) Hauptgrundsatz der Interpretation laute, sie soll „möglichst individuell seyn und gehaltvoll“. (2) Interpretation sei zudem „das System in seinem Fortschreiben, auf Anschauung der Quellen gegründet“. (3) Interpretation sei ferner „Forschung und zwar Anfang und Grundlage der Forschung“. Siehe aus interdisziplinärer Sicht: Rückert, Hermeneutik, 2001, 287 ff., 288, sowie 301 ff., zu den älteren Arten der Deutung, und zwar als interpretatio (1) authentica, (2) legalis,

- Die *Abstammung* oder die *Geschichte* bildet einen *wesentlichen Teil eines jeden Begriffs*, den wir verwenden. Jede Auslegung eines Begriffs blickt auch auf die *Geschichte*. Die analytische Seite der Vernunft kommt also nicht ohne die Suche nach „Herkunft und Heimat“ aus.
- Andere Sichtweisen gehören jedoch ebenfalls dazu, wie der gegenwärtige allgemein-sprachliche „*Wortsinn*“ oder auch der konkrete Kontext, beziehungsweise das *Subsystem*, in dem er auftaucht, oder auch die in die Zukunft gerichtete „*Teleologie*“, also der *Zweck*, dem er dienen soll.
- Aber am Ende der Sammlung von Sichtweisen steht die *meta-systemische Gesamtschau*, als eine Art von „Konsens“ oder auch „praktische Konkordanz“. Wir verlangen und benötigen eine „Einheit der Vielfalt“. Sie muss für diese Gegenwart passende und auch jetzt zutreffende konkrete politische oder rechtliche *Entscheidungen* zumindest „gut vertretbar“ rechtfertigen.

Dennoch bleibt vereinfacht: „Herkunft und Heimat“ enthalten auch eine *objektiv-physikalische Orts-Basis* und wir verfügen auch über einen Gruppen-Konsens von gemeinsamer Herkunft und Heimat.

So ist auch fragen, was die *Naturwissenschaften* zu bieten haben:

- „Herkunft und Heimat“ steht für die „informative Kausalität“ aller makrophysikalischen Systeme, die jetzt sind. Makrophysikalisch ist es das explosive Urknall-Modell, das uns die hochinformativ Kausalität beschert. Sie steckt schon in allen tradierten Erfahrungs-Genen.
- Da sich alle Systemen „emergent“ entwickelt haben, wäre es unklug, auf die Fragen nach der Herkunft und der Heimat gerade bei uns selbst zu verzichten.
- Die heutige Biologie bietet zudem den gegenwartsbezogenen *Aspekt* der „Epigenetik“. Bestimmte Gene werden schon in *früher Kindheit* nach Maßgabe der örtlichen und sozialen *Umwelt* und wegen der Binnenharmonie ein- oder auch ausgeschaltet.
- Das Gehirn aller unreifen Kindern, aller Wirbeltiere, passt sich sofort der jeweiligen Umwelt an, das gilt vor allem für das evolutionsgenetisch alte „Riechen“. Unsere Heimatempfindungen sind stark von solchen *ersten Sinnesprägungen* bestimmt. Sie schaffen Vertrauen in unserer kindlichen Umwelt.

(3) doctrinalis, (4) extensia, (5) restrictia, (6) analogia etc.; zur Originalität des *systemischen* „Gesamtzugriffs“ von Savigny: 323. Zu Savignys Interpretationsanspruch als „Forschung“ und „Wissenschaft“, siehe auch: Bühler, Rechtsauslegung, 2001, 329 ff., 330 ff.: zum „hermeneutischen Intentionalismus“ in der Zeit der Aufklärung; 336 f.: zur „ratio legis“.

Alle Pflanzen und Tiere werden in der Biologie auch deshalb zu Recht nicht nur nach ihrer Spezien-Herkunft erkundet, sondern auch nach ihrer örtlichen *Heimat* bestimmt, dort bilden sie in halb offenen „Biotopen“ ihre „Populationen“.

- Alle Lebewesen nehmen zudem mit dem *Stoffwechsel* physikalische Teile ihrer *Umwelt* auf. Die Strontium-Analytik der Zähne belegt deshalb *Herkunft* und *Aufenthalt* von in der Steinzeit Verstorbenen. Auch die polizeiliche Forensik, vor allem an Zähnen, bedient sich ihrer.⁷⁵
- Wir Menschen „sind“, wie alle Lebewesen, also auch real *Teile unserer Heimat*.

4. *Body-and-Mind-Dilemma der Verschränkung von Land und Stadt.* Damit ist noch einmal auf die Art der typischen ländlichen Zivilisation zu blicken:

„Auf dem Lande“ ist alles stark geprägt von der alten *zyklischen* Abhängigkeit von der *Natur*, von der *Überschaubarkeit*, den *festen Riten* und den *Dialekten*. Jeder Ort hat seine Gründungstage, seine Kirchweihen. Seine Klein- und Mittelstädte bieten Wochen- und Jahrmärkte sowie höhere regionale Bildungsstätten etc. Den sozialen Status der Familie zu achten und die außerrechtliche Moral und Gepflogenheiten einzuhalten, ist wichtig.

Wer damit in seiner Kindheit aufwächst, der nimmt es mit in sein Leben, und zwar entweder als Grund, in die Ungebundenheit der Großstadt zu ziehen oder als Grund, auf dem Land zu bleiben oder später wie eine Schildkröte zu ihm zurückzukehren.

Nach seinem alten Selbstbild *versorgt* das Land grundsätzlich den souveränen Staat mit Nahrungsmittel, Montanindustrie und einer Vielzahl von Fabriken und mittelständischen Betrieben.

Großstädte sind dagegen von der *Anonymität* und der ständigen Zu- und Abwanderung geprägt. Ihre Gerüche sind von anderer Art. Der *Verkehr* bestimmt sie. Städte sind hektischer. Verfasste Bürgerrechte und Verträge mit anderen Bürgern bestimmen ihre liberale Ethik. Ordnungs- und Verkehrsregeln jeder Art regulieren zwar das Miteinander, aber lassen auch viel Nähe für die Freiheit der Kunst und der Unterhaltung. Das Land ist für die Großstädter der Ort für den Ausflug oder den Urlaub. Das Wetter ist für die Metropolen nur nachrangig von Bedeutung.

Insofern passt für die Beziehung von Land und Stadt (als Metropole)

⁷⁵ Lehn, Isotopenmethoden, SIAK-Journal, 2010, 32 ff.: „Isotopenmethoden in der Forensik. Geografische Herkunftsbestimmung von unbekanntem Toten ...“.

- der Vergleich von „Körper und Geist“ oder auch „body and mind“ in Anlehnung an *Hobbes*.⁷⁶
- Es ist zugleich die Trennung von harter fremdbestimmter natürlicher *Außenwelt* und geistig-autonomer *Binnenwelt*.

Das Dilemma der *repräsentativen Demokratie* ähnelt demjenigen von „*Kopf und Körper*“. Es entsteht dadurch, dass die *Demokratie* vor allem auf das Denken, das Wissen und theaterähnliche Inszenierungen ausgerichtet ist. Die Politik der Nationalstaaten findet vielfach in großen *Residenzstädten* statt, wo sich die *Repräsentanten* und die sonstigen *politischen Eliten* versammeln. Dort treffen sie ihre Entscheidungen „für“ die Gemeinschaft.

- Die „Empörungen“ des „wahren Volkes“ stehen nach diesem Modell für Übelkeit infolge von Gleichgewichtsstörung und für Eruptionen des Verdauungstraktes. Es ist das kollektive Bauchgefühl (good feeling).
- Der Körper setzt auf Kraft.
- Es ist die vorrangig die Sache des verständigen Kopfes, sich darüber Gedanken zu machen und nach Abhilfe zu suchen.

Gemeinsam ist dem Menschen als Einheit aber die Energie und es sind die Informationen, die mit ihr verbunden sind und die es zu reflektieren gilt.

Wer sich also aus der Sicht des Innenministeriums und der Bundeswehr um die „Heimat“ sorgt, der kümmert sich um die Gefühlswelt vor allem der Menschen auf dem Lande, die der Natur nahe und mit deren regelmäßigen Katastrophen in überschaubaren Gemeinden leben.

- Ein Heimatschutz schützt zugespitzt „die Erinnerung an die Kindheit“ und gibt in Anlehnung an *Bloch* die „Hoffnung für die Zukunft“.
- Die Großstädte verfügen über ein erhöhtes Reiz- und Binnenklima und über eigene Schutzstrukturen.
- Ihr Problem sind zwar der Egoismus und die Anonymität. Aber dafür halten sie städtische karitative Subsysteme vor. So leben sie mit Blick und auch auf Kosten der Zukunft.

5. *Rechtspopulismus als Eroberung der Stadt durch das Land.* Die nächste These lautet:

Der politische Nationalpopulismus will vor allem vom Land aus die Stadt erobern.

Er zielt auf den forensisch abwägenden „Kopf“, die Metropole. Er will ihn autokratisch mit „Brot und Spielen“ beherrschen. Er ist nach allem macht-

⁷⁶ Er sieht den gesamten exekutiven Staat als einen künstlichen Menschen, Hobbes, *Leviathan* (reprinted), 1651/1962, Introduction, „*For by art is created that great LEVIATHAN called a COMMON-WEALTH or STATE which is but an Artificiall Man...*“.

politisch und semireligiös ausgerichtet und zusätzlich vom fast blinden Gefühl der eigenen Übermacht getrieben.

Er nutzt und befeuert zwar ständig die Empörungen. Aber sie sind in einer Demokratie auch tatsächlich *ständig* vorhanden, weil der „Körper“ *sinnliche Reizsignale* geben muss, wenn seine Bedürfnisse nicht hinreichend beachtet werden. Nur auf diese Weise kann die systemische Homöostase erstrebt werden.

Wer also als rechtspopulistischer Wähler seine „Heimat“ und seine „Herkunft“ durch Zuwanderer und korrupte Stadeliten gefährdet sieht, baut sich gemeinsam mit anderen das „Tabu“-Narrativ auf, dass der eigene kollektive *Gründungsmythos* gefährdet sei. *Fühlt* man sich und die Seinen bedroht, so kann man seine private Angst darauf *übertragen* und vermag sie auf diese Weise auch zu verfremden.

Man wechselt von der privaten Opfer- zur kollektiv-*aktiven* Verteidigerrolle. Dies ist eine bekannte Form der an sich klugen psychologischen *Neutralisierung* (Sykes/Matza), die in Krisen unser Überleben erleichtert.

Wer aber deshalb aktiv auf rechten Demonstrationen mitmarschiert oder im Internet anonyme Morddrohung ausspricht, dem geht es nicht vorrangig um die Vergangenheit. Er will „jetzt“ das Glücksgefühl der kollektiven Macht einer „Bewegung“ und hofft auf mehr Macht in der Zukunft. Er missbraucht die „private Erinnerung an die Kindheit“ und die „Idee der Hoffnung“. Solche Art des mitfühlenden Einschleichens in die Persönlichkeit von Wählern ist in Wahlkämpfen dennoch nicht unüblich.

Begründet wird der *ländliche* Rechtspopulismus am Ende mit der *älteren Art der Eroberung* durch die Urbarmachung. Aber schon die *Zweitgeborenen* mussten auf dem Lande schon immer wandern oder dienen. Die Frauen heirateten vielfach von außen ein etc. Insofern ist es zugleich ein patriarchalischer Kult.

Aber *im Kern* geht es „dem Land“ um das „Eigentum am Land“, das heißt um die „Herrschaft und Nutzung“, also um Macht. Es ist das biologische *Territorialitätsprinzip*.

Es wird nur erweitert auf den Nationalstaat, das Vaterland und auch auf die Muttersprache, weil auch sie nicht vorrangig als Kommunikationsmittel, sondern als *Besitz* gedeutet wird.

Dem Populismus, gleich welcher Art, geht es vor allem um die inflationäre Macht von *geballten energetisch aufgeladenen Wut- und Mut-Massen*, die auf ein Paradies hingelenkt werden. Die Stoßbewegung zerreißt disruptiv das feine städtische Schwarm-System, das vorrangig auf der kollektiven Intelligenz und Kooperation der Bürger beruht, die sich zwar demokratisch, aber arbeitsteilig-repräsentativ „selbst regieren“.

Der westliche Populismus nutzt das Repräsentationsmodell zum schnellen Umbau in eine Alfa-Kader-Führung. Nach der *Machtergreifung* wird der nationale Rechtspopulismus ein System der vorrangig ländlich-körperlichen Hackschutzordnung erreichen müssen, dem eine kontrollierte Hof- und Residenzstadt genügt. Das Stadt-Bürgerliche muss er mit ständigem „Weg-Hacken“ unterdrücken.

Das Kopf-und-Körper-Modell mag plakativ sein, aber damit entspricht es dem Rechtspopulismus selbst. Es nimmt ihn dennoch als notwendiges Element eines biologischen Systems ernst. Insofern entspricht es dem „Menschsein“. Es meidet zugleich die vorrangig sozialen und linken Konzepte. *Kahneman* spricht, wie noch einmal zu vermerken ist, generell von den „two selves“, über die insbesondere wir Menschen verfügen. Es sind die *schnellen* automatischen *gefühligen Reaktionen* und das *langsame* bedachte *Planen*.⁷⁷

Diese beiden Unterarten des „Gesamt-Selbst“ entsprechen „body and mind“ und bilden eine Art von kluger innerer Dialektik.

Die *systemische Aufgabe* der *Politik* wiederum ist es, beide Welten für sich zu verinnerlichen, sie zu verbinden und sie zu organisieren.

Fazit: „Herkunft und Heimat“ stellen einen, aber auch nur einen wesentlichen Teil unseres gegenwärtigen „Selbst“ oder unserer Identität dar und unsere soziale *Umwelt der Nächsten* hilft mit, deren Gewicht für unser Selbst zu bestimmen.

- Die Demokratie der Nationalstaaten muss mit Land und Stadt umgehen - mit der „gefühligen Vernunft der Natur“ und der „rational-liberalen Vernunft der Stadt“, beides gehört zur Vernunft der Mitte.
- Es ist die Aufgabe der politischen Stadt, sich um das Land zu bemühen. Die Stadt hat sich von der Natur abgespalten und zusätzlich eine gesonderte Binnenwelt der spielerisch-kreativen Freiheiten geformt.

III. Kartografie der demokratischen Mitte: Vier-Viertel-Grundhaltungsstatik (nach *Zürn*); Kreuz-Achsen-Symmetrie: rechts-links, oben-unten; „doppeltes Kreuz-Mitte-Quadrat“; Symmetrie von Mittemacht und Summe der vier Extreme; komplementäre Dynamik der sozialrealen Besiedelung

Die Mitte ist zunächst einmal ein *räumlicher Begriff*. Deshalb bietet es sich nach allem an,

eine Kartografie der Mitte zu entwickeln und diese danach in mehreren Stufen zu ergänzen.

⁷⁷ Kahneman, Thinking, 2011, Part V, No 35 „Two Selves“.

1. **Vier-Viertel-Grundhaltungsstatik (nach Zürn).** Für Deutschland reduziert Zürn, Sprecher des Exzellenzclusters „*Constestation of the Liberal Script*“, die politischen Parteien-Gruppen einleuchtend in Vier-Viertel-Gruppen von jeweils 25 %:

- Konservative und Wirtschaftsliberale seien „*rechts*“,
- die SPD und Die Linke seien „*links*“,
- die Grünen und ähnliche Parteien träten „*kosmopolitisch*“ auf,
- die AfD und ähnliche Parteien „*autoritär-kommunitaristisch*“.⁷⁸

Es ist nicht nur ein konkreter, weil Zürn die deutschen Parteien benennt, sondern auch ein *idealistischer* Ansatz, indem er nach *Grundhaltungen* von *potenziellen* Wählern trennt.

Topografisch wäre zwar noch der Aspekt der *Mobilität* mitzudenken und somit in der Tendenz zwischen Land und Großstadt zu trennen. Die AfD ist auf dem *Land* stärker, die Grünen in der *Stadt*.

Nachfolgend steht vereinfacht der Wähler im Fokus, der sich am Wahltag für eine *Grundhaltung* entscheidet, die die *Abgeordneten* ihm anbieten. Dafür sieht der Parteienforscher dieses Potenzial von vier Vierteln.

2. **Kreuz-Achsen-Symmetrie: rechts-links, oben-unten.** Das Potenzial für diese vier Gruppen ist mit je 25 % insgesamt betrachtet *ausbalanciert*.

Kartografisch ergibt sich zunächst ein einfaches *Achsen-Kreuz* der vier Ausrichtungen, das sich dann auch auf andere Demokratien übertragen lässt.

- Die politische Polarisierung in „*rechts-konservativ*“ und „*links-progressiv*“ ist bekannt. Das muss genügen. Sie ist auf derselben *horizontalen* Ebene angesiedelt.
- Das *vertikale* „Oben und Unten“ kennen wir immerhin aus der sozioökonomischen Schichtenlehre, hier aber geht es, zunächst wertfrei formuliert, um Grundhaltungen, und zwar um die globale *Abstraktion* und die nationale *Konkretheit*. Man kann jedoch auch ethisch unterscheiden zwischen dem *kantschen* Menschen-Idealismus und dem national-realen Egoismus

So ergibt sich das *Parteiengruppen-Kreuz*; „*rechts* und *links*“ werden ergänzt durch ein ethisches „*Oben* und *Unten*“.

Man könnte auch *allgemein* mit Faas/Leininger trennen in „*Issue Voting* and *Economic Voting*“.⁷⁹

⁷⁸ Zürn, Stimmen, WZB-Mitteilungen, Heft 172, 2021, 16 ff., 17.

⁷⁹ Faas/Leininger, Issue Voting, Handbuch, 2020, 502 ff.

- Das „Issue Voting“, im Sinne von auf *wichtige Streitfragen* bezogen, lässt sich mit einem Umweg im Sinne von Oben und Unten gruppieren. Gemeint sind zunächst einmal Antworten auf derart *existenzielle Fragenkomplexe*, dass sie die Wahl bestimmen, solche, die zugleich *nicht vorrangig die Ökonomie* betreffen, etwa wie für oder gegen die Abtreibung, für oder gegen die Immigration oder für oder gegen einen verstärkten Umweltschutz zu sein. Sie gehen dann, direkt oder indirekt, mit einer *semireligiösen* Idee einher: mit einer *kommunitaristisch-lokalen* oder einer *weltoffen-urbanen* Weltanschauung.
- Das „Economic Voting“ führt wiederum zur alten horizontalen *Rechts-Links-Dialektik*, der Tauschgerechtigkeit gegen die Zuteilungsgerechtigkeit.

Hinter diesem sozialrealen Vier-Parteien-Konzept stecken *zwei einfache Vor- und Zurück-Bewegungen*. Ein Gesamtsystem, wie eine Staatsgesellschaft, die sich zugleich *erhalten* und *fortentwickeln* will, verlangt nach exakt diesen vier „Motivationen“.

- Es ist zunächst das Konservieren nach innen. Als einseitiges Wirtschafts-Verhalten bedeutet dies, nach außen ein *erhöhtes Aggressionsverhalten* auf Kosten der Umwelt zu betreiben, was übrigens jedes Lebewesen vornimmt, weil es vom Stoffwechsel lebt. Zu konservieren heißt, die gegenwärtige *Lebensart* und die *Geschwindigkeit*, etwa des Wirtschaftswachstums, beizubehalten.
- Das sogenannte linke Konzept beinhaltet nach innen einseitig ein progressives Sozial-Verhalten, das nur das bereits Erwirtschaftete und die Arbeitslasten gerechter *verteilen* will. Von außen betrachtet reduziert es dennoch den einseitigen Wirtschafts-Egoismus. Das *Leben in der Gemeinschaft* ist ihm wichtiger.
- Der *globale* Ansatz *erweitert* einerseits das nationale Staatsbürger-System der „Gleichen und Nächsten“ um das UN-Metasytem der *Menschheit* und der *Menschenrechte* oder noch weiter um die Umwelt, also die irdische Biosphäre. Er *lockert* damit das National-Staats-Konzept und setzt auf Mobilität, real und digital. Zugleich versucht sich diese Grundhaltung an der globalen Selbst-Regulierung, die mit Menschen- und Umweltrechten *weltweit gerechter* sein soll.
- Das extrem-nationale Konzept schränkt hingegen den Bereich seiner Gleichen und Nächsten ein. Es wendet sich *defensiv* gegen die globale Erweiterung. Als emotionale Bewegung ersetzt es aggressiv einseitig die global ausgerichteten Naturwissenschaften durch die Überbetonung von nationalen *Kultur- und Heimatmythen*.
- Alle vier Ansätze sind human, sie stecken in uns allen. Die kluge Mitte-Demokratie zieht deshalb ihren Gewinn daraus, die vier Grundansätze,

soweit es geht, in praktischer Konkordanz zu bündeln, ohne aber alle Extreme bedienen zu können.

3. **Doppeltes Kreuz-Mitte-Quadrat.** Ein Gesamtsystem, wie eine Staatsgesellschaft, die sich zugleich *erhalten* und *fortentwickeln* will, verlangt nach exakt diesen vier „Motivationen“.

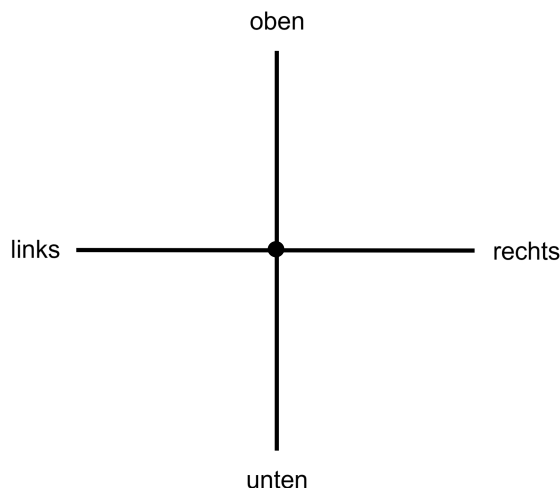
Aus diesen vier Motivations-bereichen lässt sich das Konzept einer statischen *Grundhaltungs-Topografie* herausziehen. Es besteht aus vier *demokratischen Sub-Biotopen*, in denen sich die *sozialrealen Wähler-Schwärme bewegen* und auch deren Sub-Schwärme etc.

Die Demokratie geht von der *Gleichheit der Demokraten* aus. Deshalb bietet es sich an, die Topografie als Kartografie in der Form einer *Aufsicht* vorzunehmen. Dort ergibt sich eine Art von *barockem Garten-Blick*.

Abbildung 1. Das einfache *Achsenkreuz* verwenden wir ständig. Es beschreibt vier Richtungen, die nunmehr von einem idealen, aber raumloser *Mittelpunkt* ausgehen.

„Oben“ und „Unten“, „Links“ und „Rechts“ sind in einer abstrakten Kartografie wertfrei und somit gleichbedeutend. Erst die konkreten Wähler ordnen ihnen Werte und Gewicht zu.

Den *Mittelpunkt* kennzeichnet die *Äquidistanz* zu den vier Extremen, er beschreibt deshalb den fiktiven Nullpunkt der *größtmöglichen Entscheidungsfreiheit* und des *Pragmatismus*.



„Oben“ meint: abstrakt und ideal, wie Menschenrechte und Tierrechte oder auch global, wie Ökologie und Umwelt, am Ende: die meta-systemische Auflösung, nur Teil eines höheren Ganzen zu sein; man könnte von einem „beseelten Naturalismus“ oder von einem „Kosmologismus“ sprechen.

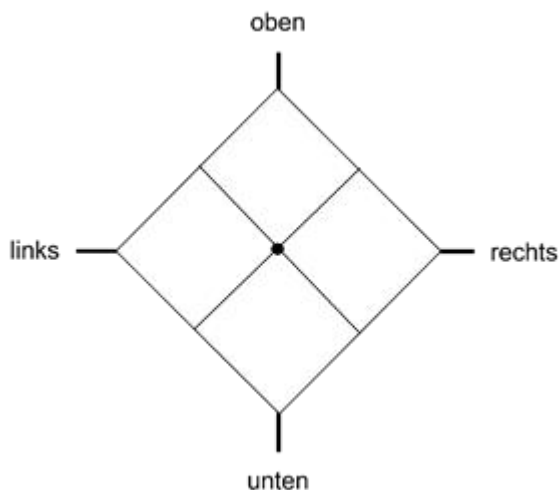
„Unten“ bedeutet: lokal, konkret und real, Angst und Wut, Heimat und Herkunft, Protektionismus und Stammes-Nepotismus, am Ende: faschistische Apartheid.

„Rechts“ umschreibt: konservativ, strenger Rechtsstaat, ordo-liberale Tausch- und Straf-Gerechtigkeit, am Ende: ökonomischer Kasten-Kapitalismus.

„Links“ steht für: progressiv, karitativer Sozialstaat, zuteilende Gerechtigkeit, am Ende: strenger überelterlicher Kommunismus.

Abbildung 2. Nachfolgend geht es erneut um den *idealen raumlosen Mittelpunkt*, und zwar nunmehr als *Mitte* von vier Viertelräumen. Diese auf die Spitze gestellte große Vier-Viertel-Ordnung bietet darüber hinaus den Spielraum für *vier gesonderte humane Grundhaltungen*.

Dieses Konzept schreibt erkennbar *Zürns* 4 x 25 %-Modell fort. Es nutzt zunächst das Achsenkreuz und hält zudem vier gesonderte *Spielfelder* bereit. Sie treffen sich in der Mitte. Sie erklären damit deren ideales Wesen, den Ausgangspunkt für die vier Sonderräume zu bilden.



Mehr noch: Jeder der Viertel-Räume verfügt wiederum um zwei Kontaktgrenzen zu *zwei verwandten* Viertel-Nachbarn und ihm steht eine *Opposition diametral* gegenüber.

Mit *einem Partner* verfügt er über eine *Veto-Position* und konkret über die Chance auf eine Mehrheit. Um aber dabei zu helfen, ein geschlossenes, weniger angreifbares Gesamtquadrat mit einer möglichst kleinen Außengrenze zu formen, bedarf jeder Viertelteil auch seines diametralen Oppositionsviertels. Ihr Zusammenwirken, und damit auch die Mitte, erklärt erst das politische Basis-Gesamtkonstrukt einer Mitte-Demokratie und die Grundhaltungskonzepte der Wähler.

Abbildung 3. Als noch komplexer erweist sich das Bild, wenn zusätzlich zwischen Mitte-Demokratie und Extremismus getrennt wird.

Zudem ist es sinnvoll, die Bestimmung der *Mitte* über den fiktiven und masselosen Mittelpunkt hinaus mit einem *eigenen Raum* zu versehen. Denn Demokraten wollen in erster Linie Demokraten sein, so lautet zumindest der Mehrheitskonsens der Mitte-Demokraten, und sie wollen auf einem *neutralen* Ort, dem Forum, kommunizieren.

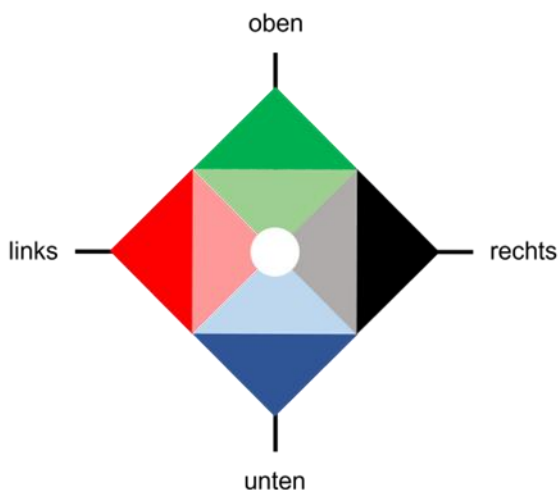
Mit diesem Ziel lassen sich alle vier Teilquadrate zunächst aufgrund der *Entfernung vom Mittelpunkt* durch vier *Querschnitte halbieren*.

Aus der Sicht dieses Kreuz-Konzeptes sind es die *Binnendifferenzierungen* der vier Parteien-Gruppen:

- die Mitte-links, die Mitte-rechts, die eher kosmopolitische Mitte und die eher autoritär-kommunitaristische Mitte.
- So verfügen auch die vier Parteien über solche *moderaten* Untergruppen etc.

Diejenigen *vier Halb-Teile*, die die Mitte berühren, ergeben zusammen plötzlich zusätzlich

- ein *Binnen-Quadrat*, das für die demokratische Mitte steht
- und das zugleich deren *vierfache Segmentierung* offenlegt.



So hat es sozialreale *Große Mitte-Koalitionen* zwischen CDU und SPD gegeben, weil der Wählerschwarm der Mitte-Demokraten „es so wollte“. Derzeit regiert uns aus demselben Grunde eine Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP. Sie erfordert mit dem Zwang zum *Konsens* eine vernünftige Mitte-Politik.

- Der weiße *Sonderkreis* bildet den Raum für ein *neutrales Mitte-Forum* der Offenheit, der Dialektik und der praktischen Konkordanz. Es ist der alte öffentliche Markt- und Versammlungsplatz.
- Er ist umschlossen von dem wichtigen *demokratischen „Mitte-Quadrat“*. Es kennzeichnet den Groß-Raum der *Demokraten* mit *moderaten* Grundhaltungen. Sie schützen das Forum wie Stadtmauern nach außen.

Dieses Mittequadrat wird *von außen* berührt von jeweils vier Dreiecks-Räumen für *totalitäre* Extreme.

- Die vier extremen *Teil-Dreiecke* bilden dabei, jeweils in ihrer Richtung, *eine kleine autoritäre Machtpyramide*.

Das Mitte-Quadrat kennzeichnet also den Raum oder „Frame“ für das *überwölbende* Streben nach Demokratie. In ihm formen sich die Gleichen und Nächsten mit demselben Anliegen zum *Metaschwarm* der Demokraten. Dessen Mitglieder *assimilieren* sich zu einer *eigenen Demokratiekultur*. Sie erleben also das Spannungsfeld von Partei (von lat. pars der Teil) und Gesamtvernunft des Ganzen. Deren Teil sind sie, aber ohne diese Teile gäbe es das Ganze nicht.

- Als *Wähler* müssen wir uns *am Wahltag* für *eine bestimmte Viertel-Präferenz* entscheiden, die *passenden guten Hirten* aus *unseren Reihen* als Repräsentanten wählen - oder darauf verzichten.

Dasselbe gilt für den anderen Grundakt: Wollen wir an der schwierigen, weil dialektischen Demokratie der *liberalen Individuen* teilhaben und ertragen wir duldsam deren Vielfalt, weil sie den hohen Schwarmnutzen mit sich bringt? Oder wollen wir den *Einheits-Totalitarismus* einer *politischen Religion*? Sie verspricht den *Über-Elternschutz* der *ausgewählten* Kollektivität und die biedermeierliche Wärme des Privaten.

- Als *aktive Parteipolitiker* und *Aktivisten politischer Organisationen* sehen wir unsere Heimat in einem der vier Räume. Dort müssen wir prüfen, ob wir moderate Mitte-Politik betreiben oder auf eine bestimmte Art eines einseitigen *Systemwechsels* hinarbeiten wollen.

4. Symmetrie von Mittemacht und Summe der vier Extreme. Nimmt man, ebenso formal, aus den vier Vierteln die jeweils eine *Halbte*, es sind die jeweils *mitte-moderaten* der vier Standartgruppen nach *Zürn*, so ergeben sie eine demokratische Mitte von (4 x 12,5 %) *insgesamt 50 %*. Sie formen den *Mitte-Raum* für die vierfach *gemischte Mitte-Mehrheit*.

- Das reicht aber nicht. Ihre eigene formale Mitte-Macht würde, für sich allein, eine Art von *Mittediktatur* hervorbringen. Erst durch die „Summe der vier extremen Ränder“, von ebenfalls 50 %, wird die Diktatur-Macht der Mitte systemisch perfekt *ausbalanciert* und zugleich herausgefordert.
- Die kluge Mitte wird deshalb nach dem politischen Konzept „teile und herrsche“ verfahren und jeder der vier Parteien auch ihren *eigenen Spielraum* einräumen.
- Die Mitte *benötigt* also die vier fortstrebenden „Sonderecken“ und diese auch die *Mitte*.
- Insofern herrscht im *Räumlichen* eine Symmetrie.

Dies ist das Mitte-Konzept, das die kluge Mitte-Demokratie verfolgen sollte. Danach sollte sie ihr Demokratie-Selbst ausrichten.

Die sozialrealen Parteienwähler-Schwärme müssen sich auch nicht exakt an die Vier-Viertel-Räume halten, sie legen auch grenzüberschreitendes ideenräuberisches Verhalten an den Tag.

Auch verfügt die Mitte selbst erkennbar ihrerseits über ein eigenes großes und ein kleineres forensisches Spielfeld.

5. Komplementäre Dynamik der sozialrealen Besiedelung. Zu dieser einfachen Ordnungsstatik kommt also eine *komplementäre Dynamik*. Die Räume müssen *konkret* und *sozialreal besiedelt* werden. An Rändern kann eine größere Herde schlechter „grasen“. Dort steigt die *Isolationsgefahr* für die Einzelnen; es bilden sich Rebellen-Untergruppen und Sekten.

Hinzu tritt die Gravitation der Mitte. Es wirkt der Markt-Sog der Verlockungen an erhöhter Kommunikation und Kooperation des Zentralortes. Es ist die erhöhte Neigung der *opportunistischen* Moderaten, an der demokratischen Mitte teilhaben zu wollen. Vereinfacht ist also eine kombinierte erhöhte *Attraktion der Mitte* zu erwarten. Damit erstarkt die formale 50 %-Mitte grob zur einer sozialrealen *Zwei-Drittel-Mitte* der Moderaten.

- Realsoziale Akteure sind dann jeweils am *Wahltag* die vier *Demokraten-Sub-Schwärme*, die sich innerhalb dieser Räume infolge der *dort verankerten* Grundinteressen bilden.
- Außerhalb der Wahltage sind es *stellvertretend* für die Wähler die politischen *Parteien* oder sonstige organisierte politische *Bewegungen*, die *alltäglich* in diesen vier Sub-Biotopen *umherziehen* und ständig von dort die zu ihrem Konzept passenden *Erregungsstöße* aussenden.

So werden viele Mitglieder vom weit überwiegenden *Nutzen der demokratischen Mitte* profitieren wollen und damit *zusätzlich* die Mitte und die *interne* Gruppe der *Moderaten* verstärken. „Wahlen werden in der Mitte gewonnen“, heißt das dazu passende Stichwort.

- Faktisch ergibt sich daraus vereinfacht eine *Zweidrittel-Mitte*, die auch eine *milde Art der Mittediktatur* ausübt.
- Vor allem die realen *extremen Sub-Sub-Schwärme* *zerren* an der Mitte in *vier Richtungen*, etwa durch Demonstrationen und durch Vereinigungen, real oder digital.
- Mit ihrer *Erregungsenergie* halten insbesondere die *vier Extreme die Mitte flüssig*. Je weiter sie sich von der demokratischen Mitte entfernen, desto heftiger müssen ihre *Fliehkräfte* sein, die sie weg vom demokratischen Hauptschwarm halten. Damit wiederum ziehen sie den Meta-Mitte-Schwarm auseinander und „kneten“ ihn.

Damit ist zumindest das deutsche demokratische System *kartografiert* und auch *besiedelt*. Es formt dann ein „lebendiges Bürger-Biotop“, dessen staatlicher Kern der das *Staatsgebiet* des *Nationalstaat* mit seinem *Staatsvolk* bildet.

Die „Vier-Viertel-Topografie“, in der sich die realen Sub-Schwärme und ein segmentierter Hauptschwarm bewegen, ist ein (gerade noch) anschauliches Modell für „Vielfalt und Einheit“.

Fazit: Das *Biotop* einer Demokratie lässt sich in drei Stufen bestimmen.

(1) Es gibt das Vier-Viertel-Quadrat der vier Grundhaltungen von rechts-links (konservativ-sozial) und oben-unten (global-lokal). Sie berühren sich im Null-Punkt der Äquidistanz. Um diesen Mittelpunkt herum bildet sich das Forum des Aushandelns.

(2) Eingerahmt wird das Forum durch ein gedrehtes kleines Vier-Viertel-Quadrat; es umfasst die vier Ortsteile der „gemäßigten Mitte-Demokraten“. An ihnen zerren wiederum die vier möglichen extremen Oppositionshaltungen und halten mit ihrer Fliehkraft die Mitte flüssig.

Das ist das Angebot an Grundhaltungen.

(3) Die Wählenden besiedeln und nutzen diese Orte. Sie sollten sich am Wahltag mit zumindest einer Zwei-Drittel-Mehrheit für irgendeinen Platz im demokratischen Mitte-Quadrat entscheiden. Sie müssen zudem bereit sein, die disruptiven Extreme zu ertragen; denn ihre Energie sorgt dafür, dass sich die Mitte-Demokratie nicht abkühlt und sich nicht zur Mittediktatur verhärtet.

IV. Konträres Krisenverhalten; zusätzliche personale und auch elternähnliche biopolare Vertrauenswahlen; Seitenansicht auf Autokratie-Pyramide und dreidimensionales Haus-Burg-Konzept; Fazit

Die Folgethese lautet:

Das Mittekonzert der Kartografie und ihrer Nutzung mit umherziehenden Schwärmen ist zu ergänzen.

1. ***Konträres Krisenverhalten.*** Das grundsätzliche Problem des festen Konzepts ergibt sich daraus, dass die vier *politischen Grundhaltungen* von unseren kollektiven Reaktionen in *Not- und Kriegslagen* überdeckt werden können.

„Die Krise ist die Stunde der Exekutive“ und erlaubt die Einschränkung der Freiheitsrechte durch Notstandsgesetze.⁸⁰ Hitler ist 1933 in einer solchen Zeit an die Regierungsmacht gekommen und hat sie zur Machtergreifung ausgenutzt.

- Das Kreuz-Mitte-Modell setzt also eine *wachsamen Friedenslage* von Handel und Wandel voraus.
- In Krisen und Raubzeiten hilft dem friedlich grasenden Wirtschaftsschwarm der exekutive Schutz des *Guten Hirten* und seiner *Schäferhunde*.
- Sie aber vermögen sich dann autoritär zu verselbstständigen.
- Die rechtsnationalen Populisten verstärken derzeit solche Krisen und vermögen von „alternativen Fakten“ zu profitieren.

Auch fehlen in diesem kartografischen Ansatz die Komplexität und Individualität menschlichen Verhaltens (und damit ist das Konzept auch insofern wieder etwas zu dekonstruieren).

So ist die *demokratiepolitische* Frage nach der *Regierungsmehrheit* zu stellen. Nicht erkennbar ist mit dieser abstrakten Vierteilung, wer mit wem *tatsächlich* zu koalieren bereit ist.

Die AfD jedenfalls sieht sich als eine *konservative* Bürger-Partei. Die CDU/CSU hat Mühe, sich von der AfD und damit von einer Machtoption in den ostdeutschen Bundesländern, wie Thüringen oder Sachsen, fernzuhalten. Immerhin galt einmal der CSU-Satz, am rechten Rand keinen Platz lassen zu wollen.⁸¹

Die Grünen neigen der SPD zu, die ihre soziale Grundidee als ein allgemeines Weltprinzip versteht. Die *Sozialistische Internationale* ist ein weltweiter Zusammenschluss sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien und Organisationen.

Insofern existiert auch in Deutschland eine mehr oder weniger starke *Zweiteilung*, die aber die Idee der Mitte und mit ihr das Konsensprinzip überwölben.

⁸⁰ Diebel, Stunde, bpd, 2020, 7, mit Hinweis auf die Verhängung des Ausnahmezustandes in der Türkei (Putschversuch) 2016 und der Entlassung von Tausenden von Staatsangestellten der Gülen-Bewegung, in Ungarn 2016 in der Flüchtlingskrise mit deutlicher Kompetenzerweiterung der Polizei, aber auch 2015 in Frankreich nach dem koordinierten islamistischen Terrorangriffen. Zur Corona-Pandemie in den USA: „Notice on the Continuation of the National Emergency Concerning the Coronavirus Disease 2019 (COVID-19) Pandemic“, <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/presidential-actions/2022/02/18/notice-on-the-continuation-of-the-national-emergency-concerning-the-coronavirus-disease-2019-covid-19-pandemic-2/>.

⁸¹ <https://www.swr.de/swr2/wissen/archivradio/franz-josef-strauss-1987-rechts-von-der-csu-100.html>.

Auch fehlt zwar anscheinend der Block der *Wechselwähler in der Mitte*, die sich nicht eindeutig an eine *Partei* gebunden fühlen. Sie könnte man als politischen Kern der *freien Mitte-Demokraten* begreifen. Aber auch diese Wähler werden zumindest *im Zeitpunkt der Wahl* ihre vorherrschende Grundhaltung und Neigungen zum Ausdruck bringen oder taktisch zugunsten einer Mehrheit wählen. Andererseits zeigt sich die „Intelligenz“ des reinen Schwarmverhaltens, das in jeder Wahl steckt, in den Regierungsmehrheiten, die sich in einem Mehrparteiensystem nach der Wahl ergeben. Sie führen zur politischen Auswahl der möglichst „Gleichen und Nächsten“, um einen lockeren *Mehr-Parteien-Regierungsschwarm* im Ghetto der Regierungsmacht zu bilden und für vier Jahre zu erhalten.

2. Zusätzliche personale und auch elternähnliche biopolare Vertrauenswahlen. Mehr noch, zum *anonymen* Schwarmkonzept sind wiederum die individuellen *Ethiken* oder *Selbstkonzepte* der jeweiligen Führungspersönlichkeiten hinzuzufügen.

So entscheiden wir Wähler uns nicht nur für eine politische Grundausrichtung oder einen Parteien-Subschwarm oder schließen uns einer bestimmten Bewegung an, sondern wir wählen auch und vor allem in *Präsidialsystemen* bestimmte *Personen*.

Der lockere friedliche lokale Schwarm wandelt sich im *Wahlkampf* zur meist nur kurzfristigen im Wortsinne „aggressiven“ Stoß-Bewegung. Aber für sie gilt offenbar auch:

"...a surprisingly small subset (approx. 5 %) of informed individuals can lead an entire colony to a new nest site".⁸²

Ihnen *vertrauen* wir, in der Zukunft und bei unvorhersehbaren Krisen die richtigen Entscheidungen in unserem Sinne zu fällen.

- Das Vertrauen enthält auch Elemente der *liebvollen Zuneigung*, die wir andererseits auch von der Führungsperson erwarten. Hier beginnt der Bereich für die Manipulation von „*Werbenden*“. Wir erleben diese Techniken in der Natur bei der *Brautwerbung*.
- Deshalb ist in der Demokratie die Gewaltenteilung nötig, Checks and Balances sind unabdingbar, vorzuhalten ist auch ein rituelles Rechtssystem.

So ergibt sich insgesamt

- die Dialektik von rationaler *Richtungs-* und gefühligter *Personenwahl*.
- Beides versuchen wir, und auch die Politiker, die dafür stehen, zu *vereinen*.

⁸² Berdahl/Kao et. al., *Animal, Philosophical Transactions B*, 2018, Abschnitt 4 bei Fn. 106. Siehe auch Couzin/Krause/Franks/Levin, *leadership, Nature*, 2005, 513 ff.: "Effective leadership and decision-making in animal groups on the move".

- Ferner stützen wir uns auf tradierte kulturelle Riten als die Vorgaben in unserem Biotop Staat.

Die teilweise harte Reduzierung einer Demokratie auf eine parteipolitische *bipolare Zweier-Spaltung*, wie in der westlichen Führungsmacht USA, aber auch in Staaten Lateinamerikas, ergibt sich vor allem aus zwei Gründen:

- der *Personenwahl von Führer*, generell aber insbesondere auch bei *Präsidialsystemen*, mit oder ohne Stichwahlen, sie reduzieren die Bedeutung von Parteien und wandelt sie zu „Wir-Bewegungen“,
- sowie aus der jeder Demokratie innewohnenden Trennung von gewählter *Herrschaft* und gewählter *Opposition*.

Die *Synthese* steckt im System der USA mit dem „Check and Balance“-Ausgleich der Bundesinstitutionen, auch in den Zwischenwahlen der Abgeordneten (nach zwei Jahren) und dem klarem Staaten-Föderalismus. Dazu gehört auch die *Klammerwirkung* einer Jury-Gerichtsbarkeit, einer karitativen lokalen Zivilgesellschaft, aber auch einer übergroßen „global“ agierenden Armee und den „regionalen“ bundesstaatlichen Nationalparks etc. Intern kennen auch beiden großen Partei der USA die *Mitte-Gruppe der moderaten Politiker*, die sich ihrerseits mutmaßlich auch *zusätzlich* in „aufgeklärt-global“ und „egoistisch-lokal“ denkend und fühlend auffächern lässt. Zudem verfügen die Senatoren der 50 Staaten im Senat über einen anderen Blickwinkel als die Abgeordneten der Wahlkreise im Repräsentantenhaus.

Der Spaltung wirkt schließlich kulturell das *kollektive Verfassungsbewusstsein und -empfinden* entgegen, das hoch vereinfacht diese Elementen verbindet: Das demokratische „We the People“, das liberale „Pursuit of Happiness“ und das nationalterritoriale „God's Own Country“.

Insofern vermag der Eindruck einer Zweier-Spaltung innerhalb den *Präsidialsysteme* und insbesondere in den USA das feinere politische Konzept der vier Grundhaltungen überdecken. Diese Vier-Viertel-Symmetrie, um einen Mittelpunkt herum, liegt aber dem Konstrukt einer jeder vollständigen Demokratie zugrunde. Wer vorrangig auf den *einzelnen Menschen* und dessen politisches Kommunikation setzt, der wird ihn und sein *Selbstkonzept* daran messen.

Auch erscheint das Angebot einer biopolare Wahl zwischen zwei Kandidaten als das Angebot einer *elternähnlichen* Paarung. In den USA sind es jeweils vorrangig die städtischen Demokraten und die ländlichen Republikaner. In Frankreich waren es in der Stichwahl die städtischen Liberal-Politischen (für *Macron*) und die ländlichen Nationalpolitischen (für *Le Pen*). Beide Kandidaten und deren Grundhaltungen zusammen unterstützen sich gegenseitig und bieten Stabilisierung. Bei der nächsten Wahl vermögen sich die die Moderaten sich

anders zu entscheiden, und es bleibt auch noch eine jeweilige Opposition, notfalls auf der Straße.

3. *Seitenansicht auf Autokratie-Pyramide und dreidimensionales Haus-Burg-Konzept.* Mit der *Personenwahl* ist bereits ein Schritt hin zur Autokratie getan.

Wir überlassen es einem *mächtigen Treuhänder*, unsere politischen Geschäfte zu besorgen. Wir sind zwar selbst mündig, lassen aber arbeitsteilig einen bestimmten Menschen für uns politisch sprechen und agieren. Er könnte aber versuchen, sich mit einer Kadergruppe seiner Gleichen und Nächsten zum Autokraten aufzuschwingen.

Findet eine Eroberung der Demokratie durch die Autokratie statt, so wechselt unser Blickwinkel. Wir verwenden nunmehr das Modell der Macht-Pyramide.

- *Topografisch* tritt an die Stelle der *Aufsicht* auf eine Fläche der Gleichen die *Seitenansicht*, die die Mächtigkeit von Bergen und Burgen kennzeichnet.
- Es ist der Blick vom *Lande* aus und nicht vom Stadtturm der Wissenschaft.
- Auf der Grundfläche des Mittequadrats der Demokratie erhebt sich mit der *Seitenansicht* plötzlich eine *städtische Machtpyramide*, die zudem das Land, das sie umgibt und ernährt, in undemokratischer Weise beherrscht.
- *Sie erdrückt gleichsam ihre eigene Basis der Demokratie.* Anstelle der vielen kleinen Planfiguren die *Garten-Aufsicht*, erblicken wir eine einzige mächtige Gestalt in der Form und Art eines gelegentlich eruptiven Vulkans. Als Machtwesen ist er zeitweilig erstarrt, man muss aber mit Ausbrüchen „von unten“ rechnen, die dann auch die Spitze erneuern.
- Die soziale Realität bietet beides. Dieselbe Art der Pyramide hält auch die *repräsentative* Demokratie mit ihren *Ämtern* und *Institutionen* vor. Sie aber lässt sie von *der wohltemperierten Basis* von unten heraus regieren.
- Dann aber muss das *Land*, das sie umgibt und ernährt, miteinbezogen werden. Aus der einfachen Stadt wird dann ein *künstlicher Staat*. Das Bürgerfundament wird erweitert.

Insofern könnte man zwar, weil wir gern die Herrschaft oben ansiedeln, für die *Basis-Demokratie* von einer auf die Spitze gestellten Macht-Pyramide sprechen.⁸³ Doch aus der „*Aufsicht*“ der Demokratie bildet das Grundmodell der Wahl-Demokratie der Schwarm. Er selbst agiert *ohne Zentrum*. Die Herrschaft ist Mitherrschaft von allen, es gibt also *keine Herren und keine Knechte*. Es ist die Art der *kooperativen Arbeitsteilung* durch verschiedene Berufe und Aufgaben. Demokratische Politiker sind vor allem *Dienstleister*.

⁸³ So der liberale Denker Ferrero, *Macht*, 1944, 50: „Die Souveränität des Volkes, das ist die Herde, die den Hirten führt, das ist die auf die Spitze gestellte Pyramide“; Hidalgo, *Moderne*, 2006, 141.

Mit diesem Wechsel von der „Aufsicht zur Seitenansicht“ wird deutlich, wie einfach das System kippen kann.

- Beides, Aufsicht und Seitenansicht, verwenden wir, um ein *Gebäude* zu skizzieren oder auch um die Topografie einer *Landschaft* zu erfassen. Unsere Augen, die nur zweidimensionale Bilder erfassen, *nötigen* uns dazu.
- Ständig geht es uns deshalb um verschiedene „Ansichten“ oder „Aspekte“. Aus ihnen bauen wir dann (im Gehirn) ein dreidimensionales Muster nach.

Das Arbeiten mit Abbildern ist uns also vorgegeben und stellt nicht etwa nur eine humane Art der „Reduktion der Komplexität“ dar. Es ist der Weg von Lebewesen, mit „Reflexionen“ umzugehen.

Das *Wirtschaftshaus* der Demokratie verfügt über einen großen Innenhof zu Tausch und Kommunikation, es ist mehrstöckig, aber mit Innentritten ausgestattet, es ist relativ offen und luftig.

In der Autokratie werden jedoch die Fenster und Türen kontrolliert und die Mauern verstärkt. Das Haus wird zur *Burg*.

Dies sind erkennbar zwei alte Selbstkonzepte von *prometheischen* „Häusern“.

4. **Fazit:** Die demokratische Selbstherrschaft des humanen Schwarms verlangt nach mündigen Wählern und damit nach einem *überlegenen* Herrschaftswissen, das vor allem *allgemein* verteilt ist. Es führt dann zu mündigen Bürgern. Dem können sich nach dem *Leader-Follower-Prinzip* auch *kluge Räuber* unterwerfen, es nutzen und sich zivilisieren und integrieren und eigene *raubähnliche Unternehmen*, legal oder auch illegal, betreiben.

Wir Menschen allerdings vermögen zusätzlich noch einmal, mit diesen Organisationsmustern politisch zu „spielen“. Wir sind ständig dabei, *Kulturen* oder auch *Zivilisationen* zu entwickeln, sie abzuändern oder sie räuberisch mit Gewalt umzustürzen und auf diese Weise Freiraum für Neues zu schaffen.

Die *Reduktion der Komplexität* führt

- für die *Demokratie* zurück zum Garten-Modell des *doppelten Quadrates*. Wer herrscht, blickt von oben.
- Für die *Autokratie* ist es die einfache *Macht-Pyramide* und der Blick vom Boden und von der Seite aus. Die Herrschaft sitzt in der entfernten Pyramidenspitze, dem Himmel nah.

Viertes Kapitel: Demokratiepoltische Reformvorschlage

I. Relative Demokratie I: Gegen Personenkult und Machtmissbrauch: regelmäßiger Amtswechsel nach zehn Jahren auf Bundesebene (gegen Decker) und als logischer EU-Demokratiegrundsatz. Gegen undurchsichtiges Berufspolitiker-Establishment: Ergänzung und Kontrolle durch ausgeloste politische Schöffenämter in parlamentarischen Ausschüssen

Das nachfolgende Bündel an Reformvorschläge unterbreitet Angebote, die uns bei der politischen Daueraufgabe helfen könnten, unsere *politische Kultur* aufzufrischen. Den hinreichenden *Druck* und *Sog* dazu sollten wir durch die „Krise der Demokratie“ verspüren. Zu überlegen ist dabei auch grundsätzlich, ob wir in Deutschland schon über eine vollständige und flexible oder nicht doch auch nur eine verhärtete *relative Demokratie* verfügen.

1. Gegen Personenkult und Machtmissbrauch: regelmäßiger Amtswechsel nach zehn Jahren auf Bundesebene und als logischer EU-Demokratiegrundsatz. Das erste Gebot, das uns in Deutschland, anders als in den Präsidialdemokratien, wie USA und Frankreich, fehlt, soll dem *Personenkult* und dem *Machtmissbrauch* vorbeugen:

Nötig ist ein regelmäßiger Amtswechsel des Bundeskanzlers oder der Bundeskanzlerin, und zwar nicht als bloße Option, sondern als hartes Dogma!

Der konkrete Vorschlag lautet:

Die Befristung sollte auf zehn Jahren erfolgen, und zwar zukünftig am besten zugleich als sachlogischer EU-Demokratiegrundsatz für alle Ministerpräsidenten-Systeme.

Die Demokratie lebt vom Machtwechsel oder sie erstarrt. Das ist banal, aber in Erinnerung zu bringen. So ist zu versuchen, die „flüssige Mitte“ zwischen dem radikalen ständigen Regierungswechsel, wie in Italien mit der Macht eines undurchsichtigen Beamtenapparates, und den deutschen Langzeitkanzler zu finden.

Die konservativen deutschen *Langzeitkanzlerschaften* mögen in der Vergangenheit gute Gründe gehabt haben und auch erfolgreich gewesen sein. Aber sie stellen zumindest heute und mit der *vollen Souveränität* nach der Wende unser Demokratieverständnis infrage. Aus heutiger europäischer Sicht handelt es sich um eine *Langzeitherrschaft*, auf die sich nun auch eine *Wahlautokratie*, wie Ungarn, stützen kann.

Die unvermeidbare und existente *städtische Elite*, vorrangig die realen politischen Personen und ihr Hofstaat, oder wie immer man sie auch im Einzelnen definieren möchte, müssen von ihrer über die Zeit aufgestauten politischen Macht abgeben. Dass *Schäuble* als Alt-Parlamentspräsident und Vielfach-Minister auf 50 Jahre

(durchaus kluger) aktiver Politik zurückblicken kann und dafür geehrt wird, hat er hoch verdient, es ist aber demokratiepolitisch zweifelhaft.⁸⁴

Den Grund dafür bildet das einfache liberale Gesetz der Gruppenbildung nach *Axelrod*.

- Jeder Mensch nähert sich gern den Menschen, mit denen er viele *gleiche Interessen* teilt. Infolge der erhöhten Kooperation mit ihnen *assimiliert* er sich mit ihnen zu einer festen Gruppe.
- Wir alle leben dieses Gesetz, wenn wir unsere eigene höchstpersönliche Freundesgruppe ständig pflegen. Deshalb fürchten wir es auch bei *Bundespolitikern* und trauen ihnen Korruption zu.

Die vertikale Aufstiegsvariante besteht darin, dass sich *Seilschaften* bilden, bei denen die Jüngeren die Älteren absichern und dafür selbst gefördert werden. Alle assimilieren sich nach und nach und fühlen sich als eine besondere Freundesgruppe.

Es hilft also auch hier, die *Idee der Vielfalt* in der Form der *Gewaltenteilung* weiter auszubauen.

Insofern ist auf *Schäubles* Ehrenrede verweisen: „*Weil wir uns, solange es uns gut zu gehen scheint, schwertun, für notwendige Änderungen ohne zu viel Perfektionismus politische Mehrheiten zu finden, bleibe ich auch in der gegenwärtigen Krise zuversichtlich: Je mehr wir begreifen, dass wir nicht einfach so weitermachen dürfen, umso eher wächst die Chance, für notwendige Änderungen stabile Mehrheiten zustande zu bringen.*“

- **Kanzler.** Der Politologe *Decker* fragte zu Recht nach der letzten Bundestagswahl: „*Brauchen wir eine Amtszeitbegrenzung für Bundeskanzler?*“⁸⁵

Decker führt durch die entsprechenden parteipolitischen Forderungen und Gründe. Er weist auf das Element des „*Amtsbonus*“ hin, aber auch auf die politische „*lame duck*“-Lage der US-amerikanischen Präsidenten am Ende ihrer zweiten Amtszeit

⁸⁴ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw50-de-wuerdigung-renger-schaeuble-rede-926822>: Rede von Wolfgang Schäuble im Plenum anlässlich seiner 50-jährigen Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag am 15. Dezember 2022.

⁸⁵ *Decker*, Amtszeitbegrenzung, *ApuZ*, bpb, 19.11.2021, übernommen auch von der Zentrale für politische Bildung. Dafür: <https://www.rechtverblueffend.com/post/politik-modernisierung-amtszeitbegrenzung-kanzlerschaft>, 11. 10. 18. Dagegen: „*Amtszeitbegrenzung für das Bundeskanzleramt*“, *FAZ*, <https://www.faz.net> › *Nachrichten bei faz.net* › *Einspruch*, 31.05.2021: „Die Forderung nach einer *Amtszeitbegrenzung* an der Spitze der Bundesregierung ist populär, doch die besseren Argumente sprechen dagegen“. Sowie als AfD-Antrag im Bundestag: „*Begrenzung der Amtszeit von Kanzler-schaften*“, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw11-de-amtszeit-bundeskanzler-595176>.

(erst seit 1951). Er notiert, dass dieser Grundsatz vor allem mit einem *Präsidialprinzip* verbunden ist und vermerkt, dass die Wahlrechtsreformkommission des gegenwärtigen Bundestages sich mit diesem Thema beschäftigen soll.

Decker selbst meint. „Für den Bund sollte man die Idee dagegen rasch *ad acta* legen. Hier liegt der Verdacht nahe, dass sie ohnehin nicht ernst gemeint ist oder nur zur Bemäntelung eines anderen, aus der Interessensicht der Parteien näher liegenden Vorschlags dienen soll, nämlich der Verlängerung der Wahlperiode.“

Beeindruckend ist dabei, für wie ausgeprägt der Parteienforscher *Decker* das *egoistische Interesse* der derzeit gewählten Abgeordneten am Erhalt ihres Mandates einschätzt.

Die Gegenthese lautet auch deshalb: Es sind alle höchsten *Amtsinhaber* im Bund ab der Minister-Ebene *spätestens nach zehn Jahren auszutauschen*, also etwa auch herausragenden Politiker wie neue *Genscher* oder neue *Schäuble*.

Die Forderung nach einer klaren Amtszeitbeschränkung beruht vorrangig auf den Erfahrungen mit der besonders *machtorientierten konservativen* CDU/CSU mit ihren Langzeit-Kanzlern *Adenauer*, *Kohl* und *Merkel*.

In den 16 einzelnen Bundesländern sind rituelle Machtwechsel weniger bedeutsam, obwohl ihr *Beamtenapparat* in den vielen *mittleren Führungspositionen* auf Dauer entsprechend eingefärbt sein wird. Denn es gibt für den Bundesbürger Erfahrungen mit schnelleren Machtwechseln bei den vielen anderen Bundesländern. Dasselbe gilt für die ortsnahen Gemeinden. Länder und Gemeinden sollten mit der Dauer von Amtszeiten *spielen* können.

Die Hauptgründe, die für die Amtszeitbegrenzung für deutsche männliche und weibliche Bundeskanzler und Fachminister sprechen, sind:

- Aus der Sicht der westlichen *Demokratie* ist die *Opposition* und damit auch die Chance zum Machtwechsel wichtig. Zumindest muss die *Führungsperson* rituell ausgetauscht werden.
- Auch die Amtszeit des deutschen Bundespräsidenten ist, um einem *monarchischen* Personenkult vorzubeugen, auf eine Wiederwahl und insgesamt zehn Jahre begrenzt, Art. 54 GG. Nur gilt er zwar als höchster Repräsentant, aber sein Amt ist von erheblich geringerem politischen Gewicht. „Erst recht“ sollte es also für das Bundeskanzleramt gelten.
- Machtwechsel von Menschen muss nicht nur möglich, sondern auch von jeder Generation „*erfahren*“ werden. Die Satz in den späten Jahren der von *Merkel* geführten CDU/CSU-Regierung: „Mama, kann ein Mann auch Kanzlerin werden?“, hatte nicht nur eine lustig-emanzipatorische Seite.
- So ist auch die Mehrheit des unkündbaren *Beamtenapparats* des Bundes de facto konservativ-politisch eingefärbt, denn es nützte dem eigenen Aufstieg.

- Außenpolitisch hat die *Trump-Abwahl* gezeigt, dass die *Erfahrung* eines Volkes mit einem demonstrativ-rituellen, also geordneten regelmäßigen *Machtwechsel* vonnöten ist.
- In den Bundesstaaten der USA werden ständig mit Landesmehrheit die *Wahlkreise* zugunsten der Regierungsparteien geändert (*Gerrymandering*⁸⁶), ein weitgehend blinder *Bundes-Wahlkreis-Algorithmus* würde auch in Deutschland weiterhelfen.

Außerdem ist auf die betroffenen Parteien und auf EU-Europa zu blicken:

- Der nationale Rechtspopulismus droht derzeit vor allem von „rechts“. Bislang haben in Deutschland nur drei Kanzler der konservativen CDU/CSU überlange Kanzlerschaften erreicht. Aber diese, wie mutmaßlich jede *konservative* Partei, gilt in Deutschland als *unideologische Machtmaschine*, sie ist überdies *wirtschaftsfreundlich* und begreift sich als *Volkspartei*.
- Die Gefahr einer *rechtsnationalen* Machtergreifung, etwa der AfD, liegt analog zur Italienwahl 2022 vorrangig im AfD-Verbund, und zwar mit einer konservativen Partei, also der CDU/CSU.
- Die SPD hingegen ist bis weit in ihre Geschichte hinein *ideologischer* ausgerichtet, ihr drohen eher offene Flügelkämpfe und Spaltungen (Die Linke in Westdeutschland). Sie war lange die klassische Arbeiter-Oppositionspartei, hat keine überlangen Kanzlerschaften hervorbringen können und muss jetzt mit den urban-gefühligen Grünen konkurrieren und koalieren.
- Das relativ große Deutschland in der geografischen Mitte Europas sollte sich ferner, auch insofern, als einen demokratischen *EU-europäischen Modellfall* für die Amtszeitbegrenzung sehen.
- Auf der EU-Ebene werden die Führungsämter bereits zeitlich streng begrenzt und ihre Inhaber werden nach *zwei Amtszeiten* regelmäßig gewechselt. Das mag den Nationalstaaten gefallen, bildet aber auch ein Beispiel.
- Eine 10-Jahres-Grenze für Deutschland bietet bei einer *vierjährigen* Legislaturperiode einen *Kompromiss*. Der „Amtsbonus“ ist noch für eine halbe dritte Wahlperiode mitzunehmen, die „lame duck“-Situation ist reduziert und der vorbereitete Amtswechsel ist im Laufe der Legislaturperiode als *Feierstunde der Demokratie* zu inszenieren.
- Die neue Hirten-Spitzenperson ist dann bei der nächsten regulären Wahl zwei Jahre im Amt. Ihre Fähigkeiten können bei der nächsten Wahl von jedem Demokraten mit *erlebten Erfahrungen* sinnvoll bewertet werden.

⁸⁶ <https://verfassungsblog.de/bei-uns-doch-nicht-oder-doch/> 01 Juli 2019 (Roman Kaiser / Fabian Michel: Bei uns doch nicht! Oder doch? Gerrymandering in Deutschland).

- Zehn Jahre entspricht auch, was bei Riten nicht unbedeutend ist, einem einprägsamen *Zahlenmythos*, hier dem einer Dekade. Auch unsere runden Geburtstage richten wir danach aus.

Mehr noch:

- Die geplante Ausdehnung der Legislaturperiode im Bund auf *fünf Jahre* assoziiert eine *elitäre Grundhaltung*, dass die Politiker im Bundesparlament und in der Regierung sich das lästige Wählen und die zu häufige Kontrolle durch das Volk soweit möglich ersparen wollen.
- Diese Planung sieht derzeit auch *keine Kompensation*, etwa durch direkte Volksentscheide vor, wie in Bundesländern (im Übrigen aus guten Gründen nicht).
- So würde eine freiwillige *Amtszeitbefristung auf 10 Jahre*, mit der Lameduck-Konsequenz, gut in ein derart geändertes Wahlrechtssystem hineinpassen. Es wäre ein *Zeichen der Demut* gegenüber dem Wähler.

Die langen Amtszeiten der Bundeskanzler *Adenauer* und *Kohl* hatten zwar rückblickend ihre guten Gründe, in der Dynamik des Nachkriegsaufbaus, beziehungsweise in der Nachwende. *Merkel* hat *Trump* ausgehalten und EU-Europa zu stabilisieren geholfen. Insgesamt haben aber die langen Kanzlerschaften, zumindest die 16 Jahre der Bundeskanzlerin *Merkel*, Deutschland zwar einerseits befriedet, aber auch *entpolitisiert*. Gute Könige und Königinnen sind wie gute Hirten und wie man es so sagt „ein Segen“ (von Oben). Aber sie haben der AfD das „Merkel muss Weg“ Wahlkampfthema gebracht und sie zur großen Oppositionspartei stilisiert. Kanzler *Scholz* setzte im Wahlkampf und auch danach seinerseits auf die *Fortschreibung* des *Merkel*-Bildes.

Es war und ist auf die „*stille Achtung der Mitte*“ ausgerichtet. Damit provoziert es eine Fundamentalopposition der „*lauten Empörung vom Rande*“ her.

Insgesamt ist also abzuwägen, ebenso wie *Decker* es anbietet. Nur ist nunmehr die Antwort anders und mit Blick auf den Nationalpopulismus und vom alten Kern der Demokratie aus zu geben.

Höchste Repräsentanten müssen nicht nur abgewählt werden können, sie dürfen ihre *Rolle nur auf Zeit* innehaben. Wer wie Chinas Präsident *Xi*, die chinesische 10-Jahres-Regel aufhebt, der mag die heimliche Macht und Netzwerke der in China so hoch zu verehrenden *Altpräsidenten* fürchten, aber er *vergöttlicht* zugleich seine Position. Die westliche Demokratie dagegen ist vorrangig säkular angelegt.

- *Decker* meint, vor allem Präsidialsysteme hätten und benötigten eine Amtszeitbegrenzung. Aber *Merkel* hat durchaus *präsidial* regiert. *Erdogan* hat gezeigt, dass auch der *Wechsel zu einem Präsidialsystem* möglich ist.

- Frankreich hat sich zuletzt 1958 eine neue Verfassung gegeben. *Meloni* erwägt 2022 für Italien eine Präsidial-Verfassung. Es ist der besondere deutsche Glaube an die seit 1949 erlebte und wieder eingeübte *Macht des Rechts*, der uns davor zurückschrecken lässt, uns solche politischen Szenarien vorzustellen und ihnen zu begegnen. Wir verwenden dazu die bekannten *Neutralisationstechniken* von *Freud* und *Matza/Sykes* und halten an unserer eigenen Zivilreligion des Bekenntnisses zur unserer *Verfassungsidentität* fest. Aufbau und Wende haben uns abgelenkt.
- Dieser alte *Rechts- und Werteglaube* ist aber in der Tradition *Ostdeutschlands* und in der Tradition vieler *Einwandererfamilien*, sowie analog in Osteuropa, *nicht im gleichen Maße* vorhanden.
- Er wird jetzt auch durch die mehrfachen Krisen (Pandemie, Klima und Russland-Ukrainekrieg mit Energiekrise, Inflation, Migration) mit *Anpassungsanforderungen* und *Notgesetzen* getestet.

Ferner gibt es ein nicht zu unterschätzendes *Machtgefühl der Mitte-Demokraten* das mit dem *Wechselzwang* nach zwei Amtsperioden oder nach 10 Jahren verbunden ist:

- Es sind unsere Gesetze, die unsere *faktischen Wahlkönige* oder die *Wahlköniginnen* dazu zwingen, abzutreten. Die *Exekutive* ist und bleibt auch im demokratischen Gesetzesstaat ein mächtiger Leviathan. Er verkörpert das Gewaltmonopol des Bundes. Eben dieses Monopol erstreben auch die Rechtsnationalisten.
- Mit der Befristung begänne nach spätestens nach 10 Jahren eine neue „Führung auf Zeit“. Schon diese *Aussicht* verschaffte uns ein anderes Demokratieverständnis. Auch der gegenwärtige Kanzler *Scholz* regierte nur befristet.
- Jede junge Generation hätte später dann bereits einen solchen Wechsel miterlebt, indem sich auch eine beliebte Amtsinhaberin der Idee der Demokratie rechtzeitig beugt.
- Die lebendige Mitte-Demokratie stünde erkennbar über der Personalität von Übervätern und Übermüttern. Wir sind jetzt in Deutschland *erwachsene Demokraten*.

Das wichtigste formale Argument aber lautet:

- *Feste Riten* schaffen Vertrauen.
- Der Bruch mit ihnen wird zum *sichtbaren Tabubruch*, den auch *unpolitische Mitläufer-Menschen* mitzuempfinden vermögen.

Insofern handelt es sich um eine *negative Notstandsregel*, die wir jetzt benötigen und die wir uns jetzt auch als EU-europäische Demokraten leisten können (müssen).

- **Bundesminister.** Steigt eine solche Person nach 10 Jahren in Ministerämtern nicht zum Kanzleramt auf, so sollte auch sie Platz machen und dem Volk zeigen, dass Menschen in der Demokratie nur „auf Zeit“ herrschen.

Wer ein politisches Amt auf der *Ministerebene* führt, der begibt sich eher in die Rolle eines *hohen Beamten* als in diejenige eines politischen Freischaffenden. Generell muss mit dem Amtswechsel spätestens nach zehn Jahren auch, und insofern analog zu den Beamten, das *Prinzip der Zurückhaltung* verbunden sein.

Er muss deshalb auch nach der Dienstzeit *besser alimentiert* und kann in seiner *Alt-Rolle* auch *gemeinnützig* eingesetzt werden, wie etwa auch *ehemalige Bundespräsidenten*. Es sollte für Alt-Bundesminister, wie *Schäuble*, auch das Recht bleiben, als *einfache* Abgeordnete im Parlament zu wirken.

- **Parteiämter.** Dies gilt auch für Führungsämter in den *Bundesparteien*. In einer so erfolgreichen Parteiendemokratie geht es vorrangig darum, dass die Parteien mit dem *Rollenwechsel* in ritueller Form umgehen oder es lernen müssen (siehe etwa in Polen: Dort ist *Jarosław Kaczyński* seit 1990 in verschiedenen Rollen tätig).

- **Politische Besonderheit des Bundes.** Aber wer unter den Stichworten „Merkel und Entpolitisierung“ im Internet nachsucht, wird finden, dass seit Jahren als Kritiker der *merkelschen* Entpolitisierungstechnik insbesondere die Oppositionspolitiker, die kritischen Politologen und die pointierten Vertreter von Meinungsmedien hervortreten. Sie alle haben ein gut verständliches eigenes und *besonderes Interesse* an der *Politisierung*.

Die *Gegenfrage* wäre, ob wir denn überhaupt eine hochpolitische Staatsgesellschaft wollen, etwa diejenige der französischen „Gelb-Westen-Bürger-Bewegungen“ oder eher weitgehend mit der Politik zufriedene Bürger, die in einer föderalen Staatsgesellschaft leben, in der unterschiedliche Koalitionsparteien regieren, die auf drei staatlichen Ebenen gegeneinander antreten.

Am Ende geht es darum, die Mitte zwischen der *demokratisch-erregten Politisierung* der Gesellschaft und ihrer *arbeitsteilig-vertrauensvollen Befriedung* zu finden.

Auf der Ebene der Gemeinden und der Bundesländer ist das *clan-ähnliche* Modell der langjährigen *gefühligen* Landesväter und Landesmütter mit ihrem hohen Amtsbonus nachvollziehbar. Die Länder ersetzen die alten „Stämme“. Sie treffen jedoch keine Entscheidungen über „Krieg und Frieden“. Zudem *moderieren* sie nach innen bereits in erheblichem Maße.

Dagegen ist die *Idee der Souveränität des Staates* mit der harten Bundesstaatlichkeit verbunden. Der Bund agiert nach außen. Die Inhaber des Kanzleramts oder in anderen demokratischen Staaten des Präsidentenamtes treten

nach außen als „die Akteure“, die Global Players auf. Sie nehmen internationalpolitisch denselben Rollenrang ein wie die vielen *Autokraten*. Auch deshalb muss ihre Zeit *sichtbar* begrenzt sein.

Außerdem ist das *Selbstkonzept der Bundespolitiker* zu überdenken. Für die „freien“ *Abgeordneten* kann etwas anderes gelten als für hohe *Amtsträger*. Gewählte Abgeordnete sollten weiterhin zeitlich unbegrenzt tätig sein dürfen. Aber die männlichen oder weiblichen Kanzler und Minister oder auch die langjährigen Oppositions- und Parteiführer sollten sich für diese *Ämter* und *Anwärter-Rollen* und deren langdauernde *Gemeinwohlbindung* entschieden haben. Sie sollten dafür hinreichend *alimentiert* und anschließend als „Elder Statesmen“ oder „Stateswomen“ weiterhin mit gemeinnützigen *Sonderaufgaben* betraut werden und sich auch nicht für *kommunale* politische Ämter zu schade sein.

Alle hohen politischen Bundesämter sollten *nur auf Zeit* vergeben werden. *Zehn Jahre* bilden auch für sie die äußerste Grenze.

- ***Befristung als logischer EU- und weltweiter Demokratiegrundsatz.*** Die Begrenzung auf zwei Wahlperioden gibt es bereits in vielen Präsidentialdemokratien, vor allem in den USA und in Frankreich. Sie sollte zum *gesamtwestlichen Demokratieprinzip*, und zwar auch für *Ministerpräsidenten* und *Kanzler-Demokratien*, erhoben werden. Es kommt nicht auf den Titel Präsident an, sondern auf die faktische *Machtfülle* und den unvermeidlichen Personenkult, lies: *Amtsbonus*, bei Wahlen.

- Autokraten, wie *Putin* und *Xi*, und rechtspopulistische Führer, wie *Erdogan*, haben mit *Verfassungsänderungen* ihre an sich begrenzte Amtszeit verlängert.
- *Orban* regiert in Ungarn seit 2010, *Netanjahu* in Israel, inzwischen mit Rechtsradikalen verbündet, seit 2009.

Aus der Sicht der Autokraten liegt ein Problem der Befristung darin, dass ihnen nachträglich meist zu Recht Anklagen wegen Korruption und Machtmissbrauch drohen.

Im antiken Athen wurden im 5. Jahrhundert vor Chr. die abgewählten Machthaber mit einem Scherbengericht (*Ostrakismos*) auf Zeit aus der Stadt verbannt.

Es gilt also, für Demokratien eine Mitte zu finden.

So ist das ehrende Konzept des „Elder Statesmen oder Stateswomen“ zu pflegen und vermutlich institutionell auch in Deutschland weiter *zu verfestigen*. Jedenfalls ist einem *10-jährigen* Machthaber ein *Staats-Haus* jenseits der *politischen Zentralen* anzubieten und die Sicherung eines angemessenen Unterhaltes anzubieten.

Freiheitsstrafe gegenüber Präsidenten etc. sollten nur in Extremfällen nach dem Völkerstrafrecht erfolgen und auch dabei beachtet werden, dass auch die USA nur nach ihrem *Binnenrecht* agieren. Hier stehen sich „Welt-Politik und Welt-Recht“ gegenüber.

Das Aufkommen von Dynastien von *Alfa*-Amtsträgern (USA: Kennedys, Bushs und Clintons oder in Griechenland, Familien Karamanlis und Mitsotakis, und den Philippinen, Marcos, etc.) sollte geächtet sein. Derartige „Adels-Marken“ (Brands) dürfen nicht zur Wahl stehen. Einen „Namen“ muss sich in der Demokratie jeder Staatsmann und jede Staatsfrau selbst erwerben.

- ***Der Weg.*** EU-Europa sollte mit *Empfehlungen* vorangehen oder mit Beschlüssen den Verbund von *Rechtsstaatlichkeit und Demokratie* entsprechend ausdeuten. Amtsmacht muss erkennbar befristet sein. Auch Kanzler und Ministerpräsidenten treten in der EU politisch (materiell) als höchste Staatsvertreter auf.

Für Deutschland ist vermutlich eine Verfassungsänderung erforderlich, weil das Grundgesetz die Begrenzung der Amtszeit des Bundeskanzlers nicht ausdrücklich vorsieht. Die Änderung aber wird an der CDU/CSU scheitern, weil sie das warme Konservative des Übervater- und Übermutterkonzeptes mitverkörpert und ihre entsprechenden Kanzler-Traditionen nicht beschädigt wissen wird. Gegen eine Verfassungsänderung wird mutmaßlich auch die SPD stimmen, und zwar solange sie den Kanzler stellt; denn mit einer solchen Diskussion würde dessen Stellung und auch seine Persönlichkeit hinterfragt, er erschiene plötzlich als austauschbar. Kaum ein erfolgreicher Regent wird sich schließlich die Chance auf eine dritte Amtszeit verbauen und zuvor mit einer *Lame-duck*-Situation leben wollen.

Dennoch erlebt gegenwärtig die *gesamte westliche* und die *östliche Welt* die oben genannten Beispiele. Es handelt sich also nicht mehr nur um eine binnendeutsche Kanzlerfrage. Die *Schwarm-Vernunft EU-Europas* sollte eingreifen.

Insofern stellt die deutsche Demokratie, ohne Amtszeitbegrenzung und mit einer Tradition von *konservativen Langzeitkanzlerschaften* vor dem Hintergrund der mächtigen *rechtspopulistischen* Strömung in Europa und der Welt nur eine *relative Demokratie* mit einer bereits insofern *offenen Flanke* dar.

2. *Gegen undurchsichtiges Berufspolitiker-Establishment: Ergänzung und Kontrolle durch ausgeloste politische Schöffämter in parlamentarischen Ausschüssen.* Die populistische Standardkritik am politischen „Establishment“ ist zu bedenken. Sie wendet sich gegen die *Verhärtung* der Macht und das *Verwachsen* der Rolle der Berufspolitiker mit dem der staatlichen Institutionen.

Die Altparteien, und inzwischen auch die Grünen, erscheinen als ein „Parteienkartell“, das sich in der Macht immer abwechselt und Wahlkampf mit flachen Parolen um Gefühle führt. Alle Parteien sind zudem über den Bundesrat

mit an der Gesetzgebung beteiligt. Die Berufspolitiker erscheinen als *Teil des Staates*, die sich ihre Stimmen nur abholen. Nimmt man die Parteispenden aus der Wirtschaft hinzu, so bildet sich der Eindruck eines undurchsichtigen „Deep State“. Es ist der Preis für die hohe *Arbeitsteilung* in Form der „repräsentativen Demokratie“ durch Dienstleister.

Die Antwort darauf wird zu Recht schon diskutiert. Sie lautet:

Ergänzung und Kontrolle durch ausgeloste politische Schöffenämter, und zwar vor allem in den Ausschüssen der Parlamente, zumindest soweit sie öffentlich tagen oder tagen könnten!

- Die Machbar- und die Wirksamkeit belegt das Beispiel der vereidigten und der vergüteten Laienrichter (Schöffen).⁸⁷
- Eine solche Reform könnte mit einer *beratenden Tätigkeit* beginnen. Dafür bedürfte es auch keiner Verfassungsänderung.
- Ideal wäre es, für *jeden Wahlkreis* einen *vereidigten Schöffen* (m/w/d) auszulosen und ihn per Los auf die *Ausschüsse* zu verteilen.
- Über die anfängliche Dauer von einem, zwei oder vier Jahren ist nachzudenken. Hilfsschöffen sind ebenfalls auszulosen.
- Auch arbeitsteilige *Zweigeschlechter-Paarungen* könnten als Option möglich sein. Paarungen nähmen den Druck von den ausgelosten einzelnen Politik-Laien und erlaubten Rückkoppelungen.

Dies wäre ein erfolgreiches altes Gerichts-Element einer „aleatorischen Demokratie“⁸⁸. Sie verbindet beides, den professionellen politischen Sachverstand, von immerhin demokratisch gewählten Repräsentanten, und die direkte Lotterie-Demokratie „von Menschen aus dem Volke“. Ihr Mitwirken würde, wie in der Rechtsprechung, die Heimlichkeit der *Rechtsfindung* aufbrechen und für eine *neutrale* soziale Rückbindung sorgen.

⁸⁷ Heidenreich, Demokratie, 2022, 245 ff: „Gemeinsam urteilen: Schöffen“.

⁸⁸ <http://www.aleatorische-demokratie.de/was-ist-aleatorische-demokratie/> (22. 4. 22); Buchstein, Demokratie. Heinrich-Böll-Stiftung, 2. November 2011, „Repräsentative, partizipatorische und aleatorische Demokratie“.

II. Relative Demokratie II: Gegen Kindervernachlässigung, gegen verzerrte Alterspyramide und gegen männerlastige rechtsnationale Wählerbasis: Erweiterung der Mitte durch demokratisches Kinderwahlrecht und dessen gegenwärtige demokratiepolitische Bewertung; verschiedene praktische Lösungen mit und unterhalb einer Verfassungsänderung; Ausblick: Änderung des Gesellschaftsklimas

1. *Gegen Kindervernachlässigung, gegen verzerrte Alterspyramide und gegen männerlastige rechtsnationale Wählerbasis.* Die Interessen von Kindern und Jugendlichen sind überhaupt nicht im demokratischen Parlament der Gesetzgeber und der Bildung und Kontrolle von Regierungen gesondert vertreten.

Dieser Umstand bildet *inzwischen* ebenfalls eine *universal-demokratische Leerstelle* von erheblichem demokratiepolitischem Gewicht.

- So besteht eine medizinisch gegründete demografische Verzerrung der biologischen Alterspyramide.
- In Deutschland, und auch vielen anderen westlichen Staaten, existiert eine *übergroße Gruppe* von Menschen zwischen *50 und 70 Jahren*, die ihrerseits überdurchschnittlich häufig rechtsnational wählt, und es sind vor allem Männer. Überdurchschnittlich haben mit 12 % die Männer und unterdurchschnittlich mit 8 % die Frauen die AfD gewählt.⁸⁹ Die *mittelalten Wähler* zwischen 25 und 59 Jahren wählten in Gesamtdeutschland, also ohne den regionalen Sondereffekt in Ostdeutschland und ohne die Trennung zwischen Männern und Frauen, *überdurchschnittlich* häufiger die AfD, zwischen 60 und 69 noch *durchschnittlich*, unterdurchschnittlich die jüngeren Erstwähler zwischen 18 und 24 Jahren.⁹⁰
- Zugleich beginnt die Wahl bei einem vierjährigen Wahlzyklus im Durchschnitt derzeit nicht mit 18, sondern statistisch erst mit *20 Jahren*. Die geplante Reduktion des Wahlalters auf 16 Jahre würde immerhin, aber auch nur einen Durchschnitt von 18 Jahren bedeuten.

Darüber ist demokratiepolitisch und auch menschenrechtlich nachzudenken.

2. *Erweiterung der Mitte durch demokratisches Kinderwahlrecht.* Die Forderung lautet:

Erweiterung der Mitte durch ein Drei-Generationen-Konzept samt demokratischem Kinderwahlrecht!

⁸⁹ https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/charts/umfrage-werwas/chart_876484.shtml.

⁹⁰ <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/umfrage-alter.shtml>;
<https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/informationen-waehler/rws.html>.

- **Drei-Generationen-Konzept.** Wertschätzung muss auch anders als nur über die *Bildung* und das *Einkommen* beschrieben werden. Das kann gelingen, wenn das *biologische Drei-Generationenprinzip* und damit die Bedeutung der *Kinder* und ihrer besonderen und *ethischen Menschenrechte* anerkannt wird. Dass dies dann eigentlich auch für das Rentensystem gelten muss, liegt zwar nahe, ist derzeit aber eine *zweitrangige Frage*, die im Rahmen der *Gestaltungsfreiheit* des Bundesgesetzgebers zu regeln ist. So gibt es schon Grundsätze hinsichtlich des „*wirtschaftlichen Kindererziehungsaufwandes*“.⁹¹ Vorrangig geht es um den Umgang mit der „*Repräsentationslücke von Kindern*“ in der Demokratie, die uns zumindest in Deutschland als eigenständige „würdige Menschen“ gelten.

- Die Geburtenrate in Europa ist gering, sie sank in Deutschland⁹² und sie belegt, dass sich der Verbund von Kindern und Erziehenden, insbesondere die alleinerziehende Mehrheit der Frauen, machtpolitisch nicht hinreichend durchzusetzen vermag. Der Satz, der Kanzler Adenauer zugeschrieben wird: „*Kinder bekommen die Leute immer*“,⁹³ ist inzwischen falsch und heute unwürdig.
- Es fehlt nicht an Sonntagsreden und an gesetzlichen Schutzpflichten, es fehlt der nächste Schritt hin zur Teilhabe an der Staatsmacht und zur sichtbaren Repräsentanz der Kinder.
- So sprechen auch wegen des kulturellen Kindermangels und vor allem wegen der erhöhten Kinderarmut in Deutschland und vielen anderen westlichen Staaten auch demografische Gründe und Art. 3 GG-Gleichbehandlungspflichten dafür. Denn andere mögliche Ausgleichsmaßnahmen, wie das Kindergeld, haben bislang nicht hinreichend gegriffen.
- „*Jeder fünfte junge Mensch unter 18 Jahren ist heute in Deutschland von Armut betroffen. Durch Corona wurde diese Lage noch verschlechtert.*

⁹¹ Siehe auch BVerfG, Pressemitteilung Nr. 46/2022 vom 25. Mai 2022, Beschluss vom 07. April 2022, 1 BvL 3/18, 1 BvR 2824/17, 1 BvR 2257/16, 1 BvR 717/16. Mit dem Leitsatz: „Weitergehende Berücksichtigung des wirtschaftlichen Kindererziehungsaufwands nur im Beitragsrecht der sozialen Pflegeversicherung geboten“, aus der Begründung „innerhalb des vom Gesetzgeber gewählten Systems der sozialen Pflegeversicherung“ (31. 5. 22).

⁹² „Geburten - Geburtenrückgang 2022“: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Geburten/geburten-aktuell.html>; zudem für Europa auf dem Stand 2020 https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/_Grafik/_Interaktiv/geburten-geburtensziffer-eu-vergleich.html; (Stand: 2020) <https://wko.at/statistik/eu/europa-geburtenrate.pdf>. Stand: 2021.

⁹³ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw03-kalenderblatt-rentenreform-488538>.

Kinder und Jugendliche mit schwierigen Startbedingungen bleiben fast zwangsläufig ihr Leben lang benachteiligt.“⁹⁴

- **Grundgesetz und Bundesverfassungsgericht.** Dazu ist für die Praxis festzuhalten, dass das *Bundesverfassungsgericht* sich bislang ausdrücklich gegen ein Wahlrecht von *entmündigten* schuldunfähigen Personen entschieden hat:

*„Ein Ausschluss vom aktiven Wahlrecht kann verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein, wenn bei einer bestimmten Personengruppe davon auszugehen ist, dass die Möglichkeit der Teilnahme am Kommunikationsprozess zwischen Volk und Staatsorganen nicht in hinreichendem Maße besteht.“*⁹⁵

Danach gelten nur diejenigen Menschen als Wahl-Demokraten und insoweit als Mitglieder des „Volkes“, die „in hinreichendem Maße“ mit „den Staatsorganen“ *kommunizieren* können. Wer also, wie auch die *konstitutionell schuldunfähigen* Kinder, nicht dazugehört, dessen gesamte Lebensinteressen dürfen im Parlament und in der Regierung *nicht unmittelbar* vertreten werden. Sie vermögen, wenn es darauf vorrangig ankommt, nicht hinreichend politisch zu kommunizieren.

Andererseits erklärt das *Bundesverfassungsgericht* immerhin und offener auch:

*„Der Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl (Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG) verbürgt die aktive und passive Wahlberechtigung aller Staatsbürger. Er ist im Sinne einer strengen und formalen Gleichheit bei der Zulassung zur Wahl des Deutschen Bundestages zu verstehen. Differenzierungen können nur durch Gründe gerechtfertigt werden, die durch die Verfassung legitimiert und von mindestens gleichem Gewicht wie die Allgemeinheit der Wahl sind.“*⁹⁶

Diese Abwägung lässt grundsätzlich Raum. Ihr fehlt aber erkennbar die Einbeziehung des Schutzes des „würdigen Menschen als Kind“ gemäß Art. 1 I GG.

So gilt derzeit:

- Das Kind ist derzeit im Hinblick auf die Demokratie ein „*bloßes Objekt*“ *der Gesetzgebung*. Es liegt ein offenkundiger Verstoß gegen die Höchstidee der „Menschenwürde ab der Geburt“ vor, Art. 1 I GG.

⁹⁴ <https://www.swr.de/swr2/wissen/kinderarmut-in-deutschland-ungleiche-chancen-sw2-wissen-2021-05-18-100.html>, (Silvia Pahl). <https://www.tagesschau.de/inland/kinderarmut-155.html>, 13.03.2022.

⁹⁵ BVerfG, Beschluss des Zweiten Senats vom 29. Januar 2019 - 2 BvC 62/14 -, Rn. 1-142, Dritter Leitsatz.

⁹⁶ BVerfG 36, 139, Erster Leitsatz. Zudem allgemein: BVerfG 28, 220, 225: „Differenzierungen können nur durch Gründe gerechtfertigt werden, die durch die Verfassung legitimiert und von mindestens gleichem Gewicht wie die Allgemeinheit der Wahl sind“.

- Unsere Kinder sind dem Konzept nach dem Schutz der „Tiere“ und der „natürlichen Lebensgrundlagen“ gleichgestellt, vgl. Art. 20 a GG.
- Art. 20 II spricht wiederum vom „*Volke*“, von dem alle Staatsmacht ausgehen soll. Zum Volk zählen nach *allgemeinem Sprachgebrauch* nicht nur die mündigen Erwachsenen, sondern auch die Kinder.
- Art. 1 und 20 gehören beide zum Kern der Verfassung und sind damit bei einer Abwägung von besonderem Gewicht, Art. 79 III GG.

Ebenso ist der Verstoß auch vermeidbar:

- In der Zivilgesellschaft sind (zumindest) seit 1900 die Kinder bereits sofort mit der Geburt *rechtsfähig*, § 1 BGB. Sie können *Eigentum erben*, gegebenenfalls auch an großen Unternehmen.
- Ihre Vermögensinteressen werden in diesen Fällen durch *Sorgeberechtigte* und bei Interessenkonflikten durch *externe Betreuer* wahrgenommen, aber immer im Kinder-Interesse. § 1626 I BGB lautet: „*Die Eltern haben die Pflicht und das Recht, für das minderjährige Kind zu sorgen (elterliche Sorge). Die elterliche Sorge umfasst die Sorge für die Person des Kindes (Personensorge) und das Vermögen des Kindes (Vermögenssorge).*“ Aber über ein *Stimmrecht*, das die Eltern oder Dritte für sie wahrnehmen, verfügen sie nicht. Insofern sind Kinder *rechtlos*.

Auch haben wir die Grundnormen, die Kinder schützen, seit 1949 erheblich ausgeweitet. Das Rechtsumfeld ist nunmehr ein anderes.

- Das „Recht des Kindes“ regelt immerhin auch Art. 24 der EU-Grundrechtecharta, allerdings ebenfalls aus einer familiären Sicht und aus einer *staatspatriarchalischen Grundhaltung* und deshalb im Verbund mit Art. 25 „Rechte älterer Menschen“ und Art. 26 „Integration von Menschen mit Behinderung“. ⁹⁷
- **UN-Kinderrechtskonvention.** Die *UN-Kinderrechtskonvention* ist seit dem 5. April 1992 für Deutschland in Kraft getreten.⁹⁸ Sie ist, wie schon ihre Präambel belegt, von dem Bekenntnis getragen, dass die Allgemeinen Menschenrechte auch für „Kinder“ (definiert bis *18 Jahre*) gelten.

In der Präambel der *UN-Kinderrechtskonvention*, die nach langer Vorbereitungszeit aus dem Umbruchjahr 1989 stammt, heißt es unter anderem:

...in der Erkenntnis, dass die Vereinten Nationen in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in den Internationalen Menschenrechtspakten verkündet

⁹⁷ Siehe etwa auch Leitlinien des Europarates für eine kindgerechte Justiz – Europäische „Good Practice“, Beispiele, Council of Europe Children’s Rights Division, Europarat – Referat für Kinderrechte https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/2_Kinderrechte/2.19_Kindgerechte_Justiz/Impuls2_LambrechtFeigl_neu.pdf, 2018.

⁹⁸ Bekanntmachung vom 10. Juli 1992 - BGBl. II S. 990.

haben und übereingekommen sind, dass jeder Mensch Anspruch hat auf alle darin verkündeten Rechte und Freiheiten ohne Unterscheidung, etwa nach der Rasse, der Hautfarbe, dem Geschlecht, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, dem Vermögen, der Geburt oder dem sonstigen Status“.

Kinder sind danach *vollwertige Menschen* und ihre besonderen Interessen sind bekannt. Die UN-Kinderrechtskonvention listet sie auf. Nur bei Wahlen wird, auch weltweit, differenziert und zusätzlich die *Mündigkeit* verlangt.

Diese westliche Grundhaltung ist also von *traditioneller* Art. Die Ansicht des *Bundesverfassungsgerichts* ist durch den Blickwinkel des *historischen Verfassungsgebers* von 1949 und der *Weimarer Verfassung* von 1919 bedingt. „Es war schon immer so“. Es handelt sich um eine Art von „vorkonstitutionellem“ Verfassungskonzept. Die *gesamte westliche Welt* verfügt über die *Tradition*, dass Kinder nicht wählen dürfen. Sie verstößt aber gegen die Logik der *repräsentativen Demokratie*. Denn möglich ist die *Repräsentation der unmündigen Kinder* durch *mündige* Abgeordnete.

- Weitgehend unbeachtet ist die *Doppelbelastung* der Eltern und sonstigen Sorgeberechtigten. Sie müssen als Wähler in schizoider Weise die Interessen ihrer Kinder und ihre eigenen wahrnehmen (Stichworte: Schule und Kita, Rente und Klimawandel). Psychologisch befinden sie sich in einem Konflikt, den man mit dem Begriff der „*kognitiven Dissoziation*“ umschreiben kann. Er bricht insbesondere bei der Stimmabgabe auf. Wessen Interessen sollen sie vertreten, die eigenen oder diejenigen der Kinder? Dieser Zwiespalt durchzieht aber *latent* ihr alltägliches *politisches Selbstkonzept*.
- Aus Sicht der Eltern und der sonstigen Sorgeberechtigten werden die Interessen *ihrer Kinder*, die als Bürger gelten, ausgeblendet. Die Stimmen der *Kinderlosen* dagegen und diejenigen der vielen, die keine Kinder mehr und noch nicht erziehen, sind mit den „Stimmen der Eltern mit Kindern“ *gleichgesetzt*.
- Auf den zweiten Blick ist deshalb über einen Verstoß gegen das Gleichheitsgebot nachzudenken, Art. 3 GG. Die *Eltern werden als Eltern diskriminiert* und gegenüber den Kindern findet eine Kinderdiskriminierung statt.
- Demokratisch liegt ein Verstoß gegen das Gebot vor, dass jedem Bürger eine Stimme, „One man, one vote“, zustehen muss, Art. 20 I GG in Verbindung mit Art. 1 I GG. Eltern und sonstige Sorgeberechtigte verfügen nicht über eine volle *eigene* Stimme. Den Menschen als Kindern ist eine eigene Vertretung verwehrt.

- Das Wort „Stimme“ wird zu wörtlich genommen. Mit Stimmabgabe ist ein Wahlkreuz in der Stille der Wahlkabine gemeint. Gewählt werden Volksvertreter. In einer repräsentativen Demokratie *sprechen* nur *Repräsentanten* auf dem Forum.

Der bekannte Staatsrechtslehrer *Isensee* wägt dennoch in diesem Sinne ab:

„Für ein Kinderwahlrecht spricht das Verfassungsprinzip der Allgemeinheit der Wahl. Diese bezieht sich auf die Gesamtheit der Staatsangehörigen. Zu diesen gehören auch die Kinder....

Es gibt gute Gründe, ein Familienwahlrecht einzuführen. Doch dazu bedarf es einer Änderung des Grundgesetzes. Eine solche Änderung wäre zulässig. Sie tastete das demokratische Prinzip nicht an, das der Verfassungsänderung entzogen ist (Art. 79 Abs. 3 GG).“⁹⁹

Eine Änderung der deutschen Verfassung wäre also aus guten Gründen angezeigt. Sie ist aber derzeit mit einer konservativen Opposition, die ihrer Grundhaltung nach auf Tradition setzt, schwierig umzusetzen.

3. *Gegenwärtige demokratiepolitische Bewertung.* Deshalb sollte auch eine einfache Änderung des *Bundeswahlrechts* zugunsten der Kinder (zumindest zunächst nur) eine *akzeptable Sonderregelung* vorsehen.

- Eine im Einzelnen auszuhandelnde Sonderregelung für die Repräsentation von Kindern und sonstigen unmündigen Menschen lässt sich schon heute, so die These, *menschenrechtlich* gut vertretbar begründen. Deshalb handelt es sich nur um eine *verfassungspolitische* Grundsatzentscheidung des deutschen Bundesparlamentes.
- Sie muss nur auch die *Abwägung* vollziehen, die das *Bundesverfassungsgericht* verlangt. Für die in Betracht kommenden Grundrechtsnormen ist sie schon umrissen.

Ein Kinderwahlrecht von der Geburt an wurde schon im Deutschen Bundestag diskutiert.¹⁰⁰ Im Jahr 2003 ist ein Antrag auf ein Kinderwahlrecht mit Unterstützung des damaligen Bundestagspräsidenten *Thierse* und seiner beiden Stellvertreter in den Bundestag eingebracht worden:

⁹⁹ Isensee, Familienwahlrecht, Humboldt Forum Recht, 3/2004, 1. Siehe auch <https://de.wikipedia.org/wiki/Familienwahlrecht> (19. 6. 23): „Die früheren Richter am Bundesverfassungsgericht Roman Herzog (CDU), Paul Kirchhof, die ehemalige Bundesfamilienministerin Renate Schmidt und der Deutsche Familienverband bewerten die Einführung eines Familienwahlrechts als juristisch sehr wohl möglich. Sie argumentieren, dass die Allgemeinheit der Wahl nach Art. 20 Abs. 2 GG und Art. 38 Abs. 1 GG erst durch das Familienwahlrecht verwirklicht wird und verfassungsrechtlich umsetzbar ist.“ Roman Herzog war *Präsident* des Bundesverfassungsgerichts und später deutscher *Bundespräsident*.

¹⁰⁰ *Bundestagsdrucksache 15/1544).*

„Dabei ist ein Wahlrecht ab Geburt dergestalt vorzusehen, dass die Kinder zwar Inhaber des Wahlrechtes werden, dieses aber treuhänderisch von den Eltern bzw. Sorgeberechtigten als den gesetzlichen Vertretern ausgeübt wird. Für den Fall, dass sich die Eltern nicht in der Ausübung des Kinderwahlrechts einigen können, sollte eine einfache und beide Elternteile möglichst gleich berechtigende Regelung vorgesehen sein.“¹⁰¹

Dieser Antrag ist allerdings gescheitert. Inzwischen sind 20 Jahre vergangen, das Thema ist aber nicht vergessen.

Eine erneute Aufforderung an die damalige Bundesregierung zur Einführung eines Wahlrechts von Geburt an ist 2008 unternommen, jedoch ebenfalls ohne Erfolg geblieben.

Geplant und gescheitert ist zudem im Wahljahr 2021 schon einmal eine *Verfassungsänderung*, die immerhin lauten sollte:

*"Die verfassungsmäßigen Rechte der Kinder einschließlich ihres Rechts auf Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten sind zu achten und zu schützen. Das Wohl des Kindes ist angemessen zu berücksichtigen. Der verfassungsrechtliche Anspruch von Kindern auf rechtliches Gehör ist zu wahren. Die Erstverantwortung der Eltern bleibt unberührt."*¹⁰²

¹⁰¹ Ausführlich: <https://de.wikipedia.org/wiki/Familienwahlrecht> (19. 6. 23, ohne die Hervorhebungen): „Beim Wahlrecht von Geburt an sollen Eltern ... so lange treuhänderisch das Wahlrecht für ihre Kinder ausüben, bis sich diese selbst in das Wählerverzeichnis eintragen lassen. Damit würde automatisch das *treuhänderische Wahlrecht der Eltern* enden...

Dementsprechend beantragten 2003 Abgeordnete mehrerer Fraktionen im Deutschen Bundestag „*Mehr Demokratie wagen durch ein Wahlrecht von Geburt an*“ (*Bundestagsdrucksache 15/1544*). Sie forderten formal das Wahlrecht für Kinder, welches bis zu ihrer Volljährigkeit jedoch von den Eltern ausgeübt werden sollte. Zu den Antragstellern zählten u. a. der seinerzeitige *Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD)*, sowie seine *beiden Stellvertreter Hermann Otto Solms (FDP) und Antje Vollmer (DIE GRÜNEN)*. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt. 2008 brachten erneut 46 Abgeordnete aller Fraktionen des Bundestages einen Antrag ein, der die Bundesregierung aufforderte, einen Gesetzentwurf zur Einführung eines Wahlrechts von Geburt an vorzulegen. Auch dieser Antrag blieb folgenlos.

Im März 2017 initiierte der Deutsche Familienverband die Kampagne "Wahlrecht ab Geburt – Nur wer wählt, zählt", mit der der Bundestagswahlkampf 2017 begleitet werden sollte. Der Verband wollte darauf aufmerksam machen, dass 13 Millionen Bundesbürger von den Wahlen zum Bundestag ausgeschlossen werde“, dazu auch: <https://wahlrecht.jetzt/> (21. 6. 23).. zudem: Presseportal, <https://www.presseportal.de> ›, 09.10.2021 — Berlin (ots). „Die neue Direktorin des Deutschen Jugendinstituts, Sabine Walper, hat sich für ein Kinderwahlrecht von Geburt an ausgesprochen ...“

¹⁰² <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/kinder-und-jugend/kinderrechte/kinderrechte-ins-grundgesetz> (4. 4. 22), siehe zu den vielen *einzelnen* Kinderrechten des Bundes auch: <https://www.kinderrechte.de/kinderrechte/die-gesetzlichen-regelungen-in-deutschland/> (12. 10. 22)

Das „rechtliche Gehör“ von Kindern kann vor Gericht jedenfalls, nach dem Alter persönlich oder auch durch Rechtsvertreter wahrgenommen werden, die die Sorgeberechtigten auswählen.

Ein *neuer Anlauf* erscheint im derzeitigen Jahr 2023 aus mehreren Gründen geboten. Es wäre mit einem Einstieg in eine Probephase, unterhalb einer Verfassungsänderung, auch für die Ampelkoalition von SPD, Grüne und FDP durchsetzbar. Die Phase der *CDU/CSU-Langzeitkanzlerin Merkel* ist jedenfalls abgeschlossen, ein *Umbruch* hat stattgefunden. Er drängt uns zu erneut denken:

- Eine eigenständige politische Macht der Kinder wäre politisch „klug“, denn in der vernünftigen forensischen *Demokratie der Mitte* geht es um das faire Aushandeln. Dazu gehören die Kinder.
- Einerseits müssen Kinder immer auch *zukünftigen gesamtgesellschaftlichen* wirtschaftlichen Wohlstand der Aktiven wollen, den sie auch *erben*.
- Andererseits müssen sie dessen *Nachhaltigkeit* und *Langfristigkeit* wollen, so wie die „Friday for Future“-Bewegung oder die „Letzte Generation“ es uns erklären.

Diese Umstände, und mehr, sind mittelfristig und auch langfristig abzuwägen. Aber ohne ein *faïres* Aushandeln, also die *Selbstorganisation* des Systems Deutschland, ist kein vernünftiges politisches Ergebnis zu erwarten.

- Schon der Kampf um das *Frauenwahlrecht* hat gezeigt, was die Forderung nach Kinderrepräsentanz weiterhin erwartet, und sei es auch nur als eine gewählte *Kinderkammer* mit beratender Stimme.
- Auf der harten Machtebene der parlamentarischen Demokratie hat offenbar, und plakativ formuliert, die Mehrheit der *allein regierenden Erwachsenen* Angst vor der Macht der zusätzlichen Stimmen von Kindern.
- Die Folge ist, unter anderem, dass Erwachsene ungestört weiter *mittelfristig* von Wahl zu Wahl denken (können). Zudem plant auch die *Wirtschaft* weitgehend mittelfristig,¹⁰³ weil langfristige Prognosen für sie und ihren *Gewinnhorizont* nicht mehr zu erstellen sind.
- Es muss also auch insofern und etwa für den *Klimawandel* ein demokratischer Aushandlungsprozess stattfinden, der die Gesetze der Natur mit zu bedenken hat.

Kinder haben Interesse am Planen für „*zukünftige Generationen*“. Darauf verweist nunmehr auch das *Bundesverfassungsgericht* im Jahr 2021 in seiner Klima-Entscheidung:¹⁰⁴

¹⁰³ Zur sozialen Zeit: Montenbruck, *Zeit*, 1996, 649 ff., etwa 668 ff.

¹⁰⁴ BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021- 1 BvR 2656/18 -, Rn. 1-270, http://www.bverfg.de/e/rs20210324_1bvr265618.html, aus dem ersten Leitsatz.

„Die aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG folgende Schutzpflicht des Staates umfasst auch die Verpflichtung, Leben und Gesundheit vor den Gefahren des Klimawandels zu schützen. Sie kann eine objektivrechtliche Schutzverpflichtung auch in Bezug auf künftige Generationen begründen.“

Historisch betrachtet ist dies zugleich das *alte Denken* der *agraren* Familienverbände gewesen. Insofern muss die mittelfristige hektische Stadt mit ihrer Aufklärung *komplexer* werden und *auch* den Weg „zurück zur Natur“ politisch bedenken.

Dabei zeigt eine ebenfalls im Jahr 2021 erwogene Reduktion des Wahlalters auf 16 Jahre, dass die deutschen Parteien immerhin bereit sind, insofern *demokratisch* zu denken,¹⁰⁵ jedoch heißt dies statistisch nur, dass junge Menschen in Deutschland im Durchschnitt nicht mehr wie bisher mit *20 Jahren*, sondern durchschnittlich mit *18 Jahren* wählen dürfen.

Kinder selbst bleiben eine *große Minderheit* von Menschen ohne *eigene* demokratische Rechte.

4. ***Erneut: Erweiterung der Mitte.*** Besonders zu beachten ist in Zeiten des Nationalpopulismus die *Realität* der heutigen Wähler-Gesellschaft. Die Forderung nach einer *fairen Mitte* ist neu zu stellen.

- Durch ein „Kinderwahlrecht ab der Geburt“ würde der Einfluss der das lebendige Staatsvolk *tragenden Elterngeneration von 25 bis 50 Jahren*, und zwar derjenigen, die *tatsächlich erziehen*, gestärkt.
- Es sind zum Teil auch die alleinerziehenden Mütter und Väter, die die Interessen ihrer Kinder zusätzlich wahrnehmen würden.
- Zugleich würde der *kulturell-medizinisch* überhöhte Stimmenanteil der Großelterngeneration, und zwar vor allem der *mittelalten Männer zwischen 50 und 70 Jahren*, die am stärksten zum rechten Populismus neigen, kulturell besonders sinnvoll abgeschwächt.

Der Anteil der Kinder unter 18 Jahre betrug im Jahr 16, 7 %. Hinzuzurechnen sind bei einem Wahlalter von 18 Jahren und einer Wahl alle vier Jahre noch die Hälfte der Jungerwachsenen zwischen 18 und 22 Jahren, 18, 5 %.¹⁰⁶ Sonstige betreute Personen, die nicht mündig sind, aber über das Menschen- und EU-Recht auf Inklusion verfügen, wären ebenfalls hinzuzuzählen.

¹⁰⁵ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw20-de-wahlrecht-ab-16-840276> (12. 12. 22).

¹⁰⁶ Statistisches Bundesamt, Bevölkerung nach Altersgruppen 2011 bis 2021 in Prozent. Deutschland, sowie von 60 bis 80 Jahren 22 %, von 80 bis 100 Jahren 7, 3, %.
<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/bevoelkerung-altersgruppen-deutschland.html>.

- Demokratiepolitisch betrachtet, würde sich das *Wahlvolk* also um knapp 20 % *erweitern* und *verjüngen*.

Ein *emotionales Element* würden wir mit einem Kinderwahlrecht ebenfalls verstärken:

- Die Kinder einer Gesellschaft *verbinden* Menschen aller Schichten, und zwar *langfristig* und *altruistisch*.
- Ihre parlamentarischen Treuhänder oder Klientel-Vertreter würden faktisch dabei helfen, eine neue Art der demokratischen Mitte aufzubauen.
- Diese Art des Minderheitenschutzes würde zudem das *ländliche Generationen-Denken* miteinbeziehen und den einfachen Kerngehalt des universellen *empathischen Fühlens* betonen.

Umgekehrt gilt also, wer das Ziel *der Sicherung einer hinreichenden Mitte* politisch verfolgen will, der sollte diesen Weg erwägen.

Wer ihn reflexartig sperren möchte, der sollte sich selbstkritisch fragen, inwieweit er noch im *alten Familienkonzept* verharrt, in dem die Kinder Quasi-Eigentum der Familien sind und er die alte Mitte nur mit einem autoritären Eltern- als Gute-Hirten-Modell verhärten will. Druck schafft Gegendruck und bietet vor allem ein *schlechtes Erfahrungs-Beispiel*.

5. *Verschiedene praktische Lösungen mit und unterhalb einer Verfassungsänderung.* In jeder *repräsentativen* Demokratie könnten auch die Kinder von *dritten Personen* als Abgeordneten „repräsentiert“ werden.

- Die Frage lautet dann nur, *wer sie wählt* und in welcher Form die *Abgeordneten agieren* dürfen.
- Diese Details sollten an sich *nachrangig* sein und es gibt Zwischenlösungen.
- Wer eine Lösung will, der findet einen Weg. Wer sie nicht will, wer also *Macht* nicht weiter teilen will, der findet dafür gute Gründe und schiebt dafür bekanntlich gern Ausgestaltungsfragen vor.

Die Frage lautet dann nur, *wer sie wählt* und in welcher Form die *Abgeordneten agieren* dürfen.

(1) ***Allgemeines Kinderwahlrecht.*** In Betracht kommt das vielfach auch *sogenannte Familienwahlrecht*, bei dem die Eltern oder sonstige ***Sorgeberechtigte*** noch einmal *zusätzlich* für ihre Kinder mit abstimmen, gegebenenfalls als Paar mit *halbierten* Stimmen. *Peschel-Gutzeit* (SPD) plädierte etwa schon lange dafür.¹⁰⁷ Man sollte aber besser, wie hier von

¹⁰⁷ Peschel-Gutzeit, Plädoyer, 1998, 1: „Plädoyer für das Kinderwahlrecht. Unvollständige Legitimation der Staatsgewalt oder: Geht alle Staatsgewalt nur vom volljährigen Volk aus? - Damals: Senatorin für Justiz in Hamburg und Vorsitzende des Kuratoriums der Deutschen Liga für das Kind. Siehe aber auch Otto, Grenzen, 2015, 245 ff. , „Einfachgesetzliche und verfassungsrechtliche Grenzen der Einführung eines Familienwahlrechts“. Zur Zulässigkeit

einem *Kinderwahlrecht* sprechen. Die gesetzlichen Vertreter nehmen, wie nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch die Rechte ihrer Vertretenen wahr. Dieses Konzept bietet die *einfachste* Wahl- und auch Rechtslösung. Sie müsste aber vermutlich *verfassungsrechtlich* abgesichert werden müsste, wird sie nicht mit Besonderheiten versehen.

- (2) ***Gedeckeltes Wahlrecht mit einer Obergrenze von zwei Stimmen ab zwei Kindern.*** Mutmaßlich bestünde die heimliche Angst der *kinderarmen* Mittelschicht vor einem politischen Machtzuwachs von *kinderreichen Großfamilien*, zumal etwa bei patriarchischen Migrantenfamilien, und auf den zweiten Blick auch für geschiedene *Männer* mit *mehreren Familien*. Insofern erweist sich *gedeckelte Kinderwahlrecht* als gut vertretbar und ist besser als keines. Die Idee der Achtung der Menschenwürde steht auch nicht zwingend entgegen. Denn ein *fiktiver Anteil* der zwei Eltern-Stimmen entfällt auf jedes dritte und vierte Kind. Auch sie wären nunmehr „*nicht bloß Objekte*“ der Gesetzgeber. Die Abgeordneten repräsentieren zudem ohnehin keinen Wähler persönlich. Sie stehen vielmehr vereinfacht mit ihrer Persönlichkeit für eine *Partei-Grundrichtung* und deren Wahlprogramm. Außerdem erlaubt der Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 GG *Sonderregelungen* bei Sonderlagen. Hier ist dies der Umstand, dass die Höchstpersönlichkeit der Wahl für Kinder ohnehin fehlt. Ebenso spiegelt das „gedeckelte Zwei-Stimmen-Konzept“ schließlich die *anthropologische Notwendigkeit* einer Geburtenrate von *2,1 Kindern pro Frau*, die zum Erhalt des „Volkes“ und damit auch des Wahlvolkes und des demokratischen Staates im Sinne des Art. 20 II GG erforderlich ist. Es gäbe also hinreichend gute Gründe für den Gesetzgeber, wenn eine weitsichtige Mehrheit es nur wollte. Jedes sorgende Elternteil würde danach modellhaft eine *halbe* oder *eine* ungeteilte Kinderstimme, aber nicht mehr, wahrnehmen.
- (3) ***Treuhänder-Wahl.*** Denkbar ist es auch, dass die Parteien im Deutschen Bundestag die speziellen Interessen der Kinder *treuhänderisch* durch ***gesonderte Kinder-Repräsentanten*** wahrnehmen lassen, die durch die *sorgeberechtigten* Eltern oder Erziehungsberechtigten *gesondert gewählt* werden etc. Das betrifft dann grob 20 % der Abgeordneten. Sie würden innerhalb der Parteien stets für ihr Klientel auftreten. Kulturell und parteipolitisch liegt es nahe, zunächst *ohne Verfassungsänderung* nur

eines Elternwahlrechts: Dokumentation, Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages <https://www.bundestag.de> › WD-3-257-19-pdf-data PDF, 20.11.2019: Verfassungsänderung von Art 38 II GG nötig, aber es wird dennoch unheilbarer Verstoß gegen das Demokratieprinzip (Art. 20, 79 III) in der Literatur diskutiert.

einen bundesgesetzlichen *Zwischenschritt* zu wagen, mutmaßlich ohne Zustimmungspflicht des *Bundesrates*.

- (4) So könnten Kinder-Volksvertreter zunächst von den *Sorgeberechtigten* gesondert und zudem als *stimmrechtslose Berater* gewählt werden.
- (5) **Gesonderte Kinder-Kammer.** Ernsthaft in Betracht zu ziehen ist eine gesonderte *Kinder-Kammer*, die bei Kindern betreffenden Gesetzen „zustimmen“ muss, analog zum *Bundesrat*. *Passiv* wählbar sollten nur Sorgerechtsträger mit Kindern sein. Home-Office und Online-Kommunikation könnten die Regel bilden.
- (6) Zunächst könnte die Kinder-Kammer mit *pflichtberatender Stimme* erprobt werden, als möglichen Einstieg in ein künftiges politisches *Drei-Kammer-Konzept*. Ein *Dreikammer-Prinzip* erlaubt die autonome Berücksichtigung der bisherigen weltweiten demokratischen Sonderrolle von Kindern im Sinne einer bloßen Familienfürsorge.
- (7) Zu beginnen wäre mit einem gesonderten *Kinderausschuss* in allen Parlamenten mit pflichtberatender Stimme. Er ist *aus dem Parlament* heraus mit solchen Abgeordneten zu besetzen, die *selbst* ein oder besser zwei Kinder erziehen oder sonst Sorgerechte für Kinder wahrnehmen. Ansprechpartner könnte das Familienministerium sein.
- (8) Die geplanten sachbezogenen *Bürgerräte*¹⁰⁸ könnten im Übergang ebenfalls helfen, diese Lösung dieser letztlich kulturellen Frage anzugehen. Sie könnten ein „*Kinderkonvent*“ mit beratender Stimme bilden. Zu besetzen wäre dies mit *ausgelosten* Erziehenden aus allen *Wahlkreisen*. Vertreter sind vorzusehen. Optional sollten auch erziehende *Paare* einen Platz besetzen können.

Der Begriff „Kinderkammer“ hätte zunächst nur einen symbolischen Charakter, so dass es keiner Verfassungsänderung bedürfte.

Parallel dazu bietet es sich an, den *Europäische Weg* zu wählen, etwa über das Europäische Parlament. Die demokratiepolitische Repräsentanz der Kinder, in welcher nationalen Form auch immer, sollte zum neuen Standard des Rechtsstaatsprinzips gehören.

Insgesamt jedoch erscheint das *gedeckelte zusätzliche Kinderwahlrecht*, das die *Sorgeberechtigten* ausüben, als die einfachste und demokratiepolitisch wirkungsmächtigste Lösung. Sie ergibt sich aus der Idee der Achtung des würdigen und beseelten Menschen, des *Homo sapiens* „von Geburt an“.

6. Ausblick: Änderung des Gesellschaftsklimas. Politisch nicht zu handeln, heißt, die *Überalterung* der Gesellschaft nicht nur stur weiter zu verfestigen, sondern auch *Kinder*, wie zuvor Sklaven und Frauen, aus der *Demokratie* auszuschließen.

¹⁰⁸ Heidenreich, *Demokratie*, 2022, 227 ff.: „Einberufung von Bürgerräten per Los“.

- Die „Mitte“ würde durch ein Kinderwahlrecht „entkalkt“.
- Zugleich erhielte unter anderem die Gruppe der *alleinerziehenden Mütter* durch ihre *Sorgerechtsstimme* auf der Kinderseite ein erhöhtes Gewicht.¹⁰⁹
- So wird zudem die Macht des extrem-regressiven Rechtspopulismus, der *überdurchschnittlich von Männern* ab 50 Jahren, insbesondere in Ostdeutschland, gewählt wird, gemindert.

Vor allem aber lösen Kinder und ihre *rituell-politische* Beachtung *jenseits* von Stadt und Land und *jenseits* von demokratischer Unter-, Mittel- oder Oberschicht *Empathie* aus.

- Die Wertungsschätzung von Kindern und die politische Pflege der Empathie ihnen gegenüber verändern das *Klima einer Gesellschaft* und verändern die *Demokratie*.
- Ihre Achtung reduziert den natürlichen Freiheitsegoismus der Demokraten wiederum auf natürliche Weise.

Fazit: Im Hinblick auf die Repräsentanz-Lücke für Kinder, die derzeit „bloß Objekte der Politik“ sind, erweist sich die westliche Konzeption der Demokratie als unvollständig.

Sie muss den Preis dafür mit einem unnatürlichen Stimmen-Übergewicht des männerlastigen Nationalpopulismus entrichten. Zudem fehlt es ihr an der parlamentarischen Einübung in Mitgefühl.

III. Jugend-Mobilisierung: durch Jugenddigitalisierung, durch Akademiker-Lesepaten und Buddykonzepte, durch örtliche Herkunftssachtung. Erweiterung der Vielfalt: durch neues Einbürgerungsgesetz und Kultivierung durch zweisprachige Schulen

Einfache Reformvorschläge sind anzufügen (unter III bis VII). Zum großen Kinderthema gehören die Folgenden:

1. ***Jugend-Mobilisierung: durch Jugenddigitalisierung, Lesepaten und Buddykonzepte, durch örtliche Herkunftssachtung.*** Die neue demokratische *digitale Wissens- und Erregungs-Welt* schafft „dem Land“ und jungen Migranten neue Möglichkeiten.

¹⁰⁹ <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61581/alleinerziehende/>: „Bei gut 1,5 Millionen Alleinerziehenden im Jahr 2019 lebte mindestens ein minderjähriges Kind im Haushalt – bei 1,34 Millionen Müttern und bei 185.000 Vätern. Die beiden größten Gruppen unter den Alleinerziehenden-Haushalten waren dabei die alleinerziehenden Mütter mit einem Kind bzw. mit zwei Kindern (48,3 bzw. 29,9 Prozent). Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Familienhaushalten lag in Westdeutschland im Jahr 2019 bei 12,0 Prozent und in Ostdeutschland bei 18,6 Prozent.“

Sie können ihren Unmut selbst oder über Medien publizieren und sich zu virtuellen *Subschwärmen* und *internationalen Metaschwärmen* verbinden. Aber sie müssen dazu auch geachtet und befähigt werden. Das gilt generell auch für die *Hauptschul-Jugend*.

So erklärt *Jeanette Hofmann* als Leiterin der deutschen Forschungsgruppe „Demokratie und Digitalisierung“ in einem WAZ-Beitrag: „*Auch bei Jugendlichen entscheidet die Herkunft über die Teilhabe*“.¹¹⁰ Sie beschränke sich auf jugendliche „*Bildungsbürger*innen*“.

Deshalb sei die Digitalisierung ein zweiseitiges Schwert. „*Junge Menschen mit Hauptschulabschluss sind dagegen kaum unter den politisch Aktiven zu finden ... Digitale Partizipation reproduziert die gesellschaftliche Ungleichheit nicht nur, sie scheint sie sogar zu verstärken*“.

Die jugend- und die demokratiepolitische Antwort darauf könnte folglich lauten:

- Vor allem *Akademikerkinder* bestimmter Schulen, die die *Oberstufe* erreicht haben, könnten veranlasst werden, *freiwillig* feste Rollen als digitale Mentoren zu übernehmen oder auch nur *Sprach-, Sing- und Leseangebote* für bestimmte örtliche Hauptschulklassen anzubieten, im Sinne des *Buddy-Konzeptes*.¹¹¹
- Der Kombination mit kurzen *Sportübungen*, die andere und körperliche Fähigkeiten verlangen, liegt zudem nahe.
- Es ist als recht *abgeschwächte* Art eines sozialen Pflicht-Jahres anzulegen. Das heißt aber (zumindest auch), es auf der *Bundesebene* anzusiedeln; es ist grundsätzlich vom *Bundespräsidenten* zu pflegen, der für Ehrungen zuständig ist und damit, wie derzeit *Steinmeier*, folgerichtig auch die Ehrenämter fördert.

Das Konzept gilt es zu erweitern:

- Die *Akademiker-Eltern* oder die *Akademiker-Großeltern* könnten über *Übungsleiter-Ehrenämter* als „Paten“ mit einbezogen werden.¹¹² Das gilt insbesondere für diejenigen, die *kein soziales Jahr* abgeleistet haben. Wer

¹¹⁰ So die Unterüberschrift des Beitrags: Hofmann, Welt, WAZ, 2022, 10 ff., weitere Zitat: 10, 13. Zugleich Kommissionsvorsitzende von: „Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Dritter Engagementbericht. Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter - Zentrale Ergebnis. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/dritter-engagementbericht-156434> (10. 6. 20). /

¹¹¹ <https://www.aktion-mensch.de/inklusion/bildung/impulse/inklusion-methoden/buddy-system-in-schule-und-freizeit> (2. 2. 23).

¹¹² <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/faqs/DE/themen/heimat/ehrenamt/ehrenamt-und-steuern/wofuer-gilt-die-uebungsleiterpauschale.html>.

zur Patenschaft fähig, aber nicht dazu bereit ist, der sollte sich, *umgekehrt*, soweit es zumutbar ist, freikaufen können. Er sollte damit einen ausgelosten, aber bestimmten freien Trägerverein für *Sprach-, Sing- und Leseangebote* unterstützen.

- Diese *konkreten* Akademiker-Ehrenämter sollten verstärkt politisch und moralisch *beworben* werden, im Sinne des „Nudge“-Konzeptes, es sollten „Anregungen“ gegeben werden.¹¹³ Es ist das Modell der „Tafeln“, anstelle von überschüssigen Lebensmitteln wird vor allem bei Akademiker-Rentnern nach „überschüssigen Sprach-, Sing- und Schreib-Kompetenzen“ gesucht. Ein Weg ist es, sie über ihre alten Schulen oder über ihre alten Universitäten anzusprechen.
- Das Prinzip des parteipolitisch blinden *Losverfahrens* sollte jedoch über Patenschaften entscheiden.
- Das Selbstbild der akademischen Herkunftseliten ließe sich auf diese Weise etwas ändern: „Bildungsfern“ aufzuwachsen, ist „menschlich“ und ein „Zufall“. Wer sich in grüne Vororte ausklinkt und sich nicht „freikauff“, der sollte dies vor sich und der Gesellschaft begründen müssen.

Schon diese Angebote könnten „Achtung und Beachtung“ ausstrahlen und Demut einüben.

Außerdem ist im Hinblick auf die „*digitale Partizipation*“ Folgendes zu bedenken und über den Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 GG zu begründen:

- „*Digitale Jugendzentren*“ mit spielerischen Angeboten könnten (weiter) ausgebaut werden und sich mit Schulen, örtlichen Vereinen, auch Sportvereinen und ihren Jugendbeauftragten vernetzen.
- Auch hier könnten digitale „Paten“ (s. o.) helfen.
- Die Haupt- und Berufsschulen könnten „digitale Partizipation“ im Verbund mit Gymnasien einüben oder zumindest den *Zugang zu digitalen Jugendzentren* ebenso bereit halten wie zu realen örtlichen Jugendzentren.

2. Erweiterung der Vielfalt: durch neues Einbürgerungsgesetz und Kultivierung durch zweisprachige Schulen. Die gegenwärtige Regierungskoalition hat die Grundzüge eines neuen „*Gesetzes zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts*“ im Koalitionsvertrag vereinbart und bringt es derzeit auf den Weg.

Es soll unter anderem helfen, die große Zahl von Einwohnern *ohne deutschen Pass* in die deutsche Staatsbürgergesellschaft mit allen Rechten und Pflichten

¹¹³ https://en.wikipedia.org/wiki/Nudge_theory (20. 2. 23). Dort auch zur Fragen nach der Effektivität, es bleiben jedoch die symbolische Seite und die öffentlichen Narrativen von „Guten Paten“.

einzugliedern und die dringend nötige Zuwanderung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Wesentlich ist dabei für das Selbstverständnis der *Demokratie* auch die *doppelte Staatsbürgerschaft*, die es für andere EU-Staaten ohnehin schon gibt.

Demokratiepolitisch werden mit einem solchen Gesetz

- die *Globalisierung* gefördert und
- die *Nationenidee* abgeschwächt.
- Die negativen Reaktionen von konservativen bis rechtsnationalen Parteien und Gruppen sind aber naheliegend; deshalb ist ein *Mischkonzept* auszuhandeln.

Demokratiepolitisch bietet jede *Vielfalt* einen Vorzug, sie stört die Bildung von autokratischen Einheitsparteien. Auch etwa der *Milgram*-Gehorsam schmilzt bei einem weiteren Versuchsleiter.

Zu bedenken ist aber, dass viele, auch viele der bereits anwesenden Migranten, aus einer Heimat stammen, die *patriarchalische Clan-Strukturen* mit Erfolg pflegen und deren Familienverbände sie auch in der neuen Heimat mit stützen.

Emigranten neigen zudem dazu, *aus der Ferne* die alte Heimat zu mystifizieren und sich deren außenpolitische Stärke zu wünschen. Verfügen sie über ein Wahlrecht im Ursprungsstaat, lehnen sie dann autokratische Ausprägungen, wie in der Türkei, vielfach nicht ab, wenn sie *aus ländlichen Gebieten* mit Familienverbänden stammen.

Ebenso bleibt zu bedenken, dass die westlichen Demokratien immer eine *Hochkultur* der Geistes- und Naturwissenschaften darstellen. Daran ist anzuknüpfen. Über alte *Hochkulturen* verfügen jedoch auch viele Herkunftsländer, wie die osmanische, die arabische, die persische oder vietnamesische. Dasselbe gilt für Regionen Afrikas oder Südamerikas oder für Indien und die Philippinen, die ihrerseits europäische Kolonialsprachen verwenden.

Sie mit *zweisprachigen Schulen* zu pflegen, liegt deshalb schon aus demokratiepolitischen Gründen nahe. Die Grundideen der Achtung der Menschenwürde und der freien Entfaltung der Persönlichkeit sprechen ohnehin dafür.

Die Kinder der entsprechenden Einwanderer würden in ihrem

- Selbstbewusstsein gestärkt,
- auch gegenüber ihren Eltern und
- zudem gegenüber den Verwandten in der alten Heimat.

Als Erwachsene können sie in *zwei Kulturen* selbstbewusst agieren und auch die Idee von wissenschaftsgestützten fremden Hochkulturen mit ihrem Beispiel illustrieren.

Passende „native Speaker“ sind analog zu Islam-Lehrern nach und nach an *deutschen Hochschulen* auszubilden oder erhalten ein deutsches digitales *Zusatzstudium* etc. Ein Rahmenkonzept der *europäischen* zweisprachigen Schulen existiert zum Beispiel in Berlin.¹¹⁴

Die entsprechenden *Kulturfächern* wiederum erhielten mehr Zulauf, Anerkennung und Aufgaben. Sie würden auch für die Ursprungsstaaten „Lehrarbeit“ leisten und wiederum dortige Angebote aufgreifen können.

Geförderte Privatschulen könnten zwar den Übergang bieten, bergen aber die Gefahr, wie bei Moscheegemeinden, dass autoritäre Staaten erheblichen Einfluss nehmen.

Deshalb liegt es nahe, eine *säkulare Alternative* vorzuhalten. Sie ist im Einvernehmen mit den Bundesländern *bundesweit* einheitlich anzubieten.

Migranten sind bundesweit verstreut und verteilt. Zur Sicherung der „Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen“ bietet sich Folgendes an:

- *Gesonderter Sprachunterricht* und Lektüre lassen sich *digital vorhalten*. Digitale Angebote lassen sich *grundsätzlich* bundes- oder länderweit zu bestimmten Schulstunden oder auch am Sonnabend (säkulare Variante der Sonntagsschule) anbieten. Teilnahmeerfolge, allein oder als ausgeloste Kleingruppe, lassen sich geschickt nach dem *Game-Level-Prinzip* bundesweit belohnen.
- Die einzelnen Schulen könnten diejenigen Stunden, die für eine andere Zweit- oder Drittsprache vorgesehen sind, dafür sperren und notfalls ein digitales Selbststudium in diesen Zeiten vorsehen. Erzieher könnten das *Selbststudium* in Nachmittagsstunden überwachen.
- Die Kinder selbst würden dann in ihren *örtlichen Klassenverbänden* verbleiben und dennoch die eigene *Hochkultur* in akademischer Form kennenlernen, ein Weg, der zumeist ihren Eltern und Großeltern verwehrt blieb.
- Hochkulturen im hier gemeinten *Sprach-Sinne* bestehen nicht vorrangig aus Religionen und politischen Herrschaftssystemen, sondern vor allem aus Sprachkunst, Narrativen und Wissenstraditionen.
- Nahe liegt es dabei, den Vergleich mit der westlichen Kultur und die Bedürfnisse der Gegenwart im Blick zu behalten.

Kulturwissenschaften helfen bei der Akzeptanz von Globalisierung und Vielfalt und auch bei der Einordnung der deutschen Verfassungsidentität der Art. 1 und 20 GG, 79 III GG. Insbesondere hinter der Idee der unantastbaren

¹¹⁴ <https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/besondere-schulangebote/bilinguale-bildung/>
(30. 11. 22)

Menschenwürde steht ein gesamtes kulturelles Konzept, das heute zudem die Frauenrechte und die Kinderbilder mit umfasst.

Die demokratische Mitte erhalte auf diese Weise weiteren Zulauf, weitere Vielfalt und weitere Bildung.

IV. Erweiterung der Vielfalt: anti-autokratische Verfassungsreform mit Option der Doppelbesetzung von Höchstämtern (w/m/d)

Erweiterung der Vielfalt: anti-autokratische Verfassungsreform durch Option der Doppelbesetzung von Höchstämtern (w/m/d). Jeder Autokratie-Gefahr wird schon einmal durch die Verfassungskultur der Gewaltenteilung und der Vielfalt entgegengewirkt.

Dazu gehören dann auch die *Höchstämter*. Deren Macht in *einer Hand* zu halten, erlaubt dem Amtsinhaber die Machtergreifung und das Umkippen-Lassen, nach den Klimamodellen, des demokratischen Systems in eine Autokratie. Der bekannte Weg geht entweder über den Missbrauch des gefühligen *Opfer-Populismus* (*Erdogan, Orban*) oder über den Bürgerkriegsweg des *Militarismus* (*Ägypten, Myanmar*).

Die deutschen Grünen und die SPD demonstrieren auf der höchsten Parteiebene, dass die *Doppelbesetzung* der *Partei-Spitze* möglich und handhabbar ist. Die grün-linke „TAZ“ spricht die Frage einer grünen Doppelkanzlerschaft immerhin an und meint zu Recht, Allein-Führung sei ein *Relikt der Monarchie*.¹¹⁵ So stammt übrigens unser Wort für „Regierung“ von *rex*, lat. für König.

Als *Option* sollte zumindest eine Doppelspitze möglich sein. Die Gründe, die dafürsprechen, sind folgende:

- Paarungen haben sich grundsätzlich, und zwar aus *spieltheoretischer Sicht*, als ein Faktor der Stabilisierung erwiesen. Schon damit ist zu erwarten, dass sie auch ein erhöhtes Vertrauen generieren.
- Zudem zeigen die einfache Biologie und auch unsere westlichen Sprachen uns an, dass die *Existenz zweier Geschlechter* von erheblicher Bedeutung für den einzelnen Menschen und auch für eine Gesellschaft ist.
- Bei der Allein-Wahl eines Mannes oder einer Frau in ein höchstes Spitzenamt, wie des Kanzlers (abgeschwächt für den Bundespräsidenten

¹¹⁵ <https://taz.de/Kanzlerinnenkandidatur-der-Grünen/!5763208/> 18. 4. 21.
„Kanzler*innenkandidatur der Grünen: Doppelspitzen können es besser. Wie unvernünftig, immer nur auf einen zu setzen! Unser Autor plädiert daher für mehr Führungsduos. Auch im Kanzleramt.“ ... „Die Einpersonenspitze ist ein Erbe der Monarchie“.

oder den Bundestagspräsidenten) entsteht eine langjährige *Repräsentationslücke* für das fehlende Geschlecht.

- Zu fragen ist auch *umgekehrt*, ob denn individuelle Alfa-Besetzungen notwendig sind. Denn sie öffnen zugleich die Tür für ein *autokratisches* Staatskonstrukt.
- Eine mögliche oder gar übliche Doppelbesetzung belegt hingegen den Weg zum *dialektischen Denken* der *Demokratie*. Man könnte die fehlende Doppelspitze deshalb auch als einen „Mangel an demokratiepolitischer Klugheit“ unserer westlichen sozialrealen Demokratie ansehen und als Rest von alfa-patriarchalischen Konzepten einordnen.
- Geschlechterpaarungen erwecken ferner in uns allen das *Gefühl* der *idealen Elternschaft*. Die Rolle der unbezahlten und ungewählten „First Lady“ als der tatsächlichen Lebenspartnerin der männlichen Spitzenpolitiker der Welt verfolgt das Volk gern. Sie soll die Persönlichkeit des Gewählten oder auch der gekrönten Häupter familiär abrunden. Das Bedürfnis nach einer Paarung zeigt sich also auch hier.
- Beim Amtsinhaber wiederum mindert es aus psychologischer Sicht die „Einsamkeit an der Spitze“; es reduziert das bekannte *Autokraten-Problem*, im Laufe der Zeit das eigene Macht-Ego zu stark mit dem Staat zu verbinden und an den eigenen Personenkult zu glauben.
- Eine bloße Option zu fordern, genügt jedoch. Sie erlaubt uns, praktische Erfahrungen zu sammeln, eröffnet politischen Vielfalt und bereichert die Verhandlungsmasse.

Insofern lohnt es sich, weiter über Doppelämter nachzudenken.

Ein männliches Doppelkönigtum¹¹⁶ hat es auch in der mittelalterlichen Geschichte gelegentlich gegeben. Auch das republikanische Rom hat jährlich jeweils *zwei Konsuln* in einer der römischen Volksversammlungen gewählt, also aus Sorge vor Alleinherrschaft die Macht geteilt. Im Jahr 1918 hat man zur Vorbereitung der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 immerhin von der Möglichkeit einer *Doppelkanzlerschaft* gesprochen.¹¹⁷ In den USA wählt jeder Bundesstaat zwei Senatoren.

Es gibt ohnehin bereits das Amt des Vizekanzlers, so heißt es in Art. 69 GG. „*Der Bundeskanzler ernennt einen Bundesminister zu seinem Stellvertreter.*“ Es geht *insofern* nur um die Aufwertung des *Vizekanzlers* durch eine Wahl zum *Mitkanzler*. Die verfassungsrechtliche Stellvertretung könnte man dennoch zusätzlich beibehalten, aber die Idee eines *eigenen Ministeriums* für einen der beiden Amtsträger ist aufzugreifen: Für die *Außenwirkung* bietet sich das

¹¹⁶ <https://de.wikipedia.org/wiki/Doppelkönigtum> (10. 10. 22).

¹¹⁷ Stier-Somlo, Verfassung, 1919/2020, 9.

Außenministerium an, das sich ohnehin ständig mit dem Kanzleramt absprechen muss.

Nach innen und für das eigene Volk liegt das *Sozialministerium* nahe. Es verkörpert die *Solidaritätsidee* und verfolgt das Prinzip der „zuteilenden Gerechtigkeit“. Es entstammt der alten eher *weiblichen* fürsorgenden „Caritas“, die gleichberechtigt neben dem eher *väterlichen* „Recht“ und seinem strengen Statusdenken steht.

Auch wegen dieser *alten Paarung* von „Recht und Barmherzigkeit“ (*Thomas von Aquin*) liegt es nahe, eine *geschlechtsbezogene Doppelkanzlerschaft* in Betracht zu ziehen, ohne dass damit auch die konkrete Besetzung der beiden Funktionen vorgeben sein sollte.

Gibt es internen Streit, gilt dasselbe wie in Koalitionsregierungen. Es ist das Wohl der Staatskinder entscheidend. Für die Richtlinien-Kompetenz gem. Art. 65 GG gilt die interne Arbeitsteilung, es hilft ein Koalitionsausschuss oder der Druck des Bundespräsidenten als Paar-Mediator. Der *inszenierte Streit* auf dem Forum gehört zur *Parteienpolitik*. Das offene *Aushandeln* ist sinnvoll und die Meinungen im Volk werden dabei sowohl *zugespitzt*, als auch *repräsentiert*. Das ist wichtiger als die scheinbar *autokratischen* Richtlinien-Entscheidungen, die in den üblichen Koalitionsregierungen auch nur von *symbolischer* Art sind.

Am Ende geht es also um den parteipolitischen *Willen zur Doppelspitze* und um die die Frage nach deren *Effektivität*. Eine Wirtschaftsstudie bestätigt jedenfalls: *“findings confirm a positive link between women on boards and economic growth. Because of their relational abilities, women on boards are more likely able to engage with multiple stakeholders and respond to their needs, resulting in an avenue for demonstrating social responsiveness”*.¹¹⁸

Stakeholder sind in der Demokratie die Demokraten. So kann eine „Doppelkanzler-Paarung“ sich viel *komplexer* verständlich machen. Es beeindruckt das Volk dann auch weniger ein „einzelnes sprechendes Gesicht“ im Fernseher, sondern die dialektische Vibration einer Paarung, die uns anspricht. Sehen wir nur eine Person, so assoziieren wir zugleich die andere mit. Auch eine Parole wie „Merkel muss Weg“ verliert an Schlagkraft, wenn sie gegen ein gleichberechtigtes Paar von Regenten auf Zeit gerichtet ist. Hassbotschaften entschärfen sich.

Die *Evolution der Zweigeschlechtlichkeit* belegt jedenfalls den großen Erfolg von Eltern, die ihrerseits *höchst-individuelle Kinder* hervorbringen. Auch kinderlose Verwandte bieten vielfach ihren Beitrag.

¹¹⁸ Galbreath, influences, Management & Organization, 2011, 17 (1), aus dem Abstract.

Solche „eigenen Kinder“ stellen zudem alle unsere *abgewogenen* Entscheidungen dar.

Auch müssten eigentlich die Rechtspopulisten daran ein Interesse aufbringen, wenn sie die *Familie* heiligen und nicht doch eher an Männer-Bildern hängen, die vom Patriarchat und männlichem Kriegertum geprägt sind.

Schon mit der Trennung zwischen „Staatspräsident“ und „Kanzler“ oder Ministerpräsident ist der demokratische Sinn der *Machtteilung an der Spitze* belegt. Es wäre ohnehin zu überlegen, zumindest diese beiden Ämter „optional“ auf die beiden Geschlechter zu verteilen.

Die Frage lautet also umgekehrt, welches denn die durchschlagenden *Gegenargumente* gegen Doppelspitzen in den Machtzentren sind.

Ob die deutsche Verfassung bereits Doppelspitzen erlauben würde oder sie geändert werden müsste, ist offen. In Art. 63 GG heißt es: „*Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestage ohne Aussprache gewählt ... Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigt. Der Gewählte ist vom Bundespräsidenten zu ernennen.*“

Immerhin ist schon einmal eindeutig, dass dennoch auch *Frauen* gewählt werden können. Damit ist der erste Schritt getan, um die *Amtsrolle* hervorzuheben. So geht es um das *Amt*, das ein Mensch bekleidet, das aber grundsätzlich auch zwei Menschen bekleiden könnten.

Wenn die *Mehrheit des Bundestages* eine doppelgeschlechtliche Doppelspitze will, kann es deren *Auslegung* und zudem dem Vorschlag des *Bundespräsidenten* entsprechen. Das *Bundesverfassungsgericht* müsste gegen sie und ihre Gestaltungskraft, und damit auch gegen die Macht der Parteien an der Gestaltung mitzuwirken (Art. 21 GG), hinreichend gute verfassungsrechtliche Argumente finden.

So könnten aus politischer Sicht bereits jetzt *Paarungen unterschiedlichen Geschlechts* in das politische *Höchstamt „des Kanzlers“* gewählt werden. Bei *Koalitionen* von fast gleichberechtigten Partnern böte sich auch deshalb eine *Doppelkanzlerschaft* an.

- Kurz: Wichtiger als die Tradition alter Männer-Riten ist in der „repräsentativen Demokratie“ die möglichst *umfassende gefühlige Repräsentation* der Menschen.
- Männer und Frauen sollten sich ständig, und vor allem in *Spitzenämtern*, *repräsentiert* sehen und fühlen.

Das Prinzip der „repräsentativen Demokratie“ gilt es ernst zu nehmen. Alleinführern jeglicher Art ist entgegenzuwirken.

Schon dieses Konzept einer *möglichen elterlichen Doppelspitze* würde die westliche Demokratie, und auch unser Selbstbild von ihr und von uns, erheblich verändern.

V. Provinz, Widerstand und Anspruch auf Ehrenämter; Ausbau der Ehrenämter für Personen ohne Fürsorgepflichten; demokratische Bedenken gegen ein allgemeines soziales Pflichtjahr (Bundespräsident *Steinmeier*), aber in Verbindung mit Beamtenstatus und hohen Erbschaften

1. *Provinz, Widerstand und Anspruch auf Ehrenämter.* Mit der Bipolarität zwischen dem Land und der Stadt ist ein „ewiges“ zivilisatorisches Element noch einmal hervorzuheben.

Das Landleben ist *lokal* und *regional* ausgerichtet mit der Gemeinde-Idee, etwa im Sinne des US-amerikanischen Kommunitarismus. Der Stadt gilt das Land als „Provinz“, die sie sich *unterworfen* hat. Schon dagegen muss sich die Provinz wehren, will sie nicht nur als „*frei* und *gleich*“ respektiert, sondern auch solidarisch behandelt werden.

Dazu gehört auch, die besondere *Naturnähe* und die besondere Art der *Religiosität* der „*Provinz*“ zu achten.

Das Bürgertum der *großen Städte* ist immer auch vom Fernhandel und der geistigen Kolonisierung mitgeprägt (Standard setzend); es beruht auf Technik und Wissenschaften, den Verkehrswegen samt der Kommunikation und inzwischen auch auf der Globalisierung.

Folglich muss sich die „*Provinz*“ auch gegen die Vorherrschaft von Wissen (der Experten) und der Bildung (der Eliten) dann wehren, wenn ihre *Naturnähe* und ihre *Gemeindeethik* nicht geachtet werden.

Wer sich bei populistischen Demonstrationen auf das *Negieren* von ihm selbst *fremden Fakten* zurückzieht, also solchen, die er sich nicht zu eigen machen kann oder will, nimmt immerhin seine Rechte auf *Gemeinde-Autonomie* und ideologische *Sektenbildung* in Anspruch. Im Kern handelt es sich um eine Art von *Widerstand*.

Man wehrt sich vor allem gegen die *Repräsentanten* der repräsentativen Demokratie. Man vermutet eine „*Repräsentationslücke*“. An ihre Stelle will der Populist Personen setzen, die er zu „den *Seinen*“ zählt, etwa aufgrund eines *Personenkultes*, der ihn selbst in seiner *Empörung* repräsentiert. Insofern handelt es sich bei der *Wut* oder auch dem *Protest* gegen das alte elitäre *Establishment* auch um eine *Vertrauens-* als *Repräsentationskrise*, die offenbar zum Beispiel im

zentralistischen Frankreich¹¹⁹ zu einer neuen *Bewegung von unten* geführt hat. Der deutsche Föderalismus hilft zwar dabei, die Verantwortung und die elitären Rollen zu verteilen, aber er reicht offenbar allein nicht aus.

Auch genügt es als Angebot gegen den Populismus nicht (allein), in den ländlichen Kommunen gemeinnützige Vereine zu pflegen. Sie enthalten kollektivistische Elemente und sind selbst in der Regel in ihrer Führung *elitär* verfestigt.

- Die *Individualisierung* der Gesellschaft sollte bei den Individuen beginnen. Ihnen sind Ämter anzuvertrauen, die sie in der „Mitte“ der Gesellschaft verankern,
- und sie werden ihre eigenen *höchstprivaten Netzwerke* miteinbeziehen.
- Die Digitalisierung eröffnet vor allem dem *Land* neue Möglichkeiten der Vernetzung.

Dieser Ansatz verfügt auch über eine dreifache Begründung im Kern der Verfassung. So haben jeder Mensch und jeder Staatsbürger

- einen *Anspruch auf teilvergütete politische Ehrenämter*, und zwar als *Gestaltungsfreiheit* im Sinne der Menschenwürde und der Freiheitsrechte, Art. 1 I in Verbindung mit Art. 2 I GG.
- Außerdem bildet diese Art von Einbeziehung aller einen Ausdruck der *Demokratie* (Art. 20 I GG).
- Deshalb ist zumindest in der Regel auch eine *Aufwandsentschädigung* zu leisten, deren Steuerfreiheit immerhin geregelt ist (§ 26a EStG).

Insofern ist der Mensch mit dem *Bundesverfassungsgericht* (sogar zur Begründung der Sicherungsverwahrung nach verbüßter Strafe) auch ein „soziales Wesen“, das *Sozialpflichten* unterliegt und damit zugleich auch über ein Art.-20-GG-Recht auf das *Mitwirken* in der Gesellschaft verfügt.¹²⁰

2. Ausbau der Ehrenämter für Personen ohne Fürsorgepflichten. Die Idee der Solidarität gilt es auszubauen, und zwar auf dem Land wie in der Großstadt. Verantwortung für andere zu tragen, schafft *Selbstvertrauen*, es bietet *Ansehen* auf dem Lande und bricht die *Anonymität* in der Großstadt auf.

¹¹⁹ Dazu auch im Sammelband „Politische Systeme im Vergleich: Formale und informelle Institutionen im politischen Prozess“, Ruß, Frankreich, 2014, 127 ff., 138.

¹²⁰ Zur zusätzlichen Sicherungsverwahrung, nach vollverbüßter der Tatschuld angemessenen Strafe, aufgrund der bloßen (nur potenziellen) Rückfallgefahr: BVerfG, *Beschluss* vom 8. 11. 2006 - 2 BvR 578/0. Absatz-Nr. 69, ohne Hervorhebungen: „Die Spannung zwischen dem Individuum und der Gemeinschaft hat das Grundgesetz allerdings insofern im Sinne der Gemeinschaftsbezogenheit und Gemeinschaftsgebundenheit der Person entschieden, als der Einzelne *Einschränkungen seiner Grundrechte zur Sicherung von Gemeinschaftsgütern hinnehmen muss* (vgl. BVerfGE 65, 44; BVerfGE 109, 133, 151, w. Nachw.)“. Zu diesen Gemeinschaftsgütern zählt auch die Demokratie, Art. 20 I GG.

Angemessen teilvergütete Teilzeit-Ehrenämter stellen ebenfalls einen Ausdruck von gelebter *bürgerlicher Gewaltenteilung* dar. Sie vermitteln das Empfinden der „Selbstwirksamkeit“ als Art des „Selbstbewusstseins“. Die teilweise Vergütung stellt einen Ausdruck der Achtung dar und könnte auch durch eine steuerlich absetzbare Aufwandspauschale erfolgen. Art und Höhe könnte sich nach § 26 a ESTG richten etc.

So ist *generell* anzuregen,

- die Ehrenämter vor allem für diejenigen Mitbürger auszubauen, die *keine aktuellen Fürsorgepflichten* für Dritte wahrnehmen.
- Das Bürgerliche Gesetzbuch kennt in § 1898 BGB schon heute eine *Übernahmepflicht* für die (unvergütete) Betreuung von hilfsbedürftigen Menschen, wenn der vom Gericht Ausgewählte „zur *Betreuung geeignet ist und ihm die Übernahme unter Berücksichtigung seiner familiären, beruflichen und sonstigen Verhältnisse zugemutet werden kann.*“

Das gilt nicht nur, aber insbesondere für *kinderlose* Personen und solche ohne zu *pflegende* Familienmitglieder.

Es handelt sich dabei auch um die Gruppe der zwischen *50- und 70-Jährigen*, die vor allem als Männer besonders häufig die AfD gewählt haben. Wer sich derart aktiv ein anderes System wünscht, der sollte auch *Verantwortung* im Kleinen der persönlichen Fürsorge für Bedürftige tragen dürfen. Er hat dabei auch mit dem *Familiengericht* zu kommunizieren und wird erfahren, was das gegenwärtige demokratische System an Chancen bietet.

Das altbekannte System der zivilen *Ehrenämter* lässt sich somit und nicht nur aus demografischen Gründen auch auf jüngere *Renten- und Pensionsbezieher* ausdehnen.

Zu demokratischen Rechten treten generell Pflichten hinzu. Das gilt ohnehin schon für den nationalen oder auch besser zudem auch für den europäisch geordneten Wehrersatz- und Zivildienst.

Das im Entwurf beschlossene *Demokratiefördergesetz* (2022) will bestimmte Projekte für ein „*vielfältiges und gewaltfreies Miteinander*“ unterstützen und dem *Bund* einen Förderauftrag auferlegen: „*Mit dem Gesetz zur Stärkung und Förderung der wehrhaften Demokratie werden wir sicherstellen, dass das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und gegen Hass, Hetze, Gewalt und Extremismus verlässlich und nachhaltig finanziert werden kann. Der neu zu schaffende Förderauftrag für den Bund soll für die notwendige Planungssicherheit sorgen.*“¹²¹

¹²¹ <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/entwurf-fuer-ein-demokratiefoerderungsgesetz-beschlossen-207614> (14. 12. 22).

Sinnvoll wäre es, nicht nur bestimmte Organisationen zu fördern, sondern auch das persönliche Ehrenamt, und dort insbesondere die *Betreuung von Kindern*, nachdrücklicher zu unterstützen.

3. Demokratische Bedenken gegen ein allgemeines soziales Pflichtjahr (Bundespräsident Steinmeier), aber in Verbindung mit Beamtenstatus und hohen Erbschaften. Bundespräsident *Steinmeier* hat 2022 die Diskussion um den Ausbau der Ehrenämter mit der Unterstützung der Idee eines sozialen Pflichtjahres heftig angestoßen. Er erläutert: „*Eine solche Pflichtzeit braucht kein ganzes Jahr zu dauern, sie kann auch kürzer sein oder auf mehrere Lebensabschnitte verteilt werden. Man könnte den Dienst in sozialen Einrichtungen, in der Flüchtlingshilfe, in der Umwelt- und Klimaarbeit, im Katastrophenschutz oder auch bei der Bundeswehr leisten.*“¹²²

Strittig ist nicht die Frage nach einem *Angebot*. Das gibt es bereits und bedarf immer auch eines verwaltungsmäßigen Aufwandes, sofern dies nicht auch die gemeinnützigen Organisationen übernehmen, wie das DRK oder die Caritas. Sie sind damit bereits ausgelastet. Zweifelhaft ist die Frage nach der *Pflicht*. Sie ergäbe sich erkennbar aus dem besonderen Solidaritätskonzept eines „sozialdemokratischen Denkens“.

Aus der Sicht der Demokratie überbetont dieser Ansatz aber das Element der Solidarität. Jede staatliche Pflicht ruft deshalb auch, wie schon bei der Wehr- oder der Impfpflicht, bei einem Teil der Bevölkerung eine blinde kollektive *Trotzhaltung* (Kontroll-Aversionen) hervor. Sozialpflichten signalisieren, dass nicht der Bürger den Staat beherrscht, sondern der Staat den Bürger als politisches Objekt betrachtet. Sie müssen deshalb gut begründet und wie die Strafe „ultima ratio“ sein.

Demokratisch vonnöten ist die „praktische Konkordanz“ der Solidaritätsidee mit dem *liberalen* Angebotsprinzip und dem ethischen *Gerechtigkeitskonzept*.

Deshalb bietet es sich an zu unterscheiden:

- Solidarität ist in einer akuten Notlage geboten, und zwar dann, wenn private Hilfe nicht ausreicht. Das große sozialreale Ausmaß der privaten Hilfe hat sich aber beim Einsatz zugunsten der Ukraineflüchtlinge 2022 oder bei der Ahr-Flut 2021 gezeigt, bei der die Organisation des „Heimatschutzes“ versagt hat.
- Eine *besondere* Sozialpflicht kommt jedoch für diejenigen Personen in Betracht, die der Staat als *Beamte* oder Angestellte des öffentlichen Dienstes bereits mit Pensionen, Zusatzrenten und Beihilferegelungen

¹²² „Diskussion zur Idee einer sozialen Pflichtzeit“, Schloss Bellevue, 8. November 2022 <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2022/11/221108-Gespraech-soziale-Pflichtzeit.html>.

besonders behandelt. Vor allem nach Ende der Dienstzeit ist an eine zeitlich begrenzte *Rückstufung* in eine Art von *Reservestatus* zu denken, der unter anderem auch mit der aktiven Suche nach Ehrenämtern zur Unterstützung von benachteiligten Kindern einhergeht.

- Auch könnte mit jedem *beachtlichen Erbe* zusätzlich zur Erbschaftssteuer eine *erhöhte Sozialpflicht* verbunden sein, etwa von einem Jahr Vollzeit bis zu 10 Jahren Teilzeit, jährlich abzurechnen mit der Einkommenssteuer.
- Die Verteilung der mit dem *Erbe begründeten* Ehrenämter könnte per Los geschehen, und zwar etwa zugunsten von *Kindern* aus benachteiligten Sozialhilfe-Familien. Diese Kinder, die kein Erbe zu erwarten haben, erhielten zusätzliche Lebenschancen und den privaten Zugang zur Welt der Wohlhabenden. Denn auf einer eigenen Leistung beruht das Erbe nicht. Im Kern handelt es sich um eine Ausprägung der biologischen Kin-Selection. Insofern ist die Vererbung als ein natürliches Bedürfnis des Erblassers im Grundsatz gut begründet.

Aufgegriffen ist am Ende also der Vorschlag von Bundespräsident *Steinmeier*, über ein allgemeines *Soziales Jahr* nachzudenken, hier nur zielgenauer. *Kinder verbinden die Gesellschaft*.

VI. Ernsthafte Bekämpfung bundespolitischer Eliten-Korruption und längere Übergangszeiten; Bürgerrechte: *Filderstadt-Bürger-Modell*; Bundeswahl als Hohlpflicht

1. *Bekämpfung bundespolitischer Eliten-Korruption und längere Übergangszeiten*. Das ewige Problem der Korruption ist bekannt.

Die rechtsnationalen Parteien rügen die Korruption der alten Eliten, um auf eine „Säuberung“ durch sie und ihre Bewegung zu drängen. Die Presse zeigt ständig Einzelfälle mit Genuss auf.

Mit jedem Amt ist zusätzliche Macht verbunden. Und mit Vermögen vermag man Macht zu kaufen. Die „freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“, die das Freiheitsrecht für jeden Menschen in Art. 2, I GG schützt, zeigt den Drang eines Menschen, wie eines jeden Lebewesens an, sich zu entfalten. Es bedarf des Rechts, der Ethik oder genetischer Vorprogramme, um dagegenzuhalten.

Die Korruption folgt dem biologischen Bedürfnis, die Macht in egoistischer Weise zu nutzen. Sie entstammt dem Konzept des egoistischen Gens und die Korruptionsvariante des Nepotismus steckt im eng verwandten Modell von der Kin-Selection. Autoritäre Staaten, wie China oder Russland, aber auch Ungarn, ohne hinreichend selbstständiges Rechtssystem bilden die Pflichtenidee der *Staatssolidarität* aus. Sie erheben die *Raub-Beute-Konzeption* zur

Herrschaftsstrategie, um zugleich verdeckten Einfluss auf die teilliberale Wirtschaft zu nehmen.

Insofern drängen die rechtspopulistischen Bewegungen an die Macht, und zwar nicht um Korruption auszuschalten, sondern um eigene Beute-Systeme ohne Rechtskontrolle zu entwickeln. Sie bedienen sich des alten und lange erfolgreichen Musters der regionalen *Adels-* und der lokalen *Clan-Herrschaft*, die dann in den *europäischen Staats-Absolutismus* überging.

Es ist in den westlichen Demokratien das stadt-bürgerliche Recht, das derartigem Machtmissbrauch vorbeugen und ihn ahnden sollte.

Aber: für den zurückhaltenden parlamentarischen Umgang mit der Aufgabe der Korruptionsbekämpfung hat der Europarat *Deutschland* schon mehrfach gerügt.¹²³ Die Transparenzregeln würden nicht ausreichen. Zudem gibt es konkrete Geschäftsvermittlungen mit dem Bund (Stichwort: Corona-Maskenaffäre), die zur privaten Bereicherung von einzelnen aktiven Abgeordneten führten oder bei denen der Amtsträger nach seiner Amtszeit privat und ohne hinreichende Abkühlungszeit für Konzerne tätig wurde. Für die Strafbarkeit bei Abgeordneten fehlt, höchstrichterlich bestätigt, eine Norm des Gesetzgebers.¹²⁴

Die nachträgliche „Versilberung des gutgeführten Adressbuches“ ist ein Ausdruck für eine von den deutschen Abgeordneten bislang selbst und bewusst akzeptierte Art der Korruption.

Mit dem Bundesministergesetz von 2015 wurden §§ 6a bis 6d eingefügt sowie die §§ 7 und 11 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre geändert. Die Karenzzeit wurde auf höchstens *18 Monate* angesetzt. Sie wurde mit Ausnahmen aufgeweicht und nach Recherchen des *Tagesspiegels* bisher auch noch nicht verhängt. Auch fehlen Sanktionen bei

¹²³ <https://www.dw.com/de/europarat-fordert-regeln-gegen-korruption-in-deutschland/a-49995644>: „Europarat fordert Regeln gegen Korruption in Deutschland - Nach Ansicht des Antikorruptionsgremiums im Europarat unternimmt Deutschland zu wenig gegen Korruption. Der Bundestag würde transparentere Regeln blockieren. Es ist nicht die erste Rüge des Gremiums für Deutschland“, 12. 8. 19; <https://www.transparency.org/en/cpi/2021> (vom 25. 1. 22); <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/bundestag-besteuchung-bestechlichkeit-abgeordnete-verhaltensregeln-spenden-berater-sponsoring-maskenaffaere-cducsu-spd-verbrecen-korruption-transparenz/>; zudem: https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbyreport-2021_Beispiellose-Skandale-strengere-Lobbyregeln.pdf.

¹²⁴ <https://www.bundesgerichtshof.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2022/2022107.html> (19. 7. 22): „Der Bundesgerichtshof hat – wie bereits die Senate des Oberlandesgerichts sowie dem Antrag des Generalbundesanwalts entsprechend – entschieden, dass das den drei Beschuldigten vorgeworfene Verhalten nicht als Bestechlichkeit von Abgeordneten nach § 108e Abs. 1 StGB (Beschuldigte N. und S.) oder Bestechung von Abgeordneten (Beschuldigter L.) strafbar ist.“

Verstößen. Dagegen gilt für beamtete Staatssekretäre und Abteilungsleiter eine *Fünffjahres-* und für Beamte im Ruhestand eine *Dreijahresfrist*.¹²⁵

Die Tätigkeit des Altkanzlers *Schröder* ist ein weitbekanntes und eindrucksvolles Beispiel für das Machbare. Sofort nach seinem Ausscheiden hat er trotz aller Mahnungen *entgeltliche* Anwaltsmandate für und Ämter in der staatsnahen russischen Ölindustrie (Rosneft, Gazprom) übernommen, für die er zuvor als Kanzler ein politisch umstrittenes Pipelineprojekt, Nord Stream I, mit engen persönlichen Kontakten zu *Putin*, durchgesetzt hat. Es fehlte überhaupt an einer *Übergangszeit*. Beim Altkanzler, der sich plötzlich wieder für einen privaten Rechtsanwalt hielt, mangelte es an der politischen Einsicht, zunächst wenigstens, nur *ehrenamtlich* tätig zu werden und zudem *offen* im Wirtschaftsinteresse Deutschlands an *günstigen Gaslieferungen* zu handeln. So hat auch die Große Koalition von CDU und SPD noch den Bau von Nord Stream II mit Wohlwollen geduldet, sich gegen Bau-Sanktion der USA gewehrt und EU-Nachbarn wie Polen verärgert.

Zwar muss „der Wechsel zwischen Wirtschaft und Politik und zurück möglich sein“. Diese Formel bildet aber nur einen Gesichtspunkt ab. Denn es gilt auch, dass sich die Fraktionen den *Sachverstand* auch von außen hinzuholen können. Wer sich für die Politik und ihre Macht entscheidet und wer gewählt werden will, der muss wissen, dass er sich in *besonderer Weise* dem Gemeinwohl verpflichtet. Das gilt erst recht für *vereidigte* Kanzler, Minister und politische Staatssekretäre.

In einem hoch technisierten Industriestaat und einer Exportnation wie Deutschland ist es zwar systemkonform, wenn die Wirtschaft auf die Gesetzgebung und die Politik über die Parteien und über die Abgeordneten Einfluss nimmt. Es ist auch für die Förderung des Außenhandels angemessen, dass bei Staatsbesuchen Wirtschaftsvertreter mitfahren (wie mutmaßlich nach individueller Lobbyarbeit der plötzliche Dax-Aufsteiger „Wirecard“, der *Merkel* nach China begleitete und später ebenso plötzlich insolvent ging). Aber privater Nutzen darf nicht damit vermengt sein.

Demokratische Politik muss stets *über-individuelle Interessen* vertreten und je nach parteipolitischer Ausrichtung auch mithelfen, sie ausgleichen. Unternehmen gelten als „juristische Personen“ und verfügen über einen eigenen Grundrechtsstatus (Art. 19 III GG), aber sie sind keine Demokraten, ihnen steht nicht das demokratische Wahlrecht zu. Dasselbe gilt für Gewerkschaft und Stiftungen.

¹²⁵ <https://plus.tagesspiegel.de/politik/karenzzeit-fur-ex-regierungsmitglieder-was-ehemalige-politiker-durfen-und-was-nicht-543726.html> (19. 7. 22).

- Transparenz, Übergangszeiten und Ehrenaufgaben für abgelöste Politiker müssen helfen, die andernfalls drohende erhöhte Korruption eines Wechsels in die Wirtschaft zu verhindern.

Ausscheidende Politiker auch unterhalb der Ebene von Ministern, wie etwas Staatssekretäre, sollten ebenfalls zu einer *Abkühlungsphase* oder *Karenzzeit* verpflichtet werden. Das ist altbekannt und noch ausbaufähig. Nicht allein die Höhe der Bezüge muss angemessen sein, sondern auch die Dauer nach dem Ausscheiden. Dafür sind den Ausgeschiedenen Ehrenämter, auch im sozialen Bereich, anzubieten. Damit würde zugleich die Achtung vor den Politikern generell und auch die vor der Demokratie steigen.

Diese Art der Vorwürfe kennen alle Abgeordneten, aber sie zeigen sich weiterhin nicht bereit, dem bloßen *Anschein* der Korruption, der durch viele Beispiele genährt wird, entgegenzutreten. Sie wollen offenbar ihre eigenen potenziellen Pfründe nicht begrenzen.

Ebenso ist aber auch die *nationale Wirtschaft* daran interessiert, sich diesen Weg des indirekten Lobbyismus über ausgeschiedene nationale Staatsdiener offenzuhalten und damit locken zu können.

- Den betroffenen *deutschen* Abgeordneten die Gesetzgebung für die Eindämmung zu übertragen, ist systemisch unbefriedigend.
- Aber das supranationale EU-Europa kann und wird weiter nachhelfen. Es handelt sich um eine Frage der Rechtsstaatlichkeit.¹²⁶

Dennoch gilt: In jedem Falle befördert akzeptierte Korruption die *rechtsnationale Welle*. Sie stärkt seit jeher den Ruf nach der „Säuberung“ durch neue politische Kräfte. Jeder gewählte Abgeordnete, der Korruption in den eigenen Reihen duldet, verstärkt den derzeit bereits starken Rechtspopulismus.

2. **Filderstadt-Bürger-Modell.** Auch ist konkret auf das *Filderstadt-Modell* der dauerhaften *vernetzten Bürgerbeteiligung* hinzuweisen.¹²⁷

„Die Stadt Filderstadt bietet der Bevölkerung bei der Gestaltung des Gemeinwesens seit dem Jahr 2000 in nahezu allen Handlungsfeldern

¹²⁶ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4467, Pressemitteilung 13. Juli 2022, Luxemburg, Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2022: Kommission richtet spezifische Empfehlungen an die Mitgliedstaaten.

¹²⁷ https://www.filderstadt.de/start/alltag/Netzwerk_Portal.html: „Die Stadt Filderstadt bietet der Bevölkerung bei der Gestaltung des Gemeinwesens seit dem Jahr 2000 in nahezu allen Handlungsfeldern Mitwirkungsmöglichkeiten an. Dabei geht es der Stadt um zwei Linien der Bürgerbeteiligung: einmal um die Mitwirkung im Sinne der Partizipation, der Teilhabe an der Gestaltung der Stadt und zum anderen um die aktive Mitwirkung im Sinne des ehrenamtlichen Engagements im Verein, in der Organisation oder in einer Einrichtung oder in einem bürgerschaftlichen Projekt.“ (20. 5. 22).

Mitwirkungsmöglichkeiten an. Dabei geht es der Stadt um zwei Linien der Bürgerbeteiligung: einmal um die Mitwirkung im Sinne der Partizipation, der Teilhabe an der Gestaltung der Stadt und zum anderen um die aktive Mitwirkung im Sinne des ehrenamtlichen Engagements im Verein, in der Organisation oder in einer Einrichtung oder in einem bürgerschaftlichen Projekt.“

Dahinter steckt die Idee, dass Bürgerbeteiligung eine *Holpflicht* des demokratischen Staates, hier der Gemeinde, darstellt. In einer hoch arbeitsteiligen Gesellschaft ist jeder für seine frei gewählten *beruflichen Aufgaben* (Art. 12 I GG) und für seine *Familie und Kinder verantwortlich* (Art. 6 I, II GG).

Aber soweit er, als Stadtbürger etwa, mit betroffen ist, gebietet es letztlich die Idee der Achtung seiner Menschenwürde, dass der Staat bei ihm, soweit möglich, konkret und *aktiv* nachfragt. Nur dann handelt es sich im sonstigen Recht um ein faires Verfahren. Im streitigen Prozess sind Beteiligte ohnehin anzuhören, Art. 103 I GG. Dieser Gedanke lässt sich auf politische Prozesse und solche der *planenden Exekutive* ausdehnen. Von *Amts wegen* ist für Bürgerbeteiligung zu sorgen.

Vereinfacht sind Klagen und Proteste gegen Vorhaben dadurch zu vermindern, dass Bürger eine Mitverantwortung fühlen und tragen.

- **Online-Optionen.** Im Rahmen des „Jahrbuchs zur Direkten Demokratie 2019“ beleuchten *Seckelmann/Berger* die digitalen Grundlagen für kommunale und sonstige politische Netzwerke. Maßgebend seien „*das deutsche Onlinezugangsgesetz (OZG)* und die *Europäische Single Digital Gateway-Verordnung*. Diese eröffneten den Weg zur „*Nutzerkommune*“ und zum „*Bürgerkonto*“. Danach würden sich „*partizipative Gestaltungsoptionen*“ eröffnen, die es nun mit Konzepten ausfüllen gelte, die am besten in „*Reallaboren*“ zu entwickeln seien.

„Denkbar wäre es also beispielsweise, den Reallaborgedanken mit der Vorstellung eines „*Demokratie-Lab*“ zu verbinden, wie es aus einem Projekt der *European School of Governance in Berlin* hervorgegangen ist und heute von einem europäischen Netzwerk von Verbänden und Kommunalverwaltungen unterstützt wird.“¹²⁸

Damit allerdings werden nur, aber immerhin, die politisch Aktiven unter den Digitalen erreicht und ernst genommen. Die anderen müssen zumindest wissen, an wen sie sich *mündlich* und ohne große Amtshürden wenden können.

3. Wahl als staatliche Holpflicht. Plakativ gefasst, lautet eine weitere Forderung:

¹²⁸ Seckelmann/Berger, Nutzerkommune, Jahrbuch für direkte Demokratie 2019, 2020, 38 ff., aus dem Abstract, zweites Zitat. 38. Zudem: European democracy lab, <https://europeandemocracylab.org/?lang=de>; <https://www.betterplace.org/en/organisations/31793> -european-democracy-lab-e-v (12.12.22).

- Die Wahl ist nicht alle vier oder fünf Jahre arrogant als plötzliche Bringschuld des ständig interessierten mündigen Bürgers zu begreifen,
- sondern vorrangig als *Holschuld*, weil wir in einer hoch arbeitsteiligen Welt leben.

Solche Wahlbriefe gibt es bereits. Dieses Selbstverständnis könnte, zumal im Hinblick auf *vorgezogene Briefwahlen*, noch intensiver unterstützt werden. Das gilt für alle *öffentlichen Einrichtungen*, sollte aber auch für alle großen Spielveranstaltungen, die mit Polizeischutz arbeiten, geprüft werden.

Wer vom Staat gefragt wird, ob er seine Stimme nicht abgeben möchte, fühlt sich in der Demokratie eher „beheimatet“, als wenn er erlebt, dass regelmäßig ein seltsamer inhaltloser Wahlkampf von Parteien wie ein Unwetter ausbricht, die alle erkennbar nur Ämter für sich wollen.

Der Staat selbst hält sich zurück und bemisst die Wahl auf einen *einzigsten Tag*. Damit ist die unfreundliche Erklärung verbunden, „Komme zur Wahl oder lass es bleiben, Du bist ja frei, dann entscheiden eben andere für Dich.“ Der Diener „Staat“ sollte sich etwas mehr um seine Herren bemühen und das Prinzip der Arbeitsteilung beachten. Er ist für die angemessene Organisation der Wahl zuständig, nicht der Wahlbürger.

Wenigstens könnten *mobile Wahlbusse* Briefwahlunterlagen an sich nehmen oder die Wahl bei schönem Wetter am Wahltag auch am „Baggersee“ ermöglichen.

Der Bürger muss nicht nur wissen, sondern auch ständig *fühlen, dass er gefragt ist*, und zwar insbesondere bei den Sozialschwachen oder jungen Nichtwählern. Parteien neigen dazu, ihre Wähler nach der Wahl zu beglücken und die Nichtwähler zu vernachlässigen und zudem heimlich als undemokratisch zu verachten.

VII. Alte und neue Riten: Lokal-nationale Bundes-Feiern und staatliches Bekenntnis zu Art. 1 und 20 GG, kommunale und richterliche Verfassungsbelehrungen, auch durch Lehrkräfte; aktive Streit moderierende Medienarbeit des Bundestagspräsidiums; Grundmodell der Selbst-Zivilisation des Menschen

1. **Lokal-nationale Bundes-Feiern.** Rituelle Feiern auf den *Versammlungsplätzen* schaffen gemeinsame *Kunstwelten*. Musik, Tanz und Gesang sorgen durch die *Synchronität* für eine Gemeinschaftsstimmung und die humane Art der *Schwärmerregung*.

Sie beginnen in der realen Welt des überschaubaren Lokalen. Aber *synchrone* Feiern, die die *Medien* miteinander verbinden, lassen sich auch auf die regionale

Ebene heben. Wir können sie auch national EU-weit feiern oder sogar global veranstalten. Sets geht es darum, eine *gemeinsame Stimmung* zu entwickeln und bei den „Liturgien“, bei Reden feierliche Bekenntnisformeln einzuweben und konkrete Geschichten zu erzählen.

Die Hymne der *Europäischen Union* etwa entstammt dem gewaltigen Schlussteil der 9. „Symphonie“ von *Beethoven*. Sie verzichtet auf den deutschen Text: „Freude schöner Götterfunke“, der das Leben in der Gemeinschaft der Nächsten verherrlicht. Es ist die Musik für Feierstunden.

- In der Demokratie aber feiert *nicht* vorrangig der „Staat“ sich selbst und sich nicht „das Volk als solches“. Das sollte der Staat auch für die sogenannten *Nationalfeiertage* beachten.
- Die Verfassungsgesellschaft feiert vielmehr die *liberale Demokratie* und damit zunächst die große Freiheit der Menschen und Bürger „vom“ Staat. Erst nachrangig feiern wir die Freiheit „zu“ dieser unserer Art der Demokratie und zu ihren Gemeinschaftswerten. Der Staat und seine höchsten Staatsorgane, die die Nationalfeiertage ausrichten, haben sich bei *jedem Bürger als* seinem eigentlichen Herrscher zu *bedanken*.
- Deshalb sollte maßgeblich der Bundesstaat *Bürgerfeiern* auf „*allen lokalen Versammlungsplätzen*“, und also für jeden Bürger erreichbar, anbieten.
- Das Modell, das wir auf dem Lande als jährlichen Dorf- und Stadtfeste kennen, sollte auch für den Feiertag für die nationale Verfassungsgesellschaft gelten. Dann verfügt jeder einzelne Bürger über die Gelegenheit, gemeinsam mit seinem „*höchstpersönlichen Netzwerk*“ der Gleichen und Nächsten an der „kollektiven Erregung“ teilzunehmen, die durch *rituelle Synchronität* von Musik, Unterhaltung mit Freunden, Marktständen mit Essen und Kunst etc. entsteht.
- Der *Flaggenschmuck* zum Beispiel sollte die *Vielfalt* symbolisieren: Gemeinde, Land, Bund, Europäischen Union, Vereinte Nationen und auch die NATO, zudem die Fahnen der Freundschaftsstädte. Auch über passende und *theaterähnliche Parade-Prozessionen*, ernste und lustige, ist nachzudenken. Sie sorgen für den gleichen *Rhythmus*.
- Dieses Gesamtkonzept demonstriert die „Vielfalt in der Einheit“. Sie beinhaltet das Versprechen der „*Freiheit*“ des *Bürgers* und *Menschen*; signalisiert zugleich die „*Sicherheit*“ in der Gemeinschaft. Außerdem nutzen und feiern wir auf diese Weise zugleich die Öffentlichkeit des Versammlungsortes und dessen politischen Kern der *Polis-Demokratie*.

Die Finanzierung für einen derartigen lokalen, also *bürgerlich* ausgestalteten Nationalfeiertag sollte der *Bund* bereitstellen. Er sollte Unterstützung über eine eigene ausgegliederte *Bundesgesellschaft* anbieten (nicht vorschreiben), etwa in Verbindung mit der *Bundesanstalt für politische Bildung*.

Eine solche uralte Art des jährlichen Feierns auf dem Versammlungsplatz lässt uns die „praktische Konkordanz“ erfüllen und erleben. Demokraten feiern keine Götter oder die Gaben der Natur, sondern mit dieser Symbolik *vor Ort* vor allem auch sich selbst und ihr Selbst, einschließlich ihrer politischen Selbstverantwortung.

- Die zeitliche Verankerung dieses politischen Bürger- und Menschenfestes für Deutschland am 3. *Oktober* eröffnet zudem die Parallele zu den *Erntedankfesten*. Wir feiern noch einmal öffentlich unsere politischen Früchte, bevor der Winter uns nötigt, im Haus zu leben.
- Im *Frühjahr* gibt es zuvor den „1. Mai“, als Demonstrationstag „von unten“. Mit ihm bringen die politisch Aktiven zum Ausdruck, über welche Kraft sie verfügen und welche „*Erwartungen*“ bestehen. Auch ist dieser Tag zum Teil mit „dem Tanz in den Mai“ verbunden. Beide Festtage passen gut zusammen.

2. Staatliches Bekenntnis zu Art. 1 und 20, 79 III GG, kommunale und richterliche Verfassungsbelehrungen. Wichtig sind *einfache Riten*:

Bei *notwendigen kommunalen Behördengängen*, etwa für neue Pässe oder Personalausweise oder auch bei einer *Ummeldung*, besteht eine anlassbezogene Gelegenheit,

- auf die *eigenen* verfassungsmäßigen Grundlagen hinzuweisen und dabei vielleicht auch die *Entgegen-* oder die *Kenntnisnahme* von Hinweisblättern unterschreiben zu lassen, in denen etwa die *Art. 1 und 20 GG* abgedruckt sind; es sind die „*Allgemeinen Geschäftsbedingungen*“ unseres Staates,
- auf die Möglichkeit und Förderung von *Ehrenämtern* aufmerksam zu machen oder auch eine Beratung anzubieten,
- aber auch dazu, sich „von Amts wegen“ für die Mitwirkung als Bürger an dieser Gesellschaft in ihrer Vielfalt zu bedanken,
- und zwar eventuell auch mit einem *offiziellen Schriftstück*, etwa mit einem Umschlag vom Bürgermeister, Minister- oder Landtagspräsidenten oder vom Bundespräsidenten (Bundestagspräsidenten, Kanzler etc.) sowie auch mündlich und persönlich „im Auftrage“ vom Sachbearbeiter, eventuell auch mit Bezug auf die Europäische Union.

Vor allem Straf- und Verwaltungsgerichte sollten die *Binnenethik* entwickeln oder ihnen sollte ausdrücklich gesetzlich dazu der Weg eröffnet werden,

- „*in öffentlichen Verhandlungen grundrechtsrechtsbelehrend*“ tätig zu werden. Sie sollten erklären, weshalb sie derart hoheitlich handeln dürfen. Das verlangen die Achtung vor dem Bürger und das einfache Prinzip der Arbeitsteilung. Sich und seine Rechtsmacht vorzustellen, gehört zum fairen

Verfahren. Zumindest Grundrechtsbelehrungen lassen sich nicht auf die Rechtsanwälte delegieren.

- Gerichte sollten also konkret, wenn und soweit sinnvoll, ihre eigenen *verfassungsrechtlichen Grundlagen* zumindest in *gut besuchten öffentlichen Verhandlungen* kurz erläutern.

Die betroffenen Bürger kennen diese Grundlagen zumeist nur vage oder einseitig. Eingriffsnormen haben einen „Sinn und Zweck“ und bedürfen eines Gesetzes. Darauf hinzuweisen, sollte eher die Regel als die Ausnahme sein. Denn das Recht ist zumindest bei *schweren Eingriffen* dem Bürger zu erklären, und zwar möglichst mündlich und nicht (nur und schriftlich) den Rechtsbeiständen. Nur dann sind sie wirklich an der Rechtsfindung „beteiligt“.

Es gilt auch vor Gericht, eine noch feinere Balance zwischen staatlichem Recht und demokratischen Mit-Menschen zu finden, einfacher noch: zwischen *neutraler Rechtsfindung* und *mitfühlender Würde-Humanität*.

So ist die *Nähe* zwischen Staat und Bürger, wenn geboten, dazu zu nutzen, einander zunächst die gebührende Achtung zu erweisen. Und immer wieder: Begründet ist die „Achtung“ sowohl durch Art. 1 GG, als auch über Art. 20 GG. Wer in einer Rolle das Recht übertragen erhalten hat, in Grundrechte einzugreifen, der sollte sich erklären, am besten mit Art. 20 und Art. 1 GG.

Der starke Staat kommt dabei dem schwachen Bürger entgegen und achtet ihn als Demokraten.

3. Aktive Streit moderierende Medienarbeit des Bundestagspräsidiums. Wir loben unsere demokratische Streitkultur und Streit schafft als Sensation mehr öffentliche Aufmerksamkeit als der *Sinn des Streites*.

- *Streit ist jedoch kein Selbstzweck*. Er besteht in einer vernünftigen Art der Selbstorganisation.
- Vereinfacht zielt die politische *Dialektik* auf eine politische *Synthese*.

Parteien wollen und sollen zunächst nur *einseitig* agieren, deshalb nennen wir sie auch Parteien, auch wenn sie selbst schon viele Unterströmungen bündeln. Das Konzept des *Parlamentes* verbindet sie jedoch. Als Abgeordnete der Demokraten sollten sie dort *Ergebnisse* bringen. Sie sollen für sie mitherrschen und die exekutive Regierung hervorbringen.

Diese politische Synthese ist in der Regel und zumindest politisch *klüger* als die Gesetzesentwürfe.

- In unserer westlichen Debattenkultur wird zudem medial auch vernachlässigt, dass viele Gesetze im *breiten Konsens* verabschiedet werden.

- Auch bleibt die *unaufgeregte Sacharbeit* in den Ausschüssen des Bundestages meist unsichtbar. Sie wird von den *inszenierten Parlamentsreden* überdeckt.

Die Medien folgen zwar ihren eigenen *Aufmerksamkeitsgesetzen*. Aber die einzelnen Abgeordneten und die Fraktionen sollten sich fragen, inwieweit der *reine Streit* nicht nur ihnen, sondern auch der Demokratie „als solcher“ hilft.

Wir leben nicht mehr in der *überschaubaren* mittelgroßen antiken Stadt Athen. Es herrscht in den westlichen Staaten mit Millionen Bürgern vor allem eine *hochprofessionalisierte Arbeitsteilung*. Fast alle üben wir Berufe aus und haben *Dienstleister* als Spezialisten für Sonderaufgaben.

Die Abgeordneten sind vor allem *Mandatsträger*.

- Sie sollen „ihre Arbeit machen“ und nicht, wie es nach außen scheint, sich ständig miteinander streiten.
- Rednerische Unterhaltung darf und Opposition muss sein. Trotziges Kinder-Theater sollte jedoch nicht die Regel bilden.
- Anderenfalls träumt ein noch größerer Teil der Wähler von der Alternative des autokratischen Guten Hirten und glaubt dessen emotionalen Wir-sind-groß-und-müssen-nur-die-Kontrolle-wieder-erlangen-Botschaften.

Die Wähler spiegeln immer auch die Politik. Das dient den Parteien. Auch Wähler verhalten sich, auch deshalb, zu einem Teil nicht viel anders als eine trotzigte Besserwisser-Opposition. Sie reflektieren eine parteiische Regierung, die das Mitwirken einer konstruktiven Opposition, vor allem in den Ausschüssen, *nicht hinreichend* öffentlich schätzt.

- Es bedarf also *zum Ausgleich* dieser Einseitigkeiten einer *politischen Verstärkung des Konsensstrebens*,
- und zwar durch das *Präsidium des Bundestages*. Gemäß Artikel 42 I 1 GG verhandelt der Bundestag grundsätzlich öffentlich, aber er *selbst* gibt nur dürre Pressemitteilungen heraus.¹²⁹

„Der Präsident vertritt den Bundestag und regelt seine Geschäfte. Er wahrt die Würde und die Rechte des Bundestages, fördert seine Arbeiten, leitet die Verhandlungen gerecht und unparteiisch und wahrt die Ordnung im Hause.“, heißt es in § 5 der Geschäftsordnung des Bundestages.

Vor allem das *Bundestagspräsidium* sollte sich auch *medial* verantwortlich fühlen und für das *veröffentlichte Gesamtbild* die parlamentarische Demokratie *sichtbar* verkörpern.

¹²⁹ <https://www.bundestag.de/presse/pressemitteilungen>. (30. 12. 22).

- Bei aller berechtigter Amtswürde, auch der Präsident des Bundestages und seine Stellvertreter haben ihrem Herrn, dem Volk gegenüber eine *Bringschuld*.
- Das Präsidium sollte sich ein Beispiel am Prinzip der kurzen *mündlichen Urteilsverkündungen* der *rechtsprechenden* Gewalt nehmen. Amtsblätter sind wichtig, aber demokratische Dienstleister sollten dem „mündigen Bürger“ *selbst mediale* Kurzfassungen bieten. Sie könnten etwa die Rhythmen der *Sitzungswochen* nutzen und am Freitag, wie der Bundeskanzler mit seinem *Podcast*, „*gerechte und unparteiische Ergebnisberichte*“ liefern.
- Außerdem sollten der *Präsident* oder die *Stellvertreter*, die jeweils amtieren, regelmäßig in die *Bundespressekonferenz* gehen und vor allem den typischen *Konsens* zum Gegenstand erheben.
- Die Überprüfung und die kluge Ergänzung von *Gesetzesentwürfen*, vor allem von denen der *Regierung*, müssen sichtbarer und das kluge Zusammenspiel von Parlament und Regierung muss deutlicher werden.

4. **Grundmodell der Selbst-Zivilisation des Menschen.** *Zivilisierung* findet auch dadurch statt, dass wir Menschen uns *Spielwiesen* schaffen.

Wer sich als Opfer und bloßes Objekt des Staates fühlt, der verlangt nach Trost und einer rituellen und künstlerischen Erinnerungskultur sowie einer wissenschaftlichen Aufarbeitung. Der beeindruckende Umgang mit der DDR-Vergangenheit steht dafür.

„Übungen“ helfen aber auch, aktiv zu sein, um also aus der Passivität einer Opferrolle herauszukommen. Dazu bieten sich der Sport an, die „Übungen“ in der Feuerwehr, allgemein der Katastrophenschutz oder auch der militärische Heimatschutz. Diese Angebote gibt es, und zwar auch eben deshalb. Es gilt sie also nur auch stärker *anzuerkennen* und sie auch demokratiepolitisch zu nutzen.

Es hilft, wenn die Teilnehmer regelmäßig

- die verfassungsrechtlichen Grundlagen erfahren und
- zugleich die ethischen Prinzipien der Fairness und der Toleranz sowie der Fürsorge für den Nachwuchs und Schwächere *bewusst* als solche lernen und üben.
- Aber sie müssen immer auch das *eigene* Spielen üben können und dafür *Ruheräume* erhalten.

Für die demokratische Grundeinstellung, vor allem der *Leiter* von Übungen jeder Art, gilt analog das Bundeswehrprinzip: Trotz der besonders strengen Hierarchie regiert dort der Grundsatz des „*Bürgers in Uniform*“¹³⁰.

¹³⁰ Dazu: Bormann, K., *Erziehung*, 2021, II 1: „Staatsbürger in Uniform: Innere Führung und soldatische Erziehung“.

Es ist am Ende der Umgang mit der Spannung zwischen freiem Menschen und kollektiver Gemeinschaft. „Der Mensch“ agiert in ihr als hoch bewegliches und spielerisches Zoon politikon.¹³¹

¹³¹ Aristoteles, Politik (Gigon), 2003, 1253a10.

Namensverzeichnis

Alexander, Evolutionary Game Theory, Stanford Encyclopedia, 2021.....	45
Allen/Lippner/Chen/Fotouhi/Momeni/Yau/Nowak, dynamics, Nature, 2017, 227 ff.....	77
Aristoteles, Nikomachische Ethik (Dirlmeier), 1999.....	53
Aristoteles, Politik (Gigon), 2003.....	46, 169
Axelrod, dissemination, J. Conflict Resolut, 1997, 41, 203 ff.....	48, 100
Axelrod, Evolution, 1984/2005.....	44
Benati, role, Swarm Intelligence, 2018, 267 ff.....	47
Berdahl/Kao et al., Animal, Philosophical Transactions B, 2018.....	118
Biebricher, Mitte/Rechts, 2023.....	26
Bloch, Prinzip Hoffnung, 1985.....	102
Bormann, F., Vernunft, 2010, 71 ff.....	88
Bormann, K., Erziehung, 2021.....	169
Bradshaw, Kind, 1990/2018.....	95
Brosius, Agenda Setting 2005, 125 ff.....	60
Buchstein, Demokratie. Heinrich-Böll-Stiftung, 2. November 2011.....	132
Bühler, Rechtsauslegung, 2001, 329 ff.....	103
Bung/Bayer, Neutralisierung, ZIS 5/2021, 332 ff.....	97
Camus, Mensch, 1951/1969.....	95
Couzin/Krause/Franks/Levin, leadership, Nature, 2005, 513 ff.....	118
Cruz, Leader-Follower, 1978, 244 ff.....	50
Dawkins, Gen, 1989/2007.....	66
Decker, Amtszeitbegrenzung, ApuZ, bpb, 19.11.2021.....	124
Descartes (Buchenau), Prinzipien, 1641/1992.....	14
Diebel, Stunde, bpd, 2020.....	116
Dinkelberg/MacCarron/Maher/Quayle, Homophily, May 2021, Physica A, 578(4)126086.....	48
Dittrich, concept, Eur. J. Phys. 2015, Vol. 36, Numb. 1.....	29
Donahue/Hauser/Nowak/Hilbe, cooperation, Nat. Commun. 2020, 11, 3885.....	45
Durkheim (Schmidts), Arbeitsteilung, 1893/1988.....	36
Entman, Framing, 1993, 51 ff.....	60
Faas/Leininger, Issue Voting, Handbuch, 2020, 502 ff.....	109
Ferrero, Macht, 1944.....	120
Foucault, Enlightenment, 1984, 32 ff.....	40
Galbreath, influences, Management & Organization, 2011, 17(1).....	153
Gärdenfors/Högberg, Archaeology, Current Anthropology, 2017, 188 ff.....	63
Gebauer/Wulf, Spiel, 1998.....	47
Häberle, Verfassungslehre, 1982.....	72
Häusser, Empathie, 2012, 322 ff.....	59
Heidenreich, Demokratie, 2022.....	132, 144
Hidalgo, Moderne, 2006.....	120
Hobbes, Leviathan (reprinted), 1651/1962.....	105
Hofmann, Welt, WAZ, 2022, 10 ff.....	146
Hu/Fukushima, Multi-Leader-Follower Games, 2015, 1 ff.....	50
Isensee, Familienwahlrecht, Humboldt Forum Recht, 3/2004.....	138
Jörke, Größe, 2019.....	75
Kahl, Sprache, 2006, 386 ff.....	71
Kahneman, Thinking, 2011.....	108
Kant, Beantwortung, 1784, AA.....	40
Kant, Metaphysik, 1797, AA.....	57
Keijzer/Mäs. strength, Soc. Netw. Media 2021, Volume 21, January 2021.....	85

Kirste, Menschenwürde, 2009, 175 ff.....	69
Klar, Moral, 2007.....	57
Kühner, Trauma, 2008.....	17
Lehn, Isotopenmethoden, SIAK-Journal, 2010, 32 ff.....	104
Luhmann, Legitimation, 1983.....	56
Marcinkowski, Framing, 2014, 7 ff.....	60
Mason, Faschismus, 2022.....	92
Matthes, Framing, 2014.....	60
Mayer, R., Empörung, 2019, 245 ff.....	95
Montenbruck, Natur- und Schwarmethik, 2021.....	50, 59
Montenbruck, Natur- und Spielethik, 2021.....	60
Montenbruck, Strafrecht III, 2020.....	80
Montenbruck, Zeit, 1996, 649 ff.....	140
Müller, J.-W., Rules, 2022.....	91
Münkler, Mitte, 2010.....	97
Nachtwey, Abstiegs-gesellschaft, 2016.....	97
Newton, J., game theory, Games, 2018, 1 ff.....	44
Nida-Rümelin, Vernunft, 2012, 9 ff.....	70
Otto, Grenzen, 2015, 245 ff.....	143
Peschel-Gutzeit, Plädoyer, 1998.....	143
Platon, Sophist (Apelt), 1985.....	13
Pufendorf (Böhling), De jure naturae, 1672/1998.....	80
Radbruch, Rechtsphilosophie, 1932/2003.....	54
Reckwitz, Ende, 2019.....	96
Rizzolatti/Sinigaglia, Empathie, 2006/2008.....	59
Rückert, Hermeneutik, 2001, 287 ff.....	103
Rudorf/Baumgartner et. al., connectivity, Human Brain Mapping, 2018, 4857 ff.....	64
Ruß, Frankreich, 2014, 127 ff.....	155
Savigny, System, 1840.....	103
Schäfer, R., Zweifel, 2006.....	14
Schenk, Medienwirkungsforschung, 2007.....	60
Schneider/Jacobi/Thyen, Hormone, 2020, 71 ff.....	63
Schubert/Klein, Politiklexikon, 2021.....	12
Seckelmann/Berger, Nutzerkommune, Jahrbuch für direkte Demokratie 2019, 2020, 38 ff.....	163
Stier-Somlo, Verfassung, 1919/2020.....	152
Szukala, Repräsentationslücke, Budrich Journals, Politisches Lernen 1–2/17, 2017, 5 ff.....	38
Thomas von Aquin (Pieper), Matthäus, 1270/2011.....	57
Uhlmann, Rhetorik, 2019.....	58
Vorländer, Grundzüge, 04.05.2017.....	13
Ziblatt/Levitski, Verzweiflung, WZB-Mitteilungen, Heft 172, 2021, 6 ff.....	28
Zürn, Stimmen, WZB-Mitteilungen, Heft 172, 2021, 16 ff.....	108

Literaturverzeichnis

- Alexander, Evolutionary Game Theory, Stanford Encyclopedia, 2021** Alexander, J. McKenzie, Evolutionary Game Theory, The Stanford Encyclopedia of Philosophy (April 2021 Edition), Edward N. Zalta (ed.), URL = <<https://plato.stanford>
- Allen/Lippner/Chen/Fotouhi/Momeni/Yau/Nowak, dynamics Nature, 2017, 227 ff.** Allen, Benjamin / Lippner, Gabor / Chen, Yu-Ting / Fotouhi, Babak / Momeni, Naghmeh / Yau, Shing-Tung / Nowak, Martin A., Evolutionary dynamics on any population structure, Nature, 2017, 227 ff.
- Aristoteles, Nikomachische Ethik (Dirlmeier), 1999** Aristoteles, Nikomachische Ethik, Dirlmeier, Franz (Übrs.), 1999
- Aristoteles, Politik (Gigon), 2003** Aristoteles, Politik, Gigon, Olof (Hrsg., Übrs.), 2003
- Axelrod, dissemination, Conflict Resolut, 1997, 41, 203 ff.** Axelrod, Robert, The dissemination of culture: A model with local convergence and global polarization, J. Conflict Resolut, 1997, 41, 203 ff.
- Axelrod, Evolution, 1984/2005** Axelrod, Robert Die Evolution der Kooperation (englische Ausgabe 1984), 2005
- Benati, role, Swarm Intelligence, 2018, 267 ff.** Benati, Stefano, On the role of collective sensing and evolution in group formation, Swarm Intelligence, 2018, 267 ff.
- Berdahl/Kao/Flack/Westley/Codling/Couzin/Dell/Biro, Animal, Philosophical Transactions B, 2018** Berdahl, Andrew M. / Kao, Albert B. / Flack, Andrea / Westley, Peter A. H. / Codling, Edward A. / Couzin, Iain D. / Dell, Anthony I. / Biro, Dora, Collective animal navigation and migratory culture: from theoretical models to empirical evidence, Philosophical Transactions B, 2018, 26 March 2018.
- Biebricher, Mitte/Rechts, 2023** Biebricher, Thomas, Mitte/Rechts: Die internationale Krise des Konservatismus, 2023
- Bloch, Prinzip Hoffnung, 1985** Bloch, Ernst, Das Prinzip Hoffnung, Werkausgabe: Band 5, 1985
- Bormann, K., Erziehung, 2021** Bormann, Kai-Uwe, Erziehung in der Bundeswehr, 2021
- Bormann, F., Vernunft, 2010, 71 ff.** Bormann, Franz-Josef, Was verlangt die „öffentliche Vernunft“? Überlegungen zu einem Grundlagenstreit innerhalb des Liberalismus, in: Kühnlein, Michael (Hrsg.), Kommunitarismus und Religion, (Deutsche Zeitschrift für Philosophie / Sonderbände, Band 25), 2010, 71 ff.
- Bradshaw, Kind, 1990/200** Bradshaw, John, Das Kind in uns. Wie finde ich zu mir selbst (Schröder, Bringfried, Übers., engl. Original 1990), 2000
- Brosius, 2005, 125 ff.** Brosius, Hans-Bernd, Agenda Setting und Framing als Konzepte der Wirkungsforschung, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Die Aktualität der Anfänge. 40 Jahre Publizistikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Main, 2005, 125 ff.
- Bühler, Rechtsauslegung, 2001, 329 ff.** Bühler, Axel, Rechtsauslegung und Rechtsfortbildung bei Friedrich Karl von Savigny, in: Schröder, Jan (Hrsg.), Theorie der Interpretation vom

- Bung/Bayer, Neutralisierung, ZIS 5/2021, 332 ff.**
 Humanismus bis zur Romantik - Rechtswissenschaft, Philosophie, Theologie. Beiträge zu einem interdisziplinären Symposium in Tübingen, 29. September bis 2. Oktober 1999, 2001, 329 ff.
 Bung, Jochen / Bayer, Daria, Neutralisierung, Angstabwehr, Konspirationsnarrative. Zu einer Kriminologie des Verschwörungsglaubens, ZIS 5/2021, Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik – www.zis-online.com, 332 ff.
- Camus, Mensch, 1951/1969**
 Camus, Albert, Der Mensch in der Revolte. Essays. 1951, deutsch 1969
- Couzin et al., Uninformed individuals, Science, 2011, 1578 ff.**
 Couzin, Iain D./ Ioannou, Christos C. / Demirel, Güven / Gross, Thilo / Torney, Colin J, / Hartnett, Andrew / Conradt, Larissa / Levin, Simon A. / Leonardet, Naomi E., Uninformed individuals promote democratic consensus in animal groups, Science, 2011, 1578 ff.
- Couzin/Krause/Franks/Levin, leadership, Nature, 2005, 513 ff.**
 Couzin, Iain D. / Krause, Jens / Franks, Nigel R. / Levin, Simon, Effective leadership and decision-making in animal groups on the move, Nature, 2005, 513 ff.
- Cruz, Leader-Follower, 1978, 244 ff.**
 Cruz, Jose Jr, Leader-Follower Strategies for Multilevel, IFEE TRANSACTIONS ON AUTOMATIC CONTROL, 1978, 244 ff., https://www.academia.edu/31653882/Leader-follower_strategies_for_multilevel_systems
- Dawkins, Gen, 1989/2007**
 Dawkins, Richard, Das egoistische Gen, 1989/2007
- Decker, Amtszeitbegrenzung, ApuZ, bpb, 19.11.2021**
 Decker, Frank, Brauchen wir eine Amtszeitbegrenzung für Bundeskanzler? Aus Politik und Zeitgeschichte, 19.11.2021, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/343511/brauchen-wir-eine-amtszeitbegrenzung-fuer-bundeskanzler/>
- Descartes (Buchenau), Prinzipien, 1641/1992**
 Descartes, René, Die Prinzipien der Philosophie (1641), Buchenau, Artur (Übers.), 1992
- Diebel, Stunde, bpd, 2020**
 Diebel, Martin, "Die Stunde der Exekutive", Das Bundesinnenministerium und die Notstandsgesetze 1949-1968, bpd, 2020
- Dinkelberg/MacCarron/Maher/Quayle, Homophily, May 2021 Physica A:, 578(4):126086**
 Dinkelberg, Alejandro / MacCarron, Pádraig / Maher, Paul J. / Quayle, Michael, Homophily dynamics outweigh network topology in an extended Axelrod's Cultural Dissemination Model, May 2021 Physica A: Statistical Mechanics and its Applications 578(4):126086
- Dittrich, concept, Eur. J. Phys. 2015, Vol. 36, Numb. 1**
 Dittrich, Thomas, The concept of information in physics: an interdisciplinary topical lecture, European Journal of Physics, Volume 36, Number 1
- Durkheim (Schmidts), Arbeitsteilung, 1893/1992**
 Durkheim, Émile, Über soziale Arbeitsteilung - Studie über die Organisation höherer Gesellschaften. (De la division du travail social: Étude sur l'organisation des sociétés supérieures. 1893), Schmidts, Ludwig (Übers.). Mit einem Nachwort von Hans-Peter Müller und Michael Schmid. Mit einer Einleitung von Niklas Luhmann, 1992
- Donahue/Hauser/Nowak/Hilbe, cooperation, Nat. Commun.**
 Donahue, Kate / Hauser, Oliver P. / Nowak, Martin A. / Hilbe, Christian.

- 2020, 11, 3885** Evolving cooperation in multichannel games, *Nature Communication* 2020; 11: 3885.
- Entman, Framing, 1993, 51 ff.** Entman, Robert
Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm, *Journal of Communications*, 1993, 51 ff.
- Faas/Leininger, Issue Voting, Handbuch, 2020, 502 ff.** Faas, Thorsten / Leininger, Arndt,
Issue Voting and Economic Voting, in: Faas, Thorsten / Gabriel, Oscar W. / Maier, Jürgen (Hrsg.), *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung: Handbuch für Wissenschaft und Studium*, 2020, 502 ff.
- Faulstich-Wieland, Individuum, 2000** Faulstich-Wieland, Hannelore,
Individuum und Gesellschaft, *Sozialisationstheorien und Sozialisationsforschung*, 2000
- Faus/Faus/Gloger, Kartografie, 2016** Faus, Jana / Faus, Rainer / Gloger, Alexandra
Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland. Qualitativ-quantitative Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2016
- Ferrero, Macht, 1944** Ferrero, Guglielmo.
Macht, 1944,
- Foucault, Enlightenment, 1984, 32 ff.** Foucault, Michel,
Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Seitter, Walter, (Übers.), 1977
- Galbreath, influences, Management & Organization, 2011, 17(1)** Galbreath, Jeremy,
Are there gender-related influences on corporate sustainability? A study of women on boards of directors. *Journal of Management & Organization*, 2011, 17(1), 17 ff.
- Gärdenfors/Högberg, Archaeology, Current Anthropology, 2017, 188 ff.** Gärdenfors, Peter / Högberg, Anders,
The Archaeology of Teaching and the Evolution of Homo docens, *Current Anthropology* Volume 58, Number 2, 2017, 188 ff.
- Gebauer/Wulf, Spiel, 1998** Gebauer, Gunter / Wulf, Christoph,
Spiel–Ritual–Geste. Mimetisches Handeln in der sozialen Welt, 1998
- Häberle, Verfassungslehre, 1982** Häberle, Peter,
Verfassungslehre als Kulturwissenschaft, 1982
- Hidalgo, Moderne, 2006** Hidalgo, Oliver,
Unbehagliche Moderne. Tocqueville und die Frage der Religion in der Politik, 2006
- Hietala/Clark, Creative cities, Oxford Handbook Cities in World History, 2013, 720 ff.** Hietala, Marjatta / Clark, Peter,
Creative cities, in: Clark, Peter (ed.), *The Oxford Handbook of Cities in World History*, Oxford University Press, Oxford, 2013, 720 ff.
- Hobbes, Leviathan (reprinted), 1651/1962** Hobbes, Thomas,
Hobbes' Leviathan, Reprinted form the Edition of 1651, 1962
- Hobbes, Leviathan, 1681/1955** Hobbes, Thomas,
Leviathan, 1681, engl. Oakeschott, Michael (ed.), 1955
- Hofmann, Welt, WAZ, 2022, 10 ff.** Hofmann, Jeanette,
Engagiert in der digitalen Welt. Auch bei Jugendlichen entscheidet die Herkunft über die Teilhabe, *WAZ-Mitteilungen*, 2022, 10 ff.
- Hu/Fukushima, Multi-Leader-Follower Games, 2015, 1 ff.** Hu, Ming / Fukushima, Masao,
Multi-Leader-Follower-Games: Modells. Methods and Applications, *Journal of the Operations Research Society of Japan*, 2015, 1 ff.
- Isensee, Familienwahlrecht,** Isensee, Josef,

- Humboldt Forum Recht, 3/2004**
Jörke, Größe, 2019
Familienwahlrecht und Grundgesetz, Humboldt Forum Recht, 3/2004
Jörke, Dirk,
Die Größe der Demokratie: Über die räumliche Dimension von Herrschaft und Partizipation, 2019
- Kahl, Sprache, 2006, 386 ff.**
Kahl, Wolfgang,
Sprache als Kultur- und Rechtsgut, in: Hufen, Friedhelm (Redaktion), Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, Band 65, 2006, 386 ff.
- Kahneman, Thinking, 2011**
Kahneman, Daniel,
Thinking, Fast and Slow, 2011
- Kansteiner, Historismus, 2004, 119 ff.**
Kansteiner, Wulf,
Postmoderner Historismus – Das kollektive Gedächtnis als neues Paradigma der Kulturwissenschaften, in: Jaeger, Friedrich / Straub, Jürgen (Hrsg.), Handbuch der Kulturwissenschaften. Band 2: Paradigmen und Disziplinen, 2004, 119 ff.
- Kant, Beantwortung, 1784, AA**
Kant, Immanuel,
Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, Berlinische Monatsschrift, Dezember 1784, 481 ff, in: Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Kant. Gesammelte Schriften, Band VIII, 1902 ff. online
- Kant, Metaphysik, 1797, AA**
Kant, Immanuel,
Die Metaphysik der Sitten, 1797, in: Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Kant, Gesammelte Schriften, Band VIII, 1902 ff., korpora.zim.uni-duisburg-essen.de/kant
- Keijzer/Mäs. strength, Soc. Netw. Media 2021, Volume 21, January 2021**
Keijzer, Marijn A. / Mäs, Michael,
The strength of weak bots. Online Soc. Netw. Media 21, 100106 (2021). Online Social Networks and Media, Volume 21, January 2021, 100106
- Kirste, Menschenwürde, 2009, 175 ff.**
Kirste, Stephan,
Menschenwürde in den internationalen Beziehungen, in: Gröschner, Rolf/Lembcke, Oliver W. (Hrsg.), Das Dogma der Unantastbarkeit. Eine Auseinandersetzung mit dem Absolutheitsanspruch der Würde, 2009, 175 ff.
- Klar, Moral, 2007**
Klar, Samuel,
Moral und Politik bei Kant, 2007
- Kühner, Trauma, 2008**
Kühner, Angela,
Trauma und kollektives Gedächtnis, 2008
- Lehn, Isotopenmethoden, SIAK-Journal, 2010, 32 ff.**
Lehn, Christine,
Isotopenmethoden in der Forensik. Geografische Herkunftsbestimmung von unbekanntem Toten und anderen Materialien, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis, 2010, 32 ff., Online: http://dx.doi.org/10.7396/2010_4_D.
- Luhmann, Legitimation, 1983**
Luhmann, Niklas,
Legitimation durch Verfahren, 1983
- Marcinkowski, Framing, 2014, 7 ff.**
Marcinkowski, Frank,
Framing als politischer Prozess. Eine Einleitung, in: Marcinkowski, Frank (Hrsg.), Framing als politischer Prozess. Beiträge zum Deutungskampf in der politischen Kommunikation, 2014, 7 ff.
- Mason, Faschismus, 2022**
Mason, Paul,

- Faschismus. Und wie man ihn stoppt, Gebauer, Stephan (Übers.), 2022
- Mathisen, Bellah, 1989, 29 ff.** Mathisen, James A.,
Twenty Years After Bellah: Whatever Happened to American Civil Religion?, *Sociological Analysis* 50 (2) (1989), 29 ff.
- Matthes, Framing, 2014** Matthes, Jörg.
Framing, 2014
- Mayer, R., Empörung, 2019, 245 ff.** Mayer, Ralf,
Empörung als Bildungsproblem oder als -impuls?, in: Mayer, Rolf / Schäfer, Alfred (Hrsg.), *Populismus - Aufklärung - Demokratie, (Zeitgenössische Diskurse des Politischen)*, 2019, 245 ff.
- Montenbruck, Natur- und Schwarmethik, 2021** Montenbruck, Axel,
Universelle Natur- und Schwarmethik. Physikalische Naturgesetze und systemische Gerechtigkeit, Information und Reflexion, universelle Schwarmvernunft und spieltheoretische Strategie, Physizismus und Kulturalismus, 2021. Freie Universität Berlin, Open Access (auch gedruckt).
- Montenbruck, Natur- und Spielethik, 2021** Montenbruck, Axel,
Biologische Natur- und Spielethik. Wirbeltier-Instinkte und Säugetierhormone, Befreiung des aufrechten Kind-Primaten und des energetischen Feuer-Menschen, egalitäres Kind-Rollenspiel und hoheitliches Übereltern-Recht, 2021. Freie Universität Berlin, Open Access (auch gedruckt).
- Montenbruck, Präambel-Humanismus, Zivilreligion I, 2015** Montenbruck, Axel,
Präambel-Humanismus. Westlicher „demokratischer Präambel-Humanismus“ und universelle Trias „Natur, Seele und Vernunft“, Schriftenreihe. *Zivilreligion. Eine Rechtsphilosophie als Kulturphilosophie I. Grundlegung*, 5. erneut erheblich erweiterte Aufl. 2015, Open Access der Freien Universität Berlin, auch als Sonderdruck
- Montenbruck, Zeit, 1996, 649 ff.** Montenbruck, Axel,
Zeit als Strafzeit - Anthropologische Zeitstufen, in: Schmoller, Kurt (Hrsg.): *Festschrift für Otto Triffterer zum 65. Geburtstag*, 1996, 649 ff.
- Müller, J., Verständnis, 2003, 311 ff.** Müller, Jörn,
Das normative Verständnis der menschlichen Natur bei Martha C. Nussbaum, in: *Philosophisches Jahrbuch* 110/2, 2003, 311 ff.
- Müller, J.-W., Populism, Oxford Handbook of Populism, 2017, 590 ff.** Müller, Jan-Werner,
Populism and Constitutionalism, in: Kaltwasser, Christóbal Rovira / Taggart, Paul A. / Espejo, Paulina Ochoa / Ostiguy, Pierre (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Populism*, 2017, 590 ff.
- Müller, J.-W., Rules, 2022** Müller, Jan-Werner,
Democracy Rules, 2022, <https://us.macmillan.com/books/9780374136475/democracyrules>
- Müller, J.-W., Verfassungspatriotismus, 2010, 111 ff.** Müller, Jan-Werner,
Verfassungspatriotismus. Eine systemische Verteidigung, Vorgänge, Heft 3, 2010, 111 ff.
- Münkler, Mitte, 2010** Münkler, Herfried,
Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung, 2010
- Nachtwey, Abstiegs-gesellschaft, 2016** Nachtwey, Oliver,
Die Abstiegs-gesellschaft: Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, 2016

- Newton, J., game theory, Games, 2018, 1 ff.** Newton, Jonathan, Evolutionary game theory: A renaissance, Games, MDPI, 2018, 1 ff. , <http://dx.doi.org/10.3390/g9020031>
- Nida-Rümelin, Vernunft, 2012, 9 ff.** Nida-Rümelin, Julian, Vernunft und Freiheit. Textgrundlage für Vortrag und Kolloquium, in: Sturma, Dieter (Hrsg.), Vernunft und Freiheit. Zur praktischen Philosophie von Julian Nida-Rümelin (Humanprojekt), 2012, 9 ff.
- Otto, Grenzen, 2015, 245 ff.** Otto, Patrick Christian, Einfachgesetzliche und verfassungsrechtliche Grenzen der Einführung eines Familienwahlrechts. In: Jura, Studium, Examen, 2015, 245 ff. <http://www.zeitschrift-jse.de/files/JSE-3-2015.pdf>
- Peschel-Gutzeit, Plädoyer, 1998, 1** Peschel-Gutzeit, Lore Maria, Plädoyer für das Kinderwahlrecht. Unvollständige Legitimation der Staatsgewalt oder: Geht alle Staatsgewalt nur vom volljährigen Volk aus?, Zeitschrift frühe Kindheit – Archiv Ausgabe 1/98, 1. <http://liga-kind.de/fk-198-peschel-gutzeit/198>
- Platon, Sophist (Apelt), 1985** Platon, Der Sophist: griechisch–deutsch, Apelt, Otto von (Übers.), 2. Aufl. 1985
- Pufendorf (Böhling), De jure naturae, 1672/1998** Pufendorf, Samuel, De jure naturae et gentium, 1672, Böhling, Frank (Hrsg.), 1998, Band 4.1 (Buch I bis IV) und Band 4.2 (Buch V bis VIII)
- Radbruch, Rechtsphilosophie, 1932/2003** Radbruch, Gustav, Rechtsphilosophie, 1932, Dreier, Ralf/Paulson, Stanley L. (Hrsg.), 2. Aufl., 2003
- Reckwitz, Ende, 2019** Reckwitz, Andreas, Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, 2019
- Rizzolatti/Sinigaglia, Empathie, 2006/2008** Rizzolatti, Giacomo / Sinigaglia, Corrado, Empathie und Spiegelneurone: Die biologische Basis des Mitgefühls, 2006, Griese, Friedrich (Übers.), 2008
- Rückert, Hermeneutik, 2001, 287 ff.** Rückert, Joachim Savignys Hermeneutik - Kernstück einer Jurisprudenz ohne Pathologie, Schröder, Jan, (Hrsg. 2001, Theorie der Interpretation vom Humanismus bis zur Romantik - Rechtswissenschaft, Philosophie, Theologie : Beiträge zu einem interdisziplinären Symposium in Tübingen, 29. September bis 1. Oktober 1999, 287 ff.
- Rudorf/Baumgartner et. al., connectivity, Human Brain Mapping, 2018, 4857 ff.** Rudorf, S./ Baumgartner, T./ Markett, S. / Schmelz, K./ Wiest, R./ Fischbacher, U. / Knoch, D., Intrinsic connectivity networks underlying individual differences in control-averse behavior, Human Brain Mapping, 2018, 4857 ff.
- Ruß, Frankreich, 2014, 127 ff.** Ruß, Sabine, Frankreich, in: Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.), Politische Systeme im Vergleich: Formale und informelle Institutionen im politischen Prozess, 2014, 127 ff.
- Savigny, System, 1840** Savigny, Friedrich K., Das System des heutigen Römischen Rechts, Band I und II, 1840
- Schäfer, R., Zweifel, 2006** Schäfer, Rainer, Zweifel und Sein: der Ursprung des modernen Selbstbewusstseins in Descartes' cogito, 2006
- Schenk, Medienwirkungs-** Schenk, Michael,

- forschung, 2007**
Schneider/Jacobi/Thyen, Pubertät, 2020, 71 ff.
 Medienwirkungsforschung, 3. Aufl. 2007
 Schneider, Harald J. / Jacobi, Nicola / Thyen, Joscha,
 Die Pubertät – Körper und Psyche in Aufruhr, in: Schneider,
 Harald J. / Jacobi, Nicola / Thyen, Joscha, Hormone – ihr Einfluss
 auf mein Leben, 2020, 71 ff.
- Schubert/Klein, Politiklexikon, 2021**
Seckelmann/Berger, Nutzerkommune, Jahrbuch direkte Demokratie 2019, 2020, 38 ff.
 Schubert, Klaus / Klein, Martina,
 Das Politiklexikon. 8. Aufl., 2021.
 Seckelmann, Margrit / Berger, Carsten,
 Die Nutzerkommune und das Bürgerkonto - partizipative
 Gestaltungsoptionen nach dem Onlinezugangsgesetz, in: Binder,
 Nadja Braun/ Feld, Lars P. / Huber, Peter M. / Poier, Klaus / Wittreck,
 Fabian (Hrsg.), Jahrbuch für direkte Demokratie 2019, 2020, 38 ff.
- Siep, Hobbes, 2012, 105 ff.**
 Siep, Ludwig,
 Thomas Hobbes und John Locke: Staatssouveränität und
 unveräußerliche Grundrechte. in: Ludwig Siep / Thomas Gut-mann
 / Bernhard Jakl / Michael Städtler (Hrsg.), Von der religiösen zur
 säkularen Normenbegründung. Zum Verhältnis von Religion und
 Politik in der Philosophie der Neuzeit und in rechtssystematischen
 Fragen der Gegenwart, 2012, 105 ff.
- Stier-Somlo, Verfassung, 1919/2020**
 Stier-Somlo, Fritz,
 Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919: Ein
 systematischer überblick, 1919, Nachdruck 2020
- Szukala, , Repräsentationslücke, Budrich Journals, Politisches Lernen 1–2/17, 2017, 5 ff.**
 Szukala, Andrea
 Repräsentationslücke, Responsivitätsprobleme und Wahlen:
 Überlegungen zu den Erwartungen an eine Wahlvorbereitung in
 und außerhalb von Schule, in: Budrich Journals, Abgesang der
 Demokratie?, Politisches Lernen 1–2/17, 2017, 5 ff.
[https://www.budrich-
 journals.de/index.php/pl/article/viewFile/38330/32581](https://www.budrich-journals.de/index.php/pl/article/viewFile/38330/32581)
- Thomas von Aquin (Pieper), Matthäus, 1270/2011**
 Thomas von Aquin,
 Kommentar zum Matthäusevangelium, (um) 1270, Pieper, Josef
 (Übers.); Weingartner, Paul / Ernst, Michael / Wolfgang Schöner,
 Wolfgang (Hrsg.), 2011
- Uhlmann, Rhetorik, 2019**
 Uhlmann, Gyburg,
 Rhetorik und Wahrheit: Ein prekäres Verhältnis von Sokrates bis
 Trump, 2019
- Vorländer, Constitutions, 2017, 209 ff.**
 Vorländer, Hans,
 Constitutions as Symbolic Orders. The Cultural Analysis of
 Constitutionalism. in: Blokker, Paul / Thornhill, Chris (Hrsg.),
 Sociological Constitutionalism, 2017, 209 ff.
- Vorländer, Deutungsmacht, 2017, 203 ff.**
 Vorländer, Hans,
 Die Deutungsmacht des Religiösen in Transzendenzdiskursen. in:
 Stoellger, Phillipp / Kumlehn, Martina (Hrsg.)
 Wortmacht/Machtwort. Deutungsmachtkonflikte in und um
 Religion, Stoellger, Phillipp / Kumlehn, Martina (Hrsg.), 2017, 203
 ff.
- Vorländer, Grundzüge, 04.05.2017**
 Vorländer, Hans,
 Grundzüge der athenischen Demokratie". 04.05.2017
[https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/248544/grundzuege-
 der-athenischen-demokratie/](https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/248544/grundzuege-der-athenischen-demokratie/).
- Ziblat/Levitski, Verzweiflung, WZB-Mitteilungen, Heft 172,**
 Ziblat, Daniel / Levitski, Steven,
 Die Verzweiflung der alten Mehrheit. Amerikas Konservative

- 2021** setzen die Demokratie aufs Spiel, Heft 172, WZB -
Wissenschaftszentrum Berlin 2021, 6 ff.
- Zürn, Stimmen, WZB-
Mitteilungen, Heft 172, 2021, 16
ff.** Zürn, Michael,
Nicht alle Stimmen sind gleich. Die Sprengkraft mangelhafter
politischer Repräsentation, WZB - Wissenschaftszentrum Berlin,
Mitteilungen, Heft 172, 2021, 16 ff.